

Böckler
Forschungsmonitoring

10

Rudolf Tschirbs
**Das Phantom der
Volksgemeinschaft**

Hans **Böckler**
Stiftung 

Fakten für eine faire Arbeitswelt.

Rudolf Tschirbs

Das Phantom der Volksgemeinschaft

Ein kritischer Literatur- und Quellenbericht

Böckler
Forschungsmonitoring **10**

Rudolf Tschirbs

**Das Phantom
der Volksgemeinschaft**

Ein kritischer Literatur- und Quellenbericht



Vorbemerkungen „Phantom der VG“

In verschiedenen Stadien meines Essays habe ich von Ermutigungen, Hinweisen, Kommentaren und kritischen Einwänden profitiert, so von Hans Mommsen, Elke Fröhlich-Broszat, Michael Schneider, Stefan Berger und Ian Kershaw. Werner Milert und Horst Thum waren Helfer nicht nur bei der kritischen Musterung meiner Groß-Erzählung, sondern auch beim Feinschliff. Für die argumentativen und stilistischen Akzentuierungen trage ich selbstredend allein die Verantwortung.

Dank gebührt insbesondere Wolfgang Jäger, der die Studie angeregt hat; die Hans-Böckler-Stiftung hat sie finanziert und auf den Weg der Publikation gebracht.

Dr. Rudolf Tschirbs war Studiendirektor an der Goethe-Schule Bochum und langjährig in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit tätig. Seine wichtigsten Veröffentlichungen thematisieren Tarifpolitik und Betriebsverfassung in historischer Perspektive. Zahlreiche Aufsätze befassen sich mit der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte des Ruhrgebiets. Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt ist dem Film als Erinnerungsort gewidmet.

In „Die andere Demokratie. Betriebliche Interessenpolitik in Deutschland, 1848 bis 2008“ hat er im Kapitel „Betriebsverfassung im Nationalsozialismus, 1933 bis 1945“ sowie im Ausstellungskatalog der Hans-Böckler-Stiftung 2013 „Die Zerschlagung der Mitbestimmung 1933“, beides zusammen mit Werner Milert, die Grundlinien des Arbeitsrechts im Dritten Reich entfaltet.

© Copyright 2015 by Hans-Böckler-Stiftung
Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf
Produktion: Setzkasten GmbH, Düsseldorf
Printed in Germany 2014
ISBN: 978-3-86593-201-3
Bestellnummer: 17010

Alle Rechte vorbehalten,
insbesondere die des öffentlichen Vortrages,
der Rundfunksendung,
der Fernsehausstrahlung,
der fotomechanischen Wiedergabe,
auch einzelner Teile.

Inhaltsverzeichnis

I.	Volksgemeinschaft oder Klassengesellschaft?	9
II.	Zur Genesis des Begriffs „Volksgemeinschaft“ in der deutschen NS-Forschung	25
III.	Die Verfestigung des Paradigmen-Wechsels	35
IV.	Ein brüchiger Forschungskonsens	47
V.	Reichsparteitage als „Utopie der Volksgemeinschaft“?	59
VI.	Zur Kritik am „Volksgemeinschafts“-Paradigma	67
VII.	Sozialgeschichtliche Korrekturen	77
VIII.	Von der Machtübertragung zur Machtsicherung	87
IX.	Zur Rekonstruktion einer Klassengesellschaft	105
X.	Die Propheten der „Volksgemeinschaft“	131
XI.	Urlaub und Reisen im Dritten Reich	137
XII.	Willkür statt Strategie	145
XIII.	Die destruktive Dynamik des Regimes	155
XIV.	Komplizenschaft statt „Volksgemeinschaft“	161
XV.	Totalitäre Organisation, kollektive Regression und individuelle Identitätsbehauptung	167
XVI.	Ein Abgesang	177
	Literaturverzeichnis	193

I. Volksgemeinschaft oder Klassengesellschaft?

Der deutsch-jüdische Romanist Victor Klemperer, der, dank seiner nicht-jüdischen Ehefrau, das Dritte Reich bei Dresden knapp überlebte, hat nicht nur in seinen berühmten nachgelassenen Tagebüchern präzise Einblicke in die Gesellschaft des Dritten Reiches vermittelt. In seinem „Notizbuch eines Philologen“ untersuchte er seit 1932 auch die „Lingua Tertii Imperii“, kurz: LTI. Der Buchausgabe aus dem Jahre 1947 stellte er ein Wort Franz Rosenzweigs voran: „Sprache ist mehr als Blut.“ Er hielt es in der Übergangsepoche des Nachkriegs für wahrscheinlich, dass das Wort „Entnazifizierung“ eines Tages versunken sein werde, weil der Zustand, den es beenden sollte, nicht mehr vorhanden sei: „Aber eine ganze Weile wird es bis dahin noch dauern, denn zu verschwinden hat ja nicht nur das nazistische Tun, sondern auch die nazistische Gesinnung, die nazistische Denkgewöhnung und ihr Nährboden: die Sprache des Nazismus. Wie viele Begriffe und Gefühle hat sie geschändet und vergiftet!“¹ Unter dem Datum vom 28. August 1933 notierte er, dass die Propaganda von der „Volksgemeinschaft“ wenig Resonanz in der Bevölkerung fand: „Wir nahmen an einer „Fahrt ins Blaue“ teil. Zwei volle Autobusse, etwa 80 Leute, das denkbarst kleinbürgerliche Publikum, ganz unter sich, ganz homogen, kein bißchen Arbeiterschaft oder gehobenes, freier denkendes Bürgertum. In Lübau Kaffeearast mit Kabarettvorträgen der Wagenbegleiter oder -ordner; das ist bei diesen Ausflügen das Übliche. Der Conférencier beginnt mit einem pathetischen Gedicht auf den Führer und Retter Deutschlands, auf die neue Volksgemeinschaft usw. usw., den ganzen Nazirosenkranz herunter. Die Leute sind ganz still und apathisch, am Schluss merkt man am Klatschen eines Einzelnen, an diesem ganz isolierten Klatschen, daß aller Beifall fehlt.“²

Ohne Zweifel würde sich der 1960 verstorbene Klemperer verwundert die Augen reiben, wenn er zur Kenntnis nehmen müsste, dass in der gegenwärtigen NS-Forschung und -Lehre der Begriff der „Volksgemeinschaft“ nicht vorrangig einer kritischen Analyse unterzogen wird, sondern in den Rang eines Schlüsselbe-

1 Klemperer, Victor: LTI. Notizbuch eines Philologen, 24. völlig neu bearbeitete Auflage. Nach der Ausgabe letzter Hand herausgegeben und kommentiert von Elke Fröhlich, Stuttgart 2010, S. 10.

2 Ebenda, S. 45.

griffs, ja einer historischen Entität erhoben wird. So meint Hans-Ulrich Thamer, dass „Volksgemeinschaft“ zu „einer der wirkungsmächtigsten Formeln in der nationalsozialistischen Massenbewegung“ avancierte.³ Die anerkannte Tatsache, dass es real nie zu einer homogenen „Volksgemeinschaft“ mit egalitären oder affektiven Bindungskräften gekommen sei, irritiert in dieser Perspektive indes wenig: „Die Verheißung von sozialer Gemeinschaft und nationalem Wiederaufstieg, von Überwindung der Klassengesellschaft und politischer Einheit trug ganz wesentlich zur Attraktivität des Nationalsozialismus bei“, behaupten Frank Bajohr und Michael Wildt.⁴

Dem vielfach erhobenen Einwand von Hans Mommsen, auf den Begriff der „Volksgemeinschaft“ solle verzichtet werden, da er propagandistisch eingefärbt sei,⁵ begegnen die beiden Autoren mit einem Rückzug ins Feld angeblich handlungsauslösender Ideologie-Elemente: „Doch es wäre ein Missverständnis, wollte man die Formel von der ‚Volksgemeinschaft‘ in dem Sinne als soziale Realität nehmen, als seien soziale Differenzen oder Eigentums- und Besitzverhältnisse im NS-Deutschland eingeebnet worden. In der Verheißung, in der Mobilisierung, nicht in der Feststellung eines sozialen Ist-Zustandes lag die politische Kraft von der Rede von der ‚Volksgemeinschaft‘.“⁶

Bajohr und Wildt sehen den „analytischen Wert“ dieses „amorphen Leitbegriffs“ des Nationalsozialismus darin, „dass er wie kein zweiter die Freisetzung sozialer Schubkräfte nach 1933 und die Mobilisierung der deutschen Bevölkerung zu erklären vermag, will man diese Prozesse nicht allein den Zwangsmechanismen der NS-Diktatur zuschreiben“. So habe die Bevölkerung in der „Volksgemeinschaft“ „ein erstrebenswertes soziales Ziel“ gesehen. Da Hitler „Arbeit und Brot“ versprach, „konnte sich die junge NSDAP erfolgreich als klassenübergreifende Volkspartei präsentieren, die glaubwürdig die Schaffung einer ‚Volksgemeinschaft‘ zu versprechen imstande war“.⁷

3 Thamer, Hans-Ulrich: Nation als Volksgemeinschaft. Völkische Vorstellungen, Nationalsozialismus und Gemeinschaftsideologie. In: Gauger, Jörg/Klaus Weigelt: Soziales Denken in Deutschland zwischen Tradition und Innovation, Bonn 1990, S. 113.

4 Bajohr, Frank/Michael Wildt: Einleitung. In: Dies. (Hg.): Volksgemeinschaft. Neue Forschungen zur Gesellschaft des Nationalsozialismus, Frankfurt am Main 2009, S. 8.

5 Pointiert etwa in: Mommsen, Hans: Amoklauf der „Volksgemeinschaft“? Kritische Anmerkungen zu Michael Wildts Grundkurs zur Geschichte des Nationalsozialismus. In: Neue Politische Literatur, Jg. 53 (2008) I, S. 15-20.

6 Bajohr/Wildt (Hg.), Einleitung, S. 8.

7 Ebenda, S. 17.

Es ist durchaus charakteristisch für die Vertreter der These von einer formierenden Kraft der „Volksgemeinschaft“, dass sie darauf verzichten, den Nachweis für die Resonanz der Naziparole - ihrer Begriffsgeschichte widmet Michael Wildt im Übrigen längere, epochenübergreifende Passagen⁸ - bei größeren sozialen Gruppen zu führen. Stattdessen belassen sie es bei Impressionen und bei spärlichen Zitaten wie denen der Kronzeugin Melita Maschmann, die als frühere Führerin im Bund Deutscher Mädel (BDM) sich 1979 daran erinnerte: „Unsere Lagergemeinschaft war ein verkleinertes Modell dessen, was ich mir unter Volksgemeinschaft vorstellte. Sie war ein vollkommen gelungenes Modell.“⁹ Im Anschluss offenbar an eine Propagandarede des Führers des Reichsarbeitsdienstes (RAD) Konstantin Hierl stellt sich für Michael Wildt ein Teil der nationalsozialistischen Realität folgendermaßen dar: „Das Lager bildete den zentralen Ort der Erziehung, wo eine formierte soziale Ordnung herrschte, in der Dienst und Kameradschaft obenan standen, aber auch jeder Standes- oder Bildungsdünkel geächtet war. Regionale, konfessionelle oder berufliche Unterschiede sollten mit Absicht in den Hintergrund treten“ zugunsten einer, wie er Hierl zitiert, „Gemeinschaft der Ehre und Treue, des Gehorsams und der Kameradschaft“, in der, so Wildt weiter, „die (Hand-) Arbeit für das Volksganze den entscheidenden Wert darstellte“. So sieht Wildt die Bemühung des NS-Regimes, nicht nur die Einheit, sondern auch die „Solidarität der Volksgemeinschaft“ zu inszenieren.¹⁰

Hier zeigen sich Konsequenz und Problematik der Übernahme einer Propagandaformel der Nazis im eigentlich historisch zu analysierenden Kontext. Fast sämtliche Deutungen bleiben, kommunikationstheoretisch gesprochen, auf der Seite der Produzenten (Sender) der Rede von der „Volksgemeinschaft“. Nur widerstrebend wird, wie noch gezeigt werden soll, eingeräumt, dass sich sämtliche sogenannte „Verheißungen“ des Regimes nicht erfüllten. Hingegen bleiben die Rezeption, die Wirkungen der Propaganda, insbesondere die dadurch angeblich hervorgerufene „Mobilisierung“ der Bevölkerung, weitgehend unberücksich-

8 Wildt, Michael: Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung. Gewalt gegen Juden in der deutschen Provinz 1919 bis 1939, Hamburg 2007, S. 26-68.

9 Ebenda, S. 7, und Wildt, Michael: Nationalsozialismus: Aufstieg und Herrschaft. Informationen zur politischen Bildung 314, Bonn (2012), S. 60.

10 Ebenda, S. 61. Der Referenztext zu diesen Ausführungen entstammt offenbar Schneider, Michael: Alltag unterm Hakenkreuz. Arbeiter und Arbeiterbewegung 1933 bis 1939, Bonn 1999, S. 393-396.

tigt, was auf dem zentralen Feld der Arbeitsgesellschaft schwerwiegende Mängel produziert.

Im Lichte der These einer vom NS-Regime erfolgreich „konstruierten Volksgemeinschaft“ werden die harten Konturen einer Klassengesellschaft in ein Sfumato getaucht, dem die Tiefenschärfe abgeht. Dabei wird übersehen, dass die Weltwirtschaftskrise seit 1930, nicht zuletzt auch zugespitzt durch die Notverordnungs politik des Reichskanzlers Heinrich Brüning und die jegliche demokratische Legitimation entbehrende Politik des sozialpolitischen Kahlschlags seines Nachfolgers Franz von Papen, die Strukturen der gesellschaftlichen Zerklüftung vertieft hatte. Es war währenddessen weiten Kreisen der deutschen Arbeitnehmerschaft nicht verborgen geblieben, dass die Härten der Wirtschaftskrise nicht allesamt auf das Konto einer hilflosen Republik verbucht werden konnten, sondern, insbesondere durch die schwerindustrielle Unternehmerschaft im Westen des Reiches, instrumentalisiert wurde, um für die Nachkrisenphase sich der Einschränkungen der Kapitalmacht in Form von „Tariffesseln“ und Mitbestimmungsrechten in Betrieb und Aufsichtsrat zu entledigen.¹¹ So waren die Erfolge der extremen Verbände von Links und Rechts bei den Betriebsrätewahlen im Ruhrbergbau 1931 und 1933 primär eben keine Absage an das arbeitsrechtliche System der Weimarer Republik oder gar ein Ausdruck der „Sehnsucht“ nach harmonischen Sozialverhältnissen, sondern ein Reflex der Tatsache, dass seit dem Ruhreisenstreit vom November 1928, der größten Aussperrungsaktion in der nordwestdeutschen Eisen- und Stahlindustrie, eine Politik des sozialen Ausgleichs systematisch hintertrieben wurde. Den deutschen wirtschaftlichen und politischen konservativen Eliten eine Kommunistenfurcht als Motiv für ihre Be-

11 Mommsen, Hans: Zur Verschränkung traditioneller und faschistischer Führungsgruppen in Deutschland beim Übergang von der Bewegungs- zur Systemphase. In: Schieder, Wolfgang (Hg.): Faschismus als soziale Bewegung, Hamburg 1976, S. 157-181; Weisbrod, Bernd: Schwerindustrie in der Weimarer Republik. Interessenpolitik zwischen Stabilisierung und Krise, Wuppertal 1978; ders.: Die Befreiung von den „Tariffesseln“. Deflationspolitik als Krisenstrategie der Unternehmer in der Ära Brüning. In: GG 11 (1985), S. 295-325; Tschirbs, Rudolf: Tarifpolitik im Ruhrbergbau, Berlin-New York 1986; ders.: Konfrontation statt Kooperation. Die wirtschafts- und tarifpolitische Strategie des Ruhrbergbaus von der Rationalisierung bis zur Weltwirtschaftskrise. In: Schmidt, Gustav (Hg.): Bergbau in Großbritannien und im Ruhrgebiet. Studien zur vergleichenden Geschichte des Bergbaus 1850-1930, Bochum 1985; Neebe, Reinhard: Großindustrie, Staat und NSDAP 1930-1933. Paul Silverberg und der Reichsverband der Deutschen Industrie in der Krise der Weimarer Republik, Göttingen 1981; Plumpe, Werner: Betriebliche Mitbestimmung in der Weimarer Republik. Fallstudien zum Ruhrbergbau und zur Chemischen Industrie, München 1999; Przigoda, Stefan: Unternehmensverbände im Ruhrbergbau. Zur Geschichte von Bergbau-Verein und Zechenverband 1858-1933, Bochum 2002.

reitschaft, Bündnisse mit den Nationalsozialisten einzugehen, zu unterstellen, geht an deren Arroganz wie an den realen Organisationsverhältnissen völlig vorbei, zumal etwa der kommunistische Einheitsverband der Bergarbeiter Deutschlands (EVBD) zwar bei den Protestwahlen zu den Betriebsräten reüssierte, nach Polizeiangaben aber lediglich ein Prozent der Ruhrbergarbeiter organisatorisch einbinden konnte. Der Hauptstoß der Hugenberg, Kirdorf, Brandi, Springorum, Krupp, Poensgen, Vögler und Thyssen hatte die republiktreuen Gewerkschaften und das fortschrittlichste Arbeitsrechtssystem Europas im Visier, und wenn in deren Augen die Krise eine Zukunftsbedeutung haben sollte, dann die, dass sie helfen konnte, sich dieses Ballasts zu entledigen. Während die Betriebsräte in der Schwerindustrie keine Gesprächspartner für die Konzerne waren, hielten die Vertreter der neuen Industrien, etwa der Chemie- und Elektrobranche, an den bewährten Kommunikationskanälen fest und versicherten sich auch so eines Facharbeiterstammes für die Zukunft. Nicht von ungefähr kam auch aus diesen primär außenwirtschaftlich orientierten Industriekreisen angesichts der Unberechenbarkeit der nationalsozialistischen Formationen noch im März 1933 der Anstoß, mit den Gewerkschaften eine neue Zentralarbeitsgemeinschaft einzugehen.

Von Seiten der Befürworter der „Volksgemeinschafts“-These werden die Ergebnisse einer breit diskutierten Weimar- und NS-Forschung seit den 1970er Jahren ausgeblendet. Stattdessen scheint es so, als ginge die neuere Forschung von den Frontlinien des Klassengesellschafts-Paradigmas in das kulturgeschichtlich orientierte Lager über, von dessen Höhen aus nach Symbolen und rituellen Alltagspraktiken gefahndet wurde. Dabei diene das Axiom, dass die Welt symbolisch vermittelt sei, als Generalvollmacht, um von einem Symbol auf die Welt zu schließen.¹² Die Aspekte einer sozioökonomischen Interessenpolitik gerieten dabei vollständig aus dem Blickfeld. Aus der historiographischen Notlage heraus, die bei der Beschreibung totalitärer Systeme entsteht, dass nämlich ein notorisches Defizit an Quellen aus der Lebenswelt der Beherrschten existiert, entstand eine Blickverlagerung auf die Verlautbarungen der Herrschaftseliten. Nur so konnte die nicht belegte These Eingang in die Forschung finden, dass durch

12 Vgl. etwa Lütke, Alf: ‚Ehre der Arbeit‘; Industriearbeiter und die Macht der Symbole. Zur Reichweite symbolischer Orientierungen im Nationalsozialismus. In: Ders.: Eigensinn. Fabrikalltag, Arbeitererfahrungen und Politik vom Kaiserreich bis in den Faschismus, Hamburg 1993, S. 283-350. Ein grundlegender Referenztext für die These von der „Volksgemeinschaft“ ist Lütke, Alf: Herrschaft als soziale Praxis. Historische und sozialanthropologische Studien, Göttingen 1991.

Propaganda „massenhaft“ soziales Bewusstsein¹³ verändert wurde und dass nicht länger das Sein das Bewusstsein, sondern das – manipulierte - Bewusstsein das Sein bestimmt habe.¹⁴ Das diktatorische Arbeitsordnungsgesetz vom 20. Januar 1934 bekommt den Status einer „Utopie solcher harmonischen Betriebsgemeinschaft“ zugeschrieben,¹⁵ die Vorkriegsjahre der nationalsozialistischen Herrschaft werden zu „guten Jahren“, die lohnpolitisch zu einer „volksgemeinschaftlichen Hochstimmung“ geführt hätten.¹⁶ Das Ausbleiben einschneidender sozialer Verbesserungen wird zwar eingeräumt; stattdessen sollen sogenannte „Verheißungen“ als Zukunftsversprechen des Regimes das sozialpolitische Vakuum wirkungsvoll kompensiert haben. Auf der Höhlenwand der „Volksgemeinschaft“ werden die projizierten Sprachzeichen einer verantwortungslosen Herrschaftsclique für die Wirklichkeit genommen: Sozialgeschichte als Kunst der Entzifferung einer gleichgeschalteten Propaganda-Welt.

Es hat beinahe den Anschein, als habe sich die etwa im September 1935 in Nürnberg von Joseph Goebbels geäußerte Auffassung auch geschichtspolitisch durchgesetzt, dass nämlich Sprache eine reale Sozialpolitik funktional ersetzen könne.¹⁷ Die NSDAP müsse die Kunst verstehen, so Goebbels, „das Volk an der richtigen Seite anzufassen“. In dieser Kunst seien sie in den vergangenen 16 Jahren „geradezu virtuose Meister“ geworden: „Weil wir die Sprache des Volkes sprechen, haben wir das Volk erobert! Und nur, wenn wir weiterhin die Sprache des Volkes zu sprechen verstehen, werden wir das Volk auch behalten können.“ Die Geschichte der politischen Rhetorik hat gezeigt, dass gewaltsame Herrschaftssysteme in ihrer Propaganda zu allererst im Hinblick auf die (semantische) Referentialität analysiert werden müssen, um nicht den Trugschluss zu verdoppeln, nämlich das Wort für die Sache zu nehmen.¹⁸ Im Vorwort zu seiner monumentalen Quellenedition „Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft“ aus dem Jahre 1975 hat dagegen Timothy Mason seiner Überzeugung Ausdruck

13 Frei, Norbert: Volksgemeinschaft. Erfahrungsgeschichte und Lebenswirklichkeit der Hitler-Zeit (1999). In: Ders.: 1945 und wir. Das Dritte Reich im Bewußtsein der Deutschen, München 2005, S. 107-128, hier: S. 116.

14 Thamer, Hans-Ulrich: Verführung und Gewalt. Deutschland 1933-1945, Berlin 1986, S. 503.

15 Ebenda, S. 499.

16 Frei, Volksgemeinschaft, S. 116.

17 Goebbels Reden 1932-1939, Bd. 1, München 1971, S. 230 ff. Dok. Nr. 27. 16.9.1935 - Nürnberg, Apollo-Theater, S. 231.

18 Siehe vor allem die Mahnung von Winkler, Heinrich August: Vom Mythos der Volksgemeinschaft. In: AfS 17 (1977), S. 484-490.

gegeben, „daß die Klassenverhältnisse das konstitutive Moment in der Geschichte der kapitalistischen Industriestaaten bilden und daß – wo ihnen nicht Rechnung getragen wird – auch die wesentlichen politischen und ideologischen Erscheinungen unbegreifbar bleiben bzw. Fehldeutungen zum Opfer fallen müssen“.¹⁹

Volker Hentschel charakterisierte 1983 die Sozialpolitik des Dritten Reiches grundlegend,²⁰ die für sich in Anspruch nahm, vorrangig der „Sicherung und Erhaltung der Lebensexistenz des deutschen Volkes“ zu dienen und damit letztlich eine „Volksgemeinschaft“ zu formen aus „gesunden, leistungsfähigen, schaffensfreudigen, wehrkräftigen, rassistisch wertvollen Deutschen, die in ihrer Individualität gleichgültig“ waren: „Das war in seiner ganzen aggressiven Widerwärtigkeit von so verblasen-konzeptionsloser Allgemeinheit, daß es einer sozialpolitischen Praxis außer dem nebulösen Ziel schwerlich die zielgewissen Wege weisen konnte. Es fällt denn auch nicht leicht, die Spuren auszumachen, die es in ihr hinterlassen hat. Sozialpolitisches Deklamieren und sozialpolitisches Handeln war offenbar zweierlei im ‚Dritten Reich‘.“

Dass die historische Forschung sich bemühte, sprachliche Spurenelemente mit „volksgemeinschaftlicher“ Konnotation in den Rang von Quellen zur politischen Sozialgeschichte zu erheben, die den gängigen historischen Methoden entsprächen, verwundert umso mehr, als die klassengesellschaftlichen Konturen nach der Zerschlagung der Betriebsräte, der Gewerkschaften, des Schlichtungswesens, kurz: des kollektiven Arbeitsrechts der Weimarer Republik, entschieden schärfer sichtbar wurden.²¹ Willkürliche Entlassungen aus den Industriebetrieben, Lohnstopps und Arbeitszeitverlängerungen, Verschärfung des Arbeitstempus und der Akkordbestimmungen, Einschränkungen der Arbeitnehmer-Freizügigkeit sowie Arbeits- und Konzentrationslager für renitente oder dissidente „Gefolgschaftsmitglieder“ - all das wies doch einen klaren Forschungsweg, der in der Tat auch eingeschlagen wurde. So hat Mason die Veränderungen in den Klassenverhältnissen, bedingt vor allem durch die Wirtschaftskrise, schon für

19 Mason, Timothy W.: Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft. Dokumente und Materialien zur deutschen Arbeiterpolitik 1936-1939, Opladen 1975, S. XIX.

20 Hentschel, Volker: Geschichte der deutschen Sozialpolitik 180-1980. Soziale Sicherung und kollektives Arbeitsrecht, Frankfurt/Main 1983, S. 139.

21 Zum Weimarer Arbeitsrecht siehe Preller, Ludwig: Sozialpolitik in der Weimarer Republik (1949), Düsseldorf 1978; vgl. zur Verschärfung der Klassengegensätze auch Prinz, Michael: Der Nationalsozialismus - Eine „Braune Revolution“? In: Hettling, Manfred (Hg.): Revolution in Deutschland? 1789-1989. Sieben Beiträge, Göttingen 1991, S. S. 70-89, hier: S. 84.

die Weimarer Endphase herausgearbeitet.²² Die Nationalsozialisten konnten von diesen Voraussetzungen profitieren. Rechts von der Sozialdemokratie und den Freien Gewerkschaften gab es, so Mason, im deutschen öffentlichen Leben keine einzige Gruppierung von Bedeutung, die nicht entschlossen gewesen wäre, die Verfassung der Republik und die des Arbeitsrechts zu stürzen. Die wirkliche Stärke der NSDAP in den Jahren 1932/33 habe darin gelegen, dass sie der extremste und zugleich populärste politische Ausdruck einer viel breiteren ökonomischen, sozialen und politischen Reaktion war, „deren zentrale Zielsetzung in der Zurückdrängung der Arbeiterbewegung bestand“.²³ Und zum „Kabinett der nationalen Konzentration“ vom 30. Januar 1933 hat Hans Mommsen 1989 unmissverständlich festgestellt: „Die vollständige Unterdrückung der organisierten Arbeiterbewegung war das erklärte Ziel der neuen Machthaber, und es stellte nahezu das einzige Bindemittel dar, das die heterogene Koalition, die von Papen zustande gebracht hatte, einstweilen zusammenhielt. Für die große Mehrheit der bürgerlichen Parteien und die mit ihnen verbundenen Funktionseliten war die von der Reichsregierung ausgesprochene Abwendung von der Weimarer Republik geradezu selbstverständlich geworden.“²⁴

Nach dem Schock der Zerschlagung der Mitbestimmungsbastionen des Tarifvertrags und der Betriebsräte und der Verunsicherung durch die Arbeitsplatzsituation lebten erst 1936 die wirtschaftlichen Interessenkonflikte auf breiter Front in der Industrie wieder auf.²⁵ Sie drückten sich in Arbeitsniederlegungen, in kollektivem Druck auf Arbeitgeber und nationalsozialistische Institutionen, in

22 Mason, Timothy W.: Sozialpolitik im Dritten Reich. Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft, Opladen 1977, S. 79 f.

23 Ebenda, S. 79.

24 Mommsen, Hans: Die verspielte Freiheit. Der Weg der Republik von Weimar in den Untergang 1918 bis 1933, Berlin 1989, S. 543. Bei Ulrich Herbert: Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, München 2014, S. 297, wird zwar zu Recht die Sorge Paul Reuschs von der GHF betont, dass wegen der Besserung der Konjunkturlage Ende 1932 „das gesamte Projekt einer Demontage der parlamentarischen Demokratie zu scheitern“ drohte, doch der ökonomische Motivkern der Schwerindustriellen an der Ruhr verblasst in seiner Darstellung. Es ging nicht um „die Durchführung einer wahrhaft großzügigen Reform“, wie Reusch zitiert wird, sondern um die Beseitigung des Tarifkontrahenten und damit um eine dauerhafte Einfrierung der Löhne auf dem Krisenniveau, das die Notverordnungsregime durchgesetzt hatten. Selbstverständlich wussten die Unternehmer, dass die Freien und auch die Christlichen Gewerkschaften den Lohnabbau in der Ära Brüning nur toleriert hatten, um das Tarifvertragswesen als solches in eine Nachkrisenzeit zu retten.

25 Mason, Timothy W.: Arbeiteropposition im nationalsozialistischen Deutschland. In: Peukert, Detlev/Jürgen Reulecke (Hg.): Die Reihen fast geschlossen, Wuppertal 1981, S. 293-313.

Widersetzlichkeiten gegen Arbeitsplatzvorschriften und staatliche Verordnungen, in Bummelstreiks, Absentismus, Krankfeiern und Unmutsbekundungen aus. Die Vollbeschäftigung stellte dabei die Grundbedingung für die Arbeiteropposition seit 1936 dar. Gewiss, Mason hat die Kräfte in der Arbeiterschaft überschätzt, die angeblich bereits auf der Schwelle zum manifesten Klassenkonflikt stand. Gleichwohl hat er aus guten Gründen schon 1975 bezweifelt, dass „die nationalsozialistische Diktatur tatsächlich eine bienenkorbartige Volksgemeinschaft unter Aufhebung aller klassen- und schichtenspezifischen Solidarität geschaffen hat“.²⁶

Klassenlage und Klassengegensatz bestimmen die subjektiven oder manifesten Interessen, die Erwartungen und Absichten, die Haltungen und Einstellungen und auch das Selbstverständnis der Klassenangehörigen. Ob sie sich freilich „als zusammengehörig begreifen“ lernten, soll hier zunächst offen bleiben, da die grundlegenden Voraussetzungen dafür, freie Organisation und Kommunikation, zerstört worden waren. Der Klassengegensatz kann indes aus entsprechenden Quellen in seinen Auswirkungen auf das Bewusstsein und die Äußerungen von Klassenangehörigen interpretiert werden und sich etwa im Modus von Unzufriedenheiten, Hoffnungen, Ressentiments, Protesten und Forderungen ablesen lassen.²⁷ Jürgen Kocka hat solche Überlegungen als Arbeitshypothesen zur Untersuchung der Klassengesellschaft im Ersten Weltkrieg entfaltet und im Hinblick auf denkbare Klassenspannungen und auf die erlebte und auch bewusst werdende Diskrepanz zwischen tatsächlichen Lebenschancen einerseits „und ihren als legitim empfundenen Erwartungen und Ansprüchen“ andererseits hingewiesen. Was nun die Entwicklung der gesellschaftlichen Verhältnisse und in Besonderheit der industriellen Arbeitswelt in den Jahren von 1933 bis 1939 angeht, so soll weiter unten, auf der Basis eines breiten und mit den Methoden der Quellenkritik belastbaren Quellenfundus, auch der Frage nachgegangen werden, ob, hinter den „volksgemeinschaftlichen“ Wortkaskaden, sich nicht vielmehr Prozesse abspielten, die den Gesetzen einer kapitalistischen entfesselten Ökonomie gehorchten.²⁸ Die extreme Fragmentierung der nationalsozialistischen Gesell-

26 Mason, Arbeiterklasse, S. XXI.

27 Zum begrifflichen Rahmen siehe Kocka, Jürgen: Klassengesellschaft im Krieg. Deutsche Sozialgeschichte 1914-1918, Göttingen, 2. Aufl. 1978, S. 3 f.

28 Zur Zerstörung des Weimarer Arbeitsrechts und zur Entwicklung zum „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit“ vom 20. Januar 1934 siehe insbesondere Milert, Werner/Rudolf Tschirbs: Die andere Demokratie. Betriebliche Interessenvertretung in Deutschland, 1848 bis 2008, Essen 2012.

schaft auch in anderen sozialen Subsystemen, etwa den konfessionellen Milieus,²⁹ kann in den folgenden Überlegungen nur gestreift werden. Im Mittelpunkt soll vielmehr die Erörterung der Frage stehen, ob sich der industrielle Konflikt mit der Zerschlagung von Arbeitsrecht und Arbeiterbewegung hinter dem Vorhang „volksgemeinschaftlicher“ Wortgirlanden tatsächlich einfach auflöste oder ob nicht vielmehr auch hier die Konturen fortgeschrittener Industriegesellschaften die Leitlinien für eine Großerzählung über Gesellschaft und Ökonomie des Dritten Reiches vorgeben müssen.

Die Erkenntnisse über den extrem repressiven Charakter der NS-Sozialpolitik im Bereich des Arbeitsrechts haben eine Zusammenschau in dem Werk von Eckart Reidegeld über die staatliche Sozialpolitik in Deutschland gefunden.³⁰ Reidegeld macht unter anderem auf den scharfen Schnitt zwischen der Sozialpolitik Weimars und der des NS-Regimes aufmerksam: „Durch das gewaltsame Zerstörungswerk der NS-Bewegung an den Grundfesten und Institutionen des Weimarer Sozialstaats eröffnet sich für dieses Regime schon zu Beginn des Jahres 1933 die Möglichkeit und die Notwendigkeit der Neuregelung des Verhältnisses von Kapital und Arbeit.“³¹ Nach der Phase einer sozialpolitischen „Zwischenwelt“ sieht er alsbald das von bestimmten Kreisen in der NSDAP favorisierte Konzept einer berufsständischen Neuordnung ins Abseits geraten.³² Die Akteure sind in seiner Darstellung unschwer auszumachen: „In engem Kontakt mit Partei- und Regierungsstellen gelingt es offensichtlich jedoch prominenten Vertretern der Industrie bzw. von Industrieverbänden und hier vor allem der Schwerindustrie des Ruhrgebietes, die Gestaltung der industriellen Beziehungen zu beeinflussen.“³³ Deren Zweck lag in der Stärkung der Stellung des Unternehmers im Betrieb und der Niederhaltung und „Verstellung“ des „Klassenkampfes“.³⁴ In den Strukturen

29 Siehe hierzu Gailus, Manfred/Armin Nolzen: Zerstrittene „Volksgemeinschaft“. Glaube, Konfession und Religion im Nationalsozialismus, Göttingen 2011.

30 Reidegeld, Eckart: Staatliche Sozialpolitik in Deutschland. Band II: Sozialpolitik in Demokratie und Diktatur 1919-1945, Wiesbaden 2006. Zur älteren Literatur siehe insbesondere Hachtmann, Rüdiger: Industriearbeit im „Dritten Reich“. Untersuchungen zu den Lohn- und Arbeitsbedingungen in Deutschland 1933-1945, Göttingen 1989, und Frese, Matthias: Betriebspolitik im „Dritten Reich“. Deutsche Arbeitsfront, Unternehmer und Staatsbürokratie in der westdeutschen Großindustrie 1933-1939, Paderborn 1991. Siehe dazu auch Milert/Tschirbs, Demokratie, S. 229 ff.

31 Reidegeld, Sozialpolitik, S. 385.

32 Ebenda, S. 387.

33 Ebenda, S. 391.

34 Ebenda, S. 394.

und Organen der „Betriebsgemeinschaft“ sieht er die Entrechtung der abhängig Beschäftigten besiegelt: „Die ‚Betriebsgemeinschaft‘, dieser wichtige Ansatzpunkt zur vorgeblichen Überwindung der ‚Epoche des Kapitalismus‘, diese juristische Schlüsselkategorie der Vernichtung des ‚kollektivistisch-gewerkschaftlichen Systems‘, diese Form der Zerschlagung der ‚gesellschaftlichen Ordnung des Klassenkampfes‘, ist nicht ‚harmonisch‘ sondern streng hierarchisch-autokratisch aufgebaut.“³⁵ Die etablierten zahlreichen und drastischen Strafvorschriften sollten helfen, „die Unterwerfung unter die Betriebsdisziplin und die rüstungspolitischen Absichten des Regimes sicherzustellen“.³⁶

Im Gewirr von Sanktionsmöglichkeiten entstehen, so Reidegeld, wegen der „Entinstitutionalisierung“ des Konflikts zwischen Kapital und Arbeit „verzerrte Formen des Klassenkampfes“.³⁷ Millionenfach praktizierte „Unbotmäßigkeiten“ und „Verweigerungen“ hätten punktuell die für die Kriegsvorbereitung und Kriegsführung benötigte Effektivität und Produktivität gefährdet.³⁸ Allerdings nahm die Reaktion auf die Zumutungen des Arbeitslebens überwiegend die Form „individualisierter Verweigerung“ an. Widerstand entzündete sich an Lohnkürzungen, Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, Verlängerungen der Arbeitszeit, Spendenabzügen vom Lohn: „Feierschichten, Bummeleien, ‚übermäßiges‘ Krankfeiern, achtloses Arbeiten, ‚freches und anmaßendes Verhalten gegen Vorgesetzte‘, die Ablehnung von Spenden, die Verweigerung des Hitlergrußes, das Fernbleiben von offiziellen Organisationen und Anlässen und die Bildung von ‚Kollegengruppen in denen man alles sagen kann‘ begleiten millionenfach den Produktionsprozeß mit unterschiedlicher Intensität. Das gilt auch noch zu Zeiten höchster Rüstungsanstrengungen und trotz eines bis zuletzt stark wirksamen Polizei- und Sicherheitsapparats.“ Schwerste Disziplinar- und Kriminalstrafen waren die Folge.

Der beste Kenner der Lage der Arbeiterschaft im Nationalsozialismus, Michael Schneider, hat 1999 die grundsätzliche Fragestellung aufgenommen: „Überwogen die Anzeichen einer ‚egalitären Volksgemeinschaft‘ nationalsozialistischer Prägung oder dominierten die Züge einer fortbestehenden Klassengesellschaft?“³⁹ Er

35 Ebenda, S. 394 f.

36 Ebenda, S. 399.

37 Ebenda, S. 400 und 403.

38 Siehe hierzu und zum Folgenden ebenda, S. 403-406.

39 Schneider, Michael: Unterm Hakenkreuz. Arbeiter und Arbeiterbewegung 1933 bis 1939, Bonn 1999, S. 766-769.

listete die wichtigsten Einflussfaktoren auf das Arbeiterleben „im Hinblick auf die Folgen für Struktur und Selbstverständnis der Arbeiterschaft als Klasse“ auf, als da sind: Zerschlagung der Arbeiterbewegung und Überformung ihrer Symbole und Riten, Entrechtung der Arbeiter und Arbeiterinnen in der Arbeitswelt, Individualisierung der Arbeitsbedingungen durch fortschreitende Rationalisierung und Abbau kollektiver Regelungsformen, Fragmentierung der Arbeiterschaft durch Lohndifferenzierung und Auflösung überkommener Kommunikations- und Solidarstrukturen: „Individualisierung und Atomisierung der Arbeiterschaft waren die Folge, zumal es keine organisatorischen Vergemeinschaftungsformen, keine Parteien, Gewerkschaften, Genossenschaften oder Vereine gab, die diesem Trend hätten entgegenwirken können.“ Ohne Zweifel, so Schneider, zielte die nationalsozialistische Politik auf den Abbau des Klassenbewusstseins. Doch die Klassenspannungen blieben existent: „Sie wurden von der ‚Volksgemeinschafts‘-Ideologie überlagert und zum Teil verdeckt, brachen aber in mannigfachen Formen der Interessenwahrnehmung und Konfliktaustragung auf.“ Von hohem Interesse für diese Fragestellung ist gewiss die Feststellung: „Wenn es für eine Ausdrucksform des ‚kollektiven‘ Bewußtseins der Arbeiterschaft massenhafte Belege gab, dann für die Äußerungen von Unzufriedenheit und Mißmut als direkte Folge der beengten, zum Teil auch kärglichen Lebenslage.“

Es waren die durch die amerikanische Soziologie angeregten konflikttheoretischen Arbeiten Ralf Dahrendorfs, die seit Mitte der 1950er Jahre den deutschen Gesellschaftswissenschaften dazu verhalfen, aus dem Banne nachwirkender nationalsozialistischer Ideologie-Elemente hervorzutreten. Diese hatten nicht nur auf Seiten der Arbeitgeberverbände und christdemokratisch-liberalen Regierungshandelns, sondern wohl auch in manchen Arbeitnehmerkreisen als Bodensatz sozialharmonischer Vorstellungen aus der Zeit vor 1933 überlebt. Nach diesem Paradigmenwechsel, der im sozialen Konflikt kein unerwünschtes Störelement, sondern eine schöpferische Kraft im „Dienst einer allmählichen Entwicklung sozialer Strukturen“ erkannte, bestand in den deutschen Sozialwissenschaften ein weitgehender Konsens darüber, dass Herrschaft im Industriebetrieb systematisch strukturelle Interessenkonflikte hervorbringt.⁴⁰ Sie können unterschiedliche Gestalt annehmen: latent oder offen verlaufen, kollektiv oder individuell ausgetra-

40 Müller-Jentsch, Walther: Soziologie der industriellen Beziehungen. Eine Einführung, 2. Aufl. Frankfurt am Main 1997, S. 34.

gen werden.⁴¹ Die Konflikt disposition liegt im industriellen Arbeitsleben selbst, sie erwächst aus der Verfügungsgewalt über die Produktions- und Arbeitsorganisation. Ralf Dahrendorf hat in seinen konflikttheoretischen Arbeiten resümiert: „Der Bestimmungsgrund des Klassenkonflikts ist in der Autoritätsstruktur des Industriebetriebes gegeben und daher in entwickelten Industriegesellschaften unverändert wirksam. Verändert haben sich jedoch Gestalt und Form des industriellen Klassenkonfliktes in den letzten hundert Jahren. Durch die Organisation der konfligierenden Parteien, durch die Schaffung von Verhandlungsgremien und Schlichtungsinstitutionen sowie neuen Positionen zur Interessenvertretung im Betrieb ist die verhärtete, zur Revolution drängende Auseinandersetzung dem ständigen, offen ausgetragenen Gegensatz gewichen.“⁴²

Da soziale Konflikte, d. h. systematisch aus sozialen Strukturen herauswachsende Gegensätze, sich prinzipiell nicht im Sinne einer endgültigen Beseitigung „lösen“ lassen, sind Gesellschaften in besonderem Maße in ihrem dauerhaften Bestand gefährdet, die „unter Anwendung von Gewalt den Eindruck zu erwecken“ suchen, ihnen sei diese „Lösung“ gelungen.⁴³ Dahrendorf hat hier unmissverständlich konstatiert: „Wer den Konflikt als eine Krankheit betrachtet, missversteht die Eigenart geschichtlicher Gesellschaften zutiefst.“ Er liefere die Wirklichkeit und ihre Analyse „utopischen Träumereien“ aus.⁴⁴ Dahrendorf sprach 1962 zu Recht davon, dass für solche Unterdrückung unter dem Mäntelchen der „Lösung“ von Konflikten die „Volksgemeinschaft“ und die „klassenlose Gesellschaft“ zwei von vielen Beispielen seien.⁴⁵ Die herrschende Klasse totalitärer Gesellschaften halte schon deshalb nichts von der Anerkennung sozialer Konflikte, weil diese ihre Machtstellung bedrohen.⁴⁶ Tatsächlich zeigen die Analysen des Problems, was im Nationalsozialismus nach der Zerschlagung des fortschrittlichen Weimarer Arbeitsrechts mit dem industriellen Konflikt passierte: Er wurde in die Institutionen des Staatsapparats verlagert. Im Grunde handelten sich die Arbeitgeber eine Konstellation ein, die in Ansätzen der aus dem Kaiserreich

41 Siehe auch Tenfelde, Klaus/Heinrich Volkmann: Einführung. In: Streik. Zur Geschichte des Arbeitskampfes in Deutschland während der Industrialisierung, München 1981, S. 15.

42 Dahrendorf, Ralf: Soziale Klassen und Klassenkonflikt in der industriellen Gesellschaft, Stuttgart 1957, S. 233 f.

43 Dahrendorf, Ralf: Gesellschaft und Freiheit. Zur soziologischen Analyse der Gegenwart, München, 1962, S. 227.

44 Ebenda, S. 197.

45 Ebenda, S. 227.

46 Ebenda, S. 197.

ähnelte. Wenn der Staat die Unternehmer darin bestärkte, „den Arbeitern dauerhafte Einrichtungen und geregelte Verfahren zur gleichberechtigt-friedlichen Vermittlung ihrer Interessengegensätze zu verweigern“, blieb die soziale Frage unvermeidlich „eine politische Verfassungsfrage“.⁴⁷ Die Interessengegensätze konnten durch die Leerformeln der „Betriebsgemeinschaft“ und der aus dieser angeblich erwachsenden „Volksgemeinschaft“ nicht aufgehoben werden, sondern sie wurden, wie Martin Broszat für die gesamte Herrschaftspraxis im Nationalsozialismus festgestellt hat, „über die Transmissionsriemen des politischen Systems geleitet“.⁴⁸ Die Tabuisierung der „nicht aus der Welt geschaffenen ökonomisch-sozialen Gegensätze“ lud die Kampfdynamik der rivalisierenden Gruppen und Führer auf und verschärfte sie.⁴⁹

Richard Evans hat in seinem Werk „Das Dritte Reich. Diktatur“ die Perspektivveränderung herausgearbeitet, die sich mit der wachsenden zeitlichen Distanz zum Nationalsozialismus einstellte: „Je weiter das Dritte Reich vor uns in die Vergangenheit zurückwich, desto schwieriger wird es für die Historiker, die in demokratischen politischen Systemen und Kulturen leben, in denen die individuellen Menschen- und Bürgerrechte geachtet werden, die notwendige Vorstellungskraft aufzubringen, um das Verhalten von Menschen in Staaten wie dem Dritten Reich zu verstehen, wo jedem Folter, Zuchthaus, Lager oder gar Tod drohte, der es wagen sollte, auch nur die leiseste Kritik am Regime und seinen Führern zu äußern.“⁵⁰

Evans betonte auch den willkürlichen Charakter von Ausgrenzung und Verfolgung, der eine der Voraussetzungen für die von der Nachwelt kritisierte, angeblich breite Zustimmung der Deutschen zum Regime darstellte. Es war, so Evans, keineswegs so, dass der nationalsozialistische Terror sich ausschließlich gegen kleine und verachtete Minderheiten gerichtet hätte; die Drohung einer Verhaftung, eines Gerichtsverfahrens und einer Haftstrafe unter zunehmend brutalen und gewalttätigen Umständen schwebte im Dritten Reich über jedem, sogar über den Mitgliedern der NSDAP selbst.⁵¹ Die Gestapo sei dabei nur ein Teil eines

47 Hentschel, Sozialpolitik, S. 11.

48 Broszat, Martin: Der Staat Hitlers. Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Verfassung, München, 2. Aufl. 1971, S. 242 f. Siehe besonders Milert/Tschirbs, Demokratie, S. 229-334.

49 Siehe auch Broszat, Martin: Soziale Motivation und Führer-Bindung des Nationalsozialismus. In: VfZ 18 (1970), S. 392-409. Vgl. dazu auch Kershaw, Ian: Soziale Motivation und Führer-Bindung im Staat Hitlers. In: Frei, Norbert (Hg.): Martin Broszat, der „Staat Hitlers“ und die Historisierung des Nationalsozialismus, Göttingen 2007, S. 76-84.

50 Evans, Richard J.: Das Dritte Reich. Bd. II/1 und 2. Diktatur, München 2010, S. 143.

51 Ebenda, S. 144 f.

umfassenderen Netzes der Überwachung, des Terrors und der Strafverfolgung, das in den dreißiger Jahren von den Nationalsozialisten über die deutsche Gesellschaft geworfen wurde.⁵² Hinzu kamen SA und SS, die Kriminalpolizei, der Strafvollzug, die Fürsorge- und Arbeitsämter, die medizinischen Berufe, Ärzte- und Krankenhäuser, die Hitlerjugend, die Blockwarte und selbst Finanzämter, die Reichsbahn und die Reichspost: „Sie alle lieferten der Gestapo, den Gerichten und den Strafverfolgungsbehörden Informationen über Nonkonformisten und Regimekritiker und bildeten ein polymorphes, unkoordiniertes, aber alles umfassendes System der Kontrolle [...]“. Eine Atmosphäre von Angst und Terror habe nie nachgelassen und zum Ende hin ihre Intensität sogar noch verstärkt.

Es soll daher im Folgenden im Ansatz gezeigt werden, dass das „Volksgemeinschafts“-Paradigma in zweifacher Hinsicht einen Teil der Zeitgeschichtsforschung ins Abseits manövriert: Zum einen mit dem Rückgriff auf eine Wirkungsmacht sozialharmonisch orientierter Ideologien und zum anderen mit der Fortschreibung von Gemeinschafts-Vorstellungen, die doch nach 1887 mit dem konträren Begriffspaar Gemeinschaft oder Gesellschaft nicht unerheblich zum deutschen ideologischen Sonderweg beitrugen.⁵³

Die Strukturierung in den Kapiteln II bis IV soll dabei zunächst die forschungsgeschichtliche Schwerpunktbildung auf „Volksgemeinschaft“ beleuchten, bevor in den Kapiteln V bis XVI ausgewählte Aspekte der Geschichte des Dritten Reiches auf ihre Kompatibilität mit der „Volksgemeinschafts“-Großthese überprüft werden. Sozialgeschichtliche und politikgeschichtliche Ausführungen sollen Herrschaftsstrukturen und soziopolitische Prozesse thematisieren, die sich nur schwerlich mit einer „Volksgemeinschafts“-Erklärung vereinbaren lassen. Überdies werden Personal und Strategien der NS-Herrschaftsträger einer kritischen Sichtung unter dieser Fragestellung unterzogen und die mangelnde Erklärungskraft des Forschungsparadigmas im Lichte konkurrierender Deutungsversuche belegt. Schließlich soll an der jüngsten Forschungsentwicklung nachgewiesen werden, dass in der abschwellenden „Volksgemeinschafts“-Konjunktur selber Distanzierungen erkennbar werden, die die von Anfang an durchscheinenden Schwachstellen des Forschungsparadigmas brüchig erscheinen lassen.

52 Ebenda, S. 145 f.

53 Siehe die Folgen des Werks von Ferdinand Tönnies: *Gemeinschaft und Gesellschaft*, Berlin 1887.

II. Zur Genesis des Begriffs „Volksgemeinschaft“ in der deutschen NS-Forschung

Es sind ausgerechnet die populären und insgesamt verdienstvollen Darstellungen der Großen der Zeitgeschichtsschreibung, die dem Begriff der „Volksgemeinschaft“ den Durchbruch von einer Nazi-Parole zum analytischen Werkzeug verhalfen. In seinem Werk „Verführung und Gewalt. Deutschland 1933-1945“ unterstellt der Autor Hans-Ulrich Thamer den Nazis: „Eine Volksgemeinschaft wollten sie schaffen, und diese Verheißung ihrer Propaganda hatte offene Ohren gefunden.“⁵⁴ Einer rückwärts gerichteten Propagandarede des DAF-Leiters Robert Ley (1934) entnimmt er das Motiv einer in den Schützengräben des Ersten Weltkrieges entstandenen soldatischen Gemeinschaft: „Das war die Utopie, der die Nationalsozialisten nachgingen, die verlorene Illusion, für die sie sich an jenen rächen wollten, die sie für die Zerstörung ihres Traums meinten verantwortlich machen zu können: die Novemberverbrecher, Revolutionäre, Juden, Marxisten.“ Bemerkenswert die sprachliche Einfühlung in die vermeintlichen Motive der Nazi-Führer, die sozusagen selbst eine Spur ihrer eigenen Motive legten. Die Rede von den „Verheißungen“, von der „Utopie“, von der „verlorenen Illusion“, der „Zerstörung eines Traums“ verleiht den extremistischen Rabauken der NS-Bewegung eine nur schwer verständliche Aufwertung ihrer schon in der Weimarer Zeit tagtäglich ausgeübten Gewalt-Praxis.⁵⁵

Thamer konstatiert, nach dem 1. Mai 1933, die Errichtung einer autoritären Ordnung der Arbeits- und Sozialverhältnisse, die - neben ihrer Kontrollfunktion - „auch auf Massenbetreuung und Massenzustimmung zielte“.⁵⁶ Vor dem Hintergrund des inneren und organisatorischen Chaos der Anfangsjahre des DAF-Leiters Ley spricht Thamer zwar treffend die Konflikte und Rivalitäten zwischen

54 Thamer, Verführung, S. 494.

55 Zum gewalttätigen Auftreten der Nazi-Formationen in der Endphase der Republik siehe insbesondere Brüning, Heinrich: Memoiren 1918-1934, Stuttgart 1970, S. 538 ff., wo er das Verbot von SA und SS beschreibt, und seine Sentenz: „Nirgendwo wurde den Morden der SA Einhalt geboten.“ Ebenda, S. 620. Hans Mommsen hat für die Endphase der Republik gerade das provozierende Auftreten der Nationalsozialisten als charakteristisch herausgearbeitet: „Die Anwendung von Gewalt wurde von Hitler ausdrücklich gebilligt; sie besaß eine demonstrative und propagandistische Funktion, und dies galt umso mehr, als breite Teile des Bürgertums die Entfesselung von Gewalt gegen die politische Linke mit Sympathie aufnahmen.“ Mommsen, Freiheit, S. 423.

56 Thamer, Verführung, S. 495.

der NSDAP, den Reichsministerien, den Interessenvertretern der Wirtschaft und der DAF an, akzentuiert auch die Niederlage Leys am 27. November 1933 richtig, als er den Vertretern der Großwirtschaft um Reichsarbeitsminister Franz Seldte und Reichswirtschaftsminister Kurt Schmitt den Verzicht auf eine Rolle in der Tarif- und Betriebspolitik einräumen musste, doch verkennt er die künftige Rolle Leys gründlich, wenn er postuliert, als „Ausdruck der Volksgemeinschaft wurde die DAF gefeiert [...]“. Der diktatorischen Betriebsverfassung nach dem Arbeitsordnungsgesetz vom 20. Januar 1934 schreibt er den Status einer „Utopie solcher harmonischen Betriebsgemeinschaft“ zu.⁵⁷

Argumentativ ungedeckt bleiben Thamers Schlussfolgerungen: „Zwar blieb die nationalsozialistische Volksgemeinschaft ein Mythos, aber auch Mythen haben ihre verändernde Kraft, vor allem, wenn sie sich der Suggestion des technischen und zivilisatorischen Fortschritts bedienen.“ Den sozialgeschichtlich blinden Begriffen des „Mythos“ und der „Suggestion“ wird eine Verschränkung historischer Zeiten hinzugesellt: „Die Volksgemeinschaft war im Volksempfänger und im Volkswagen vorweggenommen.“ Thamer war sich der Brüchigkeit seiner Argumentation wohl bewusst, er kompensierte sie indes durch die These: „Die nationalsozialistische Sozialpolitik war in mancher Hinsicht der Versuch, den Marxschen Satz, daß das Sein das Bewußtsein bestimme, in sein Gegenteil zu verkehren.“ Darauf habe Hitler schon in „Mein Kampf“ abgezielt, wenn er sagte, „daß er die Fabriken nicht zu sozialisieren brauche, da er die Herzen sozialisieren werde“.⁵⁸

In seinem Werk „Der Führerstaat. Nationalsozialistische Herrschaft 1933 bis 1945“ kommt Norbert Frei zur ähnlich widersprüchlichen Ergebnissen. Die Nationalsozialisten, so Frei, hätten es verstanden, „den von der alten Arbeiterbewegung betonten Zusammenhang von materieller Lage und gesellschaftlichem Bewusstsein aufzulösen“.⁵⁹ Die Sozialpolitik des konsolidierten NS-Regimes sei nicht einfach bloß „reaktionär und rhetorisch“ gewesen, denn die DAF habe „doch eine substantielle und in Teilen sogar fortschrittliche Sozialpolitik“ entwickelt: „Auf seine Gegner tief frustrierende Weise demonstrierte das Regime,

57 Ebenda, S. 496-499.

58 Ebenda, S. 503.

59 Frei, Norbert: Der Führerstaat. Nationalsozialistische Herrschaft 1933 bis 1945, München 1987, S. 96.

dass der Mensch nicht allein vom Brote lebt und Loyalität auch anders zu haben ist als durch rechtzeitige Aufstockung des Ecklohns“.

Dabei macht Frei den Versuch, die Auflösung eines virulenten Klassenbewusstseins zu erklären. So sieht er - unter Vernachlässigung der tarifpolitischen Erfolge der Weimarer Gewerkschaftspolitik auf dem Urlaubssektor - eine in der langfristigen sozialpolitischen Entwicklung ohnehin angelegte Urlaubsverlängerung als „sogar im internationalen Vergleich“ bemerkenswerte „Errungenschaft“ des NS-Regimes an. Das „innerbetriebliche Gemeinschaftsbewusstsein“ sei durch die DAF gefördert worden.⁶⁰ Die permanente Volksgemeinschaft-Propaganda habe ihre Wirkung nicht verfehlt, die Idee der Volksgemeinschaft lebe angeblich „von ihrer ständigen Aktualisierung“.⁶¹ Unter dem von den Nationalsozialisten stets betonten Gesichtspunkt von „der bewusstseinsmäßigen Verankerung ihrer Herrschaft“ sei es zunächst nicht sehr bedeutsam gewesen, ob die Mobilisierung über den Gemeinschaftsempfang einer „Führer-Rede“ erfolgte, über die aktive Mitgliedschaft in NS-Nebenorganisationen oder über die gesinnungstüchtige Betätigung als Blockwart der NSDAP. Frei nennt solcherlei Phänomene eine „Form der Partizipation“.

Es ist bezeichnend für die Ineinssetzung von propagandistische Absicht und ihrer vorgeblich erzielten Wirkung, dass das von Goebbels in Berlin inszenierte Prominentenspektakel, als an „Eintopfsonntagen“ Direktoren und Arbeiter gemeinsam ihre Erbsensuppe löffelten, zu einem „Paradestück nationalsozialistischer ‚Volkserziehung‘“ überhöht wird. Es wird nicht einmal der Versuch gemacht, die Wirkung auf die unter Konsumverzicht leidende Berliner Bevölkerung zu analysieren. Ihr wird kurzerhand unterstellt, sie hätte die Botschaft akzeptiert, die da lautete: Die Volksgemeinschaft existiert, alle machen mit, „oben“ und „unten“ seien weniger wichtig als der gute Wille. Der sozialpsychologische Effekt sei für das Regime gewesen, dass „eine kollektive Opferbereitschaft“ suggeriert wurde. Frei versäumt nicht, eine Kontinuität zum Nachkriegsdeutschland anzudeuten, wenn er davon spricht, das Wirtschaftswunder nach 1945 habe die „meisten der damals geweckten Ansprüche“ befriedigt.⁶² Denn ausgerechnet die

60 Ebenda, S. 97.

61 Ebenda, S. 98-100.

62 Ebenda, S. 98.

NS-Politik habe die „Richtung auf eine konsumorientierte Massengesellschaft“ eingeschlagen.⁶³

Es wirkt beinahe so, als habe ein anderer Autor weitere Passagen der Darstellung verantwortet. So betont Frei, dass der Anteil der Löhne am Volkseinkommen seit 1934/35 kontinuierlich gefallen sei.⁶⁴ Die staatlichen Ausgaben hätten für jedermann erkennbar die Aufrüstung favorisiert. Der propagandistisch so sehr herausgestellte soziale Wohnungsbau „erlebte, verglichen mit den guten Jahren der Weimarer Republik, sogar einen drastischen Rückgang“.⁶⁵ Bei den Vertrauensratsabstimmungen 1934 und 1935 hätten – so Frei treffend – die NSBO-Vertreter eine Quittung für die „Wahlfarce“ erhalten.⁶⁶ Ein Ansatz von Klassenanalyse statt Ideologie-Reproduktion ist auch in der Formulierung enthalten, zumindest in den Anfangsjahren des Dritten Reiches „penetrierte die private Wirtschaft das politische System, nicht umgekehrt“.⁶⁷

Was die für die Selbstdarstellung des Regimes zentrale Frage angeht, wie den Interessen der Bauern zu willfahren sei, konstatiert Frei zu Recht, „nicht der selbstbewusste und eigenverantwortlich dem Wohl der Volksgemeinschaft dienende, freie Bauer“ sei das Resultat der NS-Agrarpolitik gewesen, „sondern der in ein Netz von Anbauvorschriften, Preisregulierungen und Abnahmegarantien eingespannte Agrarproduzent“. Statt neuer Hofgründung habe massive Landflucht, und zwar in die großstädtischen Ballungsgebiete, eingesetzt.⁶⁸

Auch Hans-Ulrich Thamer erkennt eindeutig, dass zu den Verlierern nationalsozialistischer Politik die beiden Gruppen gehörten, „aus denen die NSDAP vor der Machtergreifung die stärkste Unterstützung bekommen hatte, die Bauern und in noch stärkerem Maße der gewerbliche Mittelstand“. So seien erste Maßnahmen zur wirtschaftlichen Hilfe für die bäuerliche Bevölkerung ebenso von dem übermächtigen Sog der rüstungswirtschaftlichen Vorgaben verschlungen worden wie anfängliche Zugeständnisse an Handwerk und Kleinhandel. Aus dem umworbenen Mittelstand, so Thamer, wurde allmählich ein „entbehrlicher Stand“, während die Bauern zwar „Lieblingskinder der nationalsozialistischen Propaganda“ blieben, „doch dafür mussten sie härter und länger arbeiten [...]“.

63 Ebenda, S. 93.

64 Ebenda, S. 94.

65 Ebenda, S. 89.

66 Ebenda, S. 66.

67 Ebenda, S. 68.

68 Ebenda, S. 92 f.

So habe das Regime verstärkt, was es zu bekämpfen versprochen hatte: „den gesellschaftlichen Wandel von einer kleingewerblich-mittelständischen Ordnung zu einer großwirtschaftlichen Struktur“.⁶⁹

Zeigen diese Passagen die Brüchigkeit einer These, die in der ideologischen Parole von der „Volksgemeinschaft“ den Klebstoff des gesellschaftlichen Zusammenhalts konstruieren möchte, so wird bei beiden Autoren durch die Ausbreitung kulturpolitischer Befunde vollends deutlich, dass ein volksgemeinschaftlicher Nebel nur schwerlich das Klima des Dritten Reiches überlagert haben kann.⁷⁰ So überwogen im Kino und auf der Theaterbühne gerade die unpolitischen, unterhaltsamen Sujets, das Berliner Kultur- und Nachtleben blühte weiterhin, ausländische Schriftsteller, insbesondere amerikanische Autoren wie Thomas Wolfe, William Faulkner und Ernest Hemingway, hatten hohe Auflagen, in den Berliner Bars dominierten Jazz- und Swing-Musik. Trotz des Kampfes gegen eine „Amerikanisierung“ des deutschen Kultur- und Konsumlebens war Coca-Cola das begehrteste Erfrischungsgetränk, das Hollywood-Kino reüssierte, die ausländische Presse lag bis Kriegsbeginn aus. Der Kampf der Nazis gegen kritische Buchautoren, gegen „entartete Kunst“, gegen „Negerkultur“ war nur teilweise erfolgreich, die Alltagskultur des Dritten Reiches war gekennzeichnet von einem gespaltenen Bewusstsein, das sich nicht durch das Theorem einer Einheit herstellenden „Volksgemeinschaft“ erklären lässt.

Die auf allen politischen Ebenen sichtbar werdende, sich zuspitzende Widersprüchlichkeit der politischen Maßnahmen rivalisierender und verfeindeter Ministerien, Organisationen und Amtsträger schlug unübersehbar in die gesellschaftliche Wirklichkeit zurück, die auch Thamer seit 1938 von zunehmender Unzufriedenheit geprägt sieht. So konstatiert er „Nachrichten von Abwanderungen, Aufsässigkeiten, Disziplinwidrigkeiten“.⁷¹ Schon in den ersten Kriegsmonaten habe sich gezeigt, dass die „Frauen von Einfluss, Schönheit, Reichtum und Prestige“ sich einer kaum bemäntelten Vorzugsbehandlung durch das Regime erfreuten.⁷² Von „Opferbereitschaft“ für die „Volksgemeinschaft“ ist das für wahr weit entfernt. Als einzig wirksame und nachweisbare Klammer der zerklüfteten Gesellschaftsstruktur mochte die Bewunderung für die außenpolitisch „geni-

69 Thamer, *Verführung*, S. 520 f.

70 Ebenda, S. 505 ff.

71 Ebenda, S. 512.

72 Ebenda, S. 518 f.

ale Leistung“ des Führers Adolf Hitler gegolten haben, die aber letztlich nur – wie nach dem Einmarsch der Wehrmacht am 7. März 1936 ins Rheinland – aus einer „Erleichterung über den glücklichen Ausgang des Abenteuers“ resultierte, wie Thamer treffend urteilt.⁷³ Damit wird freilich nur die schon längst erhärtete Auffassung bestätigt, dass ein Hitler-Mythos seine Energien vor allem aus den außenpolitischen Erfolgen Hitlers speiste, ja wenn er – vermeintlich wie in der sudetendeutschen Krise 1938 – sich als Friedensbringer huldigen ließ, während er seine Wut über das friedliebende „Hühnervolk“, das ihm auf dem Weg zu einer militärischen Lösung nicht folgen wollte, nicht verhehlen konnte.

Es ist für die Konjunktur des „Volksgemeinschafts“-Begriffs nicht unerheblich, dass beide Autoren, Thamer wie Frei, ihn durch einschlägige Aufsätze zu untermauern trachteten, auf die sich die exponiertesten Vertreter dieses Erklärungsansatzes, Michael Wildt und Frank Bajohr, argumentativ zurückbeziehen. Hans-Ulrich Thamer verdichtete seine Überlegungen in dem Aufsatz „Nation als Volksgemeinschaft“. Im Anschluss an die Weltwirtschaftskrise sieht er das erste „deutsche Wirtschaftswunder“ eines raschen konjunkturellen Aufschwungs, der „zur Basis einer Fülle von sozialpolitischen Plänen und Verheißungen“ wurde, „die zwar zum großen Teil nicht realisiert, gleichwohl als Wechsel auf die Zukunft angenommen wurden“.⁷⁴ So sei es dem Nationalsozialismus gelungen, aus den Themen der Konservativen Revolution in Weimar „schlagfertige Propagandaformeln“ zu machen: „Am Ziel aller Anstrengungen stand die Verheißung, alles Trennende zu überwinden und eine Volksgemeinschaft zu schaffen, die wiederum die Voraussetzung für die Herstellung der deutschen Größe sein sollte.“⁷⁵

Es ist charakteristisch für den rhetorischen Topos von der „Volksgemeinschaft“, dass Thamer sich in die Logik ihrer Verwender hineindenkt, ohne auch nur einen Sprecher, einen Handlungsträger zu nennen. Die Urheber – seien es einzelne Redner, seien es NS-Organisationen oder Ministerien – bleiben unbenannt, wie es auch an einer zeitlichen Einordnung, ja einer Kontextualisierung völlig mangelt. Wenn er einmal die Auftritte Hitlers andeutet, kommt er nicht umhin einzuräumen, dass dieser gerade „durch den Einsatz von Gewalt den Eindruck der Entschlossenheit, Unbedingtheit zu wecken“ suchte. Jedem habe

73 Ebenda, S. 539.

74 Thamer, Nation, S. 113.

75 Ebenda, S. 120.

Hitler „Veränderung und Erlösung“ versprochen.⁷⁶ Anstatt der Rede von der „Volksgemeinschaft“ eine empirische Grundierung zu verschaffen, setzt eine semantische Flucht ins unbestimmt Eschatologische ein, deren biblische Anklänge (Verheißung, Erlösung) nicht einmal hinterfragt werden.

Das traumatische Erlebnis des Ersten Weltkrieges für die Deutschen wird in der problematischen Verengung auf das Erlebnis der Niederlage und auf die „seelische Erschütterung“ führender Nationalsozialisten zum zentralen Aspekt der Ausbildung volksgemeinschaftlichen Denkens stilisiert.⁷⁷ Aus Hitlers Äußerungen schriftlicher Art („Mein Kampf“) und bei Redeanlässen destilliert Thamer ein zeitloses, ernsthaftes Konzept: „Hitlers Ziel war die Herstellung einer Volksgemeinschaft, in der der Klassenkampf aufgehoben werden sollte. Dies sollte durch soziale und kulturelle Besserung wie durch Erziehung geschehen, aber auch durch rücksichtslose Bekämpfung aller Gegner.“⁷⁸ Wenig später zitiert Thamer Robert Ley, der durch unverhohlene Sprachkosmetik die Begriffe Arbeitgeber und Arbeitnehmer „heraus aus unserem Volk“ zu eliminieren beabsichtigte, indem er dekretierte: „Wir sind alle Soldaten der Arbeit, von denen die einen befehlen und die anderen gehorchen.“⁷⁹ Zwar erkennt Thamer die Widersprüche zwischen den „Verheißungen“ und den Maßnahmen des Regimes: „Soziale Veränderung sollte hier auf der sprachlichen und psychologischen Ebene, nicht auf der ökonomischen vollzogen werden.“ Doch anstatt dieses ideologische Zwielicht auszuleuchten, entwickelt Thamer eine schwerlich nachzuvollziehende Schlussfolgerung: „Unter diesem Primat der Politik, der in der politischen Praxis die Diktatur der Partei und ihres Führers bedeutete, konnte und sollte sich eine Nivellierung und Egalisierung innerhalb der Volksgemeinschaft entwickeln, die erst dadurch ihre Gestalt annahm.“ In seinem Bemühen, die reale Praxis einer „Volksgemeinschaft“ nachzuweisen, kommt Thamer zu der fragwürdigen These: „Dadurch, dass der Arbeiter seine Unfreiheit mit seinem früheren Herrn teilte, war auch eine Art von Gleichheit oder gar Befreiung hergestellt.“⁸⁰ Schließlich wird dem Nationalsozialismus attestiert, „auch andere, säkulare Bedürfnisse der modernen Massengesellschaft“ erfüllt zu haben. Merkwürdig berühren muss den

76 Ebenda, S. 121.

77 Ebenda, S. 122.

78 Ebenda, S. 123.

79 Ebenda, S. 124.

80 Ebenda, S. 125.

Leser das völlig kontextlose Bedauern über die „nicht mehr realisierten Ansätze einer dynamischen Volksversicherung“.⁸¹

Verfehlt muss daher Thamers Schlussfolgerung erscheinen: „All dies beweist, daß der Nationalsozialismus verschiedene gesellschaftspolitische Ansätze und Tendenzen aufnahm und integrierte, dadurch Bedürfnisse der industriellen Massengesellschaft befriedigte und sich Loyalitäten sicherte. All das war ohne weiteres in den Gedanken der Volksgemeinschaft einzufügen und wurde von Hitler politisch gedeckt.“ Thamer unterstellt einen „breiten Konsens, den das Regime bis in die Arbeiterschaft fand“.⁸² In welche Sackgassen eine realgeschichtlich nicht zurückgebundene Ideologie-Paraphrase führt, lässt sich an Thamers These ablesen, dass „nämlich die verbreiteten Sozialisierungskonzepte und –wünsche der Jahre nach 1945 teilweise mehr mit der Erfahrung der Volksgemeinschaftsparolen“ zu tun hätten „als mit der Lektüre sozialistischer Theoretiker“.⁸³ Ein Nachweis einer sozialgeschichtlichen Kontinuität zwischen der nationalsozialistischen Epoche und der Nachkriegsgesellschaft ist den Vertretern der „Volksgemeinschaft“-These allemal wichtiger als ein Blick auf die Wiederaufnahme von Weimarer Traditionen und Erfahrungen durch eine in den Westzonen und der frühen Bundesrepublik politisch gestaltend auftretende Arbeiterbewegung.

In einem 2005 wieder abgedruckten Aufsatz aus dem Jahre 1999 ‚Volksgemeinschaft‘. Erfahrungsberichte und Lebenswirklichkeit in der Hitlerzeit“ nimmt Norbert Frei sowohl Argumente als auch Formulierungen aus seinem „Führerstaat“ (1987) auf.⁸⁴ Nicht nur in den Thesen, sondern auch im Argumentationsaufbau weist der Aufsatz große Übereinstimmungen mit dem von Thamer auf. Offenbar geht es beiden Autoren um eine Absatzbewegung von älteren Positionen führender Fachvertreter. So setzt Frei sich kritisch ab von Heinrich August Winklers berühmter Formulierung: „Was spricht eigentlich dafür, die gesellschaftspolitischen Parolen der Nationalsozialisten zum Nennwert zu akzeptieren?“⁸⁵ Frei unterstellt der älteren Forschung, statt „der breiten Zustimmung, der ‚Führer‘-Begeisterung und der hohen Integrationsbereitschaft“ bei den Deutschen „den Gewalt- und Repressionscharakter des Regimes, seinen

81 Ebenda.

82 Ebenda, S. 126.

83 Ebenda, S. 126 f.

84 Frei, Volksgemeinschaft, S. 107-128.

85 Winkler, Mythos, S. 484-490.

totalitären Zugriff auf die Menschen und die außerordentliche Gefährlichkeit etwaiger Versuche, sich diesem Zugriff zu entziehen“, betont zu haben.⁸⁶ Dies stellt er in eine Kontinuitätslinie von „offenkundigen legitimatorischen Bedürfnisse[n], denen die Zeitgeschichtsschreibung seit ihren Anfängen Rechnung“ getragen habe. Der von der NSDAP schon in der Weimarer Zeit propagierten „Verheißung, in einem nationalsozialistischen Deutschland werde an die Stelle zerstrittenen Parteien, verfeindeter Klassen und auseinanderstrebender gesellschaftlicher Interessen eine einheitliche, starke ‚Volksgemeinschaft‘ treten“, sei von der Zeitgeschichtsforschung der Status dauerhafter „Fiktionalität“ zugeschrieben worden.⁸⁷ Nun aber sei es an der Zeit, nach den „tatsächlichen oder vermeintlichen ‚Normallagen‘ in der Verlaufsgeschichte des ‚Dritten Reiches‘ zu fragen: nach kollektiven Befindlichkeiten und Erfahrungen, die sich zum Teil positiver darstellten, als aufgrund der objektiven politischen Gegebenheiten der Diktatur vielleicht zu erwarten gewesen wäre“. Es gelte daher die Notwendigkeit, die Erfahrungsgeschichte einzubeziehen, da „ohne die Annahme beträchtlicher sozialer Bindekräfte“ eine befriedigende Erklärung des Funktionierens des NS-Regimes nicht möglich sei. Damit aber, so Frei, „tritt der Faktor ‚Volksgemeinschaft‘ unweigerlich ins Bild“.⁸⁸

Gleichwohl folgen auf diese Präambel keinerlei Erfahrungsberichte empirischer Art, historisch verwertbare Quellen, die einen Widerschein, einen Niederschlag der „produzierte[n] Regimeloyalität“ bezeugen könnten. Vage Hinweise auf die höchst komplexen Exilberichte der deutschen Arbeiterbewegung vermögen die Defizite im Nachweis einer kollektiven Rezeption der „Volksgemeinschaft“ nicht zu kompensieren.

Die auch durch symbolische Loyalitätsbekundungen „produzierte Regimeloyalität“ habe „eine Dynamik psychosozialer Kraftentfaltung“ erzeugt: „Massenhaft wurde in den so genannten Friedensjahren soziales Bewusstsein verändert, wurden Klassen- und Standesdünkel delegitimiert und mentale Sperren aus dem Weg geräumt.“⁸⁹ Die sozialen Integrationsangebote des Regimes seien „für viele attraktiv“ gewesen, wird ohne weitere Konkretisierung behauptet, und das habe „auch tatsächlich zu einer gewissen Egalisierung wenigstens von Aufstiegs-

86 Frei, Volksgemeinschaft, S. 109.

87 Ebenda, S.107.

88 Ebenda, S. 109 f.

89 Ebenda, S. 116.

chancen“ geführt. Die Schwebelage des sprachlich Ungefähren leitet über in die Fiktion einer nach Einsetzen der Hochkonjunktur deutlichen „Leistungs-Lohn-Politik“; dieses „moderne“ Verhalten sei erst in der Adenauer-Zeit wirklich belohnt worden. Der unkoordinierten Lohnpolitik des Dritten Reiches, der es völlig an zentraler Intentionalität mangelte, wird eine Funktionalität unterstellt, die zu einer „volksgemeinschaftlichen Hochstimmung“ geführt hätte. Frei weitet die These von der Identifikation der deutschen Nation mit Hitler und seinen Zielen schließlich auch auf die Politik gegenüber den Juden aus: „Die Frage nach der Volksgemeinschaft führt zum Kern des Problems.“⁹⁰

Unschwer ist diesen Einlassungen anzumerken, dass das Theorem der „Volksgemeinschaft“ in andere Bereiche der NS-Wirklichkeit ausgeweitet wird. Es nimmt einen Paradigmen-Status an, mit dem auch weitere Politiksektoren in den Kreis einer Gesamtverantwortlichkeit der deutschen Nation einbezogen werden sollen. Dass das für die Politik gegenüber den deutschen Juden besonders fragwürdig sein dürfte, kann hier nicht vertieft werden. Erkennbar aber ist, dass eine Übertragung des „Volksgemeinschafts“-Theorems in weitere Bereiche die methodologischen Fragwürdigkeiten nur vergrößern kann.

90 Ebenda, S. 128.

III. Die Verfestigung des Paradigmen-Wechsels

In seinem Werk „Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung. Gewalt gegen Juden in der deutschen Provinz“ dient das „Volksgemeinschafts“-Theorem Michael Wildt in der Tat als Nährboden für die Gewaltmaßnahmen der Deutschen gegenüber den Juden.⁹¹ Dabei versucht er der Vagheit des Begriffs aufzuhelfen. Im Ersten Weltkrieg sieht er den Ursprung der Volksgemeinschaft als „Wirklichkeitsbegriff“, deren „Zauber als Zukunftsverheißung“ sich „auf dem Mythos einer erlebten Vergangenheit gründen konnte“.⁹² Nun tritt in seinen Ausführungen die „Wechselbeziehung von Inklusion und Exklusion“ auf, die „jedwede Gruppenbildung definiert“.⁹³ Ganz offensichtlich ist das der Angelpunkt von Wildts Entfaltung des Begriffs der „Volksgemeinschaft“, genauer: seiner Anwendung. Ein sozialwissenschaftliches Paradigma, von Niklas Luhmann begrifflich hergeleitet, dient in Wildts Schriften als Generalerklärung sämtlicher Politikbereiche: Von der Ausschaltung der Arbeiterbewegung 1933 bis hin zum Vernichtungskrieg, der „die ‚Volksgemeinschaft‘ immer wieder neu herzustellen und eine völkisch-rassistische Ordnung Europas zu verwirklichen“ hatte. Mit einer Metaphern-Grundierung aus dem architektonischen Fundus baut Wildt ein „Volksgemeinschafts“-Gebäude auf, das ein Eigenleben entwickelt, bei dem weder der Anteil der NS-Täter noch der Deutschen überhaupt in messbaren Faktoren dargestellt würde: „Antisemitismus konstituierte die nationalsozialistische Volksgemeinschaft“,⁹⁴ heißt es da in aller Undifferenziertheit. Das folgende Argument verzichtet auch konsequent auf die Nennung des Diktators oder seiner Satrapen, als es gilt, den Übergang zur militärischen Expansion zu erklären: „Mit einem bloß inkludierenden Konzept hätte sich die deutsche ‚Volksgemeinschaft‘ nach Erreichen der Vollbeschäftigung und Revision des Versailler Vertrages in den Grenzen von 1938 selbstzufrieden genügen können. Stattdessen trieb die antisemitische, rassistische Passion stets weiter dazu, Grenzen auszudehnen, exkludierende Differenzen zu bestimmen, die ‚Volksgemeinschaft‘ immer wieder neu herzustellen und eine völkisch-rassistische Ordnung Europas zu verwirklichen.“⁹⁵

91 Wildt, *Selbstermächtigung*, passim.

92 Ebenda, S. 352.

93 Ebenda, S. 354.

94 Ebenda, S. 354 f.

95 Ebenda, S. 355.

Ohne Zweifel werden mit solch ungedeckten Formulierungen differenzierte Forschungsergebnisse eingeebnet, ja ein „deutsches Volk“ erfunden, das scheinbar selbsttätig, ohne politische Führung, sowohl dem Eroberungskrieg als auch der Judenvernichtung entgegenkam. Ähnlich problematisch Wildts Formulierung, erst durch die antisemitische Tat „konnte mit dem Ausschluss der Juden aus der deutschen Volksgemeinschaft und damit erst mit ihrer Herstellung Ernst gemacht werden“.⁹⁶

Im Anschluss an Überlegungen ausgerechnet Carl Schmitts kommt Wildt zu der Schlussfolgerung, die „Volksgemeinschaft“ sei „das Versprechen einer metamodernen Ordnung rassistischer Ungleichheit, in der sich das seine Homogenität erzeugende und wahrende Volk als politischer Souverän erfährt“.⁹⁷ Wildt vertritt die zutiefst irrige Auffassung, dass „die deutsche Volksgemeinschaft in relativer Rechtssicherheit leben konnte“,⁹⁸ während die Verfolgung der Juden „das wesentliche Instrument zur Zerstörung des Staatsvolkes und zur Herstellung der Volksgemeinschaft“ gewesen sei. So seien die „Komplizenschaft ‚von unten‘“ ebenso wie erlassene Gesetze „von oben“ notwendig gewesen, „um die Volksgemeinschaft herzustellen“.⁹⁹ In den Gewaltaktionen, so Wildt abschließend, „realisierte sich das nationalsozialistische Volk als politischer Souverän“, und so habe „jeder Teilnehmer Partizipation und Macht erfahren: Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung“.¹⁰⁰ Damit ist der Extremwert einer Forschungsrichtung markiert, die Norbert Frei 2004 akzentuiert hatte, als er der Geschichtsschreibung vorwarf, im „Umkehrschluss“ zu der historiographischen Tradition, „in der die großen Männer Geschichte machen“, versäumt zu haben, „die (vermeintlich) ‚kleinen Leute‘ in den Blick zu nehmen, die zwölf Jahre lang politisch mobilisiert gewesen waren wie nie zuvor in der deutschen Geschichte“.¹⁰¹

In den folgenden Veröffentlichungen zur Geschichte des Nationalsozialismus macht Michael Wildt Ernst mit der entfalteten Darstellung eines alle Politik- und Gesellschaftsbereiche des Nationalsozialismus umfassenden „Projekts der Volks-

96 Ebenda.

97 Ebenda, S. 361.

98 Ebenda, S. 369.

99 Ebenda, S. 372.

100 Ebenda, S. 374.

101 Frei, Norbert: Epochenjahr 1933. Der 30. Januar entwindet dem historischen Bewußtsein (2004). In: Ders.: 1945 und wir. Das Dritte Reich im Bewußtsein der Deutschen, München 2005, S. 93.

gemeinschaft“. Hier lokalisiert er, unter Rückbezug auf Norbert Freis These, „den Kern des Problems“. In einem für eine studentische Leserschaft geschriebenen Grundkurs „Geschichte des Nationalsozialismus“ fokussiert er den Blick auf „die Loyalitätsbedingungen, die Bindungskräfte des Regimes“. Der Begriff der „Volksgemeinschaft“ werde nunmehr als erfahrungsgeschichtlicher Begriff ernst genommen.¹⁰² Inhaltlich konkretisiert wird dieses Verfahren freilich nur mit der Umschreibung von „Hoffnungen und Erwartungen“, die viele Deutsche an das Regime hefteten. Die angekündigte Untersuchung der konkret Handelnden bleibt bezeichnenderweise aus. In seinem Versuch, die forschungspolitischen Klippen der so genannten „Intentionalisten“ und der „Funktionalisten“ zu umschiffen,¹⁰³ verbleibt er im Niemandsland eines volksgemeinschaftlichen Nebels, der die Konturen eines Ersatz-Akteurs annimmt. Weder auf der Täter-Seite noch auf der Seite der übrigen Deutschen treten personale Profile auf, von einigen Redeauftritten Hitlers, Goebbels' und Leys abgesehen. Dagegen verfestigen sich die sporadischen „Beschwörungen“ einer „Volksgemeinschaft“ von der „Idee“ über das „Konzept“ zum „Projekt“, ja zum „Konstrukt“, das ein Eigenleben entfaltet, obwohl es immer wieder aufs Neue, und zwar durch Prozesse der „Inklusion“ und „Exklusion“, hergestellt werden muss. Eine Differenzierung nach Tätern, Opfern, Zuschauern kann unterbleiben, die Volksgemeinschaft tritt als maßgebliche Entität auf. Dass damit dem Herrschaftssystem des Nationalsozialismus durch die Hintertür erneut eine intentionale Struktur eingezogen wird, übersieht Wildt: Es ist der Moloch der „Volksgemeinschaft“, der durch das Deutsche Reich und Europa wütet, freilich nicht der in dem Werk von Franz Neumann entfaltete, Chaos, Anarchie und den Unstaat hervorbringende „Behemoth“,¹⁰⁴ sondern ein ideologisches Konstrukt, das folgerichtig nur auf der Ebene von Sehnsüchten, Erwartungen, Versprechungen, von Verheißungen und Visionen zur Sprache kommt. Damit wird ein eschatologisches Wortfeld betreten, dem biblische Züge eignen. Dass dabei ein korrupter Politiker vom Zuschnitt eines Robert Ley Züge eines Moses annimmt, der das auserwählte Volk in ferner Zukunft zur Erlösung und zum Heil führt, trägt nachgerade verzerrende Züge.

102 Wildt, Michael: Geschichte des Nationalsozialismus, Göttingen 2008, S. 13 f.

103 Ebenda, S. 9.

104 Neumann, Franz: Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933-1944, Köln - Frankfurt am Main 1977.

Die Genesis der Machtsicherung durch Maßnahmen des Regimes sind im Folgenden der gleichförmige Parcours, auf dem die Hürden „Inklusion“ und „Exklusion“ aufgerichtet werden, um das Ziel „Volksgemeinschaft“ zu erreichen. Höchst problematisch wird das nicht nur auf dem Feld der industriellen Beziehungen, auf dem die Argumentation des Autors zu Fehldeutungen führt: „Anfang Mai wurden die Gewerkschaften zerschlagen. Wieder (sic!) bildeten Inklusion und Gewalt die beiden Seiten nationalsozialistischer Volksgemeinschaftspolitik.“¹⁰⁵ Der für NS-Kundgebungen für arbeitsfrei deklarierte 1. Mai erhält pathetische Würden: „Erstmals in der deutschen Geschichte“ wurde der 1. Mai „von der Hitler-Regierung“ zum Feiertag erklärt.¹⁰⁶ Merkwürdig ist die eine Nähe zu den Naziparolen dokumentierende Formulierung: „Unter dem Motto ‚Ehret die Arbeit und achtet den Arbeiter!‘ fanden reichsweit Kundgebungen statt“, und im Nachsatz folgt die den Sachverhalt verzeichnende symbiotische Sentenz: „[...] zu denen die Gewerkschaften aufriefen und auf denen Nationalsozialisten Reden hielten“. Die Blindheit für die Neuorganisation der Arbeitsverfassung führt zu Sätzen, deren Sachverhaltsstatus unentschieden zwischen angestrebter Norm und erfolgter Realisierung changiert: Das Arbeitsordnungsgesetz vom 20. Januar 1934, so Wildt, „bestimmte, dass es künftig in den Betrieben nur eine ‚Betriebsgemeinschaft‘ mit ‚Führer‘ und ‚Gefolgschaft‘ geben dürfe“.¹⁰⁷ Ursachen und Wirkungen werden ausgeklammert, dafür bleibt der Diskurs – anstatt in der rauen Wirklichkeit des Arbeitslebens einer völlig entrechteten Arbeitnehmerschaft – auf der Ebene symbolischer Gesten wie dem ins Pressefotografenbild gerückten Händedruck Robert Leys mit einem Arbeiter, dem Wildt noch einen Rest realer Integrationswirkung zugestehen möchte: „Die Wirkungskraft solcher handgreiflicher ‚Anerkennung‘ darf dennoch nicht unterschätzt werden.“¹⁰⁸

Es schließt sich eine distanzlos anmutende Aufzählung weiterer Einflussnahmen der DAF an: „Das Amt ‚Schönheit der Arbeit‘ kümmerte sich um die Modernisierung von Betriebskantinen, den Bau von Sportanlagen oder die Verbesserung der Hygiene in den Kommunen. Das Reichsheimstättenamt drängte die Kommunen, den sozialen Wohnungsbau voranzutreiben, ebenso wie die Firmen, ihren Arbeitern billige Kredite für den Hausbau zur Verfügung zu stellen.“

105 Wildt, Geschichte, S. 81.

106 Ebenda.

107 Ebenda, S. 91.

108 Ebenda, S. 92.

Immerhin ist den Verben abzulesen, dass der eigene Gestaltungsanteil der DAF allenfalls als sekundär bezeichnet werden kann, obwohl durch solche Formulierungen übergangen wird, dass die Großindustrie eigene sozialpolitische Bemühungen aus der Weimarer Zeit fortsetzte und den Versuch der DAF, Erfolge für sich zu reklamieren, firmenintern mit Ironie quittierte.

Dass die DAF „außerdem die betriebliche Weiterbildung förderte“,¹⁰⁹ verkennt den Widerstand in der deutschen Industrie gegen die Einmischung der ungeliebten und für parasitär gehaltenen Einheitsorganisation Robert Leys. Auch im Arkanum der Lehrlingsausbildung, in das die DAF, in Fortsetzung der Weimarer Einwirkungen des DINTA (Deutsches Institut für technische Arbeitsschulung) Karl Arnholds, nun auch vehement mit dem unter dem Nazi-Firmenschild segelnde Nachfolgeinstitut einzudringen suchte, war die Abwehrfront der Großindustrie einhellig. Irrig auch die Behauptung, „dass es für Arbeitnehmer erst unter dem NS-Regime einen nennenswerten Urlaub gab“.¹¹⁰

Gewiss, das Projekt eines KdF-Wagens stieß „auf große Zustimmung“, wie aber dessen Nichtrealisierung und die faktische Enteignung der VW-Sparer, zusammen mit den KdF-Fahrten, einen „Vorgeschmack auf eine Freizeit- und Konsumgesellschaft, die ihr Ziel im Hedonismus und nicht mehr im Heroismus sah“, bedeuten sollte, bleibt das Geheimnis des Autors.¹¹¹ Typisch gleichwohl an diesen Formulierungen die Tendenz, die Erfolge des Weimarer Sozialstaats zu schmälern oder gar zu verschweigen, um stattdessen eine fiktive Tür in die Geschichte der Bundesrepublik zu öffnen. So bleibt es bei ungedeckten Behauptungen, die auch noch formelhaft wiederholt werden und die sich dadurch auszeichnen, dass es ihnen an einer grundlegenden Klassenanalyse mangelt: „Ungeachtet solcher Ambivalenzen waren Millionen Deutsche in die Volksgemeinschaftspolitik des Regimes einbezogen, erlebten reale und nicht nur propagandistische Verbesserungen der Lebens- und Arbeitsbedingungen.“¹¹²

Zwar räumt der Autor ein: „Für die Arbeiter blieb zwar der vom Regime verordnete Lohnstopp in Kraft“, und auch dass die Preise stiegen und die Beiträge zur DAF und zum Winterhilfswerk automatisch vom Lohn abgezogen wurden.¹¹³ Die Praxis vieler, vor allem staatlicher Unternehmungen, mit Locklöhnen Ar-

109 Ebenda, S. 93.

110 Ebenda, S. 94.

111 Ebenda.

112 Ebenda.

113 Ebenda, S. 98.

beitskräfte zu ködern, darf indes nicht einfach als marktkonforme Reaktion der betroffenen Betriebe gewertet werden. In der ständigen, die Widersprüche des Regimes dokumentierenden Rivalität und Konkurrenz um Arbeitskräfte zwischen Landwirtschaft, Kleingewerbe, Großindustrie, den staatlichen Großbauprojekten und der Vierjahresplan-Behörde Hermann Görings mussten sich die Arbeitnehmer aus einem Geflecht von betrieblichen Restriktionen, Freizügigkeitsverboten und Zwangsverpflichtungen befreien, um eine ständig auch geheimpolizeilich beobachtete Beweglichkeit auf dem Arbeitsmarkt nach Erreichen der Vollbeschäftigung ab 1936 durchzusetzen.

Anstatt das weitgehende Fehlen attraktiver integrativer Effekte des Regimes, die es auch nur annähernd mit dem Stand der in Weimar durch Betriebsräte, Gewerkschaften und das staatliche Schlichtungswesen ausgehandelten Arbeitsbeziehungen hätten aufnehmen können, herauszustellen, betont Wildt ein ums andere Mal die Bedeutung von NS-Institutionen für die „Erziehung zur Volksgemeinschaft“. Im „nationalsozialistischen Volksgemeinschaftsprojekt“ blieb der Einfluss der materiellen Lage der abhängig Beschäftigten angeblich ohne Bedeutung: „Zwar mögen die Arbeiter bei Henschel, Krauss-Maffei oder Siemens den Rüstungsaufschwung in der Lohntüte nur wenig gespürt haben; der Stolz, an Deutschlands nationaler Größe mitzuwirken, wie das Regime propagierte, ist nicht zu unterschätzen.“¹¹⁴ Als Korrektur an dieser Form der Verkennung der Arbeitswelt bleibt lediglich die Empfehlung, die einschlägigen Industriearchive aufzusuchen. Der „Verfall der Arbeitsmoral“, der seit der zweiten Hälfte der 1930er Jahre bis in die Kriegszeit von den Unternehmern und den Terrororganen des NS-Staats beklagt wurde, ließ sich doch nicht leugnen, und es sind gerade die Bestrebungen nach besseren Arbeitsbedingungen, nach höheren Löhnen und der Eindämmung der extensiven Arbeitszeiten, die das Verhalten der Arbeiterschaft in der Diktatur antrieben, auch wenn sich daran allein keine grundsätzliche Abgabe an den NS-Staat ablesen lässt.¹¹⁵

In den vor allem zum schulischen Einsatz bestimmten „Informationen zur politischen Bildung“, Heft 314 vom Januar 2013, entfaltet Michael Wildt, fast wortgleich, aufs Neue seine strittigen Thesen. Als Grundaxiom des Kapitels „Gefühlte Gleichheit“ erscheint wiederum die „Volksgemeinschaft“ als „Verheißung

114 Ebenda, S. 106.

115 Werner, Wolfgang Franz: „Bleib übrig!“ Deutsche Arbeiter in der nationalsozialistischen Kriegswirtschaft, Düsseldorf 1982.

von Zugehörigkeit und Gleichheit“.¹¹⁶ Zwar wird eingeräumt, dass „es nach wie vor große soziale Unterschiede“ gegeben habe, dennoch habe die „Formel von der Volksgemeinschaft“ den Nationalsozialisten dazu gedient, „um Zustimmung für sich zu mobilisieren“.¹¹⁷ Mit Emphase nimmt Wildt eine höchst fragwürdige Perspektive ein: „Endlich sollte der ‚Parteienkrieg‘ der ungeliebten Republik überwunden, das Parlament als ‚Schwatzbude‘ beseitigt und die Regierung einem starken ‚Führer‘ übertragen werden, der von sich behauptete zu wissen, was das Volk wolle.“¹¹⁸ Weder Urheber noch Adressat des normativen „sollte“ sind klar definiert. Dass Teile der Gewerkschaftsführung eine „Zusammenarbeit mit der neuen Regierung anboten“, die Arbeiterorganisationen aber mithilfe der SA im Mai zerschlagen wurden, wird höchst unterkomplex angedeutet, während der mehrstündigen Kundgebung am 1. Mai 1933 auf dem Tempelhofer Feld eine erstaunlich konnotative Würdigung zuteil wird: Die Lautsprecherübertragung der Berliner Kundgebung wurde im Rundfunk übertragen, „so dass die zentrale nationalsozialistische Propagandaveranstaltung simultan im ganzen Reich erlebt werden konnte“.¹¹⁹

Wenn bei Wildt einmal die Rolle der alten Eliten bei der Machtübertragung und der Machtsicherung zur Sprache kommt, dann geschieht dies in einer generalisierenden Weise, die hinter dem Stand der Forschung weit zurückbleibt. Dass die Militärs sich „einen starken Ausbau der Rüstung und eine Militarisierung der Gesellschaft“ erhofften, mag eine zutreffende Zuspitzung sein, doch die Sentenz über die Wirtschaftseliten unterstellt einen die Fraktionen etwa von Schwer- und Exportindustrie einebnenden Konsens: „Die Unternehmer waren selbstverständlich mit der Zerschlagung der Arbeiterorganisationen einverstanden und erwarteten, dass ihre autoritäre Befehlsgewalt im Betrieb wieder ungehindert zur Geltung kam.“¹²⁰ Die aktive Rolle der schwerindustriellen Wirtschaftseliten bei der Zerstörung des Weimarer Sozialstaats und ihre Mitarbeit bei der Vertreibung der demokratisch gewählten Betriebsräte im Frühjahr 1933 wird nicht der Erwähnung für würdig gefunden bei dem Versuch, einen narrativ geschlossenen Kosmos einer „Volksgemeinschaft“ zu suggerieren. Immerhin wird angedeutet, dass die Herrschaftsstruktur des ‚Führerstaates‘ „durchaus vielgestaltig, rivali-

116 Wildt: Informationen, S. 4.

117 Ebenda, S. 4 f.

118 Ebenda, S. 5.

119 Ebenda, S. 41.

120 Ebenda, S. 46 f.

sierend, auch überschneidend und widersprüchlich“ gewesen sei, doch das sei nicht gleichbedeutend mit „Chaos und Schwäche des Systems“ gewesen. Die Adressaten der „Informationen“ können erfahren, dass die Einsetzung von Kommissaren und Sonderstäben immer wieder „zu einem Abbau traditioneller Hierarchien, Verkürzung von Verwaltungswegen, Verstärkung von Kooperation unterschiedlicher Institutionen und damit zur Effizienz und Mobilisierung von Ressourcen beitragen“. ¹²¹ Das entsprach nun freilich lediglich der Binnensicht der Machträger des Systems, während Wildt die Zerstörung der Politik, die Verdrängung verwaltungsförmiger Verfahren und die enormen Reibungsverluste der rivalisierenden Stäbe und Satrapen ausblendet, deren Konkurrenz einen gemeinsamen Nenner schließlich nur darin fand, die weiteren exzessiven Gewaltmaßnahmen bis hin zur Entfesselung des Krieges voranzutreiben. Die destruktive Dynamik des Systems, die kumulative Radikalisierung der NS-Gliederungen werden von der These einer einzigartigen Machtstellung Hitlers im NS-Regime ausgeblendet: „auf Hitlers Wort kam es an, wenn Rivalitäten zu klären und Entscheidungskonflikte zu lösen waren“. Über der entsprechenden Textseite prangt ein Herrschaftsschema, das den „Führer und Reichskanzler“ in entsprechender grafischer Omnipräsenz und Omnipotenz zeigt. Bezeichnenderweise darf sich das als graue Masse dargestellte „Volk“ aktiv als Mitglied der NS-Gliederungen einschreiben oder gar bei Volksabstimmungen tätig werden; vom mittleren Block von „Polizei, Gestapo, SD, SS“ ist es durch einen Querbalken „Propaganda“ geschützt, der seine Strahlen auf das Volk aussendet. Durch das Schema verfestigt sich eher das forschungsgeschichtlich überholte Bild vom monolithischen „Führerstaat“.

Die von Wildt verantwortete Broschüre geizt nicht mit einschlägigen Propagandafotos von Heinrich Hoffmann, denen ein Status zur Untermauerung der „Volksgemeinschafts“-These zukommt: So kann sich Hitler beim „Reichserntedankfest“ am 3. Oktober 1937 auf dem Bückeberg bei Hameln dem Augenschein nach kaum der begeisterten Menge erwehren, freilich wird er, bis in den Bildvordergrund hinein, von einem Trupp schwarz uniformierter SS-Leute umringt. ¹²² Bildquellen-kritische Hinweise unterbleiben, das Foto dient einer naiven „Illustrierung“. Ähnlich problematisch die Kombination eines Plakats mit dem Motiv einer „Ideal-Familie“, von einem zum Schutzengel mutierten

121 Ebenda, S. 47.

122 Ebenda, S. 50.

Reichsadler begleitet, mit einem Foto einer angeblich aus der „Volksgemeinschaft“ ausgestoßenen Frau. Ganz offensichtlich geht es hier um die Bebilderung von „Inklusion und Exklusion“, wobei charakteristisch ist, dass das „Inklusion“ versprechende Bild ein Propagandaplakat ist, das „Exklusions-Foto“ hingegen das reale Bild eines stigmatisierten Menschen.¹²³ Dem Muster der Vermischung von Propaganda und geschichtlicher Wirklichkeit folgt auch der folgende Text: „Das Zukunfts- und Heilsversprechen, das Hitler verhiß, gepaart mit realen Erfolgen, die das Regime vorzuweisen hatte, bildete die Basis für die enorme Selbstmobilisierung der deutschen Gesellschaft in den Vorkriegsjahren“. So sei „die Verheißung einer ‚Volksgemeinschaft‘“ nicht bloß eine Propagandaformel zur ideologischen Kaschierung anhaltender sozialer Ungleichheiten gewesen, „sondern sie bildete den Zielpunkt einer künftigen sozialen Ordnung“. In der Entfaltung seiner als paradigmatisch verstandenen „Volksgemeinschafts“-These kommt der Autor daher zu der die Logik des Regimes völlig verzeichnenden Aussage: „Das Ziel nationalsozialistischer Politik lag in der Herstellung der Volksgemeinschaft [...]“. Die Leserschaft der „Informationen“ erfährt nichts über eine Quellen-Referenz, über einen Zeitpunkt, über einen Kontext: Das ist die Zuspitzung einer quellen-, zeit-, ort- und adressatenlosen Geschichts-Auffassung, die die eigentlichen Staatszwecke des Dritten Reiches aus den Augen verliert: den Eroberungs- und Vernichtungskrieg und die Beseitigung, schließlich Vernichtung der europäischen Juden.

Problematisch wirkt sich der Ansatz Michael Wildts bereits bei der Darlegung der „Vorgeschichte“ der „Volksgemeinschafts“-Idee in der Weimarer Republik aus. Dass von den Volksgemeinschafts-Vorstellungen eines Friedrich Ebert, des letzten höchsten politischen Garanten der republikanischen Kultur, keinerlei Brücke zu den unsystematischen Vorstellungen eines Adolf Hitler hinüberführt, der in „Mein Kampf“ von „Volksgemeinschaft“ fast ausschließlich spricht, wenn er sich mit dem ihm verschlossenen Feld der Gewerkschaftsfrage befasst, darf doch politikgeschichtlich als gesichert gelten.¹²⁴ Bei Wildt freilich wird daraus eine schiefe Ebene: „Indem selbst die verfassungstreuen Parteien die Volksgemeinschaft propagierten, nährten sie terminologisch einen destruktiven Widersacher“; der „populistisch integrative Appell an Einheit und Gemeinschaft [...] desavouierte eine staatsbürgerliche Öffentlichkeit, die von Auseinandersetzungen

123 Ebenda, S. 51.

124 Wildt, Selbstermächtigung, S. 58 ff.

und Debatten bestimmt ist“.¹²⁵ Das Theorem der „Herstellung einer Volksgemeinschaft“ wird als politikrelevant in die Weimarer Republik zurückgespiegelt, und entsprechend zugerichtet wird die „Schlussphase der Republik“, in der weniger der Bürgerkrieg drohte als vielmehr „die wachsende Zahl derer, die auf eine neue politische Ordnung hofften, die Sicherheit, Einheit und die die Aufhebung aller Spaltungen in der Gesellschaft bringen sollte“.¹²⁶ Unklar bleibt, auf welche politische Gruppierung innerhalb der NSDAP sich solche Hoffnungen angeblich richteten: auf den Kreis um den unverhohlenen opportunistisch lavierenden Parteiführer Hitler oder auf den linken Flügel der NSBO um Reinhard Muchow, Walter Schuhmann und Gregor Straßer, der es bei den Betriebsratswahlen in der letzten März-Woche 1933, nach dem Ermächtigungsgesetz, gerade mal auf elf Prozent der Arbeiter-Stimmen in den Betrieben brachte. So unterläuft Michael Wildt, unter dem Anschein einer Auseinandersetzung mit den dubiosen Theorien des Staatsrechtlers Carl Schmitt, eine sprachlich schwer nachvollziehbare Schlussfolgerung. Das Schmittsche Ideologem, „dass die Einheit des Volkes nicht durch Repräsentation mittels des Parlaments, sondern nur durch Identität gebildet werden könne“, wird in Wildts Argumentation Teil einer fiktiven Realgeschichte: „Volksgemeinschaft ist in diesem Sinn das Versprechen einer metamodernen Ordnung rassischer Ungleichheit, in der sich das seine Homogenität erzeugende und wahrende Volk als politischer Souverän erfährt.“¹²⁷ Einen entschiedeneren Einspruch gegen die Auffassung, beim NS-Regime handele es sich um eine Variante einer Diktatur, lässt sich schlechterdings nicht denken.

In zahlreichen Interviews trat Wildt in den Folgejahren der von Historikern geäußerten Skepsis gegenüber seinem Ansatz entgegen, so etwa mit dem „Focus“ vom 3. Februar 2013, wo Wildt betont, die Nationalsozialisten hätten an „verbreitete Sehnsüchte“ angeknüpft.¹²⁸ Der Nationalsozialismus als „Sehnsuchts-Ort“ der Deutschen in der Weltwirtschaftskrise, fürwahr eine schiefe Metapher für die Phase harter politischer und gesellschaftlicher Konflikte, dramatischer Wahlergebnisse, politischer Intrigen und radikaler antidemokratischer Interessenpolitik!

Der von den Kritikern des „Volksgemeinschafts“-Theorems entfachte Gegenwind hat deren Hauptvertreter, Michael Wildt und Frank Bajohr, nur partell

125 Ebenda, S. 354.

126 Ebenda, S. 356.

127 Ebenda, S. 361.

128 Focus online, 30.1.2013.: „Hitler hat die Sehnsüchte der Deutschen bedient.“

beeindruckt: „Es wäre ein Missverständnis, wollte man die Formel von der ‚Volksgemeinschaft‘ in dem Sinne als soziale Realität nehmen, als seien soziale Differenzen oder Eigentums- und Besitzverhältnisse im NS-Deutschland eingeebnet worden.“ Gleichwohl ziehen sie den analytischen Wert „dieses letztlich amorphem Leitbegriffs“ nicht grundsätzlich in Frage: „In der Verheißung, in der Mobilisierung, nicht in der Feststellung eines sozialen Ist-Zustandes lag die politische Kraft der Rede von der ‚Volksgemeinschaft‘.“¹²⁹ Doch anstelle eines wissenschaftlich fundierten Hinweises auf Quellen, auf Zeitpunkte, ja auf eine begriffliche Definition des nicht gerade dem genuinen Werkzeug des Historikers entstammenden, alttestamentarisch fundierten Wortes „Verheißung“, auf eine kausal nachvollziehbare Kette von einer politischen Rede zur handlungsauslösenden Mobilisierung werden aufs Neue die Erinnerungen der ehemaligen BDM-Führerin Melita Maschmann als Beweis bemüht: „Daß ich dieses Modell einer Volksgemeinschaft damals mit so intensiven Glücksgefühl erlebt habe [...].“¹³⁰ An anderer Stelle heißt es verwirrend: „Nicht in der Herstellung von Gleichheit, sondern gerade in der Herstellung von Ungleichheit muss daher eines der wesentlichen Attraktivitätsattribute der ‚Volksgemeinschaft‘ erkannt werden.“¹³¹ Der soziologisch ohnehin fragwürdige Begriff der „Gemeinschaft“ muss freilich bis 1945 verschiedene Aggregatzustände annehmen, so den der „Leistungsgemeinschaft“, der flexiblen „Kampfgemeinschaft“, der „Bunkergemeinschaft“ und der „Schicksalsgemeinschaft“, um seine Haltbarkeit wissenschaftspolitisch unter Beweis zu stellen.¹³²

129 Bajohr/Wildt, Einleitung, Volksgemeinschaft, S. 8.

130 Ebenda, S. 7.

131 Ebenda, S. 19.

132 Ebenda, S. 20-22.

IV. Ein brüchiger Forschungskonsens

In einem Tagungsband zu „Volksgemeinschaft“ kommt der Herausgeber Detlef Schmiechen-Ackermann in seiner Einleitung zu vorsichtigen Absetz-Formulierungen.¹³³ So stellt er die Frage, ob „Volksgemeinschaft“ ein lediglich vom Regime propagierter „Mythos ohne substantielle Relevanz“ oder eine „mentale Revolution“ gewesen sei. Er verschließt sich nicht der Einsicht, dass überwiegend Terror und Gewalt die „Fassadenkunst“ der „Volksgemeinschaft“ charakterisierten. Doch statt den Begriff der „Volksgemeinschaft“ allenfalls in einer heuristischen Funktion zuzulassen, beharrt er darauf, „mit dem Phänomen der geglaubten ‚Volksgemeinschaft‘ genau zu jenem Kernproblem des willigen Mitmachens“ vorstoßen zu können. Immerhin stellt er das „Volksgemeinschafts“-Theorem als „universellen Schlüssel“ in Frage, hält es aber in Kombination mit anderen Ansätzen für fruchtbar.¹³⁴

Im gleichen Sammelband geht Norbert Götz den wissenschaftlich notwendigen Weg einer „semantischen Historisierung“: „Fruchtbar und aufschlussreich ist Volksgemeinschaft als Quellenbegriff – nicht als Instrument, sondern als Gegenstand der Analyse.“¹³⁵ Er wendet zudem kritisch ein, dass die Zusammenführung der beiden emotional aufgeladenen Begriffs-Komponenten „Volk“ und „Gemeinschaft“ „ins Sakrale weist“.¹³⁶ Im Parteiprogramm der NSDAP von 1920 kam im Übrigen der Begriff nicht vor. Allerdings taucht er in „Mein Kampf“ 41 mal auf, wobei sich 23 Textstellen auf die Diskussion von Klassenproblemen und Gewerkschaften beziehen.¹³⁷ Götz deutet ihn aber gerade nicht nach dem binären Muster von Inklusion/Exklusion, sondern hebt klarsichtig den bloß arbiträren Aspekt des Wortgebildes hervor: „Die Bezugnahme auf die Volksgemeinschaft eröffnete die Möglichkeit, sich jederzeit vom bürgerlichen Normenstaat zu verabschieden und die Beliebigkeit des nationalsozialistischen Maßnahmenstaates und der Führer-

133 Schmiechen-Ackermann, Detlef: Einführung. In: Ders.: ‚Volksgemeinschaft‘: Mythos, wirkungsmächtige soziale Verheißung oder soziale Realität im ‚Dritten Reich‘? Zwischenbilanz einer kontroversen Debatte, Paderborn-München-Wien-Zürich 2012, S. 13-53.

134 Ebenda, S. 36

135 Goetz, Norbert: Die nationalsozialistische Volksgemeinschaft im synchronen und diachronen Vergleich. In: Schmiechen-Ackermann (Hg.), ‚Volksgemeinschaft‘, S. 55 f.

136 Ebenda, S. 57.

137 Ebenda, S. 60.

entscheidungen zu legitimieren.“ So wurde „das Privileg, zur Volksgemeinschaft zu gehören, als vom Verhalten des Einzelnen abhängig aufgefasst“.¹³⁸ Damit stellte Goetz klar, dass die Berufung auf eine „Volksgemeinschaft“ ein Instrument war, das von den Herrschenden gehandhabt wurde, ohne dass es sich im Bewusstsein oder im Unbewussten der Individuen niederschlagen musste oder gar eine überindividuelle Qualität annahm. Dass „Volksgemeinschaft“ nicht zu einer Teilhabe oder gar einer „Selbstermächtigung“ der Bevölkerung führte, sondern eine begleitende Maßnahme der Herrschaftspraxis der Nationalsozialisten war, macht Götz unmissverständlich deutlich: „Abweichende Handlungen oder politische Einstellungen aber wurden peinlich registriert und als Verrat an der Volksgemeinschaft gewertet.“¹³⁹

Interessant ist auch der Hinweis von Götz darauf, dass der Begriff „Volksgemeinschaft“ im Volksmund Ambivalenzen aufwies, ja auch ein kritisches Potenzial enthielt. Der zeitgenössische Flüsterwitz konnte den Begriff sogar gegen die Nazis richten, so dass Hans-Jochen Gamm von einer „Volksgemeinschaft im Zeichen des Antinaziwitzes“ sprechen konnte.¹⁴⁰ Götz fordert schließlich dazu auf, „die insgesamt noch unbefriedigende intellektuelle Durchdringung der Volksgemeinschaftsproblematik zu korrigieren und in der wissenschaftlichen Gemeinschaft weiterführende Perspektiven zu verankern“.¹⁴¹

Unter der Fragestellung „‘Volksgemeinschaft‘ als Konsumgemeinschaft?“ kommt Hans-Werner Niemann im selben Band zu einem Fazit, das keinen Zweifel an der unüberbrückbaren Kluft zwischen der Propaganda einer „Volksgemeinschaft“ und der Entfaltung einer Konsum-Gesellschaft lässt.¹⁴² Noch 1940 versprach Hitler vor Berliner Rüstungsarbeitern vollmundig: „Ich habe den Ehrgeiz, das deutsche Volk reich, das deutsche Land schön zu machen. Ich möchte, dass der Lebensstandard des einzelnen gehoben wird.“¹⁴³ Sieht man hierin nicht nur ein Dokument eines nachgerade infantil anmutenden Voluntarismus, wie er auch für Hitlers militärische Strategie-Phantasmen in den letzten Kriegsmonaten charakteristisch war, so kann man immerhin das Eingeständnis daraus ablesen,

138 Ebenda, S. 61-63.

139 Ebenda, S. 63.

140 Ebenda.

141 Ebenda, S. 67.

142 Niemann, Hans-Werner: ‚Volksgemeinschaft‘ als Konsumgemeinschaft? In: Schmiechen-Ackermann(Hg.), ‚Volksgemeinschaft‘, S. 87-109.

143 Ebenda, S. 89.

dass nur durch Raub und Eroberung an eine Realisierung solcher „Pläne“ zu denken war. Die Wirklichkeit im Deutschen Reich sah dagegen, so Niemann, dürrig aus. Ab dem 1. Januar 1937 waren Butter, Margarine und Schmalz rationiert.¹⁴⁴ In den Arbeiterhaushalten gab es keinen Spielraum für die Anschaffung teurer technischer Produkte. Ein TV-Programm gab es zuletzt lediglich in Lazaretten. Die „Volkswohnungen“ des Reichsarbeitsministeriums waren höchstens Behelfswohnungen, das Wohnungselend vergrößerte sich: „Der Wohnalltag während des Krieges wurde von der Baracke gekennzeichnet.“¹⁴⁵ Die Anschaffung eines „Volkswagens“ wäre auch wegen der Unterhaltskosten von 70 Reichsmark monatlich, bei einem durchschnittlichen Monatseinkommen von 160 RM, unerschwinglich für Arbeiterhaushalte gewesen. So diente das VW-Projekt der Kaufkraftabschöpfung und, dank dem verlorenen Spareinsatz vieler Deutscher, der Kriegsfinanzierung.¹⁴⁶

Robert Leys Versprechungen, die umgekehrt proportional zu ihrem Realisierungsgrad answollen, offenbarten die Illusion einer Konsumgesellschaft im Krieg. In einer Rede am 5. November 1940 wurden von Ley für die Zeit nach dem Krieg 20 KdF-Hotels mit je 24.000 Betten, zehn neue Seebäder und 60 neue KdF-Schiffe in Aussicht gestellt.¹⁴⁷ Im Volksmund wurde das Produktionsamt im Speer-Ministerium mit Sarkasmus als „Amt zur Ausplünderung“ bezeichnet.¹⁴⁸ Arbeiter litten an Mangelernährung, nicht von ungefähr streuten die Machthaber die Parole von den „unnützen Essern“ aus. Derweil entwickelte sich ein lebhafter Schwarzmarkt-Handel. Am Volksgerichtshof kamen in den Jahren 1939 bis 1944 in dieser Causa über 13.000 Anklagen zustande, von denen 5.142 mit der Todesstrafe endeten.¹⁴⁹ Währenddessen erfreute sich eine Elite von Prominenten in Partei, Staat und Wirtschaft an hochwertigen Geschenken von Siemens, AEG und Zeiss und offenbarte, hinter dem volksgemeinschaftlichen Propagandaschleier, ihre Zugehörigkeit zu einer „Korruptionsgesellschaft“.¹⁵⁰

Bereits 2004 hat Wolfgang König in seinem Werk über „Volkswagen, Volksempfänger, Volksgemeinschaft“ grundsätzliche, strukturelle Ergebnisse vorge-

144 Ebenda, S. 91-96.

145 Ebenda, S. 99.

146 Ebenda, S. 100 f.

147 Ebenda, S. 102 f.

148 Ebenda, S. 104.

149 Ebenda, S. 105-107.

150 Ebenda, S. 107.

stellt, die den Wettlauf um „Volksprodukte“ prägten.¹⁵¹ Seine Überlegungen korrigieren die naive, der „Volksgemeinschafts“-Theorie implizite Vorstellung, es habe im Dritten Reich eine zentrale, intentionale Instanz gegeben, die, aus herrschaftspraktischem Kalkül, die deutsche Gesellschaft zu einer „Gemeinschaft“ zusammengeschweißt hätte. Vielmehr weist König nach, dass es, im Zeichen geradezu komödieneigneter Konkurrenzen, in den NS-Organisationen und Ministerien einen Wettlauf um die Produktion von „Volksprodukten“ gegeben habe.¹⁵² Den KdF-Maßnahmen gedachte die DAF die Herstellung von Sportgeräten wie Ski, Rollschuhen und Kleinkalibergewehren mit dem KdF-Siegel zuzugesellen. Das Waldbröl-Männer-Netzwerk um Robert Ley plante das Projekt eines „Volkstraktors“, dessen Herstellung sich angesichts der Landflucht der agrarischen Bevölkerung als nicht völlig unsinnig ausnahm. Es ging dabei auch um ein großes Werk in der Waldbröler Heimat Leys, mit dem er sich ein Denkmal setzen wollte. Es ist bezeichnend, dass die Landmaschinenindustrie, so auch der führende Hersteller Lanz, erst Ende 1940 von diesen Plänen Kenntnis erhielt; Proteste dagegen bei Heß und Hitler waren ergebnislos. Jedoch blieb es beim „Volkstraktor“, analog zum „Volkswagen“, bei bloßen Prototypen. Die von Göring 1937 propagierte „Volksgasmaske“, deren Abbildung in Zeitschriften geeignet war, Angst einzuflößen, gab realere Hinweise darauf, wohin das Regime steuerte.

Im Wohnungsbau gab es bis 1940 eine heftige Konkurrenz um Geld und Einfluss zwischen der DAF und dem Reichsarbeitsministerium. Leys Pläne fielen naturgemäß dem Krieg zum Opfer. In der nationalsozialistischen Polykratie ging es, so König, immer um das Ringen von Macht und Einfluss. Der „Volksempfänger“ war ein Produkt von Goebbels' Propagandaministerium, und beim „Volkfernseher“ waren gleichfalls Schachzüge im Dauerkonflikt zwischen dem Propaganda- und dem Postministerium zu beobachten. Dahinter stand auch ein Kampf um Gebühren und die Finanzierung der beiden Ministerien. Das Reichswirtschaftsministerium befasste sich mit Plänen für einen „Volkskühlschrank“, und der Weltkrieg forcierte Überlegungen für „Volkswaffen“ und „Volksgasmasken“. König kritisiert in diesem Zusammenhang auch jene Auffassung grundlegend, die im Nationalsozialismus eine Entfaltung oder gar Exzesse technischer

151 König, Wolfgang: Volkswagen, Volksempfänger, Volksgemeinschaft. „Volksprodukte“ im Dritten Reich. Vom Scheitern einer nationalsozialistischen Konsumgesellschaft, Paderborn 2004.

152 Zum Folgenden siehe ebenda, S. 236-241.

Rationalität, instrumenteller Vernunft oder selbstläufiger Technokratien sehen will.¹⁵³ Es sei vielmehr bezeichnend für die ökonomischen Prozesse gewesen, dass die Kritik von Fachleuten kein Gehör fand. So täuschten über die Realisierungslücken bei „Volksprodukten“ einstweilen Hitlers und Leys Sentenzen hinweg: „Der Wille wirkt Wunder!“, und: „Wenn du fanatisch daran glaubst...“ König resümiert: „Glauben rangierte vor Wissen, Willen vor Vernunft“, und es ging „Voluntarismus vor Rationalität“. Von Beginn an begleiteten Illusionen das Programm der Volksprodukte. Die nach dem amerikanischen Vorbild in die Rationalisierung, Typisierung und Serialität gesetzten Erwartungen waren völlig überzogen. Die vorgegebenen, ohnehin schon unerschwinglichen Preise wären nur mit Subventionen zu erzielen gewesen, die Betriebskosten erfuhren keinerlei realistische Abschätzung. Überdies gefährdete die angestrebte großbetriebliche Produktion die mittelständischen Betriebe. Andreas Meyhoff hat in seiner Monographie über „Blohm und Voss im Dritten Reich“ die über Leys Kreuzfahrt-Pläne fürs KdF empörte Reaktion der deutschen Werftindustrie (und des Reichsfinanzministeriums sowie der Kriegsmarine) anschaulich dargelegt.¹⁵⁴ Hier wie bei den „Volksprodukten“, so Wolfgang König, prallten Einwände und Kritik „an einem quasi religiös fundierten Voluntarismus ab, der mit Begriffen wie ‚Glaube‘, ‚Wunder‘ und ‚Wille‘ arbeitete“. Bei der Konsumpropaganda verbanden sich „propagandistischer Fremdbetrug und illusionärer Selbstbetrug“, und es ist nur schwer vorstellbar, wie aus diesem Amalgam die unterstellte Kohäsion einer „Volksgemeinschaft“ Bindungskräfte hätte beziehen können.¹⁵⁵

In der Publikation des Herausgebers Schmiechen-Ackermann überzeugen letztlich die Beiträge, die sich von der Vorstellung einer von Inklusions- und Exklusionsmechanismen hergestellten „Volksgemeinschaft“ entschieden distanzieren. So urteilt Richard Bessel, die nationalsozialistische „Volksgemeinschaft“ sei in erster Linie als „eine Gemeinschaft der Gewalt zu verstehen“. Auf der Basis von Gewalt sei eine Politik radikal verworfen worden, „die von Kompromissen geprägt war und grundsätzlich die Legitimität des politischen Gegners

153 Ebenda, S. 250 ff.

154 Meyhoff, Andreas: Blohm & Voss im „Dritten Reich“. Eine Hamburger Großwerft zwischen Geschäft und Politik, Hamburg 2001.

155 König, Volkswagen, S. 259-262. Kritisch zu König neuerdings: Torp, Claudius: Besser als in Weimar? Spielräume des Konsums im Nationalsozialismus. In: Kundrus, Birthe /Sybille Steinbacher (Hg.): Kontinuitäten und Diskontinuitäten. Der Nationalsozialismus in der Geschichte des 20. Jahrhunderts, Göttingen 2013, S. 73-93.

anerkannte“. Es habe keineswegs der Grundsatz dominiert: Rechtssicherheit für die Volksgenossen, Willkür für die anderen!, sondern: Es gab einfach keine Rechtssicherheit. Kern der Gesellschaft war das Verhältnis zur Gewalt.¹⁵⁶

In seinem Beitrag „Das Konstrukt ‚Volksgemeinschaft‘ als Mittel zur Erzeugung von Massenloyalität im Nationalsozialismus“ mag sich Rolf Pohl zunächst nicht zu einer eindeutigen Stellungnahme durchringen.¹⁵⁷ Er stellt indes die „durch eine von Wut und Hass getragene und bis zur Vernichtung bereite Feindbildung“ als konstitutiv für die rassistische Grundlage des Regimes heraus und erkennt, im Anschluss an Überlegungen von Gudrun Brockhaus, den dynamischen, wenn man so will: kumulativ-radikalisierenden, Charakter der soziopolitischen Prozesse: „Die Unrealisierbarkeit von Gleichheit und Ganzheit setzte immer neue gewaltsame Ausstoßungsprozesse in Gang“. So seien die einzigen realisierten Großprojekte der ‚NS-Gemeinschaft‘ „im Grunde der Krieg und die Endlösung“.¹⁵⁸ Es waren Hass und Ausschließung „nicht die Schattenseiten, die repressive Kehrseite“ der „Volksgemeinschaft“, sondern „von Anfang an integraler Bestandteil der Idee gewesen“.¹⁵⁹

Adam Tooze hat es im Kapitel „Die budgetierte Volksgemeinschaft“ in seinem epochalen Werk „Ökonomie der Zerstörung. Die Geschichte der Wirtschaft im Nationalsozialismus“ nicht bei der Einsicht belassen, dass „die Volksprodukte versagt“ hätten.¹⁶⁰ Er knüpft an Hitlers Äußerungen in seinem „Zweiten Buch“ an: „Ohne Wiedererringung der deutschen Freiheit“, und somit auch ohne den nötigen „Lebensraum“, seien „alle sozialen Hoffnungen Versprechungen ohne jeden realen Wert“. Da Hjalmar Schacht seit 1934 dem Import von industriellen Rohstoffen für die Rüstung Vorrang vor dem Import von Waren gegeben hatte, die für den zivilen Konsum gebraucht wurden, und gleichzeitig Steuern und private Ersparnisse in einer Gesamthöhe von fast 60 Milliarden Reichsmark abschöpfte, um die Aufrüstung zu finanzieren, war an eine Konsumenten-Orientierung nicht zu denken.¹⁶¹ In einem sarkastisch anmutenden Wortspiel hält Tooze die Formel

156 Bessel, Richard: Eine ‚Volksgemeinschaft‘ der Gewalt. In: Schmiechen-Ackermann (Hg.), S. 357-360, hier: S. 358.

157 Pohl, Rolf: Das Konstrukt ‚Volksgemeinschaft‘ als Mittel zur Erzeugung von Massenloyalität im Nationalsozialismus. In: Schmiechen-Ackermann (Hg.), ‚Volksgemeinschaft‘, S. 69-84.

158 Ebenda, S. 75.

159 Ebenda, S. 84.

160 Tooze, Adam: Ökonomie der Zerstörung. Zur Geschichte der Wirtschaft im Nationalsozialismus, München 2007.

161 Ebenda, S. 197 f.

„Kanonen statt Butter“ keineswegs für irreführend. Vielmehr seien die Kanonen auf strategischer Ebene letztlich nichts anderes „als das Mittel zu dem Zweck, an mehr Butter heranzukommen“, was er, im Falle der Eroberungen von Dänemark, Frankreich und Osteuropa, auch als wörtlich zu verstehen empfiehlt: „So gesehen war die Rüstung eine Investition in den künftigen Wohlstand.“ An Beispielen aus den ausufernden Militärdemonstrationen als öffentlichem Spektakel lasse sich nachweisen: „Die Rüstung war eine Art von spektakulärer öffentlicher Konsumtion.“ Wenn wir diese Einsicht auf der Erkenntnisebene des nachgeborenen Historikers auch akzeptieren mögen, so ist doch auch im Flüsterwitz im Dritten Reich schon erkennbar, dass solche Zusammenhänge dem so genannten „Volksgenossen“ nicht verschlossen waren: „Der Führer hält stets sein Versprechen. Er hat uns Arbeit und Brot versprochen, von Butter hat er nichts gesagt.“

Eine bemerkenswert klarsichtige Kritik am Versuch, „Volksgemeinschaft“ aus den Erinnerungen von Zeitzeugen zu destillieren, unternahm 2009 Malte Thießen unter dem Titel „Schöne Zeiten?“: „Eine imaginierte ‚Volksgemeinschaft‘ ist in persönlichen Erinnerungen ein lebensgeschichtlicher Bezugspunkt, an dem sich soziale Probleme und Bedürfnisse der Gegenwart erzählen und erklären lassen.“¹⁶² Thießen sieht die Gefahr einer retrospektiven Aufladung, die in eine „Verklärung“ der NS-„Volksgemeinschaft“ mündet. Nach Thießen fließen auch „spätere Erfahrungen und gegenwärtige Bedürfnisse der Erinnernden“ in die Vergegenwärtigung der NS-Zeit ein. Dabei könne „die NS-Volksgemeinschaft als Kontrastfolie gegenwärtiger Entwicklungen zu einem positiven Kapitel der Lebensgeschichte“ geraten.¹⁶³ So stellt Thießen fest, ein Gefühl persönlicher Benachteiligung und Vereinsamung bereite den Boden für verklärende Erinnerungen an eine „gute alte Zeit“. Die Begeisterung, mit der die Zeitzeugen von der „Volksgemeinschaft“ erzählten, hielt auch an, wenn sie im selben Interview von anderen Erlebnissen berichteten, „die zu dieser Vorstellung in einem eklatanten Widerspruch stehen“. Erinnert werde daher eine „Volksgemeinschaft light“, die einen politischen Mythos schaffe, der durch das Verfahren der Unbefragbarmachung stabilisiert werde.¹⁶⁴

162 Thießen, Malte: Schöne Zeiten? Erinnerungen an die „Volksgemeinschaft“ nach 1945. In: Bajohr/Wildt (Hg.): Volksgemeinschaft, S. 165-187; hier: S. 179.

163 Ebenda, S. 180.

164 Ebenda, S. 185.

Elizabeth Harvey kommt in ihrem Aufsatz „Weibliche Gemeinschaft als ‚Volksgemeinschaft‘: Vergnügen, Konformität und Zwang“ zu vergleichbaren Ergebnissen.¹⁶⁵ So seien die Erinnerungen von ehemaligen Mitgliedern des BDM und Teilnehmerinnen am Arbeitsdienst voller Ambivalenzen. Für viele sei dominant im Gedächtnis geblieben „das oft positive Erlebnis der Gemeinschaft im Lager oder auf der Fahrt“.¹⁶⁶ Der besondere Fall eines Abiturientinnen-Rundbriefs aber zeigte peinliche Erinnerungen auf: „an Primitivität, Zwang und Drill“. Schülerinnen der Abschlussklasse eines Breslauer Gymnasiums (1944) wurden in verschiedene Lager verstreut und verständigten sich als „Bürgerstöchter“ über einen Rundbrief, der als Heft weiterwanderte und so eine kumulative Chronik bildete. Hier dominieren Klagen und Spott über die Primitivität der Kleidung und Unterkünfte, die stumpfsinnige Routine, die überflüssigen Appelle. Die Abiturientinnen verachten den „Weiberkommiß“ und zählen die Tage bis zur Freiheit. In diesem „Hautfenbetrieb“ entstand eben gerade kein Klima der „Volksgemeinschaft“, sondern eine Verstärkung der personalen Identität: „Man merkt hier halt immer mehr, dass man kein Herdentier ist, sondern ein Einzelwesen [...]“. Freilich konnten sich die Züge einer widerständigen Identität nur im exklusiven Kommunikationszirkel einer verschworenen Mädchengemeinschaft so prägnant entfalten.

Es ist fruchtbar, sich in der Zeit einer wissenschaftspolitischen Hochkonjunktur des „Volksgemeinschafts“-Theorems älterer Ansätze zu vergewissern, die ein differenziertes, quelleninduziertes Wissen vermitteln. Das Forschungsprojekt „Lebensgeschichte und Sozialkultur im Ruhrgebiet zwischen 1930 und 1960“ legte drei Abschlussbände vor, die auf den Ergebnissen ihrer „oral history“-Methoden basierten. Im 3. Band (1985) stellt Ulrich Herbert in dem Aufsatz „Zur Entwicklung der Ruhrarbeiterschaft 1930 bis 1960 aus erfahrungsgeschichtlicher Perspektive“ ebenfalls heraus, dass in den Erinnerungen an die Zeit zwischen 1936 und 1942 positive und negative Aspekte deutlich voneinander geschieden sind.¹⁶⁷ Da stehen die Berichte über Unterdrückung, Terror und Angst, über

165 Harvey, Elizabeth: Weibliche Gemeinschaft als ‚Volksgemeinschaft‘: Vergnügen, Konformität und Zwang. In: Schmiechen-Ackermann (Hg.): ‚Volksgemeinschaft‘, S. 249-264.

166 Ebenda, S. 262-264.

167 Herbert, Ulrich: Zur Entwicklung der Ruhrarbeiterschaft 1930 bis 1960 aus erfahrungsgeschichtlicher Perspektive. In: Niethammer, Lutz/Alexander von Plato (Hg.): „Wir kriegen jetzt andere Zeiten.“ Auf der Suche nach der Erfahrung des Volkes in nachfaschistischen Ländern. Lebensgeschichte im Ruhrgebiet 1930 bis 1960, Band 3, Berlin - Bonn 1985, S. 19-52.

schlechte Arbeitsbedingungen, Arbeitshetze, überlange Arbeitszeiten und geringe Löhne solchen gegenüber, die den festen Arbeitsplatz, das geregelte Auskommen hervorheben: „Auffällig ist aber, daß diese Bereiche kaum miteinander verbunden werden, kein einheitliches Bild dieser Zeit entsteht.“¹⁶⁸ Herbert bedient sich zur Erklärung eines Begriffs von Tim Mason, der diese Entwicklung „Dissoziierung des Bewusstseins“ genannt hat.

Im selben Band publizierte Nori Möding eine Untersuchung, in der sie auf der Basis von Interviews die Erfahrungen im BDM, im RAD und im Kriegshilfsdienst beleuchtete.¹⁶⁹ Einige Frauen wehrten explizit die Aufarbeitung der NS-Zeit ab, wie sie sich etwa in Fernsehsendungen darstellte; da immer nur das Schlechte erzählt werde, gehe es darum, auch einmal das Gute hervorzuheben. „Gut“ und „Böse“ aber werden nur selten zueinander in Beziehung gesetzt. Nori Möding spricht von einer „programmierten Erinnerungslücke“, da die nationalsozialistische Erziehung am „Erlebnis“ ausgerichtet gewesen sei, das den politischen Gehalt des Vermittelten verdecken sollte. Das Ergebnis sei eine Art „politische Amnesie“. Einige Frauen berichteten vom „warmen Gefühl“, das sich beim Anblick des Führers eingestellt habe. In dieser „Schwärmerei“, so die Autorin, sei das Element der Selbstüberschreitung enthalten gewesen, die Erfahrung von Kollektivität. Eine Erinnerungssequenz hingegen thematisierte die drastischen Strafen, „wenn irgend ne Panne passiert war oder so: Mitten in der Nacht in den Keller und Schuhappell oder Kammappell! Bei Kleinigkeiten mussten alle zehn Runden um den Fahnenplatz drehen in der Sonne, also das war schrecklich“ [...].“ Am Ende steht die Bemerkung: „Naja, die Gemeinschaft wurde jedenfalls gefördert, das, muss ich sagen, war ne tolle Sache.“

Nori Möding sieht im Zwang zur Einordnung die schließlich einverständige Unterwerfung unter Autoritäten, der den Mädchen den psychischen Mechanismus der „Identifikation mit dem Aggressor“ abgefordert habe. Die so hergestellte Gemeinschaft sei allenfalls abstrakt als „Volksgemeinschaft“ zu verstehen gewesen, tatsächlich aber eine „Mädchengemeinschaft“ mit den Zügen einer „Opfergemeinschaft“. Bezeichnend sei es gewesen, dass Aufstiegshoffnungen in der Hierarchie zerstoßen, „weil man gemerkt hat, daß da auch schon dieser

168 Ebenda, S. 29.

169 Möding, Nori: „Ich muss irgendwo engagiert sein - Fragen Sie mich bloß nicht, warum!“ Überlegungen zu Sozialisationserfahrungen von Mädchen in NS-Organisationen. In: Niethammer/von Plato (Hg.), *Zeiten*, S. 19-52.

Klassenkampf war. Da wo die Eltern dies hatten, die wurden gefördert, und die anderen, die blieben unten sitzen“.

Der Zwang zum Sammeln und „die Leute anbetteln auf der Straße“ wurde als peinlich empfunden. Bei der Kinderlandverschickung wurden Bettnässerinnen öffentlich bloßgestellt; wenn man krank war vor Ausmärschen, erfuhr man kein Verständnis. Dass bei solchen Vorkommnissen mit den Mitteln symbolischer und physischer Gewalt ausgegrenzt wurde, und zwar durch die Entfesselung sadistischer und Allmachtsphantasien, steht wohl außer Frage. Charakteristisch ist bei alledem aber, dass es sich um „arische“ Gemeinschaften handelte, in denen sich schmerzhaft ausgegrenzungsprozesse vollzogen, freilich ohne irgendeinen Bezug zur „Herstellung von Volksgemeinschaft“. Einen Fingerzeig zum Funktionieren solcher Jugendverbände gibt vielmehr ein Mädchenmarsch bei der Kinderlandverschickung (KLV) in der Tschechoslowakei, als die „Lagermädelführerin“ einen die Gruppe querenden jungen Tschechen ohrfeigte. Die Interviewpartnerin erinnerte sich: „Man durfte alles, man konnte alles [...]“. Halten wir an den letzten Fällen fest, dass es zwar erkennbare Ausgrenzungsprozesse gab, aber keineswegs solche, die sich an den Trennlinien der NS-Ideologie vollzogen, als da sind „Rasse“, unheilbar Kranke, politische Dissidenten. Die Ausgrenzung vollzog sich stets nach den Unterführerinnen willkürlich zur Verfügung stehenden Einfällen. Es dominierte die Lust an der Erniedrigung, ein affektives Binnenklima wurde niemals auf Dauer gestellt.

Auch im Kernbereich der Bildung, dem Schulwesen, vollzog sich im Dritten Reich gerade kein „volksgemeinschaftlicher Wandel“. In ihrem Werk „Hitlers Bildungsreformer“ hält sich die Autorin Anne C. Nagel zwar in ihren Prämissen an die nationalsozialistische „Idee der Volksgemeinschaft“, ihre Ergebnisse zeigen aber nichts anderes als das Scheitern wohlgemeinter Reformbestrebungen.¹⁷⁰ Reichsminister Bernhard Rust, aus dem Bildungsbürgertum Hannovers stammend und lange Jahre als Studienrat tätig, hatte die schon vor 1933 ventilierte nationalsozialistische Forderung auf Abschaffung des Schulgeldes an den mittleren und höheren Schulen im Deutschen Reich ernst genommen. In einer Chefbesprechung betonte Ministerialrat Kurt Klamroth ganz im Sinne seines Ministers, dass die gegenwärtige Höhe des Schulgeldes unsozial sei und im Gegensatz zum Grundgedanken der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft stehe: „Sie wirkt

170 Nagel, Anne C.: Hitlers Bildungsreformer. Das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung 1934-1945, Frankfurt am Main 2012, S. 154-156.

in der Richtung eines Bildungsprivilegs besitzender Schichten und verhindert den Zugang begabter Kinder unbemittelter Volksgenossen zur höheren Schule.“ Das Veto des Preußischen und des Reichfinanzministers aus haushaltspolitischen Erwägungen stand jedoch jeder grundlegenden Reform entgegen. Zwar wurde in Parteikreisen die vollkommene Schulgeldfreiheit „künftig“ in Aussicht gestellt, doch waren es vor 1939 Aufrüstung und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und danach die Kosten der Kriegsführung, die deutlich machten, dass auf der Prioritätenskala des Regimes das Bildungswesen ungeachtet der laut tönenden Propaganda hinter den militärischen Interessen zurückstand: „Somit war im Dritten Reich der Besuch von höheren Schulen und Hochschulen wie gehabt von der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Familien abhängig und blieb bis in die zweite Nachkriegszeit ein vornehmlich bürgerliches Privileg.“

V. Reichsparteitage als „Utopie der Volksgemeinschaft“?

Einen jährlichen Höhepunkt in der Propaganda-Maschinerie bildete ohne Zweifel das Parteitage-Geschehen in Nürnberg. Ganz offensichtlich ist die Versuchung für Historiker hier besonders groß, das in Film, Rundfunk und Presse propagierte „Gemeinschaftsgefühl“ als „Modell“ auf die Gesamtgesellschaft zu übertragen. Und in der Tat macht der Filmhistoriker Philipp Stiasny in seinem Essay „Vom Himmel hoch. Adolf Hitler und die ‚Volksgemeinschaft‘ in ‚Triumph des Willens‘“ den Versuch, Leni Riefenstahls Film über den Nürnberger Reichsparteitag 1934 für die „Volksgemeinschafts“-These zu vereinnahmen.¹⁷¹ Zwar verspricht eine seiner Eingangsmerkungen kritische Distanz, wenn er feststellt, dass in Dokumentationen über das Dritte Reich kaum einmal Sequenzen aus dem Film fehlen: „und so prägen die immer gleichen Bilder und Sequenzen aus *Triumph des Willens* die visuelle Vorstellung einer Epoche und sind Kernstück der ‚Marke Hitler‘ und eines bilderbesessenen Infotainments geworden“.¹⁷² Was dann folgt, ist indes keine kritische Analyse von Werk und Rezeption, sondern ein hymnischer Nachvollzug der ästhetischen Strategien der Regisseurin. In *Triumph des Willens*, so Stiasny, sei die Beschäftigung mit dem Wunschbild einer „Volksgemeinschaft“ nicht vom Hitler-Mythos zu trennen. Es ist von der „Schaffung eines sakralen Raums“ die Rede, von der Verwendung „quasi-religiöser Symbole“, von der „Visualisierung des Führerprinzips durch kontrollierende Aufsichten und heroisierende Untersichten“. Stiasny erkennt „eine Erzählung von der Ankunft des Heilands und Heerführers, der die Huldigung seines Volkes entgegennimmt“, eine „unter politischen und ästhetischen Gesichtspunkten perfekte Inszenierung“. Erfahrene Bergfilm-Operateure, die als „drei eigene, dafür hervorragende Kameraleute“ der Regisseurin zur Verfügung standen, hätten die uniformierten Massen wie Landschaften aufgenommen, „als seien sie von sich aus geordnete, formierte Natur, und veranschaulichten damit die nationalsozialistische Idee der

171 Stiasny, Philipp: Vom Himmel hoch. Adolf Hitler und die „Volksgemeinschaft“ in „Triumph des Willens“. In: Thamer, Hans-Ulrich/Simone Erpel (Hg.): Hitler und die Deutschen. Volksgemeinschaft und Verbrechen, Dresden 2010, S. 82-88.

172 Ebenda, S. 83.

deutschen Nation. Die Zuschauer im Stadion [...] verschmelzen als graphische Struktur zu einem Ganzen. Sie bilden einen Volkskörper“.¹⁷³

Nun ist dem Autor durchaus bewusst, dass der filmische Vorläufer von 1933 *Sieg des Glaubens* schon deshalb Züge des Scheiterns offenbarte, da Riefenstahls Gestaltung sich im Wesentlichen auf die Montage improvisierten Filmmaterials beschränkte. So zeigt der Film auch Elemente des Ungeordneten, ja des Peinlichen. Im Unterschied dazu konnte die Regisseurin 1934 schon zuvor in Struktur und Choreografie der Aufmärsche eingreifen und der NS-Elite Bilder liefern, an denen sie sich als bedeutsam berauschen konnte. Hitler ließ es sich nicht nehmen, der Riefenstahl als Äquivalent für das erbauliche Propagandabild der NS-Aufmärsche ein Cabrio von Daimler-Benz im Wert von 13.000 RM zu übereignen. Bei Stiasny tritt an die Stelle kühler Analyse ein nachempfindender Überschwang, der sich ganz den faschistoid-ästhetischen Strategien der Regisseurin ausliefert: „Beispielhaft ist das Wunschbild einer rassistisch homogenen, aus deutschen Stämmen zusammengefügt ‚Volksgemeinschaft‘ beim Appell des Arbeitsdienstes vor Hitler realisiert.“ Die aufmarschierten männlichen Massen würden durch Rituale zu einer „Kultgemeinschaft“ gemacht.¹⁷⁴ Es wäre zu wünschen gewesen, dass der Autor den kritischen Bemerkungen gefolgt wäre, die er seinem Essay voranstellt. In denen bescheinigt Goebbels der ansonsten „grandiose[n] Schau“, nur „im letzten Teil etwas langatmig“ gewesen zu sein, und ein aus dem Kino kommender Junge äußerte: „So einen Mist habe ich überhaupt noch nicht gesehen.“¹⁷⁵ Im Übrigen hatte der Volksmund, im Gegensatz zu den Lobeshymnen einer gleichgeschalteten Presse, dem Film den neuen Titel *Triumph des Brüllens* verliehen. So wiederholt Stiasny lediglich den von ihm selber beklagten unkritischen Umgang mit Bildmaterialien des Dritten Reiches. Peter Longerich warnte bereits 1992 anlässlich der Parteitagfilme Leni Riefenstahls vor dem Versuch, „die Wirkung der NS-Propaganda mit einem Produkt der gleichen Propaganda zu belegen“.¹⁷⁶ Im Übrigen zeigen empirische Arbeiten über Kinobesuche im Dritten Reich, dass gerade im ländlichen Bereich das Publikum „Problemfilme“ mied, vielmehr auf Unterhaltung festgelegt war. In

173 Ebenda, S. 83-85.

174 Ebenda, S. 86 f.

175 Ebenda, S. 82.

176 Longerich, Peter: Nationalsozialistische Propaganda. In: Bracher, Karl Dietrich/Manfred Funke/Hans-Adolf Jacobsen (Hg.): Deutschland 1933-1945. Neue Studien zur nationalsozialistischen Herrschaft, Düsseldorf 1992, S. 291-314; hier: S. 312.

einer Gemeinde des Kreises Sangerhausen erzielte der banale Unterhaltungsfilm „Hermine und die sieben Aufrechten“ einen Zuschauerrekord mit 25 Prozent Beteiligung. Die Aufführung von „Triumph des Willens“ im selben Jahr erreichte nur acht Prozent. Der Riefenstahl-Film musste sich in der Sehbeteiligung im folgenden Jahr selbst der Bauernkomödie „Krach um Jolante“ (20 Prozent) beugen.¹⁷⁷ Hier sollte man festhalten, dass der Kinobesuch im Dritten Reich in der Regel einem freien Wahlakt folgte. Zur Kinokasse ging man freiwillig, man traf eine Wahl oder unterließ den Kinobesuch. Das erklärt auch, warum in den Ufa-Filmen niemand mit „Heil Hitler“ grüßte. So stellte der Filmsektor, zumindest von der Konsumentenseite her betrachtet, einen letzten freien Markt dar, der das - freilich eingeschränkte - Hollywood-Angebot mit einbezog. Das war eine harte Grenze für die Filmpolitik des Joseph Goebbels. In einen Reichsparteitagfilm der Riefenstahl ist gewiss kein Besucher freiwillig ein zweites Mal gegangen.

In seinem Bemühen, eigene Analysen in die Ergebnisse des Forschungskollegs zur „nationalsozialistischen Volksgemeinschaft“ einzuordnen, schlägt Markus Urban einen besonders widersprüchlichen Argumentationspfad ein.¹⁷⁸ Urban entdeckt, im Gleichklang mit den Tendenzen des „Volksgemeinschafts“-Paradigmas, ebenfalls „dieses propagandistische Konzept“, das darauf abzielte, „möglichst vielen Deutschen ein attraktives Angebot zur Identifikation mit dem totalitären Staat zu unterbreiten“.¹⁷⁹ Einem solchen Statement, bar jeglichen psychologischen oder sozialpsychologischen Anspruchs, liegt die Vorstellung zu Grunde, der totalitäre Staat des Dritten Reiches sei eine Angebotsagentur, bei der man, nach dem Prinzip einer freien Auswahl, einen Identifikationsbonus abbuchen könne. Einmal mehr geht es Urban um das „Verständnis von ideologischer Massenmobilisierung“ und die „Herstellung von Gemeinschaft“. Dabei soll, in einem Dreiphasenmodell, nachgewiesen werden, „dass die Nationalsozialisten bereits frühzeitig versuchten, Volksgemeinschaft als eigentlich utopische soziale Praxis probeweise für die Dauer einer Parteitagswoche in Nürnberg zu inszenieren und zu realisieren“.¹⁸⁰ Entsprechend braucht, so Urban, nur noch danach gefragt zu werden, „welcher Kriterien von Inklusion und Exklusion“ sich die

177 Zimmermann, Clemens: Landkino im Nationalsozialismus. In: AFS 41, 2001, S. 231-243, hier: S. 240 f.

178 Urban, Markus. Die inszenierte Utopie. Zur Konstruktion von Gemeinschaft auf den Reichsparteitagen der NSDAP. In: Schmiechen-Ackermann (Hg.), „Volksgemeinschaft“, S. 135-157.

179 Ebenda, S. 135.

180 Ebenda.

Veranstalter bedienten. Einmal mehr dokumentiert sich hier die epistemologische Naivität, das, was zu untersuchen wäre, bereits als nachgewiesen und unstrittig existent vorauszusetzen. Ein Wissen darum, dass „Volksgemeinschaft“ ja ganz offensichtlich zunächst einmal als nationalsozialistische Propagandaparole betrachtet werden müsste, ist hier gänzlich verloren gegangen.

Entgegen seinem Versprechen, „Volksgemeinschaft“ als Teil der Parteitagsinszenierung darzulegen, betont Urban, dass die NSDAP in Nürnberg schon 1933 als „Auslese“ aus der gesamten deutschen Bevölkerung präsentiert wurde, was im Übrigen der Proklamation Hitlers am 31. August 1933 entsprach: Die NSDAP müsse „dank der Methode einer durch den lebendigen Kampf bedingten Auslese das politisch-befähigte Menschenmaterial finden“.¹⁸¹ Um den allfällig bemühten Mechanismus von Inklusion/Exklusion zu bedienen, erwähnt der Autor den Ausschluss von Kommunisten und Juden vom Parteitag als „gemeinschaftsfremd“. Einer Matrix „partieller Degradierung“ fallen auch die Frauen zum Opfer, die mit zehn Prozent deutlich unterrepräsentiert waren. Auf persönliche Anordnung Hitlers durften Frauen bei der bedeutendsten Sondertagung, der Kulturtagung im Opernhaus, nicht im Parkett, sondern nur auf den oberen Rängen sitzen. Die SS-Mitglieder begegneten der SA und den Politischen Leitern mit offensichtlicher Arroganz, „Kleinwüchsige“ unter 170 cm Körpergröße brauchten erst gar nicht anzureisen.¹⁸²

Im Herbst 1934, nach der Ermordung der SA-Spitze, kam es in Nürnberg zu alkoholbedingten Ausschreitungen; es gab zahlreiche Verletzte und insgesamt sechs Tote.¹⁸³ Anstelle einer Gemeinschaftsrhetorik dominierten in Hitlers Reden Angriffe und Drohungen, vorzugsweise gegen die staatliche Bürokratie, aber auch gegen Diplomaten des Auswärtigen Amtes. Eine Strategie der Militarisierung setzte sich durch, ein - auch kostenintensiver - Uniform-Zwang wurde dekretiert.¹⁸⁴ Doch anstatt die - heuristisch genutzte - „Volksgemeinschaft“-Hypothese fallen zu lassen, bemerkt Urban eine „neue Ungleichheit“ in der „Volksgemeinschaft“, ein strenges hierarchisches System, das angeblich „das Fundament für eine Art sozialdarwinistischen Wettbewerb zwischen den inkludierten Mitgliedern“ bilden sollte.

181 Ebenda, S. 138, Anm. 19.

182 Ebenda, S. 140 f.

183 Ebenda, S. 143.

184 Ebenda, S. 143-146.

Gleichwohl wird im Folgenden der „Erlebnisfaktor des Festes selbst“ für die „Nürnberger Konstruktion von Volksgemeinschaft“ reklamiert.¹⁸⁵ Paramilitärische Disziplinierung, männerbündische Gruppendynamik und beträchtlicher Alkoholkonsum, vorzugsweise in den oft die Parteitagsveranstaltungen überdauernden hölzernen Bierhallen der DAF, vermögen die argumentative Selbstgewissheit keineswegs zu erschüttern, desgleichen die Beobachtung, dass sich die erträumte „direkte physische Begegnung mit Hitler“ oft auf die sekundenlange Vorbeifahrt oder den Vorbeimarsch beschränkte. Im Übrigen konstatiert Urban einen weiteren Bedeutungsschwund der Reichsparteitage, der sich auch in der Abnahme der Teilnehmerzahlen in späten 1930er Jahren ablesen ließ.¹⁸⁶ Die Stimmung in der Nürnberger Bevölkerung wurde frostiger, zumal die enormen Veranstaltungskosten der Stadt aufgebürdet wurden. Wegen der Mietpreiskontrolle ließ zudem die Bereitschaft nach, Privatquartiere zur Verfügung zu stellen, zumal man schlechte Erfahrungen mit Diebstählen und alkoholisch enthemmten Parteitagsbesuchern gemacht hatte. Und die politischen Leiter der NSDAP wandten sich auch deshalb ab, weil sich das Spektakel zunehmend an auswärtige Ehrengäste richtete, so dass diejenigen, „die das ganze Jahr über stillschweigend auf ihrem Posten ihre Pflicht für die Bewegung tun, sich die Auffahrt dieser Herrschaften ansehen konnten“.

Fragt man nach den tatsächlichen Wirkungen, die die Nürnberger Parteitage auf die Öffentlichkeit ausübten, so lässt sich feststellen, dass sowohl 1934 als auch 1935 die Auswirkungen auf die öffentliche Meinung marginal waren. Im Rheinland kam es im Herbst 1934 zu Kriegsgerüchten wegen der schwelenden Saar-Frage und zu Hamsterkäufen, und die Rheinprovinz erlebte im Spätsommer 1935 die bislang schwerste Stimmungskrise des Regimes.¹⁸⁷ Vollends problematisch wird der Diskurs, wenn von Urban abschließend auf die „sakrale“ Ebene abgehoben wird, auf eine liturgische Stilisierung. „Religiös aufgeladene Ansprachen“, ein „riesenhaftes Fahnenmeer“ und ein „Repertoire kultischer Rituale“ hätten die Etablierung einer „politischen Säkularreligion“ befördert, wobei der Autor nicht verhehlt, dass diese Eindrücke die bloße Wiedergabe der

185 Ebenda, S. 148-150.

186 Ebenda, S. 153 f.

187 Eckert, Rainer: Arbeiter in der preußischen Provinz. Rheinprovinz, Schlesien und Pommern 1933 bis 1939 im Vergleich, Frankfurt am Main - Berlin - Bern - New York - Paris - Wien 1997, S. 649 und S. 657.

Ereignisse durch NS-Journalisten darstellen.¹⁸⁸ Der Leser solcher Zeilen kann sich der schmerzhaften Einsicht nicht länger verschließen, dass die so genannte „Herstellung der Volksgemeinschaft“ offenbar ihre höchste Beglaubigung erfahren soll, wenn der NS-Chef-Ideologe Alfred Rosenberg „ein ergreifendes, jawohl ein religiöses Brauchtum“ entstehen sieht, den „Abglanz eines metaphysischen Auftrags auf dieser Welt“. Hans Dieter Schäfer hat dagegen schon vor längerer Zeit in Erinnerung gebracht: „Unser Bewußtsein verbindet mit dem Dritten Reich Bilder von verzückten Massen. Häufig vergißt man, daß diese Szenen aus nationalsozialistischen Propagandafilmen geschnitten wurden.“¹⁸⁹ Teilnahmslosigkeit war die durchgängige Reaktion breiter Bevölkerungskreise auf die Selbstfeiern der Nazi-Größen und -verbände. Die frühen außenpolitischen Erfolge wurden von Kriegsängsten überlagert. Nicht Begeisterung, gar Enthusiasmus, sondern Apathie war das erkennbare Resultat. „Während das Kinopublikum in den ersten Jahren nach der Machtergreifung bei Erscheinen Hitlers auf der Leinwand applaudierte, starrte später der Saal stumm auf das sich vor ihm abwickelnde Bild und zeigte auch bei den übrigen Szenen der Wochenschau keinerlei innere Erregung.“ Und als Hitler im April 1938 in München sprach, verfolgten die Massen auf der Theresienwiese die Übertragung der Rede teilnahmslos. Die Deutschlandberichte der Sopade hielten fest: „Man unterhielt sich, machte sich Bewegung und niemand kümmerte sich, was aus dem Lautsprecher kam [...]. Als am Schluß die Nationalhymne gesungen wurde, sang [...] kein Mensch mit. Alles lief auseinander und durcheinander.“

Am 11. September 1938, einem Sonntag, notierte Victor Klemperer in sein Tagebuch: „Neu die Rast in Lonnewitz. Dorf dicht vor Oschatz, ‚Fernfahrerrestaurant‘. Die riesigen Wagen davor, die riesigen billigen Portionen drin. Aus dem Lautsprecher kam der Parteitag. Ansage, Generalfeldmarschall Göring erscheine. Präsentiermarsch, Jubelgeheul, dann Görings Rede, vom ungeheuren Aufstieg, Wohlstand, Frieden und Arbeiterglück in Deutschland, von den unsinnigen Lügen und Hoffnungen der Feinde, immer unterbrochen von wohldiszipliniertem Beifallsgeheul. Aber das Interessante an alledem war das Verhalten der Gäste, die alle mit ‚Heil Hitler‘ kamen, gingen, begrüßt und verabschiedet wurden.

188 Urban, Utopie, S. S. 150-153.

189 Schäfer, Hans Dieter: Das gespaltene Bewußtsein. Vom Dritten Reich bis zu den langen Fünfziger Jahren, Göttingen 2009, S. 62 f. So schon Hans-Dieter Schäfer, Das gespaltene Bewußtsein. Deutsche Kultur und Lebenswirklichkeit 1933-1945, München-Wien 1981, S. 144.

Niemand hörte hin. Ich konnte nur mühselig verstehen; denn ein paar Leute spielten Karten, hauten sie krachend auf den Tisch, machten lauteste Unterhaltung. An anderen Tischen war es stiller: Einer schrieb eine Postkarte, einer schrieb in seinem Ordrebuch, einer las Zeitung. Und Wirtin und Kellnerin sprachen untereinander oder mit den Spielern. Wirklich: Nicht einer von einem Dutzend Leuten kümmerte sich auch nur eine Sekunde um das Radio, es hätte ebenso gut schweigen oder einen Foxtrott aus Leipzig übermitteln können.¹⁹⁰

Geht man abschließend noch einmal auf die Parteitags-Analysen von Stiasny und Urban ein, empfiehlt sich ein kontrollierender Blick auf die zentralen Ansprachen Hitlers. In seinen Parteitagsreden von 1933 bis 1936, das kann freilich nun nicht mehr verwundern, findet der Begriff der „Volksgemeinschaft“ nicht einmal Erwähnung.¹⁹¹

190 Klemperer, Victor: Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten. Tagebücher 1933-1941, 3. Auflage Berlin 1995, S. 423 f.

191 Dube, Christian: Religiöse Sprache in Reden Adolf Hitlers. Analysiert an Hand ausgewählter Reden aus den Jahren 1933-1945, Kiel 2004.

VI. Zur Kritik am „Volksgemeinschafts“-Paradigma

Dass es ratsam ist, zeitlich hinter das wissenschaftlich fruchtlose Theorem der „Volksgemeinschaft“ zurückzugehen und an Erkenntnisse der älteren Forschung anzuschließen, zeigt der Aufsatz von Michael Stolleis „Gemeinschaft und Volksgemeinschaft. Zur juristischen Terminologie im Nationalsozialismus“ aus dem Jahr 1972.¹⁹² Stolleis geht es vor allem um Funktion und Konsequenzen des Gemeinschaftsgedankens im nationalsozialistischen Staat.¹⁹³ In Gesetzgebung und Fachliteratur wurden der Begriff der Gemeinschaft sowie seine Abspaltungen derart vielfältig verwendet, „daß man mit Recht zweifeln konnte, ob sich mit ihnen noch ein bestimmter, aus dem Wort ablesbarer Sinn verbinden lasse“.¹⁹⁴ Es war Ernst Rudolf Huber, der 1937 vor der Gefahr warnte, dass der Begriff „durch die häufige und unterschiedslose Anwendung, der er ausgesetzt ist, zu einem abstrakten Allgemeinbegriff entarte“. Zeitgenössische Verfassungsrechtler warnten, „es geht unmöglich an, dass Ausdrücke der Propaganda kritiklos in die Wissenschaft übernommen werden“.¹⁹⁵ Der Gemeinschaftsgedanke wurde ein Hauptmittel zur ideologischen Untermauerung der direkten Eingriffe in Streik- und Freizügigkeitsrecht sowie der Niederhaltung der Lohnforderungen. Ab 1933 wurde, so Stolleis, vom Gesetzgeber der Begriff der „Volksgemeinschaft“ in geradezu inflationärer Weise verwendet, was vor allem als Grundlage für einen Eingriff in Individualrechte diente. Schon die Sprachform solcher Versuche ließ erkennen, dass es nicht um die Erfassung der Wirklichkeit, „sondern um die Konstituierung eines metaphysischen Überbaus ging“, wobei Definitionen bezeichnenderweise beschreibend aus dem Begriff selbst entwickelt wurden; so „reproduzierten sie nur die Ansichten der Definierenden. Ihr Erkenntniswert war gleich null“.¹⁹⁶ Der Hohepriester des „Wesens der Gemeinschaft“, Professor Reinhard Höhn, führte das „Volksgemeinschafts“-Paradigma als analytische Kategorie bereits 1934 ungewollt ad absurdum, als er folgenden Untertanentypus postulierte: „Die Einzelperson legt in der Gemeinschaft ihre Einzelpersönlichkeit ganz ab, sie fühlt

192 Stolleis, Michael: Gemeinschaft und Volksgemeinschaft. Zur juristischen Terminologie im Nationalsozialismus. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 20. Jg. (1972), H. 1, S. 16-38.

193 Ebenda, S. 17.

194 Ebenda, S. 20.

195 Ebenda, S. 21.

196 Ebenda, S. 35 f.

sich nicht mehr als Einzelperson, sie geht auf im Gemeinschaftsgeist und handelt aus dem Gemeinschaftsgeist heraus. Sie wird Träger dieses Geistes und ist dann auch bereit, zu opfern und zu dulden, selbst wenn ihre einzelpersonlichen Interessen dadurch auf das schwerste geschädigt werden.¹⁹⁷ Nun stand die Rechtswissenschaft im Dritten Reich indes bei der Rede von der „Volksgemeinschaft“ einer Staatsführung gegenüber, „welche gedankliche Systematik, Definitionen und Grenzen als für ihre Handlungsfreiheit lästig grundsätzlich missachtete“.¹⁹⁸ Gerade der Aufbau eines umfassenden Polizei- und Spitzelsystems, so Stolleis, machte den Begriff der „Volksgemeinschaft“ zur Phrase und enthüllte seinen Charakter als Kernstück einer Herrschaftsideologie, als Bestandteil einer „Sozialmetaphysik“.

Aus der Perspektive einer historischen Semantik argumentierte Reinhard Koselleck ähnlich, als er in Bd. 7 der „Geschichtlichen Grundbegriffe“ den „Vokabelsalat“ ironisierte, wie er etwa in Hitlers Rede von der „geschlossenen Volksgemeinschaft“ (23. November 1937) aufschien.¹⁹⁹ Hitler selbst hatte am 25. Januar 1936 unmissverständlich erklärt, er sei vom „Schicksal“ beauftragt, „dieses störrische deutsche Volk, wenn notwendig mit Gewalt zusammenzuschließen“. Als das „deutsche Volk“ ihm erkennbar nicht folgte, wie bei seinem Versuch, die Sudetenkrise im September 1938 kriegerisch zu lösen, machte Hitler in einer Geheimrede zur Sprachregelung vor Journalisten keinen Hehl aus seinen wirklichen Überzeugungen: „Die breite Masse hat einen einzigen Wunsch: daß sie gut geführt wird.“ Aber bleibe der Erfolg aus, dann „schwimmt diese Masse herum in einer geradezu oft abscheulichen, ekeleregenden Weise“. Statt „stur und fanatisch“ hinter ihm zu stehen, zeige dann das deutsche Volk, was es ist: ein „Hühnervolk“.²⁰⁰ Von einer „visionären Volksgemeinschaft“ blieb da nichts übrig, wenn Hitlers Wut und Unbeherrschtheit den Schleier des schauspielenden Friedenskanzlers lüftete und eine rassenzoologische Reduktion des Volkes auf eine Masse, der Masse auf eine Herde vollzog.

197 Nach 1955 – er war entnazifiziert worden – leitete Höhn die Akademie für Führungskräfte der Wirtschaft in Bad Harzburg.

198 Ebenda, S. 38.

199 Koselleck, Reinhart: XIV. Abschnitt des Artikels „Volk, Nation, Nationalismus, Masse“. In: Otto Brunner/Werner Conze/Reinhart Koselleck (Hg.): Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Band 7, Stuttgart 1978, S. 413.

200 Ebenda, S. 419.

Die Identität von Führer und Gefolgschaft in einer formierten „Volksgemeinschaft“ zu unterstellen, weist Koselleck klarsichtig zurück: „Es gehört durchgängig zur Semantik des religiös imprägnierten Volkes, daß es nicht als politisches Subjekt seiner selbst erfahren wird, sondern als Objekt einer Heilsgeschichte oder als eine transzendente Größe, in deren Dienst gestellt zu sein, die ‚Volksgenossen‘ daran hindert, Staatsbürger zu werden.“²⁰¹ Die Formel von der „Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung“ schafft eben jene semantische Unbestimmbarkeit, die Koselleck als geeignet ansieht, „die absolute Verfügungsgewalt seiner Verwender und den restlos eigenmächtigen Terror gegen die Betroffenen, ihren Tod, zu rechtfertigen“. Koselleck verwies im Übrigen auch die angeblich rassistisch fundierte Exklusion der Juden ins Reich der bloßen sekundären Rationalisierung antisemitischer Hass-Phantasien. So sieht er im Reichsbürgergesetz vom 15. September 1935, hinter der - nicht klar legalisierbaren - Blutsbestimmung, die lauernde Gesinnungs- und Verhaltenskontrolle, die keinen Zweifel daran lässt, wer in der faschistischen Diktatur der „Souverän“, der Herr der absoluten Verfügungsgewalt ist: „Reichsbürger ist nur der Staatsangehörige deutschen oder artverwandten Bluts, der durch sein Verhalten beweist, daß er gewillt und geeignet ist, in Treue dem deutschen Volk und Reich zu dienen.“²⁰² Aus dem amerikanischen Exil erkannte Thomas Mann in seiner Rede „Deutsche Hörer!“ vom 15. Januar 1943 klarer als die Vertreter des „Volksgemeinschafts“-Theorems, was es damit auf sich hat: „Diese ‚Volksgemeinschaft‘ ist die Diktatur des Gesindels, ein scheußlicher Parteiterror, der eine moralische Verwüstung, einen Menschenverderb, eine Gewissensschändung, eine Zerstörung der ehrwürdigsten Bande mit sich brachte, wie nie ein Volk sie erlebt hat.“²⁰³

Noch bevor eine jüngere Historikergeneration die Nazi-Parole von der „Volksgemeinschaft“ in den Rang eines paradigmatischen Forschungsansatzes erhoben hat, hat sich Hans Mommsen mit der stetigen propagandistischen Indoktrination der Nationalsozialisten auseinandergesetzt.²⁰⁴ In der Einleitung zu dem Werk

201 Ebenda, S. 409.

202 Ebenda, S. 413.

203 Zitiert ebenda, S. 413, Anm. 114. Kritisch zu Kosellecks Auffassung: Nolzen, Armin: Nationalsozialismus und ‚Volksgemeinschaft‘. Plädoyer für eine operative Semantik. In: von Reeken, Dietmar/Malte Thießen (Hg.): ‚Volksgemeinschaft‘ als soziale Praxis. Neue Forschungen zur NS-Gesellschaft vor Ort, Paderborn-München-Wien-Zürich 2013, S. 51-63.

204 Mommsen, Hans/Susanne Willems (Hg.): Herrschaftsallday im Dritten Reich. Studien und Texte, Düsseldorf 1988.

„Herrschaftsalltag im Dritten Reich“ betonte er für das nationalsozialistische Regime „einen kaum zu übersteigenden Gegensatz zwischen den selbst gesetzten Ansprüchen und Zielen und ihrer Einlösung“. Die Energien aber, die es entfesselte, seien durchweg destruktiver Natur gewesen. Die Manipulation der öffentlichen Meinung, die zentral gesteuerte Propaganda und der durch die Gestapo repräsentierte Terror gegen Andersdenkende und Oppositionelle hätten dem Außenstehenden den Eindruck vermittelt, „daß die von Joseph Goebbels beschworene innere Geschlossenheit der deutschen ‚Volksgemeinschaft‘ Wirklichkeit geworden“ sei.

Dagegen legte Mommsen Akzente auf die völlige Fragmentierung des Staatsapparats und auf die erbitterte Rivalität der Satrapen.²⁰⁵ Beim Fehlen koordinierter Entscheidungsabläufe sei es unter anderem zur Ämterbestellung durch Hitler gekommen, der persönliche Loyalität gegenüber fachlicher Eignung favorisierte. Gesellschaftlich habe bloß die Illusion von Chancengleichheit dominiert.²⁰⁶ Der DAF sei es nicht gelungen, die Industriearbeiterschaft zu integrieren. Die Propaganda habe keine umfassende Mobilisierung bewirkt: „Das ausgeprägt ästhetisierende Moment, das Schauveranstaltungen wie die Reichsparteitage kennzeichnete, täuschte darüber hinweg, daß abgesehen von der Suggestivität der nach Tausenden zählenden Teilnehmerschaft die viele Stunden währenden Kundgebungen einschließlich der sich stets wiederholenden Ansprachen des Führers und Reichskanzlers im bloßen Ritual erstarren.“²⁰⁷ Auf die Dauer, so Mommsen, konnte es nicht verborgen bleiben, dass die NS-Ideologie primitiv, langweilig und nichtssagend war. Eine spontane Aktivierung breiterer Bevölkerungsgruppen blieb aus: „Desgleichen blieb die mobilisierende Wirkung der gebündelten Propaganda vergleichsweise gering.“²⁰⁸ In unserem Zusammenhang von großer Bedeutung sind auch die Ausführungen darüber, dass es keine zentralen Instanzen gab, die dem Nationalsozialismus (und einem angeblichen „Volksgemeinschafts“-Konzept) eine intentionale Struktur hätten einziehen können. Die Reichsleitung der NSDAP bestand aus konkurrierenden Dienststellen; die Reichsleiter selbst traten als Gremium fast überhaupt nicht zusammen.²⁰⁹ Eine umfassende Parteireform erstickte in den Rivalitäten der Mittelinstanz.

205 Ebenda, S. 9 f.

206 Ebenda, S. 12.

207 Ebenda, S. 13.

208 Ebenda.

209 Ebenda, S. 18.

Völlig zu Recht richtet Mommsen den Fokus auf jene Instanzen, die angeblich für die Realisierung einer „Volksgemeinschaft“ in Frage gekommen wären. Das geringe öffentliche Ansehen der Parteikader wurde durch die frühzeitig offenkundig werdenden Korruptionserscheinungen noch weiter unterminiert.²¹⁰ Persönliche Bereicherung an Vermögen von Juden und politisch Verfolgten war im Parteiapparat üblich. Die Gauleiter umgaben sich in Luxusvillen mit livrierten Dienern, fuhren ein Mercedes-Benz-Cabriolet mit Chauffeur, hatten Zugang zum Schwarzmarkt und rafften durch Bestechung und Erpressung große Privatvermögen zusammen. Das war allgemein bekannt und schuf ein Klima von kaum verhohlener Ablehnung. Zudem wurden Parteifunktionäre bei der Gewährung von u. k.-Stellungen privilegiert: „Die Kritik an den Bonzen, die Feste feierten, während die Volksgenossen an der Front seien, war sprichwörtlich und wurde in den Stimmungsberichten des SD sorgsam registriert, bis Bormann schließlich deren Einstellung durchsetzte, da sie ein angeblich zu negatives Bild von der Haltung der Bevölkerung zeichnen.“²¹¹

Die Politische Organisation der NSDAP hatte erwartet, dass sich die geforderte Gefolgschaftstreue durch ständige propagandistische Beeinflussung herbeizwingen lasse und das als Kerngeschäft von „Politik“ begriffen. Darin manifestierte sich die Leugnung der Existenz divergierender gesellschaftlicher Interessen, die durch die Beschwörung der „Volksgemeinschaft“ nicht einfach verschwanden.²¹² Währenddessen nahm die Bevölkerung wahr, dass die „Partei-Bonzen“ prinzipienlos handelten und sich hemmungslos bereicherten. Gleichwohl verdichteten sich diese Eindrücke nicht zu einer Gesamtablehnung, da man Hitler unterstellte, von falschen Beratern umgeben zu sein,²¹³ während der „Führer“ doch durch Dotationen den Korruptionssumpf vertiefte.²¹⁴

In seinen Anmerkungen zu Michael Wildts „Geschichte des Nationalsozialismus. Grundkurs neue Geschichte“ hat Mommsen seine Kritik an der Behauptung

210 Ebenda, S. 19 f.

211 Ebenda, S. 20. Zu den Berichten des Sicherheitsdienstes siehe Boberach, Heinz (Hg.): Meldungen aus dem Reich 1938-1945. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS, Band 1 ff., Herrsching 1984.

212 Mommsen/Willems (Hg.), Herrschaftsaltag., S. 21.

213 Ebenda. Siehe auch Mommsens Forschungsüberblick aus dem Jahre 2007: Mommsen, Hans: Forschungskontroversen zum Nationalsozialismus. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 14-15/2007, S. 14-21.

214 Ueberschär, Gerd R./Winfried Vogel: Dienen und Verdienen. Hitlers Geschenke an seine Eliten, Frankfurt am Main, 2. Aufl. 1999.

tung, die „Volksgemeinschaft“ habe sich durchgesetzt, zugespitzt.²¹⁵ Das Konzept werde von Wildt immer wieder postuliert, aber inhaltlich nicht ausgefüllt.²¹⁶ Ungenauigkeiten bei der Wahlkampf-Strategie der NSDAP 1930 bis 1932, Unschärfen bei der Machtübertragung auf Hitler und mangelnde Akzentuierung von Reichstagsbrand-Verordnung und Ermächtigungsgesetz werden aufgelistet.²¹⁷ An die Stelle terroristischer Maßnahmen setze Wildt, so Mommsen, die revolutionäre Durchsetzung der „neuen politischen Ordnung“, der „Volksgemeinschaft“. Die Integrationskraft und Leistungsfähigkeit des korrupten Apparats der DAF werde bedenklich überschätzt.²¹⁸ Beim Zwangscharakter des Winterhilfswerkes und des allgemeinen Widerstandes dagegen betreibe er „Schönfärberei“, und dasselbe gelte von der materiellen Lage der meisten Arbeitnehmer. Überdies mache sich Wildt unfreiwillig zum Opfer der NS-Propaganda, wenn er die Tätigkeit in der HJ und im BDM sowie die sechsmonatige Arbeitsdienstpflicht als „Erziehung zur Volksgemeinschaft“ im Sinne des Regimes positiv bewerte.

Vor allem bezweifelt Mommsen, dass die Judenverfolgung in der Provinz „das zentrale politische Instrument gewesen ist, um die bürgerliche Ordnung aufzulösen und Volksgemeinschaft herzustellen“.²¹⁹ Die Verfolgung wurde doch primär von staatlichen Stellen vorangetrieben. Auch bei der Einschätzung des November-Pogroms 1938 sieht Mommsen irreführende Ansätze, insbesondere in der Frage, inwieweit die Bevölkerung die Gewaltpolitik unterstützte. Die These Wildts, die alliierte Herrschaft nach 1945 habe die Transformation der „Volksgemeinschaft“ ermöglicht „und den Weg für die Konsum- und Marktgesellschaft der Nachkriegszeit geöffnet“, hält Mommsen für abwegig, vor allem, weil „das Theorem der ‚Volksgemeinschaft‘ als eine Art selbsttätiges Agens erscheint, dem auch Hitler sich verschrieben hat“.²²⁰ Gerade weil dem NS-Regime ein innerer Zusammenhang und Existenzgrund gefehlt habe, „konnte es ins Nichts zerfallen und die deutsche Nation sich von ihm abwenden“. Die „Volksgemeinschaft“ sei eben in erster Linie Propaganda-Produkt gewesen, „das nur durch die Anwen-

215 Mommsen, Hans: Amoklauf der „Volksgemeinschaft“? Kritische Anmerkungen zu Michael Wildts Grundkurs zur Geschichte des Nationalsozialismus. In: Neue Politische Literatur, Jg. 53 (2008) I, S. 15-20.

216 Ebenda, S. 15.

217 Ebenda, S. 16.

218 Ebenda, S. 17.

219 Ebenda.

220 Ebenda, S. 19.

dung von Terror am Leben erhalten werden konnte und zusammen mit dem Hitler-Kult als Phantom zerfiel“.

In den „Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte“ hat Ian Kershaw sich in die Debatte um die „Volksgemeinschaft“ eingemischt.²²¹ In einer Nachzeichnung der NS-Forschungsschwerpunkte charakterisiert er den entscheidenden Wechsel folgendermaßen: „Standen zuvor der Unterdrückungsapparat des NS-Regimes und die Gefahren eines Widerstands in einem Polizeistaat im Vordergrund, so ging es jetzt in zunehmendem Maße um bereitwillige gesellschaftliche Zustimmung und aktive Komplizenschaft.“²²² Im Zeichen der Kulturgeschichte seien Affinitäten, Deutungen, Glaubenssysteme und psychologische Impulse dominant geworden, die angeblich „Klassen“ oder objektive gesellschaftliche Positionen übergreifen. Willige Kooperation und unverblünte Komplizenschaft hätten förmlich nach einem Konzept gerufen, das erklären konnte, warum ein Teil der deutschen Gesellschaft für ein „Völkermord-Projekt“ gewonnen werden konnte. Der Begriff der „Volksgemeinschaft“, zuvor lediglich als gescheitertes Propaganda-Projekt abgetan, „avancierte zu einem privilegierten Deutungsangebot der nationalsozialistischen Erfolge“.²²³

Indem Kershaw die Existenz eines „Projektes“ der „Volksgemeinschaft“ beipflichtet, geht er den „Volksgemeinschafts“-Theoretikern einen Schritt entgegen: „Es war eine Vision, in der sämtliche Türen offenzustehen schienen, in der alles möglich war, in der es keine Grenzen gab.“²²⁴ Die Beispiele, die Kershaw anführt, verweisen indes fast sämtlich nicht auf eine Vision von „Gemeinschaft“, sondern die Richtung einer Legitimierung der Auflösung moralanaloger Hemmungen, mithin in die Eröffnung von Komplizenschaft. Und ob die „Volksgemeinschaft“ tatsächlich hat „zu einer positiven Wahrnehmung des NS-Staates führen können, überwältigend positiv sogar, wenn man ihn mit der gescheiterten Demokratie von Weimar verglich“,²²⁵ ist nur schwer nachzuvollziehen, zumal wenn auf „Konsens und Einheit stiftende Symbole wie das ‚Heil Hitler‘“ als stützendes Argument verwiesen wird. Dabei unterliegt Kershaw dem Irrtum, Elemente der NS-Ideologie durch andere Propaganda-Phänomene als real zu beglaubigen. Letztlich

221 Kershaw, Ian: „Volksgemeinschaft“. Potenzial und Grenzen eines neuen Forschungskonzepts.

In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 59. Jg. (2011), H. 1, S. 1-17.

222 Ebenda, S. 2 f.

223 Ebenda.

224 Ebenda, S. 7.

225 Ebenda.

misst Kershaw auch der „Inklusionsmaschine“ der „Volksgemeinschaft“ eine Erklärungskraft bei der Verfolgung von Minoritäten bei, wechselt dann aber, resümierend, vom „Konzept der Volksgemeinschaft“ doch in den Modus der „Komplizenschaft“, einen Begriff, dessen Konturen ungleich schärfer sind und der überdies den Vorteil verbürgt, in realen Handlungssituationen nachweisbar zu sein.²²⁶

Unklar bleibt bei Kershaw auch, und damit übergeht er eine zentrale Schwäche der „Volksgemeinschafts“-Theoretiker, ob mit dem Begriff „Konzept der Volksgemeinschaft“ ein Masterplan des NS-Regimes gemeint ist (der wohl kaum nachzuweisen ist) oder das Ergebnis historischer Analyse, die den Phänomenen einer vergangenen Wirklichkeit diese – abstrahierende - Struktur abgewonnen hat, ein Defizit zweifellos, das schon in der Übernahme einer NS-Parole in den Status einer vorgeblichen Analyse-Kategorie vorgezeichnet war. Die mangelnde Abgrenzung der beiden Territorien der Quellsprache einerseits und der Begrifflichkeit des Historikers andererseits stellt sich als nachwirkender Geburtsfehler eines fragwürdigen Forschungs-Paradigmas heraus.

Schließlich aber stellt Kershaw selbst die entscheidende Frage: „Wie verwandelt man eine Propagandaparole in ein Instrument der Analyse?“²²⁷ Hier rüttelt Kershaw entschieden an den brüchigen Fundamenten der „Volksgemeinschafts“-These, die sich ja offensichtlich nicht auf eine Realität sozialen Wandels bezieht, sondern mit ihm „die mobilisierende Verheißung“ einer besseren Zukunft erfassen will. Die „Existenz solcher Emotionen“, so Kershaw, sei schwerlich nachzuweisen, ihre Stärke kaum messbar, ebenso wenig wie sie zu „Schlüsselfaktoren der Motivierung“ geworden sein sollen.

Im Folgenden weist Kershaw systematisch die Schwächen des theoretischen Ansatzes nach: Wie kann man in einer terroristischen Diktatur Konsens nachweisen? Was ist mit der Existenz fortlebender Mentalitäten, die während der NS-Herrschaft nicht einfach verschwanden? Wie soll das Problem gelöst werden, zwischen augenfälligem Konsens (etwa in der Außenpolitik) und Dissens zu unterscheiden? Ein oft inflationärer Gebrauch des „Konzepts“, so Kershaw, könne diese Schwächen nicht verdecken.

An konkreten Ereignissen aus dem Frühjahr 1936 kann Kershaw belegen, dass die Stimmungen in der Bevölkerung extrem schwankten, und zwar zwischen

226 Ebenda, S. 9.

227 Ebenda, S. 9 f.

innenpolitischer Verbitterung und enthusiastischem außenpolitischem Triumph, wobei die zweite starke Emotionswelle wohl nur auf den Augenblick beschränkt war.²²⁸ Kershaws Urteil ist für eine sich hegemonial gebende historiographische Mode im Grunde vernichtend: „Wäre es deshalb, statt zu einer nationalsozialistischen Propagandaformel als Forschungskonzept Zuflucht zu nehmen und über Konsens zu generalisieren, nicht besser, sich um ein ausgewogenes Urteil darüber zu bemühen, wann und wo das Regime die Unterstützung einer Mehrheit der Bevölkerung hatte, wann und wo es hingegen an Unterstützung gefehlt hat?“²²⁹

Anhand des „Kirchenkampfes“ stellt Kershaw überdies die Frage, ob etwa fortwirkende konfessionelle Bindungen nicht vielmehr nahe legen, dass die Menschen über mehrere Identitäten verfügten, die keineswegs in der Identität der „Volksgemeinschaft“ aufzugehen brauchten. Auch die Schritte auf dem Weg zum Völkermord, einschließlich des November-Pogroms 1938, würden mit dem „Volksgemeinschafts“-Ansatz kaum verständlicher.²³⁰ Bei der simplen Trennung zwischen Inklusion und Exklusion sieht Kershaw, zumindest für die Kriegsjahre, wegen des Gefühls nationaler Solidarität, kaum Unterschiede in den kriegsführenden Ländern.²³¹ Von einer „Bunker-Gemeinschaft“ konnte ebenfalls keine Rede sein, wie auch ein Mangel an Kriegs-Enthusiasmus fast durchgängig zu verzeichnen war. Die Stimmungskonjunkturen an der Heimatfront könnten ohne Zweifel besser und genauer ohne ein „Volksgemeinschafts“-Konzept untersucht werden, wobei der Popularitätsverfall des „Führers“ einzubeziehen wäre.

Abschließend hält Kershaw den „Volksgemeinschafts“-Theoretikern einige Erkenntniserfolge zugute, die freilich kaum über die Ergebnisse Martin Broszats in „Soziale Motivation und Führerbindung des Nationalsozialismus“ von 1970 hinausgehen.²³² Das Konzept leide, ebenso wie der Begriff der „Selbstermächtigung“, unter mangelnder Präzision: „Was es auf der sozialen Ebene zu erklären sucht, kann zumeist auch ohne es erklärt werden, vermutlich subtiler und differenzierter.“ Bei der Annahme einer „Mobilisierung von unten“ anstelle einer „Leitung von oben“ bestehe die Gefahr, „dass dem politischen Entscheidungsfindungsprozess in der Führung des Regimes, der hauptsächlichen Triebkraft hinter der Radikalisierung, seine Bedeutung genommen wird“. Letztlich empfiehlt

228 Ebenda, S. 11.

229 Ebenda, S. 12.

230 Ebenda, S. 12 f.

231 Ebenda, S. 13 f.

232 Ebenda, S. 15 f.

Kershaw stattdessen, die Mechanismen der Verlockung zur Komplizenschaft zu beleuchten, und zwar, im Zusammenhang mit dem Genozid, auch bei den nichtdeutschen Tätern, die man schwerlich der „Volksgemeinschaft“ zurechnen könne.²³³

In seiner Entgegnung „Volksgemeinschaft“. Eine Antwort auf Ian Kershaw“ betont Michael Wildt aufs Neue den immateriellen Charakter der von ihm beschriebenen Phänomene: „Doch es ist ein Missverständnis, wollte man die ‚Volksgemeinschaft‘ als materielle Realität nehmen.“²³⁴ Wenig später folgt der Übergang in einen Bereich, der mit seinen Schlüsselbegriffen bestenfalls einer politischen Theologie zuzurechnen wäre: „Nicht in der Feststellung eines sozialen Ist-Zustandes, sondern vielmehr in der Verheißung, in der Mobilisierung lag die politische Kraft der Rede von der Volksgemeinschaft.“ Legt man hier die gängigen Maßstäbe der Wissenschaftstheorie eines Karl Popper zu Grunde, so kann man sich der Einsicht nicht verschließen, dass damit das Sujet unserer Wissenschaft hinter den Vorhang der Nicht-Falsifizierbarkeit verschoben wird. Und es ist ja nicht nur der pseudo-bedeutungsschwere Begriff der „Verheißung“, der seinen einzig legitimen Ort in der jüdischen Bibel hat, der aus dem begrifflichen Werkzeugkasten des Historikers herausfällt. Die syntaktische Gleichordnung von „Verheißung“ und „Mobilisierung“ wirkt wie ein Taschenspielertrick, soll sie doch den nirgendwo entfalteten Mechanismus der „Mobilisierung“ als schon vollzogen suggerieren. Es steht außer Frage, dass das nebenordnende Satzzeichen des Kommas zwischen den beiden höchst problematischen Begriffen eine Leerstelle von beachtlicher Dimension kaschiert: Wie vollzieht sich der Übergang vom Aggregatzustand einer politischen Propagandarede in den der Mobilisierung, also eines massenhaften (und noch: verbrecherischen) Handelns?

233 Ebenda, S. 16.

234 Wildt, Michael: „Volksgemeinschaft“. Eine Antwort auf Ian Kershaw. www.zeithistorische-forschungen.de, 3/2012, S. 2. Enttäuschend, da die Einwände Mommsens und Kershaws nicht aufnehmend: Wirsching, Andreas: Vom „Lehrstück Weimar“ zum Lehrstück Holocaust? In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 1-3/2012, S. 9-14. Was soll realgeschichtlich die spezifische Form einer „völkischen Konsumgesellschaft“ bedeuten, was die „Propaganda der virtuellen völkischen Konsumgesellschaft“, die die Hoffnung auf „ein kleines Stück Prosperität und ein bescheidenes Wohlergehen in Reichweite zu rücken“ schien? Ebenda, S. 12 f.

VII. Sozialgeschichtliche Korrekturen

Ein Blick in die sozialgeschichtliche Literatur über das Dritte Reich, die seit den 1980er Jahren erschienen ist, belehrt darüber, dass es viel eher klassengesellschaftliche oder widerständige Erfahrungen waren als „volksgemeinschaftlich“ aufgeladene Erlebnis- und Verheißungswelten, die sich den Zeitgenossen aufdrängten und ihren schwierigen Alltag bestimmten. In der propagandistischen Leistungsbilanz des Nationalsozialismus standen die Erfolge der Jugendpolitik an erster Stelle. Detlev Peukert hat sich in seinem Aufsatz „Edelweißpiraten, Meuten, Swing. Jugendkulturen im Dritten Reich“ kritisch mit den Stereotypen vieler filmischer und literarischer Dokumentationen auseinandergesetzt und jene Szenen hinterfragt, in denen eine „begeisterungsfähige“ und „gläubige“ Jugend den Führer umjubelte und im Dienstritual der Hitler-Jugend unkritisch aufging.²³⁵ Tatsächlich stellte Peukert fest, dass damit nur eine Seite der gesellschaftlichen Wirklichkeit abgedeckt wurde. Denn es lässt sich gegenläufig feststellen: Je vollkommener die HJ die Jugend organisatorisch umfasste, „um so deutlicher wurden auch die Konturen abweichenden Verhaltens von Jugendlichen“. Ende der 1930er Jahre wandten sich Tausende von der HJ ab und fanden in spontanen Cliques ihren eigenen, unreglementierten Stil. Dabei bewegten sie sich ständig „auf der Grenzlinie zwischen aktiver und passiver Widersetzlichkeit“.²³⁶ Diese Cliques wurden trotz vielfältiger Repression auch für die Mehrheit der Jugend attraktiver als der HJ- und der BDM-Dienst. So hatte „der Nationalsozialismus auch nach Jahren der Herrschaft noch nicht die deutsche Gesellschaft im Griff“, da dessen verkrustete Organisationsformen eine eigene kulturelle Identität und alternative Lebensstile blockierten. Damit, so Peukert, scheint ein zentrales Konzept der nationalsozialistischen Gesellschaftspolitik, nämlich die Aufhebung der Klassenrealität durch das Volksgemeinschaftsgefühl, gescheitert zu sein, noch bevor sich das Ende des Dritten Reiches durch die militärischen Niederlage abzeichnete. Einmal mehr reichte so die Kraft des Nationalsozialismus nur dazu aus, „die traditionellen Formen, in denen sich Teile der Arbeiter- und Bürgerkulturen

235 Peukert, Detlev: Edelweißpiraten, Meuten, Swing. Jugendsubkulturen im Dritten Reich. In: Huck, Gerhard (Hg.): Sozialgeschichte der Freizeit. Untersuchungen zum Wandel der Alltagskultur in Deutschland, Wuppertal 1980, S. 307 f.

236 Ebenda, S. 326.

verständlich hatten, weitgehend zu zerstören“.²³⁷ An deren Stelle hatte das Regime nur militärischen Drill, eine anachronistische Ideologie und eine erstickende Bürokratie zu setzen vermocht.

Zu ähnlichen Erkenntnissen kommt Michael Zimmermann in seinem Aufsatz „Ausbruchshoffnungen. Junge Bergleute in den dreißiger Jahren“.²³⁸ Auch Zimmermann konstatiert, nach einer Phase einer anziehenden Wirkung der HJ auf Bergarbeiterjugendliche, für die Phase des Rüstungsbooms Ernüchterungserscheinungen, Distanz zum Regime und Verweigerung im Alltag. Neben der wachsenden Neigung zur Renitenz im Arbeitsalltag wuchs auch die Aversion gegen den Dienst in der Hitlerjugend; häufig sei der Überdruß auf schiere Erschöpfung zurückzuführen gewesen.²³⁹ Es ist nur allzu verständlich, dass nach sechs Tagen schwerer körperlicher Arbeit unter Tage, dazu an zwei Wochentagen Dienst in der HJ sowie Aufmärschen und Kundgebungen am Sonntag, der Wunsch nach ungebundener Freiheit und Freizeitgestaltung anwuchs. Da aber eine Arbeiteröffentlichkeit nicht mehr existierte, blieb die Renitenz auf individuelles Aufbegehren, mitunter auch auf einzelne Arbeitskameradschaften, begrenzt.

In einem 1992 erschienenen Aufsatz zeichnet Andreas Kranig die Arbeitsrechts-Historie des Dritten Reiches nach.²⁴⁰ Von einer „Volksgemeinschafts“-Politik ist bei ihm nicht die Rede. Vielmehr arbeitet er heraus, dass die Sozialpolitik anderen zentralen Zielen untergeordnet war; es ging zunächst vornehmlich um die „Revision“ des Versailler Vertrags und schließlich um die militärische Expansionspolitik. Dabei musste ein Einfluss der Arbeitnehmer grundsätzlich verhindert werden.²⁴¹ Für die Politik bedeutete das ein Lavieren zwischen dem Erreichen der anvisierten Produktionsziele und der Maßgabe, die Arbeitnehmer nicht zu stark zu demoralisieren. Der Gebrauch von Schlagworten wie „völkische

237 Ebenda, S. 326 f.

238 Zimmermann, Michael: Ausbruchshoffnungen. Junge Bergleute in den dreißiger Jahren. In: Niethammer, Lutz (Hg.): „Die Jahre weiß man nicht, wo man die heute hinsetzen soll.“ Faschismus-Erfahrungen im Ruhrgebiet. Lebensgeschichte und Sozialkultur im Ruhrgebiet 1930 bis 1960, Band 1, Berlin - Bonn 1983. S. 93-132.

239 Ebenda, S. 104 f.

240 Kranig, Andreas: Arbeitnehmer, Arbeitsbeziehungen und Sozialpolitik unter dem Nationalsozialismus. In: Bracher, Karl Dietrich/Manfred Funke/Hans-Adolf Jacobsen (Hg.): Deutschland 1933-1945. Neue Studien zur nationalsozialistischen Herrschaft, Düsseldorf 1992, S. 135-152. Siehe auch Kranig, Andreas: Lockung und Zwang. Zur Arbeitsverfassung im Dritten Reich, Stuttgart 1982.

241 Kranig, Arbeitnehmer, S. 138.

Gemeinschaft“ sollte die Menschen auf NS-Ziele einchwören und sie gleichzeitig totaler Kontrolle unterwerfen.²⁴² Seit dem Erreichen der Vollbeschäftigung 1936 dienten Verordnungen zur Lohndeckelung, Dienstpflicht-Verordnungen und restriktive Maßnahmen gegen Freizügigkeit mit freier Arbeitsplatzwahl als Zwangsbehelfe, um den nun drohenden, kapitalismustypischen freien Arbeitsmarkt auch in Ansätzen erst gar nicht entstehen zu lassen. Die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung flossen schließlich direkt in die Kriegsfinanzierung.²⁴³

Bereits 1981 hat Michael Voges in „Klassenkampf in der ‚Betriebsgemeinschaft‘“ die Deutschlandberichte (DB) der Sopade, der Exilorganisation der SPD, als Quelle zum Widerstand der Industriearbeiter im Dritten Reich untersucht.²⁴⁴ Im April 1935, so Voges, charakterisierte der südbayerische Berichterstatler der DB die Stimmung der Arbeiter seines Bezirks folgendermaßen: „Die Arbeiter empfinden allgemein, daß ihnen die Arbeitsfront und die Vertrauensräte gegenüber den Unternehmern kein Recht verschaffen können [...]. Die Vorgänge in den Betrieben scheinen bei den Arbeitern immer mehr in den Vordergrund ihres Interesses zu treten. Das entspringt in erster Linie ihrer materiellen Lage. Damit verbinden sie aber kein politisches Interesse.“²⁴⁵ Hier deutet sich die Tendenz an, dass diese gesinnungsfesten Berichterstatler oft genug enttäuscht darüber waren, dass sich Missstimmungen und betriebliche Resistenz kaum einmal zur politischen Haltung verdichteten. So wurde ein traditionell gewerkschaftliches Bewusstsein konstatiert, „das jedoch einer allgemeinpolitischen Dimension entbehrt“. Eines der zentralen Ergebnisse der Untersuchung von Michael Vogels besteht darin, dass er eine Drei-Phasigkeit im Arbeiterverhalten entdeckt: Einer Phase relativ geringer Widerstandstätigkeit in den Betrieben 1933/34 folgte eine Zeit wachsender Opposition in den drei folgenden Jahren, während die Jahre vor dem Krieg wieder von einem Rückgang des Widerstandes gekennzeichnet waren.²⁴⁶

242 Ebenda, S. 139.

243 Ebenda, S. 145-148.

244 Voges, Michael: Klassenkampf in der „Betriebsgemeinschaft“. Die „Deutschland-Berichte“ der Sopade (1934-1940) als Quelle zum Widerstand der Industriearbeiter im Dritten Reich. In: AfS 1981, S. 329-383.

245 Ebenda, S. 329.

246 Ebenda, S. 381.

Günther Morsch kommt in seiner Monographie „Arbeit und Brot“, auf breiterer Quellenbasis, zu ähnlichen Ergebnissen.²⁴⁷ Nach den demoralisierenden Erfahrungen mit der Zerschlagung der Arbeiterbewegung mochten für andere Teile der Bevölkerung die „Euphorien des Neuanfangs“ prägend gewesen sein, die aber Anfang April 1934 in eine Art Katerstimmung umschlugen.²⁴⁸ Gegenläufig dazu habe sich der ökonomische Erholungsprozess nun günstig auf die Arbeiterschaft ausgewirkt, ja eine Welle wirtschaftlichen Optimismus' ausgelöst, zumal die Ereignisse während der RöhM-Krise den Anschein inszenierten, es habe sich die Spitze des Regimes von den verbrecherischsten Elementen befreit.

Die Rückgliederung des Saarlands im Januar 1935 stabilisierte die Herrschaft der Nationalsozialisten kurzzeitig, bis vom Hochsommer 1935 bis in den Februar 1936 die Unzufriedenheit in der Arbeiterschaft kulminierte.²⁴⁹ Morsch verweist hier darauf, dass, nach bisheriger Lehrmeinung, das NS-Regime in dieser Phase angeblich den Höhepunkt seiner Beliebtheit erreicht hätte. Morschs Schlussfolgerung lautet: Die Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit könne nicht mehr länger als Ursache für eine positive Integration der Arbeiterschaft in den NS-Staat gelten. Vielmehr sei es die Preisentwicklung auf dem Lebens- und Gebrauchsmittelmarkt gewesen, die die Stimmungsentwicklung maßgeblich ungünstig beeinflusst habe, eine Auffassung, die angesichts des von den Arbeitgebern, den Treuhänder der Arbeit und dem Reichsarbeitsministerium verteidigten Lohnstopps einige Plausibilität aufweist. Interessant im Übrigen seine weitere Überlegung, dass die Beibehaltung des dichotomen Gesellschaftsbildes das Selbstverständnis der Arbeiterschaft weiterhin prägte, aber eine durch „Bonzentum“ lediglich verschärfte, terroristische Form von Ausbeutung und Klassenherrschaft.²⁵⁰ Dieses Bild habe die Erkenntnis von der neuen Qualität des Nationalsozialismus behindert, „seiner völlig andersartigen Herrschaftsform ebenso wie der Eigenständigkeit seiner Ziele und Absichten“. Insgesamt aber ist Morsch eindeutig der Auffassung, dass sich in der Arbeitsgesellschaft im Nationalsozialismus „nicht etwa, wie Hans-Ulrich Thamer meint, die Ablösung

247 Morsch, Günter: Arbeit und Brot. Studien zu Lage, Stimmung, Einstellung und Verhalten der deutschen Arbeiterschaft 1933-1936/37, Frankfurt am Main - Berlin - Bern - New York - Paris - Wien 1993.

248 Ebenda, S. 465.

249 Ebenda, S. 466.

250 Ebenda, S. 467.

des Bewusstseins vom Sein“ vollzogen habe, sondern ganz im Gegenteil „die überstarke Fixierung auf das ‚Sein‘“. ²⁵¹

Methodisch sehr differenziert ist der Versuch Bernd Stövers, die Exilberichte der Sopade und der sozialistischen Gruppierung Neu Beginnen auf die Frage der Konsensbereitschaft der Deutschen hin auszuwerten. ²⁵² In „Volksgemeinschaft im Dritten Reich“ stellt Stöver unter anderem fest, dass gerade wegen des umfassenden, utopischen Konsensanspruchs an die „Volksgemeinschaft“ der NS-Staat sich nie wirklich der Konsensbereitschaft der „Volksgenossen“ sicher gewesen sei. ²⁵³ Das werde besonders durch die ständig vervollkommnete Überwachung der „Volksstimmung“ belegt. Darin offenbarte sich, so Stöver, das Eingeständnis der mangelnden Überzeugungskraft und die Furcht, ohne die gnadenlose Verfolgung dissidenter Gruppen nie zum Zustand einer „neuen Gesellschaft“ zu gelangen. Ab Mitte der 1930er Jahre stellt Stöver einen überraschenden Zwiespalt zwischen den Exilberichten und der regimeinternen Berichterstattung fest; während erstere, im Banne enttäuschter Erwartungen, negative Einschätzungen über die Arbeiterschaft vermeldeten, spiegeln die regimeinternen Berichte eine geringere Anpassung wider. ²⁵⁴

Der Dezember-Bericht aus den Lagemeldungen der Gruppe Neu Beginnen stellte, unter dem Einfluss der November-Abstimmung 1933, über die Lage in Deutschland eine weitere Zunahme des faschistischen Einflusses fest: „Dies schließt nicht aus, daß gleichzeitig sich vielleicht sogar stärker als bis zu dieser Zeit Stimmungen der Unzufriedenheit, eine Art Meckeropposition und allerhand oppositionelle Strömungen wachsend bemerkbar machen“. ²⁵⁵ Die Gesamtstimmung sei aber vorwiegend „unpolitisch“, auch die heftigste Meckerei richte sich nur in wenigen Einzelfällen gegen das Regime selbst, meist nur gegen Symptome. Unzufriedenheit über Wehrsportübungen, über teure Lebensmittel, über Bevor-

251 Ebenda.

252 Stöver, Bernd: Volksgemeinschaft im Dritten Reich. Die Konsensbereitschaft der Deutschen aus der Sicht sozialistischer Exilberichte, Düsseldorf 1993.

253 Ebenda, S. 52 f.

254 Ebenda, S. 338-341. Ulrich Herbert kommt in: Arbeiterschaft im „Dritten Reich“. Zwischenbilanz und offene Fragen. In: GG, 15. Jg. (1989), H. 3, S. 320-360, hier: S. 339, zu einer vergleichbaren quellenkritischen Einschätzung: „[...] etwas vergrößert könnte man zusammenfassend sagen, daß die sozialdemokratischen Berichtersteller die Anpassung und die Nationalsozialisten die Opposition übertrieben“.

255 Stöver, Bernd (Hg.): Berichte über die Lage in Deutschland. Die Lagemeldungen der Gruppe Neu Beginnen aus dem Dritten Reich 1933-1936. Nr. 1, Dezember 1933 (abgeschl. Ende November), Bonn 1996, S. 7-9.

zung von Nazis und über Erscheinungen der neuen Korruption herrsche vor. In vielen Betrieben würden Frauen entlassen, die für sie eingestellten SA-Leute müssten zu den Frauenlohnsätzen arbeiten. So sei es zu Konflikten zwischen den SA-Leuten und den Betriebsleitungen gekommen, während die übrigen Beschäftigten eingeschüchtert seien. In einem Elektrowerk herrsche starke Unzufriedenheit mit der NSBO. Die Betriebsvertretung kümmere sich überhaupt nicht um betriebliche Verhältnisse, zumal der Portier als Betriebsratsvorsitzender eingesetzt worden sei. Auch die vielen Sammlungen stießen auf breiten Unwillen. So wurden die Sammlungen zum Winterhilfswerk 1936 in Berlin wegen des Drucks der Blockwarte besonders stark abgelehnt. Im Bericht von Neu Beginnen für den Januar/Februar 1936 heißt es hierzu: „Beliebt ist die Winterhilfe bei niemandem. Zu bekannt ist die ins phantastische gehende Korruption des WHW, zu dünn die Lohntüte der meisten Arbeiter, zu endlos die Kette von Sammlungen aller Art, zu drückend die vielen Zwangsbeiträge.“²⁵⁶

Zwiespältig sind die Ergebnisse Stövers auch für den Bereich der Außenpolitik. Die Revision der Versailler Bestimmungen stieß auf eine breite, schichtenübergreifende Zustimmung, die einen vorläufigen Höhepunkt mit der Rückführung des Saarlandes 1935 erreichte. Beim „Anschluss“ Österreichs hingegen hätten die starken Befürchtungen im Vordergrund gestanden, damit einen Krieg auszulösen.²⁵⁷ In der Antisemitismus-Frage scheint eine wirkliche Überzeugung von nationalsozialistischen Ideologien selten gewesen zu sein, während das Vertrauen in die personalisierte Institution des „Führers“ eine Art „Gesamtkonsens“ ermöglicht habe.²⁵⁸

1997 legte Rainer Eckert eine umsichtige und die bis dahin vorliegenden Forschungsansätze integrierende Studie vor: „Arbeiter in der preußischen Provinz. Rheinprovinz, Schlesien und Pommern 1933 bis 1939 im Vergleich“.²⁵⁹ Bei der noch nicht geklärten Frage, worauf eine möglicherweise vorhandene Konsensbereitschaft sich gestützt habe - auf wirtschaftliche Aspekte, ideologische Einflüsse oder auf die von Martin Broszat registrierte vage populistische Attraktivität des Nationalsozialismus - geht er von der Leitlinie wirtschaftlicher, sozialer und sozialpolitischer Entwicklungen aus. Entsprechend seiner Einsicht, dass der Betrieb

256 Ebenda, Bericht Nr. 17 vom 20. März 1936, S. 682.

257 Stöver, Volksgemeinschaft, S. 418.

258 Ebenda, S. 421 f.

259 Eckert, Arbeiter.

der zentrale Erfahrungsbereich des Arbeiters war, legt er seinen Untersuchungen auch die Arbeiten von Hachtmann, Siegel, Sachse, Zollitsch und Frese zu den Lohn- und Arbeitsbedingungen zu Grunde.²⁶⁰

Für die Jahre 1933 bis 1939 resümiert Eckert für Schlesien und im Rheinland durchgängige Klagen der Arbeiter über die schlechte wirtschaftliche Lage, über Versorgungsprobleme, Sozialkosten, Spendenzwang, Erwerbslosigkeit und stagnierende Löhne.²⁶¹ In Schlesien und Pommern blieb die Wohnungsnot permanenter Kritikpunkt.²⁶² Der katholische Kirchenkampf wirkte in Schlesien und im Rheinland gesellschaftlich zerklüftend ein.²⁶³ Nach den Massakern um die Röhm-Krise 1934 weitete sich die Zustimmung zu den Gewaltmaßnahmen zur Forderung nach einer „Generalreinigung“, nach der „Säuberung“ der gesamten NSDAP aus.²⁶⁴ Um die Jahreswende 1934/35 kam es in Düsseldorf zu Hamsterkäufen wegen der Kriegsgerüchte in der Saar-Frage.²⁶⁵ Protestformen entfalteten sich: politische Witze, Beschwerdebriefe, Verweigerung des Hitler-Grußes, abwertende Bemerkungen in der Öffentlichkeit.²⁶⁶ In der Stimmungskrise im April/Mai 1935 wegen Preisanstiegs, Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, Fettmangels, Versorgungsschwierigkeiten und niedrigen Löhnen wurde zudem Kritik an den hohen Gehältern von DAF und NSDAP laut.²⁶⁷ Im Mai 1935 konstatierte die Gestapo in Düsseldorf Gleichgültigkeit, Mut- und Hoffnungslosigkeit. Während der Versorgungs- und Stimmungskrise im Oktober/November 1935 rechneten einige Staatspolizeistellen gar mit Unruhen.²⁶⁸ Die Wut der Waldenburger Bergleute richtete sich im Februar 1936 gegen die NS-Eliten; wegen ihrer schmalen Löhne arbeiteten die Bergleute trotz Krankheit und auch über das Rentenalter hinaus.²⁶⁹ Dabei machte die Überalterung den Belegschaften, auch in der Rheinprovinz, zu schaffen. Im Sommer 1939 standen die schlesischen Bergleute am Rand der physischen Leistungsfähigkeit.²⁷⁰ Im Sommer 1938 hatte es, trotz der

260 Ebenda, S. 51 f.

261 Ebenda, S. 643.

262 Ebenda, S. 644.

263 Ebenda, S. 646.

264 Ebenda, S. 647.

265 Ebenda, S. 649.

266 Ebenda, S. 651.

267 Ebenda, S. 654 f.

268 Ebenda, S. 659.

269 Ebenda, S. 663.

270 Ebenda, S. 667.

Hochkonjunktur, keine Erhöhung der Tariflöhne gegeben. Disziplinlosigkeit und Fehlzeiten am Arbeitsplatz nahmen zu. Der November-Pogrom 1938 traf in der Rheinprovinz, in Schlesien und Pommern auf Ablehnung, besonders stark unter den Schlesiern, doch weiter verbreitet waren Indifferenz und Gleichgültigkeit.²⁷¹

Grundsätzlich dominierten demnach bis 1939 in den deutschen Randprovinzen Missstimmung, Resignation, wohl auch missmutiges Arrangement, „hinter die Zustimmung und partiell auch vorhandene Begeisterung zurücktraten“.²⁷² Das Verhalten der Arbeiter blieb „innenpolitisch für das Regime die Hauptquelle ständiger Besorgnis“. Das Misstrauen in den Überwachungsstaat wuchs, auch wenn es selten zur Ablehnung aus „Prinzipientreue“ kam. Aber es ging in der Arbeiterschaft nicht in erster Linie „um nationale Sehnsüchte“, sondern um Hoffnung auf wirtschaftlichen Aufschwung. Festzuhalten bleibt nach Eckerts Auffassung vor allem, „daß Grundkonflikte zwischen Arbeiterschaft und System bis 1939 nicht gelöst werden konnten“.²⁷³

Entsprechend kommt auch Michael Schneider in „Arbeiter unterm Hakenkreuz“ zu der Auffassung, dass für die Arbeiterschaft Mitte der 1930er Jahre „enttäuschte Erwartung und Unzufriedenheit“ charakteristisch gewesen seien.²⁷⁴ Der Klassenkonflikt dauerte an.²⁷⁵ Es habe keine massenhafte Zustimmung, schon gar nicht Begeisterung für den Nationalsozialismus bei der Arbeiterschaft gegeben.²⁷⁶ Dem Nationalsozialismus sei es nicht gelungen, „eine aus Überzeugung geschlossen agierende ‚Volksgemeinschaft‘“ zu schaffen. „Volksgemeinschaft“ sei demnach eher ein Mythos als Realität.²⁷⁷ Tim Mason hat schon 1977, in intimer Kenntnis der sozialgeschichtlichen Quellen, das „Hasardspiel“ charakterisiert, das der gesamten Wirtschafts- und Sozialpolitik des Dritten Reiches zugrunde lag: „Ohne die bestehenden Eigentumsverhältnisse auch nur anzutasten, rief der Nationalsozialismus die Arbeiterklasse auf, die in jahrzehntelanger Erfahrung wurzelnde Ideologie des Klassenkonflikts als Selbsttäuschung einfach zu tilgen und die eigene Verelendung, Entrechtung und Entmachtung

271 Ebenda, S. 670.

272 Ebenda, S. 671.

273 Ebenda, S. 673.

274 Schneider, Unterm Hakenkreuz, S. 735.

275 Ebenda, S. 768.

276 Ebenda, S. 1086.

277 Ebenda, S. 1091.

selbst zu sanktionieren, ja als großen staatspolitischen Erfolg des neuen Regimes zu feiern.²⁷⁸

Kommen wir in diesem Zusammenhang noch einmal auf das „oral history“-Projekt von Lutz Niethammer und anderen aus den Jahren 1983 bis 1985 zurück. Hier ist besonders interessant, was das Projekt über die Bedeutung von „Politik“ im Leben der Arbeiterschaft vor 1933 herausgefunden hat.²⁷⁹ Die Differenz zwischen politischen Aktivisten und der Masse der Arbeiterschaft war wesentlich größer, der Aktivierungsgrad der Arbeiterschaft geringer als angenommen. So schlugen auch die politischen Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Fraktionen der Arbeiterbewegung wenig in die Lebenswelt der Arbeiter durch. Die Autoren kamen zu der Schlussfolgerung: Die Eigenbedeutung der Milieus für die Lebensweise der Ruhrarbeiterschaft war stärker als erwartet. Für die Phase vor 1933 gilt wohl daher: „[...] die politische Identität der meisten aber beruhte darauf, daß sie sich in einem allgemeineren Sinn als Teil der Arbeiterklasse empfanden und von daher ihre Erfahrungen organisierten“.

Ulrich Herbert geht für die Zeit nach 1933 davon aus, dass die „Individualisierung“ der einzelnen sie ohne den schützenden Halt der Klassenbindung den „Gesetzen“ eines durch den Staat zu ihren Ungunsten beeinflussten Arbeitsmarktes ausgesetzt habe.²⁸⁰ Arbeitsstolz und Arbeitsethos, die betriebsbezogene Elemente von „Ehre“ und „Respektabilität“ der Arbeiterschaft in ihrem Streben nach gesellschaftlicher Anerkennung gewesen seien, wurden zunehmend Ausdruck von Konkurrenz und Leistungsdruck. Streitigkeiten im Betrieb wurden nicht über die DAF, sondern individuell mit der Betriebsleitung oder dem Meister gelöst. Bezeichnenderweise wurden „sozialpolitische Maßnahmen“ des Regimes entweder gar nicht erwähnt oder auf Rückfrage deutlich abqualifiziert: als Propaganda, „Theater“ oder Wichtigtuerei einzelner NS-Funktionsträger der unteren Ränge. Dazu zählten „Schönheit der Arbeit“, die Zeremonien der „Betriebsgemeinschaft“, „Kameradschaftsabende“ und auch viele Aktionen der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV).²⁸¹

Dass die „Vereinzelung“ den Erfahrungsaustausch erstickte und die politische Analyse der einzelnen Phänomene und Erfahrungen im Zusammenhang

278 Mason: Sozialpolitik, S. 30.

279 Herbert: Entwicklung, S. 21.

280 Ebenda, S. 26.

281 Ebenda, S. 27.

verhinderte, liegt nach Herbert klar auf der Hand. So vermutet er wohl mit Recht, „daß es nicht in erster Linie die Heterogenisierung der Erfahrungsbereiche war, die die Erfahrungen der Arbeiterschaft dissoziierte, sondern die Individualisierung ihrer Verarbeitung, da es der NS-Propaganda nicht gelang, als symbolisch glaubwürdige Instanz akzeptiert zu werden“. Es stand, nach der Zerschlagung der Arbeiterbewegung, kein Instrument mehr zur Verfügung, aus diffusen und differenzierten Erfahrungen Perspektiven einer Gesamtdeutung zu entwickeln.²⁸²

282 Ebenda, S. 29.

VIII. Von der Machtübertragung zur Machtsicherung

Nun ist in den einschlägigen Publikationen Michael Wildts durchgängig zu beobachten, dass sich sein Versuch, eine Ideologieggeschichte des Begriffs der „Volksgemeinschaft“ zu skizzieren, im Wesentlichen auf die Zeit von 1887, als Ferdinand Tönnies in seinem Werk „Gemeinschaft und Gesellschaft“ den Gemeinschafts-Begriff, und zwar in einem melancholisch-rückwärtsgewandten Sinne, entfaltete, bis in die Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1933 erstreckt. Mit der Machtübertragung auf Hitler wird der Begriff aus jeglicher Bindung - an Träger, Adressaten, Ereignisse, Phasen - entlassen, um ein die gesamte Gesellschaft deformierendes und kriminalisierendes Eigenleben zu führen. Damit wird auch ein Bezug zur Formulierung von Alf Lütke verbaut, der bekanntlich „Herrschaft als soziale Praxis“ beleuchtet wissen wollte.²⁸³ Was Wildt betreibt, ist gerade nicht, die Praktiken der „Volksgemeinschaft“ zu untersuchen, die „Formen, in denen Menschen sich ‚ihre‘ Welt angeeignet- und dabei stets auch verändert haben“ (Alf Lütke), sondern der Versuch, höchst komplexe historische Prozesse in ein simples, binäres System zu pressen, das von Inklusion und Exklusion. Ein „epistemologischer Perspektivwechsel in der NS-Historiographie zu einer Kulturgeschichte des Politischen“, so Michael Wildt in seiner Selbsteinschätzung, ist damit mitnichten vollzogen.²⁸⁴ Statt einer „Abkehr von den Meistererzählungen“, die Wildt vorschlägt, empfiehlt sich eine Rückkehr zu den historischen Methoden einer politischen Sozialgeschichte.

Fatal am „Volksgemeinschafts“-Theorem wirkt sich nicht nur aus, dass von seiner inflationären Omnipräsenz wenig kausale Plausibilität ausgeht, sondern dass ungleich präzisere Erklärungsansätze für höchst bedeutsame Forschungsschwerpunkte überlagert werden und damit beinahe in der Unkenntlichkeit verschwimmen. Die Herleitung der „Volksgemeinschafts“-Parole der Nationalsozialisten aus dem Weltkrieg und der Weimarer Republik verkennt den opportunistischen und verengten Gebrauch, den die Kreise um Hitler mit diesem

283 Lütke, Alf : Herrschaft als soziale Praxis. Historische und sozialanthropologische Studien, Göttingen 1991.

284 Wildt, Michael: Antwort, S. 5.

Referenzaspekt machten.²⁸⁵ Die Geburt der „Volksgemeinschaft“ aus dem „Geist von 1914“ vollzog sich ja gerade unter der Leitidee einer gesamtgesellschaftlichen Integration. Einen „inneren Feind“ sollte es nicht mehr geben. Das „August-Erlebnis von 1914“ basierte auf der Zustimmung der SPD-Reichstagsfraktion zu den Kriegskrediten und bezog die zuvor noch als Reichsfeinde angesehenen Sozialdemokraten und Katholiken, ebenso wie die deutschen Juden und die nationalen Minderheiten, in die „Volksgemeinschafts“-Idee mit ein.²⁸⁶ Erst die nationale Rechte strebte gegen Kriegsende die Exklusion im Inneren erneut an, so dass sie in ihrem Verlangen nach Integration paradoxerweise gerade soziale Desintegration forcierte.²⁸⁷

Die sozialdemokratische Variante des „Volksgemeinschafts“-Topos hingegen hielt am „Verteidigungskonsens von 1914“ fest, und in dieser Hinsicht verstand sie Reichspräsident Ebert als Symbol innerer Geschlossenheit und nationaler Solidarität.²⁸⁸ Noch 1924 betonte Hugo Preuß, der Schöpfer der Weimarer Reichsverfassung, dass sich „Volksgemeinschaft“ und Parteikampf keineswegs ausschlossen. So entwickelten sich in der Folgezeit die Vorstellungen von einer „demokratischen Volksgemeinschaft“ und von einer „Volksgemeinschaft“ als völkisch definierter Abstammungsgemeinschaft auseinander. Während der Begriff der „Volksgemeinschaft“ im Parteiprogramm der NSDAP von 1920 nicht vorkam, hielt sich Hitler, der programmatische Festlegungen mied, alle ideologischen Optionen offen: „Dementsprechend suchten sich die Vordenker aus seiner Partei aus den Schriften der Rechtsintellektuellen die Versatzstücke aus, die ihnen passten, und kombinierten sie mit dem Parteiprogramm.“²⁸⁹

Für die Brüder Otto und Gregor Straßer, ebenso für den befreundeten Moeller van den Bruck, waren Kapitalismus und westlicher Liberalismus das Feindbild schlechthin. Dieser „nationalbolschewistischen“ Öffnung nach links

285 Bruendel, Steffen: Die Geburt der „Volksgemeinschaft“ aus dem „Geist von 1914“. Entstehung und Wandel eines „sozialistischen“ Gesellschaftsentwurfs. Zeitgeschichte - online, Mai 2004, S. 1-26. Vgl. auch: Bruendel, Steffen: Volksgemeinschaft oder Volksstaat. Die „Ideen von 1914“ und die Neuordnung Deutschlands im Ersten Weltkrieg, Berlin 2003.

286 Bruendel, Geburt, S. 11.

287 Ebenda, S. 12.

288 Ebenda, S. 15 f.

289 Ebenda, S. 20. Bruendel, Volksgemeinschaft, S. 312, betont, dass die Nazis sich gerade nicht auf die „Ideen von 1914“ bezogen, denn die NS-Volksgemeinschaft sollte eine völkisch-exklusive sein. Deshalb brüskierten sie auch den Begründer der „Ideen von 1914“ Johann Plenge und schlossen 1934 sein Institut.

stand Hitler aus machttaktischem Kalkül misstrauisch gegenüber, trachtete er doch, auch im Sinne seiner Großraumpläne, nach Unterstützung durch großindustrielle Kreise.²⁹⁰ So bedeuteten Hitler die sozialen Ideen einer klassenlosen „Volksgemeinschaft“ nichts, vielmehr überwogen in seinem Denken Sozialdarwinismus und radikaler Rassismus. Die Konstruktion einer Kontinuität zwischen dem „August 1914“ und dem 30. Januar 1933 ist daher als Fälschung zu bezeichnen, die auch durch Hitlers Rede am 1. Mai 1933 nicht über den Status einer propagandistischen Instrumentalisierung hinauskommt. Die Exklusion der Andersdenkenden und ihre brutale Eliminierung war das Ziel des NS-Regimes, und darin dokumentierte sich der Vorrang sozialdarwinistischer Überzeugungen vor sozialen Ideen bei Hitler. Bei Politikern und Intellektuellen der gemäßigten Linken, der Mitte und der Rechten hingegen sollte „Volksgemeinschaft“ durch Integration, Repräsentation und Partizipation, in nationaler Tradition, positiv verstanden werden.²⁹¹ Von dieser Auffassung ausgehend gibt es selbstredend keinen einfachen Übergang in den inflationären und ausgrenzenden Gebrauch, den Nationalsozialisten dem Begriff aufzuoktroyieren suchten. Es spricht daher nichts dafür, sich der Auffassung Wildts anzuschließen, dass Weimarer Demokraten mit ihrem Verständnis von „Volksgemeinschaft“ einem NS-Konstrukt entgegen gearbeitet hätten, und seine These, die Nationalsozialisten hätten an „verbreitete Sehnsüchte“ angeknüpft, wird nicht überzeugender. Befremdlich daher auch, wenn eine Einführung in die „Gesellschaft im nationalsozialistischen Deutschland“ mit Pathos folgendermaßen anhebt: „Die Nationalsozialisten hatten eine Vision: Über alle ‚Klassen und Stände, Berufe und Konfessionen und alle übrige Wirrnis des Lebens hinweg‘ wollten sie die Nation zu einer ‚engen Volksgemeinschaft‘ zusammenschmieden. Eine Gesellschaft ohne Interessengegensätze, in der jeder den ihm zugewiesenen Platz einnahm und seine Aufgaben im Dienste der Gemeinschaft zum Wohl aller erfüllte - das war Hitlers Erwartung.“²⁹² Das

290 Bruendel, Geburt, S. 21 ff.

291 Sehr überzeugend neuerdings Hardtwig, Wolfgang: Volksgemeinschaft im Übergang. Von der Demokratie zum rassistischen Führerstaat. In: Lehnert, Detlef: Gemeinschaftsdenken in Europa. Das Gesellschaftskonzept „Volkshelm“ im Vergleich 1900-1938, Köln-Weimar-Wien 2013, S. 227-253. Anregend auch Hacke, Jens: „Volksgemeinschaft der Gleichgesinnten“. Liberale Faschismusanalysen und die Wurzeln der Totalitarismustheorie. In: Mittelweg 36, 23. Jg. August/September 2014, S. 53-73.

292 Süß, Dietmar/Winfried Süß: „Volksgemeinschaft“ und Vernichtungskrieg. Gesellschaft im nationalsozialistischen Deutschland. In: Dies.: Das „Dritte Reich“. Eine Einführung, München 2008, S. 79.

ist ohne Zweifel eine irritierend anteilnehmende Einfühlung in die angeblichen Motive der Nationalsozialisten, die einen direkten Weg aus einer Propaganda-Broschüre in die historische Darstellung gefunden zu haben scheint.

Gewiss, im Reichstagswahlkampf vor den Septemberwahlen 1930, die den Nationalsozialisten den Durchbruch auf der Reichsebene einbrachten, hatte Hitler unentwegt die „Volksgemeinschafts“-Trommel gerührt.²⁹³ Bezeichnenderweise aber hatten die Nationalsozialisten in den Wahlkämpfen von 1930 bis 1932 ihre antisemitische Rhetorik weitgehend zurückgeschraubt, zumal ihnen klar war, dass mit einem Feindbild des Juden schwerlich große Wahlerfolge zu erzielen waren. Daher kann von einer scharf exkludierenden „Volksgemeinschafts“-Strategie vor 1933 nicht die Rede sein. Vielmehr lässt sich an der viel beachteten Reichstagsrede von Gregor Straßer am 10. Mai 1932 ablesen, dass eine weit verbreitete Stimmung in der deutschen Öffentlichkeit an konkreten Arbeitsbeschaffungsplänen interessiert war.²⁹⁴ Straßer sprach bekanntlich von der „großen antikapitalistischen Sehnsucht“, die 95 Prozent des deutschen Volkes erfasst habe, und forderte ein noch umfassenderes Arbeitsprogramm, als es die Gewerkschaften mit der zögerlichen Übernahme des sogenannten WTB-Plans favorisierten.²⁹⁵ Straßers Reichstagsrede wurde wenig später als „Wirtschaftliches Sofortprogramm der NSDAP“ in hohen Auflagen verbreitet. Die Rede rückte eine sachliche Zusammenarbeit von NSDAP und Gewerkschaften durchaus in den Bereich des Möglichen, zumal sich die Freien Gewerkschaften aus der Bindung mit der SPD zu lösen begannen, die durch ihr Festhalten an einer orthodox marxistischen Krisentheorie und durch ihre Unterstützung der Brüningsschen Deflationspolitik in eine politische Isolierung geriet. Hier zeichnete sich die Vorstellung des Generals von Schleicher ab, durch eine „Querachse“ mit dem ADGB und der linken NSDAP zu stabileren parlamentarischen Mehrheiten zu gelangen. Und in der Tat hatte der ADGB-Vorsitzende Theodor Leipart im Oktober 1932 in einer Rede die prinzipielle Bereitschaft der Gewerkschaften angedeutet, im

293 Kershaw, Ian: Hitler 1889-1936, Stuttgart, 2. Aufl. 1998, S. 420.

294 Straßer, Gregor: Reichstagsrede am 10. Mai 1932. Reichstag, 62. Sitzung, S. 2510-2521. Siehe dazu auch Broszat, Martin: Die Machtergreifung. Der Aufstieg der NSDAP und die Zerstörung der Weimarer Republik, München 1984, S. 179-184.

295 Hierzu und zum Folgenden Mommsen, Freiheit, S. 503 ff. Der Plan eines umfassenden Arbeitsbeschaffungsprogramms ging auf Wladimir Woytinski vom Statistischen Büro des ADGB zurück, der die Unterstützung von Fritz Tarnow, dem Vorsitzenden des Holzarbeiterverbandes, und dem sozialdemokratischen Agrarpolitiker Fritz Baade fand. Ebenda, S. 502

Rahmen des Präsidialregimes mitzuarbeiten, sofern mit dem arbeitnehmerfeindlichen Kurs von Papens gebrochen würde. Es gab eine jüngere Gruppe von Gewerkschaftern, die im Dezember 1932 von der „stets gleich bleibenden Aufgabe“ der Gewerkschaften sprach, „unter jeder Regierung und unter jeder Staatsform die Arbeitsbedingungen bestmöglich zu regeln“.

Indes, die Machtverhältnisse in der NSDAP sahen anders aus. Hitler ließ nach heftigen Protesten der Wirtschaftsverbände im Oktober 1932 das „Sofortprogramm“ zurückziehen. Gustav Krupp und Paul Reusch von der GHH zeigten sich höchst befremdet von diesem Kurs einer für sie unberechenbaren NSDAP, für die in ihrem Urteil momentan wenig mehr sprach als ihr unbedingter Antikommunismus und ihre Gewerkschaftsfeindschaft.

Als von Schleicher bereits am Tag nach der Übernahme der Kanzlerschaft, am 3. Dezember 1932, dem zweiten Mann der NSDAP sowohl die Vizekanzlerschaft im Reich als auch das Amt des preußischen Ministerpräsidenten anbot, konnte Straßer noch hoffen, die Führungsgruppe der NSDAP für den von ihm vertretenen Kompromisskurs gewinnen zu können.²⁹⁶ Die Verluste bei den Reichstagswahlen vom November 1932 und vielmehr noch der für die NSDAP katastrophale Ausgang bei den thüringischen Gemeinde- und Kreistagswahlen hatten ihn veranlasst, Hitlers bislang ausschließlich destruktive Taktik in Frage zu stellen. Straßer hatte kritisiert, die Partei sei nicht in erster Linie „eine zur Religion werdende Weltanschauung“, sondern eine „Kampfbewegung“, die die Macht im Staate anstreben und „zur Durchführung des deutschen Sozialismus“ befähigen müsse. Es lag auf der Hand, dass er damit dem personalistischen Politikverständnis Hitlers widersprach, der sich durch ein - durchaus unrealistisches - Festhalten an den Prinzipien der „Bewegung“ die ungeteilte Macht verschaffen wollte. Straßers Forderung nach dem „deutschen Sozialismus“ sollte die bislang im Abseits stehende Industriearbeiterschaft zur NSDAP herüberziehen. Es gehe nicht um eine „brachiale Auseinandersetzung mit dem Marxismus“, sondern vielmehr darum, „eine große breite Front der schaffenden Menschen zu bilden und sie an den neu geformten Staat heranzubringen“.

Es war Straßer Ernst mit seinem Eintreten für die Arbeitsbeschaffung, während Hitler darin „austauschbare Versatzstücke einer auf politische Mobilisierung bedachten propagandistischen Strategie erblickte“ und eine gewaltsame

296 Ebenda, S. 509 ff.

Endabrechnung mit dem „Marxismus“ ins Auge fasste.²⁹⁷ Nicht die Übernahme der Regierung, so Hans Mommsen, sondern die gewaltsame Niederringung der organisierten Arbeiterbewegung hielt Hitler für die entscheidende Etappe auf dem Weg zur Eroberung der politischen Macht.²⁹⁸ Daher kam es am 7. Dezember 1932 im „Kaiserhof“ zum Eklat. Hitler lehnte alle Argumente Straßers ab, der schließlich resigniert seine Parteiämter niedergelegte. Hitler schwor die Landesinspektoren der NSDAP und die Reichstagsfraktion auf seine Linie ein, „wobei die bis zur Tränenrührung eingesetzte Rhetorik byzantinistisch anmutende Unterwerfungsrituale auslöste“.²⁹⁹ Der sozialrevolutionäre Flügel der NSDAP, der in den SA-Formationen und der NSBO bis zum Sommer 1934 teilweise weiterlebte, wurde, zunächst mit einer Unterwerfungsstrategie durch Robert Leys DAF, endlich durch die Morde von Bad Wiessee um den 30. Juni 1934 ausgelöscht. Die Ermordung auch Gregor Straßers markierte den Endpunkt einer politischen Strategie, die die politisch erkennbare, wenn auch selten präzise Vorstellung von einer sozialen Umwälzung verfolgte und in der Idee eines „deutschen Sozialismus“ gerade die völkische Version von „Volksgemeinschaft“ fortzuführen trachtete, auf die Hitler nur mit der ideologischen Rhetorik einer sozialdarwinistisch geprägten „Gemeinschaft“ zu antworten wusste.

Unter der Regie des neu ernannten Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda Joseph Goebbels zeigte sich am 21. März 1933 beim Rührstück in der Potsdamer Garnisonkirche erneut, zu welcher Verstellung Hitler imstande war: Beim Fest der „nationalen Versöhnung“ waren Parteigenossen und Bündnispartner, Abgeordnete, SA-Führer, Stahlhelm-Vertreter, Reichswehroffiziere, Kriegsveteranen, Männer der Wirtschaft und der Verwaltung, ehemals gekrönte Häupter und Generäle des kaiserlichen Deutschland erschienen. Reichspräsident von Hindenburg entschied sich für die preußische Generalfeldmarschallsuniform.³⁰⁰ Die christlichen Kirchen beteiligten sich mit Eifer. Nur Sozialdemokraten und Kommunisten waren nicht geladen. Sie wurden dem Konzentrationslager Dachau zugeführt, wie man am selben Tage dem „Völkischen Beobachter“ entnehmen konnte. Hitler, in bescheidener Zivilistenpose, verkündete ein Programm der „nationalen Wiedererhebung“ und huldigte Hindenburg, der diese „Vermäh-

297 Ebenda, S. 511.

298 Ebenda, S. 512.

299 Ebenda, S. 510.

300 Thamer, Verführung, S. 268-273.

lung zwischen den Symbolen der alten Größe und der jungen Kraft“ ermöglicht habe. Goebbels schrieb in sein Tagebuch: „Am Schluss ist alles erschüttert.“³⁰¹

Nun ist unter den Historikern völlig unstrittig, dass die Inszenierung einer historisch verbürgten Einheit der Deutschen eine gigantische Propagandalüge war, die die Zustimmung des Reichstags zum Ermächtigungsgesetz zwei Tage später absichern sollte. Schon bei der Eröffnung des neuen Reichstages am Nachmittag des 21. März in der Kroll-Oper wurde der Vorhang nationaler Einigkeit brutal beiseitegeschoben: Ein gewaltiges Hakenkreuz an der Stirnseite, nationalsozialistische Parteihemden in der optischen Überzahl. Wer es wissen wollte, konnte die Verfallszeit zwischen der Propagandaparole und dem Eingeständnis ihres Staffagecharakters in Stunden bemessen. Warum sollte es mit der Parole von der „Volksgemeinschaft“ anders sein, wie uns die Verfechter des neuen Paradigmas Glauben machen wollen?

Hilfreich in diesem Zusammenhang die Beachtung elementarer Regeln der Quellenexegese: Wann spricht der „Führer“, in welchem Kontext und vor welchen Adressaten, von „Volksgemeinschaft“? Im Wahlkampf, vor großem Publikum, geradezu inflationär. Betrachten wir Hitlers Rede vom 27. Januar 1932 vor dem Industrie-Club in Düsseldorf.³⁰² Es ist eine Apologie der Leistung des Einzelnen, die unter „unbegrenzter demokratischer Massenherrschaft“ zerrieben würde. Und noch deutlicher, damit das Auditorium sich um die künftige Wirtschaftsverfassung nicht sorgen musste: „Ich sehe zwei Prinzipien, die sich schroff gegenüber stehen: das Prinzip der Demokratie, das überall, wo es sich praktisch auswirkt, das Prinzip der Zerstörung ist. Und das Prinzip der Autorität der Persönlichkeit, das ich als Leistungsprinzip bezeichnen möchte, weil alles, was überhaupt Menschen bisher leisteten, alle menschlichen Kulturen nur aus der Herrschaft dieses Prinzips heraus denkbar sind.“ Den Bolschewismus, eine in Deutschland „auf einigen Straßen herumtobende Rotte“, sah er „heute staatlich fast von unserer Ostgrenze bis nach Wladiwostok“ reichen. In der „raummäßigen Begrenzung“ der Völker erkannte Hitler den „Untergang der weißen Rasse“ vorprogrammiert. Ohne die nationalsozialistische Bewegung wäre Deutschland bereits dem Bolschewismus ausgeliefert: „Entweder es gelingt, aus diesem Konglomerat von

301 Die Tagebücher von Joseph Goebbels, hrsg. von Elke Fröhlich, Teil I Aufzeichnungen 1923-1941, Band 2/III, Oktober 1932-März 1934, München 2006, S. 153.

302 Klöss, Erhard (Hg.): Reden des Führers. Politik und Propaganda Adolf Hitlers, München 1967, S 55 ff.

Parteien, Verbänden, Vereinigungen, Weltauffassungen, Standesdünkel und Klassenwahnsinn wieder einen eisenharten Volkskörper herauszuarbeiten, oder Deutschland wird am Fehlen dieser inneren Konsolidierung endgültig zu Grunde gehen.“ Unduldsam und unerbittlich werde man gegen jeden vorgehen, „der diesen Volkskörper wieder zu zerstören und zu zersetzen trachtet“.

Auch wenn die Vertreter der westdeutschen Großindustrie, mit der Ausnahme von Fritz Thyssen, ihre Skepsis gegenüber dem unkalkulierbaren und verworrenen Erscheinungsbild der Nationalsozialisten zunächst beibehielten, so zeigt Hitlers Rede doch einen prinzipienlosen Opportunismus, der die Industriellen hofierte und Bedenken hinsichtlich seines linken Parteiflügels zu zerstreuen suchte.³⁰³ Von „Volksgemeinschaft“ ist hier nicht die Rede. So verwundert es auch wenig, dass eine „Verheißung der Volksgemeinschaft“ auch ein Jahr später vor führenden Militärs ausblieb. Als Hitler am 3. Februar 1933 als frisch ernannter Reichskanzler den Befehlshabern des Heeres und der Marine seine Aufwartung machte, ging es in seinen Worten ausschließlich um die „Wiedergewinnung der pol. Macht“.³⁰⁴ Wer sich nicht bekehren lasse, müsse gebeugt werden: „Ausrottung des Marxismus mit Stumpf und Stiel“. Gefragt sei die „Ertüchtigung der Jugend u. Stärkung des Wehrwillens mit allen Mitteln“. Hitlers adressatenbezogener Opportunismus gipfelte in der Formulierung, die Wehrmacht sei die wichtigste und „sozialistische Einrichtung“ des Staates. Die Offiziere erlebten einen linkischen und verlegenen Reichskanzler. Sie konnten sich ihrer militärischen Monopolstellung, ebenso wie ihres Status als unpolitisch und überparteilich, sicher wähnen. Von der „Herstellung der Volksgemeinschaft“ war selbstredend nicht die Rede, vielmehr von der „Eroberung neuen Lebensraums im Osten u. dessen rücksichtslose[r] Germanisierung“.

Am Montag, dem 20. Februar 1933, erschien eine Gruppe von etwa 25 Industriellen im Amtssitz von Hermann Göring, nun Reichsminister ohne Geschäftsbereich und kommissarischer preußischer Innenminister. Hitler wollte bei

303 Turner, Henry Ashby jr.: Faschismus und Kapitalismus in Deutschland. Studien zum Verhältnis zwischen Nationalsozialismus und Wirtschaft, Göttingen 1972, S. 17 f.

304 Michalka, Wolfgang (Hg.): Das Dritte Reich. Dokumente zur Innen- und Außenpolitik. Band 1: „Volksgemeinschaft“ und Großmachtspolitik 1933-1939, München 1985, S. 23 f.

diesem Geheimtreffen die Grundzüge seiner Politik offenbaren.³⁰⁵ Da unter den Geladenen mit Georg von Schnitzler vom IG-Farben-Vorstand und mit Gustav Krupp sowie Albert Vögler von den beiden größten Eisen- und Stahlkonzernen Vertreter der im RDI vereinigten Interessen der neuen wie der alten Industrien saßen, verbot sich für Hitler die Thematisierung von Autarkie oder liberalem Kapitalverkehr. In seinem Urteil ging es um den vermeintlich gemeinsamen Nenner: Da die Erfahrung der vergangenen 14 Jahre gelehrt habe, dass sich die Privatwirtschaft im Zeitalter der Demokratie nicht behaupten könne, sie aber auf Persönlichkeit und individueller Führungsstärke gründe, müsse der verhängnisvollen politischen Spaltung Deutschlands ein Ende gesetzt werden. Er würde kein Erbarmen mit der Linken zeigen. Es sei an der Zeit, sie zu zermalmen. Konkret ging es ging er auf die anstehenden Wahlen vom 5. März ein, und er überließ es nach seinem Abgang Hermann Göring, den eigentlichen Grund des Treffens zu enthüllen: Der Führer habe mit seinen Einlassungen bewiesen, dass das deutsche Unternehmertum großes Interesse an der Bekämpfung der Linken haben müsse, also sollte es auch einen angemessenen finanziellen Beitrag dazu leisten. Krupp als Sprecher der Industriellengruppe ging auf den Vorschlag ein, und es blieb Hjalmar Schacht überlassen, einen Wahlfonds von 3 Millionen RM für die NSDAP und ihren deutschnationalen Koalitionspartner vorzuschlagen. Auch das von Göring gegebene Versprechen, die Zahlungen seien gewiss leichter zu ertragen, wenn man sich bewusst mache, dass die Wahlen vom 5. März mit Sicherheit die letzten in den kommenden zehn, ja vielleicht sogar 100 Jahren seien, bremste die Spendenfreudigkeit der Vertreter von IG Farben, der Deutschen Bank, der Wirtschaftsgruppe Bergbau, von Telefunken und der AEG keineswegs. Da die NSDAP knapp bei Kasse war, war dies ein weiterer entscheidender Beitrag der deutschen Großindustrie zur Machtsicherung Hitlers.

Als das Deutsche Historische Museum unter der Leitung von Hans Ulrich Thamer und Simone Erpel die Ausstellung „Hitler und die Deutschen“ eröffnete, legten die beiden Kuratoren einen Katalog vor, der Konzeption und Gliederung

305 Tooze, Adam: *Ökonomie der Zerstörung. Zur Geschichte der Wirtschaft im Nationalsozialismus*, München 2007, S. 127-130. Rüdiger Hachtmann hat im Übrigen darauf hingewiesen, dass die Formeln vom „Arbeiter der Faust“ und dem „Arbeiter der Stirn“ allenfalls an Industriearbeiter adressiert wurden; natürlich wurde von NS-Funktionären etwa in den Sitzungen der Preußischen Akademie der Wissenschaften niemals die Wendung von den „Arbeitern der Stirn“ verwendet. Hachtmann, Rüdiger: *Vom „Geist der Volksgemeinschaft durchpulst“*. www.zeitgeschichte-online.de. 31.12.2013, S. 13.

des Vorhabens erläuterte. Im Untertitel „Volksgemeinschaft und Verbrechen“ deutete sich eine Akzentverschiebung im Werk Thamers an, dessen große Geschichte über „Deutschland 1933-1945“ noch den Untertitel „Verführung und Gewalt“ getragen hatte.³⁰⁶ Den grafisch in den Nazi-Farben Schwarz-Weiß-Rot gehaltenen Katalogumschlag bedeckt auf der Vorderseite das hinlänglich bekannte Foto von Heinrich Hoffmann: Hitler bei seiner Rede am Abend des 1. Mai 1933 auf dem Tempelhofer Feld. Der Führer auf dem Rednerpodest im Scheinwerferlicht vor den Mikrofonen. Hinter ihm Hakenkreuzfahnen, auf der Vorderseite des hölzernen Podests eine riesige Hakenkreuz-Projektion. Der Redner wird umringt von SA-Leuten, im Schatten am Fuße des Podests offenbar SS-Abteilungen. Hitler wird, mit geballter Faust, in extremer Untersicht repräsentiert. Deutet man, in der Tradition der Barockkultur, Foto und Unterzeile als emblematisches Sinnbild, so wohnt der Betrachter gerade der „Herstellung von Volksgemeinschaft“ bei.

In einem einleitenden Essay geht Thamer auf Probleme der musealen Präsentation ein.³⁰⁷ Völlig zu Recht betont Thamer hier, dass Bilder in modernen Diktaturen bewusst „zur Inszenierung einer Behauptung, einer Legende oder eines Mythos eingesetzt werden“. Unter anderem bedeute das, dass sie „Inszenierungen und Verheißungen der ‚Volksgemeinschaft‘ ins Bild setzen“.³⁰⁸ Obwohl Thamer wenig später betont, eine reflektierte Bildgeschichte von Hitler und dem Nationalsozialismus dürfe darum nicht „die Legenden der NS-Propaganda zum zweiten Mal erzählen“, sondern durch eine Kontextualisierung und kritische Inszenierung in ihrer manipulativen Funktion und Produktion deutlich machen und dadurch die Macht der Bilder relativieren oder brechen,³⁰⁹ bleibt ein solches Verfahren für das Umschlag-Foto aus; das Propaganda-Foto wird offenbar zum ikonisch verdichteten Fluchtpunkt der Theorien vom „charismatischen Führer“ und der „ergebenen Volksgemeinschaft“. Und tatsächlich werden im Thamers Essay „Bilder vom Charisma“ beschworen, da ist von einer „Sakralisierung der Politik“ die Rede, von „Formen einer politischen Religion“, vom „sehnüchtig erwarteten Erlöser“, von der „sozialen Verheißung einer zu verwirklichenden ‚Volksgemeinschaft‘“.³¹⁰ Einmal mehr wird zwar eingeräumt, dass der Begriff

306 Thamer/Erpel (Hg.): Hitler.

307 Thamer, Hans-Ulrich: Die Inszenierung von Macht. Hitlers Herrschaft und ihre Präsentation im Museum. In: Ebenda, S. 17-22.

308 Ebenda, S. 17.

309 Ebenda, S. 18.

310 Ebenda, S. 20.

der „Volksgemeinschaft“ nicht zur Beschreibung einer gesellschaftlichen Wirklichkeit taue, aber gleichzeitig behauptet, er sei „umgekehrt geeignet, die Erfahrungs- und Wirkungsgeschichte der NS-Herrschaft zu erfassen“.³¹¹ Es ist geradezu charakteristisch für das „Volksgemeinschafts“-Paradigma, dass, im Rahmen eines überaus dürftigen und dazu mit Unsicherheit eingeständnissen gespickten Argumentationshaushalts, ein Netz von Querverweisen gesponnen wird, das den Zugang zu einer Wirkungsgeschichte versiegelt. Es bedeutet daher auch keinen Zugewinn an Plausibilität, wenn Thamer einräumt, man werde „nie angeben können“, welche zahlenmäßige Dimension die Zustimmung und welchen Grad die Loyalität je besessen haben, die Hitler in den verschiedenen Etappen der nationalsozialistischen Herrschaft entgegengebracht wurden.³¹² Wenn überhaupt, dann müsste doch gerade auf diesem Weg die Existenz einer „Volksgemeinschaft“ nachgewiesen werden!

Wie ist denn tatsächlich der Verlauf des 1. Mai 1933 in Berlin zu beurteilen? Gewiss, der wenig rühmliche Versuch einer Anpassungsstrategie der ADGB-Gewerkschaftsführer um Theodor Leipart, auch ihr Aufruf zur Teilnahme an den zentralen Mai-Demonstrationen, erscheint uns nach wie vor prekär, obwohl wir einräumen müssen, dass ein Aufruf zum Widerstand zu diesem Zeitpunkt verhängnisvoll gewesen wäre. Zudem: In den ersten März-Wochen 1933 hatte die SA, mit ausdrücklicher Aufforderung der NS-Führung, eine Welle der Gewalt gegen Gewerkschaftsbüros und Funktionäre entfacht, auf die mit entschiedenen Protestschreiben reagiert wurde, unter anderem mit einem Appell an den Reichspräsidenten, der eine Entgegnung nicht für nötig befand.³¹³ Aufgrund des Gesetzes vom 4. April 1933 über Betriebsvertretungen, das im Übrigen aus dem Hause des Arbeitsministers Seldte, des konservativen Stahlhelm-Führers, stammte, wurden die noch nicht usurpierten Betriebsratsmandate in einer Mischung aus Pseudo-Legalität und Gewalt mit NSBO-Leuten aufgefüllt, so dass in den Betrieben praktisch die gewerkschaftliche Gegenmacht aufgehört hatte zu

311 Ebenda, S. 21.

312 Ebenda, S. 19.

313 Milert/Tschirbs, Demokratie, S. 32 ff. Siehe auch Mason, Sozialpolitik, S. 82-85.

existieren.³¹⁴ Zehntausende Gewerkschafter wurden nicht nur ihrer Betriebsrats-Ämter enthoben, sondern größtenteils auch entlassen, ihre Arbeitsstellen mit den „alten Kämpfern“ der NS-Bewegung besetzt. In diesem Klima von Gewalt, Hass, Denunziation und Abrechnung, oft mit ausdrücklicher Billigung der Arbeitgeber, konnte keine Front der Solidarität mehr errichtet werden.

In Berlin begann am Morgen des 1. Mai gegen 10.00 Uhr der Abmarsch zum Tempelhofer Feld. Im „Völkischen Beobachter“ vom 26. April konnte man lesen, dass beim morgendlichen Flaggen-Hissen in den Betrieben „nur eine Arbeiterabordnung und der Betriebsrat zugegen zu sein braucht“.³¹⁵ Die Begründung lautete, man wolle der Arbeiterschaft „die Teilnahme an den Gottesdiensten“ ermöglichen. Tatsächlich wollte man so der Gefahr des Fernbleibens der betrieblichen Arbeiterschaft begegnen. Die Teilnehmer der Marschkolonnen waren nationalsozialistische Betriebszellen, Arbeiter, Fachschaften der Beamten, Vereine, Innungen, Zünfte und Sportorganisationen. Den Kopf der Marschsäulen bildeten NSBO-Kader. Der ADGB trat nicht als Verband auf. Über eine Beteiligung von nicht NS-Organisierten war in der Presse nichts zu erfahren.

Die Unsicherheit der NS-Führung über das Verhalten der Arbeiterschaft dokumentierte sich auch in der Abgabe der Arbeitskarten am morgendlichen Versammlungsplatz. Nur so konnte man das „Mai-Geld“ - drei Mark, d.h. den halben Tageslohn eines Facharbeiters - in Empfang nehmen. Erst nach dem Eintreffen auf dem Kundgebungsplatz wurden die Karten wieder zurückgegeben. Zudem wurden Arbeiterdelegationen aus ganz Deutschland eingeflogen, die, zusammen mit der neuen Prominenz, vor und auf einer Großtribüne Platz nahmen. Das reservierte Kopfstück des Tempelhofer Feldes für 15.000 Menschen wurde von denen besetzt, die dafür bezahlten. Alle Tribünenplätze auf den Seitenflügeln und 80.000 Plätze in jenem Terrain, das der Tribüne vorgelagert war, wurden zu teilweise exorbitanten Preisen („Opferkarten“ zu 20 RM) über Vorverkaufsstellen

314 Siehe hierzu Milert/Tschirbs, Zerschlagung, S. 40-43. Das Ermächtigungsgesetz entfaltete seine Wirkung zu diesem Zeitpunkt vorrangig im Sinne der konservativen Bündnispartner der Nationalsozialisten, Hugenberg und Seldte. Von den Nazi-Absichten unterschied der Arbeitsminister sich lediglich noch dadurch, dass er Juden ausdrücklich nicht als „staats- und wirtschaftsfeindlich“ ausgegrenzt sehen wollte und auch bei Sozialdemokraten noch zu einer Einzelfallprüfung riet, eine Interpretation des Gesetzes, die aber durch die Ämter-Usurpationen der NSBO-Kader gegenstandslos wurde.

315 Heuel, Eberhard: Der umworbene Stand. Die ideologische Integration der Arbeiter im Nationalsozialismus 1933-1935, Frankfurt-New York 1989, S. 98-123, und Schneider, Hakenkreuz, S.94-100.

abgegeben. Daran schlossen sich die Flächen für die Teilnehmer der Aufmärsche an, während weiter hinten etwa 200.000 „unorganisierte Besucher“ Raum fanden.

Die nichtprivilegierten Marschteilnehmer dürften demnach, von 10:00 Uhr bis etwa 22:00 Uhr, mehr als 12 Stunden auf den Beinen gewesen sein, um der Rede Hitlers (ab etwa 20:00 Uhr) zuhören zu müssen. So war im nächsten Jahr auch ein Abebben des „Rausches des Neubeginns“ zu konstatieren. 1934 war die Rede Hitlers bereits um 19:00 Uhr beendet. Bei der Mai-Feier von 1935 musste das Propagandaministerium eingestehen, dass viele Klagen aufgekomen seien über die langen Marschwege und die Strapazen der Mai-Feier 1933 und 1934, die keine „Freude“ hätten aufkommen lassen: „Dies muss auf jeden Fall in diesem Jahr vermieden werden.“³¹⁶ Für 1934 wurde von „passivem Widerstand in zahlreichen Betrieben“ berichtet. So war beispielsweise die Abordnung von Siemens mit etwa 10.000 Arbeitern auf das Tempelhofer Feld gekommen; beim Abmarsch, der eigentlich geschlossen stattfinden sollte, fanden sich kaum 1.000 Mann ein. Auch aus anderen Betrieben wurde gemeldet, dass zwei Drittel der Belegschaften aus der Marschkolonnen verschwunden seien. Das Zehrgeld hatte man gern genommen, aber vertrunken. Über langes Marschieren, Rumstehen und die Warterei wurde viel gemeckert.

Auch am 1. Mai 1935 kam wenig Begeisterung auf: Schlechtes Wetter, miese Stimmung, kein Gesang. Die Kneipen in den Nebenstraßen füllten Tausende Drückeberger. An jeder Straßenecke „verirrten“ sich größere Gruppen. 1936 wurde die zentrale Kundgebung in den Lustgarten verlegt. Am Ende wurde der Mai-Feiertag von den Nazis als „Sonde“ gefürchtet. Der 1. Mai diente in kleineren Städten der Selbstdarstellung der örtlichen Betriebe. Nicht mehr die Arbeiter, sondern Reichswehr, Technische Nothilfe, Polizei, RAD und NSDAP-Unterorganisationen liefen mit. Ein neuer Trend in den Vorkriegsjahren brachte Trachtenumzüge, Berufskleidungen und folkloristische Showeffekte mit sich. Die Arbeitnehmer wurden zu Statisten am Straßenrand. Marschierten noch Betriebsangehörige mit, so rückten sie am Aufmarschplatz ab, um die Rede des Kreisleiters nicht anhören zu müssen. Die Exil-SPD konnte 1936 melden, dass der 1. Mai ein „richtiger Sauftag“ war. Der Mai-Feiertag wurde zu dem, was Hitler am 1. Mai 1933 in seiner Rede-Einleitung betont hatte: ein „Frühlingsfest“. Schon bald sollten aber Militarisierung und Gewaltverherrlichung zu dominanten

316 Heuel, Stand, S. 185-187.

Merkmale der Inszenierungen werden. Ab 1940 gab es keine offiziellen Feiern mehr. Während des Krieges entfiel selbstredend der arbeitsfreie Tag.

Ein Blick in den Redetext Hitlers am 1. Mai 1933 lehrt, dass, nach der einleitenden Parallelisierung von „Volkes Erwachen“ und der „erwachenden Natur“, zunächst die „Not der Vergangenheit“ beschworen wird. „Volksgemeinschaft“ kommt hier nur einmal als Schlagwort vor, da, so Hitler, „siebzig Jahre lang die Zerstörung der Volksgemeinschaft politisches Gebot“ war.³¹⁷ Der Begriff des „Klassenwahnsinns“ soll offenbar mit der Gründung der Sozialdemokratie eingesetzt haben. Im Folgenden überwiegen die Gemeinschaft suggerierenden Begriffe wie „Nation“ und „Volk“. Von der Entfaltung einer „Volksgemeinschaft“ ist nicht die Rede; vielmehr dominiert in dieser Machtsicherungsphase der ständische Gedanke, der sich freilich alsbald, zum Verdruss von Fritz Thyssen und dem Ständerromantiker Otto Wagener, in Nichts auflösen sollte: „Es ist notwendig, dass man jeden Stand die Notwendigkeit des anderen lehrt“, deklamierte Hitler. Er möchte in einer Allianz von „Geist, Stirne und Faust, Arbeiter, Bauer und Bürger“ den „Millionen Volksgenossen aller Berufe und aller Stände die Bedeutung der Arbeit aller klarmachen“. In einer von delirösem Selbstbetrug durchtränkten Rede, die in einigen Passagen von Heil-Rufen und heftigen Beifall unterbrochen wurde, gelang es Hitler, jenen Aggregatzustand der Selbstberauschung herzustellen, der auch für seine Nürnberger Parteitagsgreden typisch war. Nur dort wie hier: Er brauchte niemanden von den Anwesenden zu überzeugen, der von Historikern gern als Meisterstück manipulativer Rhetorik gerühmte Aufwand richtete sich an eine überwiegend geschlossene Gesellschaft überzeugter Nationalsozialisten, wenn man von der Rundfunk-Übertragung in zahlreiche Städte absieht. Dem abschließenden Ruf nach „Einheit“ des Volkes folgte im Übrigen unmissverständlich die Drohung: Das deutsche Volk wird Menschen, „die nicht für Deutschland sind, nicht mehr dulden“. Es besteht daher kein Anlass, in historischen Darstellungen den hymnischen Ton zu reproduzieren, den etwa Alfred-Ingemar Bernd in seiner Reportage aus dem über Berlin kreisenden Luftschiff „Graf Zeppelin“ anschlug.³¹⁸

Einen Tag später, nach der Atempause, die sich das noch unsichere Regime mit den Feiern verschafft hatte, wurden die Drohungen Hitlers mit der Besetzung der Gewerkschaftshäuser und der Verhaftung unzähliger Gewerkschaftsfunkti-

317 Ebenda, S. 609-623.

318 Ebenda, S. 109 f.

onäre in die Tat umgesetzt. Von einem Aufbruch einer frühlingshaft beseelten Nation war nichts zu verspüren.

Mit der Besetzung der Gewerkschaftszentralen des ADGB und der Aneignung der von den Mitgliedern ersparten Vermögen am 2. Mai war es nicht getan. Vor dem ersten Kongress der Deutschen Arbeitsfront am 10. Mai 1933 konnte Hitler seine hasserfüllten Tiraden ungehemmter ausleben. Seine selbst gestellte Aufgabe, „den Marxismus zu vernichten“, sei keine Phrase gewesen, sondern ein heiliger Schwur: „Wir sehen hier den Feind unseres Volkes vor uns, und wir werden ihn vernichten, ausrotten bis zur letzten Wurzel, konsequent und unbarmherzig.“³¹⁹ Hier liegt ohne Zweifel das klassische sprachliche Repertoire der Selbstberauschung eines geifernden Rhetors vor, der seine biographische Distanz nicht nur zur gewachsenen deutschen Arbeiterbewegung kaschierte, sondern auch seine Unkenntnis der realen Arbeitswelt. Seine anbiedernde Lüge, dass „ich selbst mir als Arbeiter auf dem Bau mein Brot verdiente“, zeugt ja vom Unverständnis eines Menschen, der regelmäßige Arbeitsmühen Zeit seines Lebens gescheut hatte und auch als Reichskanzler einen Bohème-haften Lebensstil niemals ablegte.³²⁰ So muss man seine Bemerkung: „So hat, glaube ich, das Schicksal mich bestimmt, ehrlicher Makler zu sein, nach jeder Seite hin“, weniger als rhetorisches Kalkül begreifen denn vielmehr als einen aufgrund der politischen Erfolge in den letzten Wochen sich ausprägenden Hang zur Selbstüberschätzung und Selbstglorifizierung, in dessen seelischen Abgründen die völlige Unvertrautheit mit der Welt der Industriearbeit verborgen bleiben sollte. In einem historischen Moment, da die beiden Säulen des dualen Systems der Interessenvertretung der deutschen Arbeitnehmer, das Tarifvertragswesen und die betriebliche Mitbestimmung, zerschlagen waren, davon zu sprechen, man wolle dem Arbeiter das Gefühl geben, „schon in dieser Zeit des Werdens und Gestaltens, dass er gleichberechtigter Deutscher ist“, ist eine Melange aus Ignoranz und Zynismus, die in dem naiven Wunsch gipfelt: „Die Schichten sollen sich untereinander verständigen und verstehen.“

Nun wird auch deutlicher, was das merkwürdige Finassieren in Hitlers Wahlkampfrede am 10. Februar 1933 im Berliner Sportpalast vor der versammelten

319 Michalka (Hg.), Das Dritte Reich, S. 74 ff.

320 Kershaw, Hitler, S. 668-673.

Nazi-Spitze, Parteigenossen und SA-Abordnungen zu bedeuten hatte.³²¹ Hitler war ungewöhnlich fahrig und nervös, seine Gestik und Mimik, sein stockendes Vorgehen verrieten eine tiefe Unsicherheit. Nach dem obligatorischen Rückblick auf das „Elend“ der Weimarer Jahre stellte er sich einem wichtigen Wahlkampfthema: „Die Gegner fragen nun nach unserem Programm.“ Doch anstatt auf die Lösung wirtschaftlicher Probleme einzugehen, verblieb er in polemischer Rhetorik und bezeichnete als seinen ersten Programmpunkt: „Wir wollen nicht lügen und wir wollen nicht schwindeln.“ Dann war vom Wiederaufstieg des Volkes die Rede, von Volk und Erde, von Existenzerhaltung und Lebenskampf. Klassentheorien verneinte er, man wolle vielmehr „die Versöhnung der Klassen herbeiführen“. Es folgte der einzige konkrete Punkt: „Die Parteien dieser Klassen spaltung aber mögen überzeugt sein, solange der Allmächtige mich am leben läßt, wird mein Entschluß und mein Wille, sie zu vernichten, ein unbändiger sein. Niemals, niemals werde ich mich von der Aufgabe entfernen, den Marxismus und seine Begleiterscheinungen aus Deutschland auszurotten, und niemals will ich hier zu einem Kompromiß bereit sein.“ Am 8. April 1933 hielt er eine große Rede vor der SA im Sportpalast, die Goebbels über alle Sender übertragen ließ.³²² Ein Kernsatz lautete hier: „Wir haben die Gefolgschaftstreue in uns entwickelt, diesen blinden Gehorsam, den die anderen ja alle nicht kennen, der uns aber alles überstehen ließ.“ Und am 7. Mai, nach der Zerschlagung der organisierten Arbeiterbewegung, sprach Hitler vor 45.000 SA-Leuten in Kiel:³²³ „So wie ich kein anderes Ziel habe als Deutschland wieder stark und frei zu machen, so muss Euer Wille sich mit dem meinen verschmelzen.“ Wenn man so will, so war das Hitlers letzter wichtiger Beitrag zum Thema der „Volksgemeinschaft“. Die Organisationen der Gegner waren zerstört; von nun an vollzog sich die „Klassenversöhnung“ im Ritual seiner Reden, in der vermeintlichen Verschmelzung von Führer und Masse. Allenfalls die am 10. Mai 1933 gegründete DAF sollte sich um „volksgemeinschaftliche“ Belange kümmern. In seiner Selbstaffirmation

321 Domarus, Max (Hg.): Hitler. Reden und Proklamationen 1932-1945. Band I: Triumph. Erster Halbband 1932-1934, Wiesbaden 1973, S. 204 ff.

322 Ebenda, S. 254.

323 Ebenda, S. 266.

war nach der Vernichtung der Gegner die Verschmelzung bereits vollzogen.³²⁴ Von Bedeutung in diesem Zusammenhang ist überdies die Tatsache, dass Hitler nach der vollständigen Zerschlagung der von Gregor Straßer geschaffenen zentralen Führung der NSDAP der Partei eine personalistische Schein-Struktur mit der privilegierten Stellung der führerimmediaten Gauleiter aufzwang. Eine Reichsleitung der NSDAP existierte lediglich als nominelle Körperschaft. Darin spiegelte sich Hitlers Absicht wider, die von Straßer angestrebte Abkehr der Partei von bloßer propagandistischer Mobilisierung zugunsten konstruktiver politischer Arbeit zu verhindern.³²⁵

Hitler blieb, nach der Beseitigung der Regularien einer institutionellen Kanalisierung des Klassenkonflikts, nicht nur ohne jedes Verständnis für die brodelnde Unzufriedenheit der sozialrevolutionären SA- und NSBO-Kohorten in dieser Phase, sondern er konnte auch nicht überblicken, dass sich auf den Trümmern des Weimarer Sozialstaats die großindustriellen Unternehmerfraktionen im Verein mit einer arbeitgeberorientierten Ministerialbürokratie in den Reichsministerien für Arbeit und Wirtschaft anschickten, die entscheidenden Positionen für die völlige Entrechtung der deutschen Arbeitnehmerschaft festzuzurren.³²⁶

324 Diese Deutung erhält eine Unterstützung auch im zeitgenössischen Staatsrecht. So argumentierte Erich Becker, der spätere Ordinarius an der Reichsuniversität Posen, 1935: „Der Staat dient der Erhaltung und Förderung der Volksgemeinschaft.“ Ein Gesetz sei aber nicht mehr die Willensäußerung der Staatsperson, sondern ein Akt der Führung. „Es ist die Rechtsüberzeugung der Volksgemeinschaft, die im Führer zum Ausdruck gelangt.“ Der Führer sei eine Gemeinschaftspersönlichkeit innerhalb einer konkreten Gemeinschaft: „Seine Akte der Führung sind Ausdruck der Gemeinschaft. Die höchste Gemeinschaft ist die Volksgenossenschaft. Ihr Führer kann nicht als Diktator, Souverän oder Organ begriffen werden. Der Führer ist Gemeinschaftspersönlichkeit und mit dieser Gemeinschaft unlösbar verbunden.“ Nur bei der Führung liegt das Recht der freien Entscheidung; bei den Unterführern gebe es keine freie Entscheidung, sondern nur eine „Durchführung“. Deutlich wird in diesen Ausführungen, dass es bei „Volksgemeinschaft“ primär nicht um eine Gemeinschaftsstiftung ging, sondern um eine Legitimation von „Führung“. Becker, Erich: Diktatur und Führung, Tübingen 1935. Zitiert nach Pauer-Studer, Herlinde/Julian Fink (Hg.): Rechtfertigungen des Unrechts. Das Rechtsdenken im Nationalsozialismus in Originaltexten, Berlin 2014, S. 313-325.

325 Mommsen, Freiheit, S. 513.

326 Milert/Tschirbs, Demokratie, S. 244 ff.

IX. Zur Rekonstruktion einer Klassengesellschaft

Auf kaum einem anderen Gebiet erweist sich die Rede von der „Kohäsion der Volksgemeinschaft“ als so verzeichnend wie in Bezug auf das Arbeitsrecht des Dritten Reiches und damit auf die betrieblichen Wirklichkeiten. In dem Ausstellungskatalog „Hitler und die Deutschen“ ist es besonders der von Simone Erpel verantwortete Einführungstext „Die deutsche Gesellschaft und Hitler“, der die einschlägigen Thesen zuspitzt.³²⁷ Einmal mehr werden „Verheißungen“ von Massenkonsum und Modernität bemüht, um die angeblichen Bindungskräfte des Regimes zu erklären. Die Autorin entlehnt den durch die deutsche Arbeiterbewegung geprägten und auch gelebten Begriff der „Solidarität“ für eine Beschreibung ausgerechnet der durch die Gewaltmaßnahmen der NS-Terrororganisationen zerschlagenen sozialen Strukturen. Das „Versprechen einer egalitären Solidargemeinschaft“ als Faktor von Zustimmung zum Regime auszumachen, hat ja nicht einmal in den Propagandareden eine semantische Stütze. So zeugt die folgende Formulierung im Katalog auch von einer völligen Verkennung der Arbeitsverfassung des Dritten Reiches: „Mit Terror und Gewalt hatten die Nationalsozialisten die Gewerkschaften zerschlagen. An deren Stelle trat ab Mai 1933 die deutsche Arbeitsfront (DAF) [...]“ Ein Ersetzungsverhältnis zwischen Gewerkschaften und DAF zu unterstellen, ist bis in die Tiefe hinein falsch. Ley und mit ihm sein Führungsstab, der sich, wegen des Improvisationsdrucks, zunächst aus den NSBO-Kadern rekrutierte, waren in Fragen der Interessenvertretung von Arbeitnehmern völlig inkompetent, unerfahren und vor allem ohne irgendein sozialethisches Fundament. Als einziger Kontinuitätsaspekt zu den Weimarer Gewerkschaften lässt sich ausmachen, dass die Arbeitsfront sich deren Vermögen aneignete, das fürderhin zur Disposition des zutiefst korrupten Ley stand.

Man sollte sich das Verhältnis zwischen der politischen Führung der NSDAP und den unteren NS-Gliederungen im Frühjahr 1933 vergegenwärtigen. Eindeutige Entscheidungen in der Frage der Zukunft der traditionellen Arbeiterbewegung wurden nicht in erster Linie durch die Regierung, sondern durch die Aktivisten der nationalsozialistischen Bewegung angebahnt. Nach dem Reichstagsbrand verlor die Regierung zunehmend die Kontrolle über den gesamten

327 Erpel, Simone: Die deutsche Gesellschaft und Hitler. In: Thamer/Erpel (Hg.), Hitler, S. 211.

politischen Prozess. Eine Vabanque-Politik war die Folge: „Der Einsatz von SA-Formationen als Hilfspolizei zur Auflösung der KPD und zur Verfolgung ihrer Mitglieder wirkte auf der unteren Ebene der Partei, der SA, der NSBO und der SS wie ein Freibrief zum Angriff auf sämtliche Organisationen der Arbeiterbewegung.“³²⁸ Schon in den ersten Märztagen wurden reichsweit Gewerkschaftshäuser besetzt, Akten vernichtet und Funktionäre misshandelt, so dass bis Mitte April 1933 die Freien Gewerkschaften in kaum einer Stadt noch voll arbeitsfähig waren. Es gab, wie der Leiter des Geheimen Staatspolizeiamtes Diels betonte, „in Wirklichkeit weder Befehle noch Verbote“. Der gewalttätige Fanatismus und die Unberechenbarkeit der SA-Gruppen waren maßgeblich für die verständliche Einschüchterung der Gewerkschaftsführungen, die ja schon ohne die Unterstützung ihrer betrieblichen Bastionen, der Betriebsräte, auskommen mussten und zudem nicht mehr Herren ihrer Büros und Verwaltungsstellen waren. Hinzu kamen die Zuschauerhaltung der staatlichen Behörden und das tiefe Versagen der konservativen Koalitionspartner Hitlers und des Reichspräsidenten, an die man mehrmals erfolglos appelliert hatte. Zu Recht sprach Tim Mason daher davon, dass der vermeintlich radikalen Lösung des 2. Mai 1933 lediglich noch der Status einer „Scheinaktion“ zukam, „deren geheimnisumwitterter organisatorischer Aufwand und militärische Präzision in keinem Verhältnis zu der zu erwartenden Opposition standen“.

Nach dem erfolgten Handstreich gab es weder in der Regierung noch in der Partei auch nur den Ansatz einer klaren Antwort darauf, wie eine neue Ordnung der Arbeitsbeziehungen aussehen sollte. Niemand war irritierter als Robert Ley selber, als er die Deutsche Arbeitsfront aus dem Nichts aufbauen sollte: „Mit einem Wort: Ich kam als blutiger Laie dahin, und ich glaube, ich habe mich damals selber am meisten gewundert, weshalb ich mit diesem Auftrag betraut wurde. Es ist nicht so gewesen, daß wir ein fertiges Programm hatten, das wir hervorholen konnten und an Hand dieses Programms die Arbeitsfront aufbauten, sondern ich bekam den Auftrag des Führers, die Gewerkschaften zu übernehmen, und dann mußte ich weiterschauen, was ich daraus machte.“³²⁹

Gleichwohl machte sich Ley unverzüglich daran, eigene Vorstellungen von der DAF als maßgeblicher Gestalterin der NS-Sozialpolitik zu entwickeln.³³⁰ Am

328 Mason, Sozialpolitik, S. 82-86.

329 Zitiert nach Mason, Sozialpolitik, S. 99.

330 Milert/Tschirbs, Demokratie, S. 240-242.

17. Mai 1933 gab er zusammen mit Otto Wagener, dem Reichskommissar für die Wirtschaft, eine Verfügung heraus, die einen achtwöchigen „Waffenstillstand“ in den Betrieben garantieren sollte. In dieser Zeit hoffte er mit den Unternehmern die Tarifverhältnisse neu zu ordnen und über den Arbeitsschutz, das Arbeitsrecht und soziale Maßnahmen zu bestimmen. Um mit der NSBO konkurrieren zu können, blieb ihm anfangs wenig mehr, als sich deren antikapitalistischer Phrasen zu bedienen. Daher warnte er „unverantwortliche Elemente im Arbeitgeberlager“ vor einseitigen Tarifikündigungen, um „damit ihrer Profitgier zu dienen“. So waren die Wochen nach der Zerschlagung der Gewerkschaften nicht nur für die Befürworter eines „autoritären Staates“ unter den deutschen Unternehmern eine Phase höchster Beunruhigung. Dieser Prozess wechselseitiger Radikalisierung zwischen DAF und NSBO drohte auch dem NSBO-Reichsleiter Walter Schuhmann unberechenbar zu werden. Schuhmann und Ley waren daher zu energischem Einschreiten gezwungen. Per Verordnung wurde der NSBO jeder Eingriff in die innere Verwaltung der Verbände untersagt, und ihr als Kader der NSDAP, als „SA der Betriebe“, eine rein politisch-propagandistische Kampfaufgabe gegenüber dem „Marxismus in den Betrieben“ zugewiesen. Die wirtschaftliche Vertretung im Betrieb, so Ley, werde allein von der DAF wahrgenommen.

Die Stellung Leys in den Hierarchien der Nationalsozialisten war indessen durch seine Dummheit und Unbeherrschtheit stark gefährdet. Auf der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf im Juni 1933 geriet er auf internationalem Parkett beschämend ins Straucheln.³³¹ Ley hatte schon bei seiner Ankunft in Genf seinem Beinamen als „Reichstrunkenbold“ alle Ehre gemacht. Am Abend des Eröffnungstages, am 8. Juni, erging Ley sich bei einem Pressegespräch mit den deutschen Journalisten in rassistischen Bemerkungen über die ausländischen

331 Tosstorff, Reiner: Wilhelm Leuschner gegen Robert Ley. Ablehnung der Nazi-Diktatur durch die Internationale Arbeitskonferenz 1933 in Genf, Bad Homburg 2007, S. 29 ff., und Beier, Gerhard: Willi Richter. Ein Leben für die soziale Neuordnung, Köln 1978, S. 118 ff. Zu Leys Hass auf Leuschner siehe auch Steinbach, Peter: Wilhelm Leuschner. In: Brakelmann, Günter/Manfred Keller (Hg.): Der 20. Juli 1944 und das Erbe des deutschen Widerstandes, Münster 2005, S. 105-116. Steinbach betont hier u. a., wie Leuschner seinerzeit versuchte, die Auseinandersetzung um die ihm zugespielten „Boxheimer Dokumente“ der Nationalsozialisten „zum Kern einer antinationalistisch orientierten kämpferisch-streitbaren republikanischen Demokratie“ zu machen. In den Dokumenten wurde nicht allein der Umsturz-Wille der Nationalsozialisten sichtbar, sondern auch ihr Streben nach „Legalisierung ihrer Rache“. Steinbach hebt besonders die sich hier dokumentierenden Methoden der Nationalsozialisten in der Auseinandersetzung mit ihren Gegnern hervor: „Verleumdung, Bedrohung, Inhaftierung und Rache.“ Siehe ebenda, S. 109-112.

Vertreter, die in einer Übersetzung den Delegierten zugänglich gemacht wurden. Es ging Ley vor allem um die Lateinamerikaner: „Daß solche Idiotenstaaten dieselben Rechte haben wie Deutschland und Italien. Stellen Sie sich vor: Kuba! Uruguay! Bolivien! Was weiß ich, wie die alle heißen, diese Idioten von Südamerikanern! [...] Und was für eine Sorte von Menschen haben die! Gegenüber uns Kulturvölkern, Deutschen und Italienern!“

Da die deutsche Delegation ohnehin schon unter dem Erklärungsdruck stand, die Zerschlagung der Gewerkschaften vor dem Plenum der Konferenz zu rechtfertigen, war an einen ehrenvollen Rückzug Leys nicht mehr zu denken. Durch eine Krisensitzung bei Hitler in Berlin, zu der auch Reichsarbeitsminister Seldte hinzugezogen wurde, sollte eine Desavouierung Leys aber innenpolitisch unbedingt verhindert werden, zumal nach der Zerschlagung der Gewerkschaften, der Irritierung des deutschnationalen Koalitionspartners und den SA- und NSBO-Unruhen im Reich die Diktatur keineswegs endgültig gefestigt war. Ley trompetete später, der „Führer“ habe sich „in der schärfsten Weise für mein Verbleiben in Genf ausgesprochen, gerade deshalb, weil unsere Gegner meine Entfernung wünschten“. Sein Zorn richtete sich bezeichnenderweise gegen das in Genf anwesende, aber schweigsam gebliebene ADGB-Vorstandsmitglied Wilhelm Leuschner, der sich nach seiner Rückkehr nach Deutschland im KZ wiederfand, und gegen das Delegationsmitglied Bernhard Otte, dessen christgewerkschaftlicher Gesamtverband DGB nach Leys Rückkehr aus Genf am 21. Juni 1933 aus der DAF ausgestoßen und, ebenso wie zuvor Sozialdemokraten und Marxisten, zum „Feind des Nationalsozialismus“ erklärt wurde.³³²

Doch die konservativen Bündnispartner Hitlers waren, auch nach der Entlassung Hugenberg aus dem Reichskabinett am 27. Juni, stark genug, Leys Einfluss auf die Betriebsstätten zurückzudämmen. Auf einer NSBO-Führertagung in München im November 1933 glaubte Robert Ley seine eigene Machtposition noch gestärkt. Die NSBO, so bekräftigte er am 8. November, sollte künftig „Hort des nationalsozialistischen Gedankengutes im Betriebe“ sein. Die DAF hingegen sei allein die sozialpolitische Interessenvertretung. Allerdings zeigte der „Aufruf führender Nationalsozialisten“ vom 27. November 1933, dass hier einmal mehr eine illusionäre Verknüpfung der neuen Machtkonstellationen vorlag.³³³ Das völlige Eingehen Hitlers auf die betrieblichen Neuordnungsvorstellungen der

332 Milert/Tschirbs, Zerschlagung, S. 76-78.

333 Milert/Tschirbs, Demokratie, S. 254 f.

Wirtschaftseliten drohte Leys ehrgeizigen Plänen von expansiver Ordnungsmacht ein Ende zu bereiten. Der Aufruf, maßgeblich vom Arbeitsministerium Franz Seldtes und dem Wirtschaftsministerium von Dr. Kurt Schmitt formuliert, legte fest: „Nach dem Willen unseres Führers Adolf Hitler ist die Deutsche Arbeitsfront nicht die Stätte, wo die Fragen des täglichen Arbeitslebens entschieden [...] werden“. Die DAF sollte lediglich mit der Erziehung und Schulung „aller im Arbeitsleben stehenden Deutschen“ befasst sein. Ley als Mitunterzeichner besiegelte damit - wenn auch nur vorläufig - seine vollständige Kapitulation, so dass Gustav Krupp schon am 28. November in einem Rundschreiben an die Mitglieder des „Reichsstandes der Deutschen Industrie“ die industriellen Unternehmer aufforderte, der DAF als Einzelmitglieder beizutreten. Dabei verwies er ausdrücklich auf die Vereinbarung vom 27. November und stellte erleichtert fest, dass dadurch Stellung und Aufgabenkreis der DAF „endgültig klargelegt“ seien und die deutschen Unternehmer an der „Herstellung einer wahren Volksgemeinschaft“ nunmehr freudig mitarbeiten würden.

Was die Unternehmer unter einer „wahren Volksgemeinschaft“ verstanden, machte der ehemalige Justiziar des Zechenverbandes Dr. Werner Mansfeld deutlich, der, seit Mai 1933 Abteilungsleiter für Arbeits- und Tarifrecht im Reichsarbeitsministerium, in dem von ihm verfassten „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit“ (AOG) vom 20. Januar 1934 dem Arbeitgeber eine bislang nicht bekannte Machtfülle bescherte.³³⁴ Nach dem AOG konnte er sich als „Führer des Betriebes“ sehen, die Arbeiter und Angestellten waren die „Gefolgschaft“. Die Formulierung: „Der Führer des Betriebes entscheidet der Gefolgschaft gegenüber in allen betrieblichen Angelegenheiten“ dokumentierte, dass sich hinter der verbalen Verbeugung vor der im Übrigen nirgends entfalteten NS-Sozialpolitik die Herstellung einer strikten betrieblichen Hierarchisierung ohne einklagbare Rechte verbarg. Das war weit mehr als eine bloße Wiedererrichtung einer „Herr-im-Hause“-Position, sondern der absolute Bruch mit allen Traditionen, wie sie sich in den Konflikten zwischen Arbeitgebern, Gewerkschaften und Staat seit 1890 herausgebildet hatten und in denen es staatliche, gesetzliche, gewerkschaftliche, wissenschaftliche und publizistische Widerlager zur Unternehmerherrschaft gegeben hatte. An den täglichen Konflikten in den deutschen Industriebetrieben seit 1933 kann man, wenn man sich der Mühe eines Besuchs

334 Ebenda, S. 257 ff.

in einem beliebigen Wirtschaftsarchiv unterzieht, ablesen, was die Arbeitnehmer von „Betriebsgemeinschaft“ als angeblicher Basis einer „Volksgemeinschaft“ hielten. Von „Solidargemeinschaft“ sollte man da lieber schweigen, vielmehr, im ideologischen Wetterleuchten der Nationalsozialisten, die harten Konfliktlinien eines „Klassenkampfes von oben“ erkennen.³³⁵

Es war vom Leiter der DAF und Reichsorganisationsleiter der NSDAP Robert Ley nicht zu erwarten, dass er die Schlappe ohne Weiteres hinnehmen würde, die die unternehmernahe Ministerialbürokratie um Werner Mansfeld und Wolfgang Pohl ihm bereitet hatte. Am selben Tag, dem 27. November 1933, da er mit seinen Plänen, die Sozialpolitik der Betriebe mitsamt den Löhnen, der Arbeitszeit und der Urlaubsdauer maßgeblich zu bestimmen, gescheitert war, machte er auf einer Kundgebung der Arbeitsfront im Festsaal des Preußischen Staatsrates die Gründung der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ bekannt.³³⁶ Während auf derselben Veranstaltung Reichswirtschaftsminister Kurt Schmitt den Ausschluss der DAF aus dem Kerngeschäft der betrieblichen und überbetrieblichen Sozialpolitik verkündete, erhielt Ley die Chance, dass die Niederlage der DAF in der Grundsatzfrage möglichst unbemerkt blieb. Umso größer waren Pomp und Propaganda, denn es galt, den Barbarismus der vergangenen Monate mit pseudomoralischem Furnier einzukleiden. Unter Hitlers Motto: „Wie erhalten wir dem Volke die Nerven, in der Erkenntnis, dass man nur mit einem nervenstarken Volk Politik treiben kann“, ließ er keinen Zweifel daran, dass wegen des internationalen Konkurrenzdruckes das Arbeitstempo gesteigert werden und wohl auch die Arbeitszeiten verlängert werden müssten, „um überhaupt wieder exportfähig zu werden“. Da er nach dem Willen Hitlers und der Ministerien für Arbeit und Wirtschaft daran gehindert worden war, in der sogenannten „Betriebsgemeinschaft“ zu einer „Harmonisierung“ des sozialen Grundkonflikts beizutragen, verlegte er die Realisierung seiner Ideologie, nach dem italienischen Vorbild Dopolavoro, in die Freizeit und nach Feierabend: „Wir dürfen nicht den Feierabend für bestimmte Schichten, Berufe, Klassen, Beamte und andere Gruppen machen, sondern wir müssen eine Freizeitorganisation schaffen, in der alle Menschen zu Hause sein sollen, vor allem auch der Unternehmer, der in Italien völlig dabei fehlt.“ Nach dem Scheitern seines direkten Zugriffs auf die Betriebe - das AOG war auch als

335 Vgl. auch: Evans, Diktatur, S. 559.

336 Ley, Robert: Durchbruch der sozialen Ehre. Reden und Gedanken für das schaffende Deutschland, 8. Aufl. München 1939, S. 19 ff.

Schutzwall gegen den DAF-Einfluss zu verstehen - sollten sich seine Gemeinschaftsvorstellungen ersatzweise wenigstens in der Freizeit, insbesondere der Urlaubssphäre entfalten; „im Hinblick auf das größte und letzte Ziel, aus dieser Freizeit-Organisation die wahre nationalsozialistische Gesellschaftsordnung zu formen, müssen wir vermeiden, Organisationen der verschiedenen Klassen und Verbände zu dulden“. Zum Genuss gehöre das „Gefühl der Vollwertigkeit“. Das wolle seine Organisation erreichen: „Die Minderwertigkeit bannen, dem Arbeiter das Gefühl der Vollwertigkeit geben.“ Charakteristisch für die rein symbolischen Formen, womit das bewerkstelligt werden sollte, ist folgende für Ley typische Erfolgsmeldung: „Aus diesem Grunde haben wir bereits jetzt schon für die Deutsche Arbeitsfront den dunkelblauen Festanzug angeordnet, den alle tragen sollen.“

Die Ergebnisse der NSDAP bei den Reichstagswahlen im Juli und November 1932 für Berlin lagen erheblich unter den Durchschnittszahlen im Reich. Das änderte sich, zum Verdross des Berliner Gauleiters Joseph Goebbels, auch bei den Märzahlen 1933 nicht. Die Ergebnisse bei den Betriebsratswahlen im März 1933, insbesondere bei den städtischen Betrieben, zeigten, dass die NSBO in der Arbeiterschaft kaum Anklang fand. Das nährte die Unsicherheit in den NSBO-Kadern um Walter Schuhmann und Johannes Engel, inzwischen zum Treuhänder der Arbeit für Berlin und Brandenburg ernannt, in besonderem Maße. Die große Mai-Feier von 1933 war äußerlich zufriedenstellend abgelaufen, zumal die zentrale Kundgebung auf dem Tempelhofer Feld die Züge einer geschlossenen NS-Gesellschaft aufwies. In den Betrieben Berlins indessen musste die NSDAP erst Fuß fassen, und die Methoden, die sie bei der Ausschaltung zunächst der kommunistisch orientierten Belegschaftsvertreter, dann der sozialdemokratischen und schließlich auch der christgewerkschaftlichen Arbeiter-Repräsentanten ausübte, verschafften ihr keine weiteren Sympathien. Zudem war bei den betrieblichen Neueinstellungen nicht zu verkennen, dass es vor allem SA- und NSBO-Leute waren, die in die Arbeitsplätze einrückten, häufig auch anstelle der entlassenen Mitglieder der organisierten Arbeiterbewegung. So stellte das Terrain der Reichshauptstadt ein schwieriges Bewährungsfeld für den Leiter der DAF dar. Mit einer Kette von betrieblichen Großveranstaltungen seit dem November 1933 – so bei Siemens in Berlin und bei Krupp in Essen- sollte wenigstens nach außen der Eindruck erweckt werden, als habe sich die Arbeiterschaft inzwischen vom rhetorischen Schwung der NS-Paladine mitreißen lassen.

Am 14. Februar 1934 kam es zu einer großen Feierabend-Kundgebung der Osram-Belegschaft im Sportpalast in Berlin.³³⁷ Anders als auf einer nach dem früheren Betriebsrätegesetz üblichen Betriebsversammlung konnten regimekritische Arbeitnehmer hier wirkungsvoll ausgegrenzt werden. Der jüdische Manager William Meinhardt, seit 1919 Vorsitzender der Geschäftsleitung des größten Glühbirnenherstellers der Welt, war nach 1933 nach London emigriert. Es war nun Geheimrat Hermann Schlüpmann, der maßgeblich die Geschicke des Unternehmens leitete. Auf der Sportpalast-Kundgebung traten zunächst NS-Funktionäre als Redner auf. Unter den 20.000 Anwesenden befanden sich auch 8.000 Familienangehörige. Um 19:30 Uhr marschierte eine betriebliche SA-Abteilung zu den Klängen des Badenweiler Marsches ein; 34 Hakenkreuzfahnen verdeutlichten, dass es nicht, wie es in den „Osram-Nachrichten“ später hieß, um eine Osram-Familienzusammenkunft ging, sondern um eine Parteikundgebung mit Werksangehörigen. Entsprechend auch die Begrüßungsdiktion des Betriebszellen-Obmanns und neuen Betriebsrats-Mitglieds Kleeberg und die des Organisors Miller, der ausführte: „Wir sind fest entschlossen, diesen Betrieb mit allem, was drin und dran ist, bis zum letzten Winkel für den Nationalsozialismus zu erobern.“ Miller konnte sich des Jubels jener über 3000 anwesenden Arbeitnehmer sicher sein, die seit dem 30. Januar 1933 bei Osram wieder einen Arbeitsplatz gefunden hatten: „Unter ihnen sind Hunderte von SA- und SS-Männern. Wir haben damit versucht, eine Dankesschuld abzutragen, die das gesamte deutsche Volk gegenüber diesen Männern und Frauen hat, die Jahre hindurch nichts anderes kannten als den politischen Kampf und die in dem Augenblick, in dem das klare Ziel der Bewegung erreicht war, wieder zu einem Arbeitsplatz kommen mussten.“

Seinen wohldosierten Auftritt konnte der DAF-Leiter Robert Ley abwarten, der während der ersten Klänge der Ouvertüre der Wagner-Oper „Rienzi“ das Podium betrat. Zwar sprach Ley einleitend von „Familie“ und „Gemeinschaft“, den Schwerpunkt seiner Rede bildete aber die Beschwörung des „Sozialismus“: „Sozialismus“, so Ley, „ist die Gemeinschaft. Aber nicht das allein. Sozialist sein heißt auch Kämpfer sein, das macht den Sozialisten aus.“ Im Schützengraben des Weltkriegs habe das harte Schicksal den „wahren Sozialismus“ eingehämmert.

337 Osram-Nachrichten. Beilage zu Nr. 2 vom 1.3.1934.

Mit dem Schlüsselwort des „Sozialismus“ war Robert Ley ohne Zweifel auf zwei Zielgruppen unter den Zuhörern aus: Zum einen auf die sich noch provokant gebärdeten SA-Trupps, die mit ihrem Führer Ernst Röhm die eigentliche nationalsozialistische Revolution erst vollenden wollten, zum anderen auf jene bis ins Frühjahr 1933 hinein anschwellende Zahl von Wählern, die aus einem Affekt des Protests heraus bislang Mitglieder der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO) in die Betriebsräte gewählt hatten und für sozialistische Phrasen durchaus empfänglich waren.³³⁸ Der Redekanon wurde aber besonders durch Leys prekäre Stellung zwischen den Anmaßungen der NSBO- und SA-Kämpfer, die man nicht nur durch Verbote Schuhmanns oder Hitlers besänftigen konnte, und der neuen betrieblichen Wirklichkeit des Arbeitsordnungsgesetzes determiniert, das den Arbeitgebern eine betriebsdiktatorische Position zuweisen sollte. In einem höchst reduzierten Rückblick auf die Motive der deutschen Arbeiterbewegung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts behauptete Ley, dass der Arbeiter zuerst nicht „um die Lohntüte gekämpft hat“. Nein, die neuen Arbeiterbewegungen hätten „aus einem hohen herrlichen Ideal“ gehandelt, „und damals kämpfte dieser Mensch um die Anerkennung seiner Ehre, seiner Achtung“. Stürmischem Beifall fand die ihm von Hitler persönlich übermittelte Devise: „Ley, zuerst müssen wir die Erwerbslosen aus der Welt schaffen, und dann wird es unsere vornehmste Aufgabe sein, das Lebensniveau des deutschen Volkes zu heben, den Lebensstandard unseres Volkes zu erhöhen“. In den Beifall hinein platzierte Ley indes seine zentrale Botschaft: „Bis dahin haben wir bloß eine Forderung, meine Volksgenossen und Volksgenossinnen: daß der Lebensstandard der arbeitenden Klasse nicht sinkt“.

Vergegenwärtigt man sich die Aspekte der Interessen-Opportunität von Industrie und Regime, nämlich die im AOG gewährleistete Niederhaltung betrieblich induzierter Lohnerhöhungen zum Zwecke der Erhöhung der Gewinnmargen einerseits und der die Kaufkraftbeschränkung voraussetzenden Aufrüstungspolitik andererseits, so wird die beschwichtigende Mahnung Leys verständlicher: „[...] aber wir können jetzt, in dieser Zeit, in der wir gerade jene Millionen Erwerbslose wieder in die Fabriken hineinführen, nicht hergehen und nun auf einmal mit Lohnkämpfen beginnen wollen. Nein, das wäre irrsinnig und wahnwitzig, das lehnen wir ab“. Es spricht wenig dafür, die folgende Sentenz als

338 Siehe dazu Milert/Tschirbs, Demokratie, S. 233.

eine „Verheißung“ im Sinne der „Volksgemeinschafts“-These zu verstehen: „Wir wissen, dass unser Führer sein Wort hält, wir wissen, daß nachher der Kampf um das Lebensniveau des deutschen Volkes geführt werden wird, das wissen wir.“ Glauben wir dem Protokoll, so war die Intensität des Beifalls vom vorigen „stürmisch“ nun auf ein Pflichtmaß reduziert.

Nachdem Ley den deutschen Arbeiter erneut auf seinen Kampf „um seine Ehre, seine Achtung, um seine Anerkennung“ verwies, eröffnete er das Feld der „Teilnahme an den Kulturgütern unseres Volkes“. Das Theater, die Musikhallen, die Konzerte, „all das Schöne“, solle nicht mehr nur den Besitzenden vorbehalten sein. Freilich wolle die DAF Kulturgüter nicht verschenken, sie wollten „erworben“ sein. In die zu jener Zeit allerorten laut werdenden radikalen Parolen von SA- und NSBO-Kadern hinein deklamierte Ley unmissverständlich jene politische Linie, auf die sich Hitler festgelegt hatte, das Bündnis mit den Wirtschaftseliten: „Eine neue Gesellschaftsordnung ist in diesem Volke viel notwendiger als eine neue Wirtschaftsordnung - glaube mir das, deutscher Freund.“ Arbeitnehmer und Arbeitgeber gehörten zusammen, „und wenn wir sie mit Ketten zusammen schmieden müssen“. Charakteristisch für die propagandistische Verleugnung des Fortbestehens, ja der Verschärfung kapitalistischer Ausbeutungsstrukturen die abschließende „Vision“: „Im übrigen werden wir zwei Klassen in Deutschland aufrichten, die Klasse der Anständigen und die die Klasse der Unanständigen.“ Und Ley ließ keinen Zweifel daran, wie das Regime mit jenem umzugehen beabsichtigte, der den Schleier vor den verworrenen, intellektuell erbärmlichen Einlassungen beiseiteschieben wollte: „Bist du aber unanständig, dann stoßen wir dich aus unserem Volke aus, dann hast du in diesem Volke keinen Platz mehr. Diese beiden Klassen wird es nur noch geben.“

Auch der Berliner Treuhänder der Arbeit, Johannes Engel, bemühte in seiner Rede das künftige Bild eines Staates, der einen anderen Inhalt, „und zwar den wahren, sozialistischen Inhalt“ haben werde. Nachdem er sich minutenlang mit der Frage beschäftigte, ob ein jüdischer Arbeitnehmer im Betrieb mit „Heil Hitler!“ grüßen müsse, kam auch er zum Kern der „Feierstunde“: „Meine Lohntüte ist noch genauso poplig, wie sie vor einem Jahr oder vor zwei Jahren war! Gewiß, das geben wir zu, daß lohnpolitisch noch längst nicht das erreicht ist, was im nationalsozialistischen Staat einst sein wird.“ Aber man müsse auch hier Vernunft anwenden. Dass es sowohl Ley als auch Engel weniger auf Überzeugung ankam denn auf eine Demonstration der Machtverhältnisse, wurde bei Engel in der Drohung deutlich: „Diejenigen, die nicht mitmachen wollen, schließen sich eben

aus der Volksgemeinschaft im Neuen Deutschland aus und über diese Kreaturen gehen wir kaltblütig zur Tagesordnung über!“ Dass die Nationalsozialisten keine festgelegte Matrix von „Exklusion“ aus der so genannten „Volksgemeinschaft“ nötig hatten, wird hier überdeutlich. Zum „Feind“ konnte jeder fallweise erklärt werden, nicht, weil die Nationalsozialisten von einem beständigen Kalkül ausgingen, dessen Grundmuster sich innenpolitisch und später in den eroberten Gebieten erkennbar wiederholt hätte, sondern weil sie über die Machtmittel verfügten, jeden situationell denkbaren Widerstand zu brechen und den Kreis von „Gemeinschaftsfremden“ jederzeit zu erweitern.

Zwischendurch war auch der Vorsitzende der Osram-Geschäftsleitung Schlüpmann zu Wort gekommen, der die „Feier des Gemeinschaftsgedankens“ hervorhob, den er ausgerechnet aus dem „Geist des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit“ hervorgehen sah. Mit einem „deutschen Sozialismus“, wie ihn Ley definiert hatte, konnte er sich problemlos anfreunden, betonte aber vorsichtshalber den rechtlichen Rahmen des § 1 des AOG: „Im Betrieb arbeiten der Unternehmer als Führer des Betriebes, die Angestellten und Arbeiter als Gefolgschaft gemeinsam zur Förderung der Betriebszwecke und zum gemeinen Nutzen von Volk und Staat.“ Es werden einige unter den Zuhörern gewesen sein, die sich an den § 1 des gerade beseitigten Betriebsrätegesetzes von 1920 erinnerten, der, vor der „Erfüllung der Betriebszwecke“, die Priorität der „Wahrnehmung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen der Arbeitnehmer (Arbeiter und Angestellten) dem Arbeitgeber gegenüber“ zugesprochen hatte. Von den eingesetzten Betriebsräten bei Osram war im Übrigen keine Interessenpolitik für Arbeitnehmer zu erwarten; Personalpolitik bestand bei ihnen von Anfang an darin, die Entlassung von Frauen und jüdischen Betriebsangehörigen zu fordern. Als bald erwiesen sie sich als Arbeitgeber-Instrument zur Disziplinierung und Drangsalierung der Belegschaften, ebenso wie die Vertrauensleute seit 1934, und zwar bis in die Kriegsjahre hinein.

Da die selbsternannten „Arbeiter-Repräsentanten“ bei Osram sich schon in den Anfangsmonaten 1933/34 als völlig inkompetent erwiesen, betriebliche Interessen-Politik mit Partei-Propaganda verwechselten und daher nach der Beseitigung der rechtmäßigen Betriebsräte gezwungen waren, einen Aktivismus bloß zu simulieren, blieb ihnen wenig mehr als die Veranstaltung von symbolischen Akten, etwa Fahnenweihen, rhetorischen Rückblicken auf die „Kampfzeit“ sowie die Totenverehrung an Denkmälern und auf Friedhöfen mit rituellen

Erinnerungsaktionen für die „Gefallenen der Bewegung“.³³⁹ Auch hier, wie bei den meisten Propaganda-Großveranstaltungen, dürfte wohl kaum der Funken der Begeisterung von der Kern-Gruppe der langjährigen NSDAP-Mitglieder auf die Betriebsangehörigen oder breitere Bevölkerungskreise übersprungen sein; die Feiern der überzeugten Nazi-Anhänger waren in erster Linie Selbstfeiern, die oft genug in Alkoholgelage ausliefen. Statt Gegenwarts- und Zukunftsgestaltung durch die betrieblichen Wortführer stand pure Nostalgie auf der Tagesordnung, ja ein Totenkult, der ein dürftiges Surrogat für reale Erfolge in einer Arbeitnehmer-Interessenvertretung darstellte. Darin spiegelte sich auch die ausufernde Geschichts-Versessenheit ihres Führers in dessen öffentlichen Reden und in seinen Kamin-Monologen wider.

Als am 21. März 1934 die Osram-Belegschaft der Übertragung einer Führer-Rede zu lauschen hatte, wusste Schlüpmann mit martialischem Vokabular von „Arbeitsschlacht“ und „Frontabschnitt“ eine Nähe zum Regime vorzuspiegeln.³⁴⁰ Dem Betriebszellenobmann und Betriebsrats-Mitglied Kleeberg blieb es vorbehalten, an die Grundzüge „einer wahren Betriebsgemeinschaft im Sinne der nationalsozialistischen Idee“ zu erinnern: „Wir sind bereit [...], arm zu sein und zu opfern, solange es unser Führer Adolf Hitler zum Wohle des Volkes und zum Aufbau des Staates verlangt.“ Damit schlug er jene Linie ein, die sein Arbeitsfrontführer Ley vorgegeben hatte und die einen negativen Extrempol in der „Interessenpolitik für Arbeitnehmer“ in der deutschen Arbeitsrechtsgeschichte markiert. Ley hatte am 28. Februar 1934 an einem Empfangsabend des Außenpolitischen Amtes der NSDAP unter anderem ausgeführt, bei seinen angeblich triumphalen Begegnungen bei Besuchen und Besichtigungen in Betrieben hätte nicht ein einziger von den 60.000 Menschen, denen er in diesen Wochen die Hand gedrückt habe, ihn gefragt, „ob ich nicht höhere Löhne oder neue Tarifverträge in der Tasche“ hätte: „Hier wurde mir bestätigt, was ich bereits früher erkannt hatte,

339 Siehe etwa die Osram-Nachrichten Nr. 8 vom 1.9.1933 („Fahnenweihe der Betriebszelle“), Nr. 2 vom 1.3.1934 („3 Jahre Betriebszelle Osram A“), Nr. 4 vom Mai 1934 („Ganz Osram-betriebsverbunden“) und Nr. 5 vom 1.6.1934 („Im Strome der Zeit“) mit einem Bericht von der Berliner Mai-Feier. Siehe demnächst auch Werner Milert: Erinnerungsort Betriebsrat. Erfahrungen und Anknüpfungspunkte gewerkschaftlicher Interessenvertreter nach dem Zweiten Weltkrieg in einem 2014 anstehenden Sammelband von Stefan Berger.

340 Osram-Nachrichten, Nr. 3 vom 1.4.1934 („Osram in der Arbeitsschlacht“).

dass der Kampf des Arbeiters nicht um Lohnpfennige, um Lohntüten gegangen ist, sondern um seine Ehre, seine Achtung“.³⁴¹

Gewiss ist bei einem Ideologen von den beschränkten analytischen Fähigkeiten Robert Leys nur schwerlich auszumachen, ob hier eine Manifestation von Zynismus oder bloßer Selbstbetrug auf der Basis von Selbstberauschung vorliegt. Das Ergebnis dieses Propaganda-Feldzuges durch die deutschen Industriebetriebe war jedenfalls überaus handfest. Am 30. Oktober 1935 konnte Reichsarbeitsminister Seldte voller Stolz an den Staatssekretär in Hitlers Reichskanzlei Dr. Heinrich Lammers melden: „Die Rücksicht auf das Gelingen der Arbeitsschlacht und auf die Wiederherstellung der deutschen Wehrhoheit erlaubte in den letzten Jahren keine Lohnerhöhungen und verlangte auch dort von einer Aufbesserung der Löhne Abstand zu nehmen, wo sie besonders niedrig liegen und eine auskömmliche Lebenshaltung kaum gestatten. Die deutsche Arbeiterschaft hat sich einsichtig dieser Notwendigkeit gefügt und sogar die zur Sicherung der deutschen Ernährung unumgänglichen Preiserhöhungen in Kauf genommen. Es ist heute von Interesse festzustellen, dass sich in der Tat trotz mancherlei Veränderungen im einzelnen im ganzen gesehen die Einkommen der deutschen Arbeiter seit 1933 auf dem gleichen Stand gehalten haben.“³⁴²

In der Sozialgeschichte der 1930er Jahre lassen sich betriebliche Beispiele wie die bei Osram, freilich mit scharfen Reaktionen der Belegschaften wie etwa im Ruhrbergbau, zuhauf finden. Irritierende Schlussfolgerung aus solchen Befunden ist die Feststellung, dass es führende Vertreter des Faches „Zeitgeschichte“ an deutschen Universitäten waren, die die professionellen Methoden der Quellenanalyse teilweise beiseite schoben und damit den Eindruck nährten, als ließe sich die Essenz der NS-Sozialpolitik direkt aus den Reden ihrer Protagonisten ableiten. Noch schwerer verständlich als die These von Norbert Frei, die DAF habe „doch eine substantielle und in Teilen sogar fortschrittliche Sozialpolitik“ entwickelt, muss nun seine Behauptung erscheinen: „Auf seine Gegner tief frustrierende Weise demonstrierte das Regime, daß der Mensch nicht allein vom Brote lebt und Loyalität auch anders zu haben ist als durch rechtzeitige Aufstockung des Ecklohns.“³⁴³ Vielmehr muss man davon ausgehen, dass es gerade das Gemisch aus Stagnation der Stundenlöhne, Preissteigerungen und Lebensmittelknappheit

341 Ley, Durchbruch, S. 75 f.

342 BAArch, R 43 II/541. Teilabdruck in: Milert/Tschirbs, Zerschlagung, S. 99.

343 Frei, Führerstaat, S. 96.

war, das die machtpolitischen Bindekräfte des Regimes stets aufs neue strapazierte und die staatlich eingesetzten Berichtersteller pessimistische Gesellschaftspanoramen über die Stimmungen in der deutschen Bevölkerung entwerfen ließ.

Zweifelsohne widerspricht es schon allen sozialen Wahrscheinlichkeiten, dass sich die gerade noch hoch organisierte Industriearbeiterschaft einer wissenschaftlich, technisch und ökonomisch voll entfalteten Industrienation auf Dauer mit einer propagandistischen Melange aus Arbeitsplatzgarantie und extremen Niedriglöhnen abspesen lassen könnte, selbst wenn die - erst zaghaft sinkende - Arbeitslosigkeit noch traumatisch nachwirkte. Dass eine Verschiebung von Lohn erhöhungen auf ein unbestimmtes Später nicht als „Verheißung“ beim „Bau einer Volksgemeinschaft“ gewertet werden kann, ja nicht einmal als ein Versprechen, davon legt die Lohnpolitik im Dritten Reich tatsächlich hinreichend Zeugnis ab. Denn nach dem Tiefpunkt 1933 waren die Lebensverhältnisse für den allergrößten Teil der Bevölkerung 1934 noch immer schlecht und besserten sich auch bis 1936 nur zögerlich und in manchen Wirtschaftsbereichen und rheinischen Regionen überhaupt nicht. Dies gaben Berichte sehr ausführlich und in besorgter Tonlage nach Berlin weiter. So meldete beispielsweise der Kölner Gestapoleiter im Juni 1935 nach Berlin: „Die bereits in den Vormonaten zu beobachtende anziehende Tendenz der Lebensmittelpreise zeigte sich im Berichtsmonat besonders stark. Die Folge davon war Missstimmung in der Gesamtbevölkerung und schwindendes Vertrauen zur Preisüberwachung. [...] Ganz besonders belastet wurde verständlicherweise wieder die Arbeiterschaft, da Preissteigerungen in erster Linie bei den lebensnotwendigsten Gegenständen einzutreten pflegen und das Einkommen des Arbeiters an sich schon so gering ist, dass er mit seiner Familie selbst bei größter Sparsamkeit kaum durchkommen kann. Die Stimmung in der Arbeiterschaft und bei den Erwerbslosen ist infolgedessen äusserst gedrückt. [...] Löhne und Unterstützung sind weit entfernt von einem angemessenen Verhältnis zu den Preisen für die tägliche Lebenshaltung, zudem übersteigen die Löhne vielfach kaum die Unterstützung. Bei Berücksichtigung dieser so überaus schlechten wirtschaftlichen Lage der Arbeiterschaft ist ihre Haltung oft geradezu erstaunlich. Insbesondere überrascht es, dass nicht noch weitere Kreise kommunistischer und sonstiger staatsfeindlicher Propaganda nachgeben. Es ist deshalb

nicht nur eine weitere Zurückführung der Arbeitslosigkeit notwendig, sondern vor allem auch eine Lohnaufbesserung.³⁴⁴

Dass die Industriearbeiterschaft keinen Anlass sah, dem „Führer“ besonders dankbar zu sein, pointiert ein Gestapo-Bericht aus Magdeburg vom Frühjahr 1936: „Der Arbeiter beurteilt im wesentlichen seine gesamte Lage nach der Kaufkraft seines Lohnes, und hierin ist eher eine Verschlechterung als eine Verbesserung eingetreten. Dort, wo größere Arbeitermassen zusammenarbeiten - in Steinbrüchen usw. - hat sich, um ein Symptom herauszugreifen, beim Auftreten der Lautsprecher-Propagandawagen der Arbeitsfront eine außerordentlich starke Zurückhaltung gezeigt. In das ‚Sieg-Heil‘ auf den Führer haben nach den vorliegenden Berichten nur wenige eingestimmt.“³⁴⁵

Auch die Berichte der Treuhänder der Arbeit an das Reichsarbeitsministerium sind voll von den Wellen der lohnpolitischen Unzufriedenheit und den daraus resultierenden Spannungen in den Betrieben. Exemplarisch dafür ein Bericht des Treuhänders der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Sachsen Stiehler vom 20. Juni 1935.³⁴⁶ Stiehler konstatierte in seinem Amtsbereich eine „in immer stärkerem Maße zu beobachtende Lohnbewegung“, die sich nicht nur in der Zunahme von Zuschriften „aus Kreisen der Gefolgschaften als auch der Vertrauensmänner“ äußerte. Vielmehr würden die vom Treuhänder der Arbeit in Beachtung der dienstlichen Anweisungen und der wirtschaftlichen Erfüllbarkeit in den Tarifordnungen festgelegten Lohnsätze, Urlaube und sonstigen sozialpolitischen Erfordernisse heftig kritisiert. Dem Treuhänderamt werde mangelndes soziales Verständnis vorgeworfen: „Der Treuhänder der Arbeit und seine Sachbearbeiter werden mit Verdächtigungen und oft auch beleidigenden Unterstellungen verfolgt.“ In den Betriebs-, Monats- und sonstigen Ortsgruppenversammlungen der DAF würde die Erfüllung von Wünschen laut, die über die in den Tarifordnungen festgelegten Sätze hinausgehen. In vielen Fällen nähmen solche Versammlungen einen stürmischen Verlauf: „Einige Versammlungen mussten vorzeitig der Unruhe wegen abgebrochen werden. Volksgenossen, die etwa versuchen, der Vernunft das Wort zu sprechen, werden angepöbelt und angeschrien.“ Nach Auskunft

344 Faust, Anselm: Die Lageberichte der rheinischen Gestapostellen 1934-1936. Historische Bedeutung und wissenschaftlicher Quellenwert. In: Geschichte im Westen, Jg. 27 (2012), S. 125-139; hier: S. 130.

345 Kershaw, Ian: Hitlers Popularität. Mythos und Realität im Dritten Reich. In: Mommsen/Willems (Hg.): Herrschaftsalltag, S. 24-96, hier: S. 37.

346 BArch, R 43 II/541. Teilabdruck in: Milert/Tschirbs, Zerschlagung, S. 92.

von Amtswaltern der DAF und politischen Leitern der NSDAP herrsche folgende explosive Grundstimmung vor: „Daß nach Meinung der Arbeiterschaft der Zeitpunkt gekommen sei, das von führenden Männern der DAF der Arbeiterschaft gegebene Versprechen der Verbesserung des Lohnniveaus jetzt endlich einzulösen. Die Arbeiterschaft wolle nicht erleben, daß sie wieder nur mit Versprechungen hingehalten werden solle“. Nachdem das Versprechen jetzt durch führende Männer der DAF gegeben sei, müsse angenommen werden, dass es auch erfüllbar sei: „[...] die Erfüllung werde nur von Hintermännern vereitelt“.

Stiehler äußerte die Befürchtung, „daß bei einer weiteren ungehemmten Entwicklung der Dinge die Arbeiterschaft in ein Mißtrauensverhältnis zur Reichsregierung hineinwächst“. Die kommunistische Propaganda habe sich schon der Lohnfrage bemächtigt. Bezeichnend für die dilettantische Behandlung durchaus systemdestabilisierender Probleme die Schlussfolgerung Stiehlers: „Als geeignete Maßnahme zur vorläufigen Abdämmung der Entwicklung würde ich empfehlen, eine gemeinsame Anordnung der Reichsregierung und der Reichsparteitagsleitung dahingehend, daß jede Erörterung der Lohnfrage allen Rednern, Dienststellenleitern usw. verboten wird. Dem Führer selbst möge es überlassen bleiben, wann die Lohnfrage in Angriff genommen werden kann.“

Das Regime hatte, beim Übergang von der Arbeitslosigkeit zur Vollbeschäftigung, jenen kritischen Punkt erreicht, an dem die elementaren Gesetzmäßigkeiten eines kapitalistischen Arbeitsmarktes wieder durchschlugen. Nun stellte sich heraus, dass sozialpolitische Versprechungen nicht einfach perpetuiert werden konnten. Anstatt dass so genannte „Verheißungen“ der DAF, wie behauptet wird, massenhaft Regimeloyalität auslösten, war das Gegenteil der Fall: Die DAF war eine Gefangene ihrer eigenen Propaganda mit ihren Vertröstungen auf die Zukunft geworden.³⁴⁷ Das für das Regime bequeme Polster der 1933 noch anhaltenden Massenarbeitslosigkeit federte mögliche Missstimmungen nicht länger ab. Die DAF und mit ihr das Regime standen vor einer schwierigen Herausforderung. Stiehler hatte sich diplomatisch genug geäußert, in welcher Richtung die „Lösung“ des Problems zu suchen war. Die Reichsregierung, mithin das vorgesetzte Arbeitsministerium, betrieb ja konsequent eine Politik der Lohnstagnation, während mit dem zweiten Adressaten, der Reichsparteileitung,

347 Sehr klarsichtig in diesem Zusammenhang auch: Peukert, Detlev: Volksgenossen und Gemeinschaftsfremde. Anpassung, Ausmerze und Aufbegehren unter dem Nationalsozialismus, Köln 1982, S. 135 f.

niemand anderer gemeint war als DAF-Leiter Ley, der in Personalunion Reichsorganisationsleiter der NSDAP war. Die DAF aber entfaltete ihre Organisation, ihren verbandspolitischen Imperialismus, gerade im Zwielficht von sozialpolitischer Unzuständigkeit für die Betriebe und eigenem Wachstum, das sie zur finanzstärksten NS-Institution werden ließ.

Der Gegensatz zwischen dem im Aufrüstungsboom auf niedrige Lohnsätze fokussierten Arbeitsministerium und der Arbeitsfront, die aufgrund von Zwangsmitgliedschaft und automatisch einbehaltener Lohnabzüge unter erheblichem Legitimationsdruck bei den Arbeitnehmern stand, verschärfte sich Mitte der 1930er Jahre. Darin drückten sich die gesellschaftlichen Interessengegensätze aus, die nach der Beseitigung der Regularien des Klassenkonflikts Weimarer Prägung „über die Transmissionsriemen des politischen Systems geleitet“ wurden, wie Martin Broszat das ausgedrückt hat.³⁴⁸ Ley hatte im Oktober 1934 Hitler, übrigens gegen den heftigen Widerstand des Stellvertreters des Führers Rudolf Heß und des Reichsinnenministers Frick, eine Verordnung abgenötigt, die ihm das Feld der Betriebspolitik neu eröffnete.³⁴⁹ Seit 1936 griffen die DAF-Funktionäre, die die betrieblichen Vertrauensleute der NSBO schon längst beiseite gedrängt hatten, verstärkt in die Betriebe ein und unterminierten nicht nur die Autorität der „Betriebsführer“, sondern auch die der lohnpolitisch zuständigen Treuhänder. Ohne Zweifel stellte das auch eine, in der Perspektive der Machthaber, notwendige Reaktion auf den Ausgang der Vertrauensratswahlen 1934 und 1935 dar, der überdeutlich signalisiert hatte, dass die Schlacht um die „Arbeiterseele“ in den Industriebetrieben noch immer auf Messers Schneide stand. Auch die äußerst kurzfristige Absage der Neuwahlen für 1936 zeigte die fortdauernde Unsicherheit in der Führungsriege der DAF.³⁵⁰ Am 5. September 1936 machte Ley Arbeitsminister Seldte schriftlich den Vorwurf, weder die Mieten niedrig gehalten noch für eine Verbesserung der Lohneinkommen gesorgt zu haben.³⁵¹ Die DAF habe daher auf diesem Gebiet die Führung übernommen. Das Reichsarbeitsministerium hingegen sei geradezu ein „Schrittmacher“ für den Lohnabbau. Seldte reagierte empört und forderte Ley auf, mit der Lohnpolitik der Regierung konform zu gehen und „gewerkschaftsähnliche Methoden“ seiner Amtswalter zu

348 Broszat, Staat, S. 242 f.

349 Milert/Tschirbs, Demokratie, S. 273 f.

350 Milert/Tschirbs, Zerschlagung, S. 87-90.

351 Milert/Tschirbs, Demokratie, S. 280-285.

unterbinden. Der Machtkampf zwischen den Vertretern der eher ordnungsstaatlich orientierten Ministerien und den führenden Repräsentanten der „Bewegung“ eskalierte um die Jahreswende 1936/37, und einmal mehr war von Adolf Hitler keine Entscheidung zu erwarten. Es gelang Seldte nicht einmal, schriftlich oder persönlich zum „Führer“ durchzudringen.

Mit dem Eintreten der Vollbeschäftigung in der Produktionsgüterindustrie und dem Baugewerbe seit 1936 geriet das lohnrepressive Zusammenspiel von Treuhändern und Arbeitgebern unter Druck. Da die Treuhänder Lohnerhöhungen verweigerten, reagierten die Belegschaften mit dem Massenphänomen der „Bummelei“ und des Absentismus.³⁵² Ministerialdirektor Mansfeld erkannte in einer internen Aufzeichnung als Dienstherr der Treuhänder der Arbeit, die DAF wolle die Treuhänder „lahmlegen, sie von der Verbindung vom Volke loslösen und dadurch den Raum verbreitern“, in den die DAF dann „mit ihrem gewaltigen Apparat und der ihr innewohnenden Dynamik einrücken kann“.³⁵³ Die DAF verlegte denn auch einen Teil ihrer Aktivitäten auf den „Leistungskampf der Betriebe“, der in eine Auszeichnung als „NS-Musterbetrieb“ einmünden konnte. So hoffte sie die Berechtigung ihres zahlenmäßig angeschwollenen Mitarbeiterstabs nachzuweisen. In der Ruhrindustrie bewarb sich indes lediglich der Direktor des Bochumer Vereins für Gussstahlfabrikation Dr. Walter Borbet mit Erfolg um den Titel eines „NS-Musterbetriebs“. Zu offensichtlich erschien den Industriellen die Gefahr, dass die „organisatorische Krake“ der DAF starken Einfluss auf die betriebliche Sozialpolitik nehmen könnte. Sie gestatteten den DAF-Betriebsobleuten allenfalls, ihr Etikett auf die betrieblich unumgänglichen sozialen Verbesserungen zu kleben. Auf die betriebliche Lehrlingsausbildung sollte der DINTA der DAF schon gar nicht Einfluss nehmen. Die Bilder vom NS-Betriebs sport mit Jugendlichen geben ein Abbild des notwendigerweise konzidierten engen DAF-Spielraums. Die traditionelle „Kameradschaft Siemens“ etwa versuchte mit Erfolg, den Einfluss von KdF auf die betriebliche Kulturpolitik einzudämmen.³⁵⁴ Die Firmenleitung in Gestalt des Leiters der Sozialpolitischen Abteilung Karl Burhenne verteidigte die enge Verbindung zwischen Unternehmen und Beschäftigten und bemühte sich, „sie nicht durch eine Bindung des ‚Volksgenossen‘ an

352 Peukert: Volksgenossen, S. 134 f.

353 Milert/Tschirbs, Demokratie, S. 283-291.

354 Sachse, Carola: Freizeit zwischen Betrieb und Volksgemeinschaft. Betriebliche Freizeitpolitik im Nationalsozialismus. In: AfS 33 (1993), S. 305-328.

die ‚deutsche Volks- und Leistungsgemeinschaft‘ gefährden zu lassen.³⁵⁵ Das galt insbesondere auch für den Betriebssport, wobei Carl Friedrich von Siemens sich persönlich einschaltete, um „den Einfluß der DAF auch hier abzuwehren“.³⁵⁶

Im Februar 1938 gestand die DAF intern nicht ohne Stolz ein, dass sie über keinerlei Lohntheorie verfügte, was sie mit dem Hinweis zu adeln versuchte, der „Führer“ sehe „das Geheimnis des Erfolgs unserer Wirtschaftspolitik“ ebenfalls darin, „an keine Theorie gebunden zu sein“.³⁵⁷ Das war nun freilich lediglich ein Ausdruck von Ignoranz, denn seit 1936 stand das Regime vor fundamentalen lohnpolitischen Problemen, die es sich dadurch eingehandelt hatte, dass es die bewährten Regularien der Kanalisierung des industriellen Konflikts, insbesondere das Tarifvertragswesen, einfach zerschlagen hatte. Bereits im Oktober 1936 hatte ein interministerieller Entwurf aus dem Reichswirtschafts- und dem Reichsarbeitsministerium zur Regelung des Arbeitseinsatzes eine völlig ungewollte Lohnentwicklung moniert: „Gezahlt werden die übermäßig hohen Löhne insbesondere von Unternehmern, die öffentliche Aufträge auszuführen haben; letztlich vollzieht sich die Einkommenssteigerung in den Konjunkturberufen, da sie von den Unternehmern zweifellos nach Möglichkeit auf die Auftraggeber abgewälzt wird, auf Kosten der Volksgesamtheit. Die Unternehmungen mit starken Ausfuhrleistungen, die auf schärfste Preiskalkulation angewiesen sind und daher ähnliche Lohnerhöhungen nicht vornehmen können, werden durch Abwanderungen von Facharbeitern geschädigt. Die Ausfuhr wird dadurch erschwert, der Wille zur Ausfuhr geschwächt. Auf Betriebsverbundenheit und Arbeitsmoral wirken die geschilderten Verhältnisse höchst nachteilig ein. Der häufige und unregelmäßige Wechsel der Arbeitsstellen ruft Unruhe in den Betrieben hervor. In vielen Fällen werden die Arbeitsplätze unter Kontraktbruch verlassen, oder die Entlassung wird durch undiszipliniertes Verhalten oder unzulängliche Arbeitsleistung herausgefordert.“³⁵⁸ In anderen Teilen der Arbeiterschaft sahen die Verfasser des Entwurfs, Wirtschaftsminister Hjalmar Schacht und Staatssekretär Krohn, „eine bedenkliche Unzufriedenheit“: Diese „Volksgenossen, deren Verdienst häufig noch am Existenzminimum liegt und vorläufig auch nicht wesentlich aufgebessert werden kann“, empfänden eine ungerechte Benachteiligung.

355 Ebenda, S. 318.

356 Ebenda, S. 322.

357 Milert/Tschirbs, Demokratie, S. 284-286.

358 Mason, Arbeiterklasse, S. 200 f.

Aus einem wirtschaftlichen Lagebericht des Oberpräsidenten der Provinz Sachsen vom 25. April 1938 geht hervor,³⁵⁹ dass sich solche Phänomene weiter zuspitzten. Das gegenseitige Wegengagieren und Überbieten in der Lohngewährung führe zu einem ständigen Fluktuieren der Arbeiter von dem geringer bezahlenden Betrieben zu dem höher entlohnenden. Hauptsächlich machte der Autor die „Ausstrahlungen“ zweier Großbetriebe aus seiner Provinz dafür verantwortlich: „Es ist dies einmal der ungeheure Facharbeiterbedarf der „Reichswerke Hermann Göring“ in Salzgitter, und seit einigen Wochen auch die Anforderung von Arbeitskräften durch die Volkswagenfabrik in Fallersleben. Die „Reichswerke Hermann Göring“ bezahlen insbesondere für technische und kaufmännische Angestellte Löhne und Gehälter, die zum Teil 50 bis 100 % über den im Magdeburger Bezirk üblichen Sätzen liegen.“ Bezeichnenderweise sah der Autor keineswegs als Resultat dieser vom Regime beklagten Lohnentwicklung eine stärkere Zufriedenheit mit dem NS-Regime, sondern, aufgrund eines Gefühls der Unentbehrlichkeit, eine Lockerung der Arbeitsmoral. Alkoholgenuss, Schlägereien und Disziplinlosigkeiten nähmen zu, desgleichen Betriebsunfälle. Werde ein Arbeiter entlassen, finde er im Nachbarbetrieb ein vergleichbares Einkommen. Unschwer ist an solchen Entwicklungen ablesbar, dass nicht nur kein „volksgemeinschaftlicher Geist“ hervorgerufen wurde, sondern dass es sich, wegen des Kostenanstiegs für die Aufrüstung, um für das Regime höchst unerwünschte Vorgänge handelte. Mit Dienstverpflichtungen, Einschränkungen der Freizügigkeit und Lohndruck musste das Regime daher intervenieren, wie es überhaupt charakteristisch für Herrschaftssysteme ohne Tarifautonomie ist, dass ihr Interventionsvolumen in die Wirtschaft anschwellen muss.

Als der Reichsstatthalter in Thüringen Fritz Sauckel am 4. April 1939 vor den Arbeitern der Gustloff-Werke in Suhl die restriktive Lohnpolitik der Reichstreuhänder rechtfertigen musste, behalf er sich mit den Feindbildern des Juden und der Weimarer Jahre: „Selbstverständlich will Euch Adolf Hitler kein Schlaffaffenland und kein jüdisches Parasitenparadies bringen“, und auch wertlose Lohnsummen in Milliarden wie in der Inflationszeit wolle man ihnen nicht zumuten. Er habe aber oft betont: „Sozialismus ist keine Lohnziffernfrage, sondern Sozialismus ist eine Frage erstens der gemeinschaftlichen Zusammenarbeit für die höchstmögliche Gütererzeugung zum Wohle der Allgemeinheit des Volkes

359 Ebenda, S. 350 f.

und zweitens die Würdigung und Anerkennung auch des einfachsten Arbeiters, wenn er seine Pflicht im Rahmen dieser Volksgemeinschaft erfüllt [...]. Nicht, daß Euch der Führer Löhne zahlt, von denen Ihr nichts kaufen könnt! Ganz anders, viel größer, edler und besser verwirklicht er den deutschen Sozialismus. Dadurch ehrt er Euch, als sein deutsches Volk. Denn ich glaube, soweit ich Euch kenne, daß dem deutschen Arbeiter mehr daran liegt, daß er geachtet, anerkannt und geehrt wird, als daß er phrasenhafte, verlogene Utopien vorgegaukelt erhält.“ Mit seinem Publikum leichter hatte es ohne Zweifel Adolf Hitler, als er am 12. Dezember 1941 vor Gauleitern für die Zeit nach dem Sieg ankündigte, „resolut an die Durchführung eines ganz großzügigen und erschöpfenden Sozialprogramms heran[zut]reten, und zwar eines Sozialprogramms, das sowohl den deutschen Arbeiter wie auch den deutschen Bauern umfasst“.³⁶⁰

Die phrasenhaften Wiederholungen von „sozialer Ehre“ oder von sozialen „Versprechungen“ stellten daher auch die DAF vor unlösbare Probleme. Insgesamt muss man sich die Maßnahmen der DAF-Gliederungen daher nicht als durch Eigeninitiative stimulierte vorstellen, sondern deren Betriebsobleute eher als Getriebene sehen, die dem Unmut der Industriearbeiterschaft allenfalls ein größeres institutionelles Gewicht verliehen. Eine Organisation wie die DAF, die auf Aufblähung ihrer dilettantischen Apparate aus war, die sich durch Zwangsmitgliedschaft und vom Lohn einbehaltene Zwangsbeiträge finanzierte, wesentlich durch eine erschlichene Verordnung Legitimation verschaffte und als Modus des Eingreifens in die Betriebshierarchie letztlich auf Intrigen angewiesen war, kann in keiner Weise als funktionales Äquivalent der Betriebsräte und Gewerkschaften betrachtet werden. Ihr Auftreten musste der entrechteten Arbeiterschaft allenfalls als Markierung einer Leerstelle erscheinen, die von ihren gewählten und legitimierten Vertretern ehemals ausgefüllt worden war. An die Stelle von Politik war hohle Propaganda getreten, an die Stelle von Interessenvertretung ihre Simulation, an die Stelle von Organisation neofeudale Cliquesherrschaft.

Die Lageberichte der rheinischen Gestapostellen waren entsprechend voll von den vielen Unzulänglichkeiten der „Bewegung“ selber, obwohl ihre Aufgabe ja eher der Ausspähung von „Systemfeinden“ galt.³⁶¹ Folgt man den Berichten, dann

360 Zitiert nach Aly, Götz: Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus, Frankfurt am Main 2005, S. 343. Über das luxuriöse Leben der NS-Eliten im Kriege siehe: Buchheim, Christoph: Der Mythos vom „Wohlleben“. Der Lebensstandard der deutschen Zivilbevölkerung im Zweiten Weltkrieg. In: VfZ, 58. Jg. (2010), S. 299-328.

361 Faust, Lageberichte, S. 133.

waren die Partei und ihre Organisationen von unfähigen, unsozialen, korrupten und charakterlosen Amtsträgern durchsetzt. Alles in allem, so das Resümee von Anselm Faust, zeichneten die Berichte ein eher niederschmetterndes Bild der nationalsozialistischen Bewegung. Im April 1936 verbot Hermann Göring unter anderem aus diesem Grund die Erstellung allgemeiner Lageberichte der Gestapostellen und der Regierungspräsidenten über die Stimmung der Bevölkerung. Es würden darin „vereinzelte Unzuträglichkeiten oder örtliche Schwierigkeiten“ unnötig in den Vordergrund gestellt. Er warnte vor der Gefahr, wenn betont pessimistische Lageberichte „in falsche Hände“ geraten sollten. Eine regelmäßige Berichterstattung sei auch gar nicht mehr nötig, weil sich die Bevölkerung in ihrem Vertrauen zum Führer durchaus nicht erschüttern lasse. Die Berichterstattung wurde etwas später unter der Regie des Sicherheitsdienstes der SS, des SD, wieder aufgenommen, aber 1943/44 erneut eingestellt, weil sie eine „defaitistische“ Wirkung hätte. Die Berichte über korrupte Ortsgruppenleiter, pöbelnde SA-Leute und unfähige HJ-Führer erinnerten die Adressaten an die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit des Regimes. In dessen Selbsteinschätzung erübrigte sich eine Seismographie der Bevölkerungsstimmung, da der repressive Apparat eine hinreichende Gewähr für die Vermeidung systemgefährdender Krisen darzustellen schien.

Indes, in den firmengeschichtlichen Beständen der deutschen Wirtschaftsarchive überdauerte selbstredend eine geordnete Berichterstattung, da Unternehmensleitungen, anders als nationalsozialistische Dienststellen mit ihrem die Gesetze der sozialen Lebenswelt ignorierenden Wechselspiel von Propaganda und Repression, täglich mit Manifestationen des sozialen Konflikts rechnen mussten. Das System der „Vertrauensräte“, das nach dem Willen der Ministerialbürokratie um Mansfeld die nach der Absetzung gewählter Betriebsräte verwaiste betriebliche Leerstelle einer Ausgleichsdistanz zwischen Kapital und Arbeit zu kaschieren hatte, konnte immerhin Signale betrieblicher Unzufriedenheit an die Unternehmensführung senden. Da die Scheinwahlen zu diesem Gremium seit 1936 nicht mehr stattfanden, führten die Vertrauensleute vielfach ein kümmerliches Dasein, allenfalls durchbrochen, wenn der „Führer des Betriebes“ eine Zusammenkunft für angezeigt hielt. Widerspruch erhob sich bei den Sitzungen gewöhnlich nur dann, wenn der miteingeladene Betriebsobmann der DAF die nationalsozialistisch inspirierte „Fürsorgepflicht für die Gefolgschaft“ zu offensichtlich vernachlässigt sah. So kam es am 4. April 1939 auf der Vertrauensratssitzung der Zeche Gneisenau der Harpener Bergbau-AG, Gruppe Dortmund,

zu einem durchaus typischen Konflikt.³⁶² Der Direktor der Zeche, Bergassessor Schlarb, brachte die Verweigerung der Morgenschicht zur Sprache, auf der zweiten Sohle am Flöz Dickebank eine Stunde länger zu arbeiten. Dadurch seien 800 Wagen weniger gefördert. Er berief sich auf § 14 der Betriebsordnung, wonach Arbeiter im Falle von Betriebsstörungen verpflichtet seien, länger als die regelmäßige Schichtzeit zu arbeiten, wenn sie vom Vorgesetzten dazu aufgefordert wurden. Trotzdem waren alle Hauer nach der einfachen Schicht von 8 ¾ Stunden ausgefahren: „[...] sie hätten in 8 ¾ Stunden genug getan“.

Tatsächlich hatte der Ruhrbergbau durch eine Verordnung Hermann Görings vom März 1939 gerade eine Schichtzeitverlängerung von 45 Minuten erfahren.³⁶³ Das ging selbst den Arbeitgebern zu weit, und zwar zum einen, weil sie die Belegschaften an ihrer physischen Leistungsgrenze sahen, und zum anderen, weil für die Mehrarbeit kostenintensive Zuschläge zu zahlen waren, die das ohnehin anarchisch verzerrte Lohngefüge auf den Zechen zum Verdross anderer Arbeitergruppen weiter verschieben würde. Göring war in der Ignoranz seiner Machtfülle der Vierjahresplanbehörde auch nicht davon zu überzeugen gewesen, dass eine Schichtlänge von 8 ¾ Stunden bei einem Dreischichtensystem unsinnig war. Nun mussten die Bergleute länger einfahren als in der Epoche des Kaiserreichs vor dem Ersten Weltkrieg, als die Schichtzeitlänge zum brodelnden Indikator von Massenstreiks geworden war.

Schlarb machte unmissverständlich klar, dass er ein solches Verhalten nicht dulden könne und sie dem Treuhänder der Arbeit melden würde: „Das grenze schon mehr an Sabotage des Vierjahresplanes.“³⁶⁴ Bezeichnenderweise mochte sich der DAF-Betriebsobmann Hesse nicht äußern. Auf Vorhaltungen Schlarbs, er müsse in seiner Funktion dafür sorgen, dass derartige Fälle nicht vorkämen, entgegnete Hesse, „daß hier noch kein nationalsozialistischer Geist herrsche und daß Gemeinschaftsgefühl nicht vorhanden sei“. Die Vertrauensratsmitglieder hingegen verurteilten das Verhalten ihrer „Klientel“ sehr scharf. Stiepelmann betonte für den Vertrauensrat, „daß das eine große Disziplinlosigkeit der Gefolgschaftsmitglieder sei und daß die Verwaltung hier streng durchgreifen müßte. Überhaupt sei in der ganzen Gefolgschaft wenig Disziplin“. Das zeige sich auch am 1. Mai, wo nur ein geringer Teil der Gefolgschaftsmitglieder an dem Zug

362 Westfälisches Wirtschaftsarchiv: WWA, F 79, Nr. 1094. Protokoll vom 20.4.1939.

363 Wisotzky, Klaus: Der Ruhrbergbau im Dritten Reich, Düsseldorf 1983, S. 323 f.

364 Wie Anm. 362.

teilnehme. Von der Verwaltung müsste „erzieherisch eingewirkt werden, und wenn es nicht anders ginge, müßten Bestrafungen oder Kürzungen des Weihnachtsgeldes erfolgen“. Bergassessor Schlarb zeigte sich „mit der Bestrafung einverstanden“. Dieser betriebliche Konfliktfall von beachtlicher Komplexität, bedenkt man die Einbeziehung von mehreren Amtsträgern und Organisationen ebenso wie die biografisch-historischen Erfahrungen der betroffenen Bergleute, war exemplarisch für das soziale Klima in den deutschen Betrieben bis in den Weltkriegsbeginn hinein.

In einer Skizze unter der Fragestellung: „Wie verlief der Weg der Arbeiterschaft von Depressionsschock zur Führerloyalität“ hat Hans-Ulrich Wehler im 4. Band seiner „Deutschen Gesellschaftsgeschichte“ hingegen ein geradezu idyllisches Gegen-Panorama entworfen.³⁶⁵ Wehler spart nicht mit „geradezu leuchtenden Farben“, sieht die Reallöhne in beachtlicher Höhe, feiert „beträchtliche Sozialleistungen“.³⁶⁶ Die Maßnahmen der DAF „machten den Betrieb attraktiver, erhöhten auch die Bindung an ihn“.³⁶⁷ Seine euphorische, epochenübergreifende Anerkennung der Leistungen des Regimes wird durch keine Quellen-Referenz beglaubigt: „Im Dienste rüstungswirtschaftlicher Effizienz wurde aber auch allgemein die Qualifikation des ‚Humankapitals‘ verbessert, was sich als großer Vorteil nach 1945/49 erweisen sollte, und das Anreizsystem steigender Effektivlöhne und Zulagen prämierte nicht nur die Schulung der Fertigkeiten, sondern verschaffte auch Leistungsstolz und Selbstbewusstsein.“³⁶⁸ Die unentwegt bekundete Hochschätzung der Arbeiterschaft durch Ley, Goebbels, Göring und weitere NS-Prominenz lud „ständig zum Vergleich mit dem Kaiserreich und der Republik ein, als solche öffentliche Anerkennung ausgeblieben, ja fast undenkbar geblieben war“.³⁶⁹ Das ist nun fürwahr selbst für die Arbeiterpolitik Wilhelms II. bis in die Tiefe hinein falsch, abgesehen vom gewerkschaftlich geförderten Berufsstolz und den wissenschaftlichen, publizistischen und kirchlichen Bemühungen um Sozialreformen. Und für die Sozialpolitik der Weimarer Republik,

365 Wehler, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Vierter Band. Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914-1949, München 2003, S. 732-741.

366 Ebenda, S. 733.

367 Ebenda, s. 734.

368 Ebenda.

369 Ebenda, S. 735. Siehe dazu auch Hachtmann: Geist, S. 3: „Zudem wird deutlich, daß entgegen mancher Auffassung auch unter Historikern die Arbeit und der Arbeitsbegriff trotz inflationärer Verwendung während der NS-Herrschaft keine Aufwertung erfuhr.“

denkt man allein an das Wirken der Arbeitsminister Gustav Bauer (SPD) und Heinrich Brauns (Zentrum) und das Hineinwachsen der sozialdemokratischen und christgewerkschaftlichen Arbeiterbewegung in die Republik, stellt das Urteil historische Sachverhalte geradewegs auf den Kopf.

Den Freien Gewerkschaften wird von Wehler für die Machtübertragungsphase bescheinigt, nur mehr als „ein verfallendes Gebäude in desolater Verfassung übriggeblieben“ zu sein.³⁷⁰ Die „Machtübergabe“ wird weiten Teilen der Arbeiterschaft durch „passive Hinnahme“ angelastet, zugleich der „aktive[n] Unterstützung durch Millionen Arbeiterwähler“.³⁷¹ Dass im Frühjahr 1933 noch nach den Reichstagswahlen vom 5. März und teilweise auch nach dem Ermächtigungsgesetz bei den Betriebsratswahlen in der Mehrzahl aller deutschen Betriebe ein überwältigendes Votum für die freien Gewerkschaften zustande kam, und das bei Wahlbeteiligungen von bis zu 80 Prozent, muss Wehler dabei entgehen. Nach einer Statistik in der „Gewerkschaftszeitung“ erhielten bei den Arbeiterratswahlen die Freien Gewerkschaften 73,4 Prozent der Stimmen, die Christlichen Gewerkschaften 7,6 Prozent, Hirsch-Dunckersche Gewerkvereine 0,6 Prozent, die RGO 4,9 Prozent und die NSBO lediglich 11,7 Prozent. Wäre die Entscheidung für die Beibehaltung der Weimarer Republik in den Betrieben gefallen, so wären die Nationalsozialisten von der Teilhabe an der Macht ausgeschlossen geblieben.³⁷²

Auf welche historischen Arbeiten sich Wehler bei seiner Einschätzung bezieht, die NSBO schien Anfang April 1933 „für viele eine akzeptable Interessenvertretung zu bieten, zumal sie noch ganz offen für Betriebsräte, Tarifpolitik und Streikrecht eintrat“, wird wohl sein Geheimnis bleiben. Selbstredend wird der Joker der „Volksgemeinschaft“ bemüht, hier „in Gestalt einer egalitären Leistungsgemeinschaft“, so das „Aufstiegsmobilität und Statusaufwertung“ befriedigt wahrgenommen seien, Berufs- und Betriebswettkämpfe als willkommene Leistungsprobe begrüßt wurden. Im selben Maße, wie die Arbeiterschaft für ihre „Begeisterungstürme“ im Rahmen von Kriegsvorbereitung und Eroberungs-

370 Wehler, Gesellschaftsgeschichte, S. 736 f.

371 Siehe dagegen Herbert, Arbeiterschaft, S. 322, der, auf der Basis von Wahlanalysen, festhält, dass 1933 drei Viertel der Arbeiterschaft den Nationalsozialismus nicht gewählt haben.

372 Milert/Tschirbs, Demokratie, S. 233 f. Siehe auch Weber, Petra : Gescheiterte Sozialpartnerschaft – Gefährdete Republik? Industrielle Beziehungen, Arbeitskämpfe und der Sozialstaat. Deutschland und Frankreich im Vergleich (1918-1933/39), München 2010, S. 947.

zügen getadelt wird, erfährt die DAF ungewöhnliche Milde.³⁷³ Die erkennbar drakonischen Strafen bei leichteren Arbeitsdisziplinverstößen von ein bis drei Jahren Gefängnis werden in Wehlers Urteil beinahe ein Ausfluss pädagogischer Mühewaltung: Es wurde „mit solchen Strafmaßnahmen behutsam umgegangen“. So habe die deutsche Arbeiterschaft „nach der Repressionswelle der Anfangszeit“ erhebliche „Konzessionsbereitschaft“ erfahren, überhaupt eine „vorsichtig-pflegliche Behandlung“. Es wundert nicht, dass die einführende Deutung der „traumatische[n] Erfahrung“ Adolf Hitlers als Ursache dafür ausgemacht wird.³⁷⁴ Das „Schrecksignal der Arbeiter- und Soldatenräte“ hätten Hitler und die „NS-Führungsequipe“ nie überwunden, und in internen Lagebeurteilungen, Privatgesprächen und abendlichen Tafelrunden kam Hitler „auf dieses schockierende Erlebnis oft zurück“. Nicht nur für Wehler empfiehlt sich eine vertiefte Auseinandersetzung mit dem psychoanalytisch fundierten Trauma-Begriff, der allenfalls im Unbewussten, in einer seelischen Krypta, seine Langzeitwirkung entfaltet, keineswegs aber, von Standarten und Posaunen begleitet, als selbsterklärende Motivation gehandelt werden darf.³⁷⁵

Die DAF-Parole „Freie Bahn den Tüchtigen“ wird im Maßstab 1:1 von Wehler in die soziale Wirklichkeit transferiert, der offensichtlich auch unter den Bedingungen des Zweiten Weltkriegs entfaltete „Triumph des Individualismus, der ungeschminkte Vorrang der Leistungs- und Konsumorientierung“ sollten sich angeblich daher „als sozial- und mentalitätsgeschichtliche Schlüsselphänomene der Bundesrepublik erweisen“, so als wäre die nach 1945 zaghaft entstehende Demokratiebewegung nicht aus den Betriebsversammlungen der „Zusammenbruchsgesellschaft“ entstanden.³⁷⁶

373 Wehler, Gesellschaftsgeschichte, S. 738 f.

374 Ebenda, S. 739.

375 Wehler war schon früh einer wechselseitigen Befruchtung von Psychoanalyse und Geschichtswissenschaft skeptisch entgegen getreten. Vgl. ders.: Zum Verhältnis von Geschichtswissenschaft und Psychoanalyse: In: Ders. (Hg.): Geschichte und Psychoanalyse, Köln 1971, S. 9-30.

376 Wehler, Gesellschaftsgeschichte, S. 741. Zur Kritik an Wehlers Positionen siehe auch Milert/Tschirbs, Demokratie, S. 296 ff.

X. Die Propheten der „Volksgemeinschaft“

Da Adolf Hitler im Laufe der späteren 1930er Jahre als Apologet einer „Volksgemeinschaft“ kaum noch in Erscheinung trat, musste die Hauptlast bei der „Beschwörung der Volksgemeinschaft“, außer durch die notorisch ungläubwürdigen Tiraden des Propagandaministers, von Robert Leys DAF getragen worden sein. Wie aber stand es um die Glaubwürdigkeit der Amtsträger der DAF in der deutschen Bevölkerung? Es war indessen gerade der riesige Apparat der Arbeitsfront, der im Ruf stand, die wohl korrupteste aller Institutionen des Dritten Reiches zu sein.³⁷⁷ Für das Wechselspiel von Machtposition und Lebensstil war das Privatleben Leys ein in der Bevölkerung bissig kommentierter Stein des Anstoßes.³⁷⁸ Der Biograf Robert Leys, Ronalds Smelser, kommentierte treffend, dass Leys Lebensstil „die Idee der Volksgemeinschaft zur Farce machte“.³⁷⁹

Der von der DAF „betreute“ Durchschnittsarbeiter verdiente rund 200 RM im Monat.³⁸⁰ Ley brachte es auf feste monatliche Einkünfte von 7.100 RM (4.000 RM als Leiter der DAF, 2.000 RM als Reichsorganisationsleiter der im NSDAP, 700 RM als Reichstagsabgeordneter und 400 RM als preußischer Staatsrat). Er bezog hohe Tantiemen aus seinen Büchern und Broschüren, die die riesige Mitgliedschaft der DAF selten freiwillig kaufte oder abonnierte. Allein mit der Zeitung „Der Angriff“ verdiente er in drei Jahren 150.000 RM. Über das Vermögen der beseitigten Gewerkschaften konnte er fast allein verfügen. Der mehr von seiner unbedingten Ergebenheit als von seiner Kompetenz überzeugte Hitler ließ ihm 1940 zudem eine einmalige Spende von 1 Million RM zukommen. Damit konnte er seinen fürstlichen Lebensstil aufrechterhalten und die früheren ewigen Geldschwierigkeiten vergessen machen. Mehrere Villen, jeweils mit umfangreichem Dienstpersonal (Butler, Köchin, Kindermädchen, Zimmermädchen, Wirtschaftlerin, Gärtner), etliche Automobile, ein umgerüsteter Eisenbahnwaggon, Zugriff auf mehrere Flugzeuge, teure Kleidung, kostbare Gemälde- all dies qualifizierte ihn wohl kaum zu einem Propheten der Volksgemeinschaft, zumal die Allüren

377 Evans, Diktatur, S. 561.

378 Peukert, Volksgenossen, S. 131 f., spricht von der wachsenden spöttisch bis verächtlichen Distanz der Arbeiter zu den selbsternannten „Arbeitervertretern“.

379 Smelser, Ronald: Robert Ley. Hitlers Mann an der „Arbeitsfront“. Eine Biographie, Paderborn 1989, S. 112.

380 Zum Folgenden ebenda, S. 112-117.

der Großmannssucht sowohl in den spöttelnden Eliten des Regimes als auch in der witzelnden Bevölkerung bekannt waren. Die gigantomanischen Baupläne nicht nur für die Arbeitsfront, sondern auch für Vergnügungsetablissemens zweifelhafter Couleur ergänzten seinen von Alkoholexzessen und Seitensprüngen durchwirkten vulgären Lebensstil, die Zahl seiner desaströsen Auftritte in der diplomatischen wie der industrienahen Öffentlichkeit wuchs beständig. Auf ihn trifft das von Georg Büchner geprägte Wort wie auf keinen anderen zu: „Er will die Rosse der Revolution am Bordell halten machen [...]“. ³⁸¹

Die Unfähigkeit des Regimes, an die Stelle der bewährten sozialpolitischen Institutionen Weimars etwas dauerhaft Funktionierendes zu setzen, forderte den hochgradig interventionistischen Staat zu stets neuen, meist noch autoritäreren Interventionen heraus, die, in der Fluchtlinie Arbeitszwang, die freie Arbeitsplatzwahl zunehmend beseitigten. In der von Ley erschlichenen Verordnung vom Oktober 1934 war von der Errichtung einer wirklichen „Volks- und Leistungsgemeinschaft aller Deutschen“ die Rede gewesen, und in der Realisierung von Leistungszwang durfte sich die DAF mit ihren Führungsstäben und den betrieblichen Obleuten fürwahr als erfolgreich fühlen. Die Ersetzung des Ausdrucks „Arbeitsmarkt“ durch den Begriff des „Arbeitseinsatzes“ war in diesem Fall tatsächlich mehr als eine bloße semantische Korrektur. ³⁸² Als Dynamik einer „sich selbst erzeugenden und selbst fortpflanzenden Bürokratie“ hat David Schoenbaum diesen Prozess charakterisiert. Zu Recht spricht er von der „Stellung eines Verbandes ohne Interessen“, mit „wenig mehr Interesse für irgend etwas außer ihrem eigenem Wachstum“. ³⁸³ Und das war in der Tat schwindelerregend. Die Mitgliederzahl wuchs von 9,14 Millionen im Januar 1934 auf 16,3 Millionen 1936. Durch die Zwangsmittelsbeiträge war der Etat der DAF höher als der der meisten Ministerien. Die Zahl der hauptamtlichen Funktionäre stieg von 36.325 im Jahr 1938 auf 48.791 Jahr 1942 an, und es war offensichtlich, dass diese Kader sich vor allem aus fachlich inkompetenten „alten Kämpfern“ auf Versorgungspositionen zusammensetzten. Charakteristisch für diese Organisation waren nicht nur die Gegnerschaft zur industrienahen Ministerialbürokratie und die Rivalitäten

381 Büchner, Georg: Dantons Tod, 1. Akt.

382 Hachtmann, Geist, S. 5.

383 Schoenbaum, David: Die braune Revolution. Eine Sozialgeschichte des Dritten Reiches, Köln etc. 1968, S. 120 f.

mit hohen NS- Amtsträgern, sondern auch die internen Diadochenkämpfe hinter Robert Ley, die nur mit Mühe beigelegt werden konnten.³⁸⁴

Es war Ley selber, der dem Wirtschaftsprüfer und Parteigenossen Karl Eicke 1936 den Auftrag gab, ein Gutachten über die Organisation anzufertigen und dabei „Misstände rücksichtslos darzulegen“.³⁸⁵ Auftragsgemäß übte Eicke heftigste Kritik an der mangelnden Kompetenz der Funktionäre, attestierte den Betriebsobleuten das Fehlen von Eignung sowie von erforderlichen Spezialkenntnissen für die einzelnen Betriebsgemeinschaften. Schonungslos konstatierte Eicke: Wenn aus Kampftruppen plötzlich Verwaltungsmenschen geschaffen werden, lassen „die fachlichen Kenntnisse der Sachbearbeiter meist stark zu wünschen übrig“. Dem Robert Ley unterstellten DINTA unter Karl Arnhold bescheinigte er „das große Durcheinander auf dem Gebiete der Berufserziehung“. Dass der Staat drohte, „zum ausführenden Organ der DAF“ zu werden, ließ sich als Tenor des Gutachtens unschwer erkennen. Bezeichnend für den organisationspolitischen Autismus Leys war nun, dass keinerlei Konsequenzen gezogen wurden, außer der, dass es mit der Parteikarriere Karl Eickes vorbei war. Macht, nicht Überzeugung oder „gemeinschaftsherstellende Verheißungen“, war die Basis für die Lähmungssymptome der Industriearbeiterschaft, die die Geschichtswissenschaft herausgefordert hat. In einem industrieinternen Schreiben beleuchtete Max Renker, ein Unternehmer aus dem Ruhrgebiet, diesen Zusammenhang am 29. August 1936 klarsichtig: „Auf der anderen Seite muss aber auch gesagt werden, daß bei der DAF, vor allem bei den unteren Organen, lange nicht alles so ist, wie es sein sollte. Das Menschmaterial, mit dem diese Stellen besetzt sind, ist in jeder Weise unzulänglich. Was sich da herumtreibt, sind zum großen Teil ganz junge Leute, im Alter von 20-30 Jahren, ohne jede Erfahrung in betrieblichen, geschweige denn sozialpolitischen Dingen. Ist einmal ein brauchbarer Mann darunter, so wird er nach kurzer Zeit wieder weg geholt, da man ihn anderswo an einem wichtigeren Posten notwendig braucht. Das geistige Rüstzeug besteht aus eingelernten Phrasen, die, da sie innerlich nicht richtig durchgearbeitet wurden, ohne Überzeugungskraft bleiben. Eigene Ideen oder auch nur Ansätze zu einer selbständigen Auffassung der Dinge sind nicht vorhanden. Die Folge davon ist, dass diese Leute weder von den Betriebsführern noch von den Gefolgschafts-

384 Smelser, Robert Ley, S. 162 ff., und Milert/Tschirbs, Demokratie, S. 276.

385 Hachtmann, Rüdiger: Chaos und Ineffizienz in der Deutschen Arbeitsfront. Ein Evaluierungsbericht aus dem Jahre 1936. In: VfZ 53 (2005), S. 43-78.

mitgliedern ernstgenommen werden, daß die starken Worte, die sie anwenden, als ‚falscher Ton‘ empfunden werden und daß sie sich mit ihren Anordnungen lediglich deshalb durchsetzen können, weil eben die große Macht der DAF dahinter steht.“³⁸⁶

Das riesige Unternehmenskonsortium der DAF beschäftigte auf dem Höhepunkt des Zweiten Weltkrieges ungefähr 200.000 Arbeitnehmer und machte einen Umsatz von etwa 2 Milliarden RM im Jahr. Den Grundstein dieses Imperiums hatte der Komplex von Unternehmen, Versicherungen und Genossenschaften gebildet, den die DAF den Gewerkschaften geraubt hatte.³⁸⁷ Der leitende Aspekt der solidarischen Selbsthilfe wurzelte tief in den Traditionen der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Er war insbesondere bei den Produktiv- und Konsumgenossenschaften erfolgreich gewesen, ebenso bei der „Volksfürsorge“ und der „Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten“.³⁸⁸ Die Wohngenossenschaften waren Beispiele direkter Mieterdemokratie, und ihre Musterbauten konnten sich sehen lassen, anders als der propagandistisch aufgebauchte spätere „Barackenstil“ der DAF. Die emanzipatorischen Grundsätze der gewerkschaftlichen Unternehmen wurden pervertiert in führerzentrierte, rassistische und bellizistische Maßgaben, während Robert Ley niemals nachließ, auch die verborgenen Reste einer widerständigen Arbeiterbewegung aufzuspüren und in Konzentrationslager einzuweisen. Als – ein Beispiel für viele - der 1933 mehrfach verhaftete SPD-Reichstagsabgeordnete Fritz Husemann, Vorsitzender des freigewerkschaftlichen Bergarbeiterverbandes, eine Klage gegen die DAF und Robert Ley anstrebte, wurde er Ende Februar 1935 erneut verhaftet, und zwar wegen „fortdauernder illegaler Gewerkschaftsarbeit“.³⁸⁹ Am 13. April 1935 wurde er in das Konzentrationslager Esterwegen eingeliefert, schwer misshandelt und nach wenigen Tagen erschossen. Als Husemann am 26. April 1935 in Bochum beige- setzt wurde, geriet das zur politischen Demonstration. Vor der Urne grüßten fast alle Teilnehmer stumm den großen Arbeiterführer. Die Gestapo meldete 1000 Beteiligte, darunter 300 Frauen. Sechs Personen nahm sie in Haft. Bei einem Besuch im KZ Dachau am 11. Februar 1936 ließ sich Ley vom Verwaltungschef

386 Zitiert nach Smelser, Robert Ley, S. 233 f.

387 Hachtmann, Rüdiger: Das Wirtschaftsimperium der Deutschen Arbeitsfront 1933-1945, Göttingen 2012, S. 9 f.

388 Ebenda, S. 25-28.

389 Wagner, Johannes Volker: Hakenkreuz über Bochum. Machtergreifung und nationalsozialistischer Alltag in einer Revierstadt, 3. Auflage, Essen 1993, S. 185 f.

des SS-Hauptamtes Oswald Pohl bei einem fürstlichen Mahl im „Waldkasino“ über die Zustände im Lager berichten.³⁹⁰

Mit Masseneinstellungen von „alten Kämpfern“ verschaffte Ley sich willige Untergebene. Während die etablierten Großbanken die Personalkosten senkten, zeigte die DAF-Arbeitsbank bei der Zumessung von Weihnachtsgratifikationen, Jahresabschlussprämien und weiteren Sonderzahlungen eine Großzügigkeit, die bei Abwerbungen aus der Privatwirtschaft zu einer vom Regime eigentlich bekämpften Gehaltsspirale führte.³⁹¹ Über den allgemein deklarierten tariflichen Gehaltsstopp setzen sich die politischen Funktionsträger der DAF in ihrer Selbstbereicherungsmentalität souverän hinweg und gewährten großzügig weit überdurchschnittliche Gehälter in den eigenen Konzernen. Korruptionsaffären erschütterten ab und an das Gefüge der DAF, und die Bereicherungsstrategien fanden in den besetzten Ländern neue Nahrung. Dies sowie Vetternwirtschaft und Bestechung waren die Maximen nicht nur der Arbeitsfront, sondern des gesamten politisch-ökonomischen Systems, das das raffgierige und menschenverachtende Regime des Nationalsozialismus der deutschen und schließlich der europäischen Gesellschaft implantierte.

Es wirft ein bezeichnendes Licht auf die reale Wirkung der „Volksgemeinschafts“-Phrasen eines Robert Ley, dass seine Reden und öffentlichen Auftritte von der NS-Führungsspitze mit Spott bedacht wurden. Natürlich schwang in den regimieinternen Herabsetzungen auch ein Gran Neid auf die organisatorischen und finanziellen Kraftakte des Führers der DAF mit. Mit Hass gar wurden die Aktivitäten von Ley und Goebbels bei den Gauleitern der NSDAP verfolgt.³⁹² Die bitteren Tiraden des Joseph Goebbels gingen zwar gegen die meisten Satrapen, so gegen den „Dicken“ Hermann Göring. In Goebbels' Tagebucheintrag vom 23. August 1933 heißt es u. a.: „Göring kommt. Das alte Ekel. Will General werden. Warum nicht gleich Feldmarschall? Aber eine neue Uniform fällig. Fällt auf die Nerven.“³⁹³ Auch Hugenberg, Röhm, Seldte, Neurath, Darre' bekommen ihr Fett ab, besonders aber der Partei-Ideologe Alfred Rosenberg. Das Lieblingsziel seines Spotts war aber Robert Ley. Über die Führertagung am 15. Juni 1933 heißt es:

390 Siehe Foto im Bundesarchiv BA 152-05-36.

391 Hachtmann, *Wirtschaftsimperium*, S. 533 f.

392 Hüttenberger, Peter: *Die Gauleiter. Studien zum Wandel des Machtgefüges in der NSDAP*, Stuttgart 1969, S. 122.

393 *Die Tagebücher von Joseph Goebbels*, hrsg. von Elke Fröhlich. Teil I. Aufzeichnungen 1923-1941. Band 2/III. Oktober 1932-März 1934, München 2006, S. 251.

„Heß spricht gut. Ley Edelquatsch.“³⁹⁴ Über seinen eigenen Tagungsbeitrag notierte er dagegen in typischer Selbstverherrlichung: „Riesenerfolg. Alles begeistert.“ Offensichtliche organisatorische Mängel beim Reichsparteitag in Nürnberg im September 1933 kreidete er Ley an: „Ley ist ein Dilettant.“³⁹⁵ Am 11. April 1934 notierte er: „Mit Ley Arbeitsfrontfragen und Kulturkammer beraten. Preisfrage: Was geschieht, wenn er einmal nüchtern ist?“³⁹⁶ Über den 10. April lautet der Eintrag: „Ley hat Tagung. Die Arbeitsfront. Treuhänder und Wirtschaft. Immer derselbe Quatsch. Ich verdrücke mich bald.“³⁹⁷ Am 16. Mai 1934 hatte Hitler vor der Arbeitsfront geredet: „Sehr gut. Über Eigentum und Sozialismus. Absage an den Illusionismus. Eine wichtige Rede. Ley quatscht Unsinn.“³⁹⁸ Und am 4. Juli 1934, nach den Morden an den SA-Führern und politisch missliebigen Persönlichkeiten, heißt es über Ley: „Er dilettiert überall herum.“³⁹⁹ Niemand in den Führungskadern der NSDAP nahm Ley politisch ernst, vor allem nicht seine Reden und Botschaften.

394 Ebenda, Eintrag vom 16. Juni 1933, S. 208.

395 Ebenda, Eintrag vom 1. September 1933, S. 258.

396 Ebenda, Band 3/I. April 1934-Februar 1936, S. 32.

397 Ebenda.

398 Ebenda, Eintrag vom 17. Mai 1934, S. 49.

399 Ebenda, S. 74.

XI. Urlaub und Reisen im Dritten Reich

Um den Anschein herzustellen, als sei es wenigstens die Auszeit von der Arbeit, nämlich der Urlaub, gewesen, der als sozialpolitische Errungenschaft des Dritten Reiches nicht bloß als „Verheißung“, sondern als Realität zu verbuchen sei, haben die Vertreter der „Volksgemeinschafts“-These den KdF-Reisen einen Vorzugsplatz in ihrer Argumentation eingeräumt. Dabei reichen die Einlassungen von dem Fehlurteil, erst die Nationalsozialisten hätten einen nennenswerten Urlaub gewährt,⁴⁰⁰ bis zur Behauptung, die KdF-Reisen seien als Vorgeschmack auf den Freizeit-Tourismus seit den 1950er Jahren zu bewerten. Hingegen gibt es Tarifurlaub bekanntlich in der deutschen Großindustrie seit den ersten Tarifverträgen von 1919. Der Tarifvertrag im Deutschen Lithographie- und Steindruckgewerbe vom 1. Juni 1924 garantierte allen Gehilfen „unter Fortzahlung des Lohnes bei einer ununterbrochenen Beschäftigungsdauer in der gleichen Firma“ bei einem Jahr „Ferien“ von 5 Arbeitstagen, bei 3 Jahren 8 Arbeitstage, bei 6 Jahren 9 Arbeitstage und bei 10 Jahren 11 Arbeitstage.⁴⁰¹ Für den Ruhrbergbau etwa betrug die höchste Urlaubsdauer anfangs noch 6 Arbeitstage. Im Jahre 1929 standen dem Untertage-Arbeiter bei einer 15jährigen knappschaftlich versicherten Beschäftigung bereits 12 Urlaubstage zu.⁴⁰² Bei achtjähriger Beschäftigung kam der erwachsene Arbeiter auf 10 Urlaubstage. Das kann man fürwahr als Erfolge gewerkschaftlicher Tarifpolitik bezeichnen - das waren nämlich Standards, die eine organisierte Arbeiterbewegung aus eigener Kraftanstrengung etabliert

400 Vgl. auch.: Spode, Hasso: Arbeiterurlaub im Dritten Reich. In: Sachse, Carola/Tilla Siegel/Hasso Spode/Wolfgang Spohn: Angst, Belohnung, Zucht und Ordnung. Herrschaftsmechanismen im Nationalsozialismus, Opladen 1982, S. 275-328.

401 Tarifvertrag für das Deutsche Lithographie- und Steindruckgewerbe. Gültig ab 1. Juni 1924, Berlin 1924, S. 11.

402 Tschirbs, Tarifpolitik, S. 363 f. Bei Krupp in Essen kam es Mitte 1919 zu einer Vereinbarung, wonach jeder erwachsene Arbeiter nach dreijähriger Werkszugehörigkeit Anspruch auf drei Urlaubstage hatte; nach sieben Jahren waren sechs Urlaubstage vorgesehen.

hatte.⁴⁰³ Das wird auch in der Untersuchung von Christine Keitz differenziert dargestellt.⁴⁰⁴ Während vor dem Ersten Weltkrieg nur rund 10 Prozent aller Arbeiter rechtlichen Anspruch (d. h. durch Tarif- oder Einzelarbeitsvertrag) auf eine bezahlte Jahresfreizeit hatten, waren es im Januar 1928 rund 90 Prozent.⁴⁰⁵ Für die Masse der Angestellten galt gar, dass 1928 der Höchsturlaub für 87,4 Prozent bei mehr als 12 Arbeitstagen lag.⁴⁰⁶ Der Arbeiter-Urlaub war in der Weimarer Zeit deutlich im Begriff, den aus dem Kaiserreich herrührenden Abstand aufzuholen.

Der Fremdenverkehr wurde nicht nur von Kommunen, sondern auch staatlicherseits als enorm wichtiger und expandierender Wirtschaftszweig betrachtet.⁴⁰⁷ Es ging nicht mehr um „Luxusbedürfnisse“ im Fremdenverkehr, sondern um „volkswirtschaftliche Notwendigkeit“. Urlaub, Reisen und Sport bildeten sich in der Weimarer Republik als „eigengesetzliche Lebensbereiche“ heraus: „Sie konstituierten neue, milieu- und schichtspezifische ‚Erfahrungshorizonte‘, die einen Prozeß der unterschweligen Individualisierung in Gang setzten und damit einen tiefgreifenden gesellschaftlichen Strukturwandel auslösten, den die Forschung bislang in der NS-Zeit oder erst in die 1950er und 1960er Jahre datiert hat.“ Die Zahl der reisenden Siemens-Arbeiter etwa hatte bereits vor Einsetzen des KdF-Tourismus bei rund 20 Prozent gelegen.⁴⁰⁸ Der Prozess des Massentourismus begann demnach, so Keitz, in der Weimarer Republik.⁴⁰⁹ Weder 1933 noch 1945 bildeten eine signifikante Zäsur, vielmehr stellten sich in der BRD erst nach 1960 strukturelle Wandlungen ein.⁴¹⁰ Wenn im Übrigen in der NS-Zeit staatlicherseits

403 Zu den in den einzelnen Tarifgebieten erzielten Urlaubsbestimmungen s. besonders S. Schwarz: Der Fortschritt des Urlaubsgedankens. In: Betriebsräte-Zeitschrift für die Funktionäre der Metallindustrie. 8. Jg. (1927), Nr. 17, S. 535-538, und Nr. 18, S. 570-572. Problematisch an den deutschen Urlaubsregelungen waren die, im europäischen Maßstab, längeren Anwartschaftszeiten, also die Beschäftigungsdauer im Betrieb oder Gewerbe, um in den Genuss der tariflich längeren Urlaube zu kommen. Dass die Urlaubsdauer für jugendliche Beschäftigte, also für Lehrlinge, noch hinter den Bestimmungen für Vollbeschäftigte zurückblieb, hängt auch mit dem Dissens zwischen den Gewerkschaften und dem Reichsarbeitsministerium zusammen. Die Gewerkschaften sahen den Urlaub der Jugendlichen als eine Angelegenheit des Jugendschutzes an, der durch die Gesetzgebung zu verwirklichen sei. Vgl. Maschke, Walter: Die Urlaubsregelung für die Jugendlichen. In: Die Arbeit. 8. Jg. (1931), Heft 9, S. 718-723.

404 Keitz, Christine: Die Anfänge des modernen Massentourismus in der Weimarer Republik. In: AFS 33 (1993), S. 179-209.

405 Ebenda, S. 184.

406 Ebenda, S. 185 f.

407 Ebenda, S. 187 f.

408 Ebenda, S. 208.

409 Ebenda, S. 208 f.

410 Milert/Tschirbs, Demokratie, S. 444.

Urlaub, zumal für jugendliche Beschäftigte, auch in jenen Branchen „gewährt“ wurde, die in der Weimarer Republik auf dem Urlaubssektor wenig erreicht hatten, so muss das jeweils im Kontext des Herrschaftskalküls und der Auslastung der Freizeitangebote betrachtet werden.

Was nun die KdF-Fahrten angeht, so hat sich seit dem viel zitierten Aufsatz von Hasso Spode „Der deutsche Arbeiter reist“ wenig Neues ergeben.⁴¹¹ Schon Spode hatte konstatiert, die Urlaubsreisen wurden als sichtbarer Beweis für „die Schaffung der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft gefeiert“ und seien als Erfolg „der ansonsten ungeliebten Arbeitsfront“ zugerechnet worden.⁴¹² Spode betont eingangs unmissverständlich, dass die Zerschlagung der Gemeinschaften der Arbeiterbewegung die Voraussetzung für den DAF-Aufstieg gewesen sei: Millionen von Menschen waren „ihrer selbst geschaffenen kulturellen Einrichtungen beraubt“ worden.⁴¹³ Tatsächlich war die KdF-Mitgliedschaft automatisch mit dem Zwangsbeitritt zur DAF verbunden. Für die Reisen galt, dass nur eine Minderheit der KdF-Fahrer länger als zwei Tage unterwegs war; nur jeder zehnte KdF-Fahrer kam in den Genuss einer Hochseereise. Der Fremdenverkehr, maßgeblich schon in der Weimarer Zeit entwickelt, stellte keineswegs ein Monopol der KdF dar; von den Übernachtungen im Fremdenverkehr fielen in der NS-Zeit lediglich zehn Prozent auf solche von KdF-Urlaubern.⁴¹⁴

Leys vollmundig propagiertes Ziel einer „Volksgemeinschaft“ durch Reiseerlebnisse sollte sich im KdF-Seebad Prora auf Rügen realisieren, das für 20.000 Urlauber, vornehmlich Familien, dimensioniert war. Der Bau von Prora basierte freilich auf einer sehr optimistischen Kalkulation der Bau- und Betriebskosten, die nicht der Realität entsprach: „Die KdF operierte ohne zuverlässige Informationen, ob und wann sich die deutsche Durchschnittsfamilie einen zweiwöchigen Urlaub in Prora leisten konnte. Das visionäre Konzept einer durchrationalisierten ‚Urlaubsmaschine‘ mit einer so anspruchsvollen Ausstattung wie in Prora stand im Widerspruch zu den begrenzten ökonomischen Möglichkeiten und dem wirtschaftlichen Handeln des Regimes, das der Steigerung des individuellen

411 Spode, Hasso: „Der deutsche Arbeiter reist.“ Massentourismus im Dritten Reich. In: Huck, Gerhard: Sozialgeschichte der Freizeit. Untersuchungen zum Wandel der Alltagskultur in Deutschland, Wuppertal 1980, S. 281-306.

412 Ebenda, S. 281.

413 Ebenda, S. 292 f.

414 Ebenda, S. 293-301.

Konsums keine Priorität gab.⁴¹⁵ Das Endstadium der Errichtung fiel in die Zeit der Ostkriege, so blieb dieses Projekt wie so vieles eine Ruine. Bereits 1939 waren die deutschen Bäder und Kurorte wieder „KdF-frei“, die Exklusivität des qualifizierten Fremdenverkehrs, wo die KdF-Urlauber nicht mehr als Belästigung empfunden wurden, war wieder hergestellt. Eine Steigerung der Urlaubsfahrten wäre im Übrigen nur durch Lohnerhöhungen möglich gewesen.⁴¹⁶ Spode Resümee lautet daher treffend: „Eine Umverteilung der Einkommen in diese Richtung aber hätte der Zweckbestimmung der Arbeitsfront, die Entrechtung der Arbeiterschaft zu institutionalisieren, diametral entgegengestanden.“

Gleichwohl war die Organisation des Massentourismus zweifellos die aufwändigste und populärste Unternehmung des Freizeitwerks der DAF.⁴¹⁷ Die Schiffsreisen etwa waren so arrangiert, dass Vergnügen und politische Indoktrination zusammenfielen. In den eigens gebauten Passagierdampfern sollte es zur Demonstration der „Einheit der deutschen Volksgemeinschaft“ keine Unterschiede in den Kabinenklassen geben. Im Übrigen sollten die Auslandsreisen auch der Welt zeigen, wie überlegen die Deutschen den anderen „Rassen“ seien. Tatsächlich ließen die Reisen aber erst die sozialen Unterschiede hervortreten, die ohne sie vielleicht nur latent geblieben wären.⁴¹⁸ Da die KdF bei den Hoteliers und Gastwirten die Preise so weit wie möglich drückte, gaben diese häufig ein minderwertiges Essen an die Pauschalreisenden aus, während die Individualtouristen, die noch die Mehrheit der Reisenden auch in den 1930er Jahren ausmachten, höherwertig bedient wurden. Das Bürgertum wollte auf Reisen ganz und gar nicht „volksgemeinschaftlich“ zusammenkommen, sondern lieber unter sich bleiben. Staatssekretär Otto Meißner aus dem Reichspräsidialamt bemerkte, dass das geräuschvolle Eindringen der KdF-Urlauber in bisher ruhige Urlaubsorte und Heilbäder „Mißfallen und Kritik im Bürgertum“ erregte. So wich die Bourgeoisie auf nicht vom KdF heimgesuchte Urlaubsziele aus.⁴¹⁹

415 Kopper, Christopher: Die Reise als Ware. Die Bedeutung der Pauschalreise für den deutschen Massentourismus nach 1945. Zeithistorische Forschungen.de. Zeitgeschichte online 4 (2007), H 1 u. 2, S. 1.

416 Spode, Massentourismus, S. 305.

417 Zum Folgenden: Evans, Diktatur, S. 566 ff.

418 Ebenda, S. 570 ff.

419 Spode, Massentourismus, S. 304.

Was die Schiffsreisen anging, so war im Volksmund die Fahrt nach Madeira ohnehin als „Bonzenfahrt“ apostrophiert.⁴²⁰ Die Kabinen auf dem Oberdeck wurden von Parteioberen, höheren Beamten und Angestellten belegt, während sich die Teilnehmer aus der Arbeiterklasse, deren Anteil etwa auf einer Norwegenfahrt bei unter 10 Prozent lag, in Kabinen unterhalb der Wasserlinie wiederfanden. Währenddessen hatten sich die Parteifunktionäre samt Anhang der Wein- und Biervorräte an Bord bemächtigt und die Kontingente alsbald verzehrt. Häufig beschwerten sich Arbeiter über das protzige Verhalten der Mitreisenden aus bürgerlichen Schichten und darüber, dass diese sich ihnen eben nicht hinzugesellten, sondern lieber unter sich blieben. Statt an politischen Schulungen und Versammlungen teilzunehmen, kam es nach Aussage der mitreisenden Gestapo-Agenten zu Massen-Besäufnissen und Schlägereien. Affären der unverheirateten jungen Frauen erregten Aufmerksamkeit, die Rettungsboote dienten vielfach als Orte promiskuer Begegnungen. Politisch von Interesse dürfte dabei sein, dass auf der Passagierliste einer eigens für Gauleiter organisierten Schiffsreise zwei bekannte Prostituierte verzeichnet waren, und wenn Robert Ley, der Propagandist der „Volksgemeinschaft“, mitreiste, war gewöhnlich eine Gruppe blonder, blauäugiger junger Frauen an Bord, so dass die KdF im Berliner Volksmund auch „Bonzenbordell“ genannt wurde. Ley benötigte eine Leibwache von zwei Männern, damit er nicht betrunken über Bord ging. Im Übrigen galt für die Anfangsphase der Seereisen, dass Charterschiffe älterer Bauart eingesetzt wurden, die kaum den internationalen Ansprüchen des See-Tourismus genügten. So waren anfangs auf den KdF-Schiffen noch große, schlecht belüftete Massenschlafsäle und ungenügende sanitäre Einrichtungen, teilweise ohne fließendes Wasser auf den unteren Decks, anzutreffen. In den im Mai 1937 in See stechenden Schwestern-Schiffen „Wilhelm Gustloff“ und „Robert Ley“, die ohne Klasseneinteilung konzipiert waren, war zwar nicht an Kabineneinrichtungen, wohl aber an sanitärer Ausstattung gespart worden; auf der „Robert Ley“ standen für 1600 Passagiere nur 40 Badezimmer und 100 Duschen zur Verfügung. Dafür waren für die Bordappelle und die weltanschaulichen Erziehungsmaßnahmen 156 Bordlautsprecher vorhanden.⁴²¹

420 Evans, Diktatur, S. 571 ff.

421 Weiß, Hermann : Ideologie der Freizeit im Dritten Reich. Die NS-Gemeinschaft ‚Kraft durch Freude‘. In: AfS 33, 1993, S. 289-303, hier: S. 298.

Die symbolische Bedeutung der KdF hat gewiss in der Rückschau der Teilnehmer einen hohen Stellenwert. Schwerer wiegt ohne Zweifel, dass die kulturellen Traditionen der sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiterbewegung abgebrochen wurden. Insgesamt aber hielt ein sozialdemokratischer Beobachter 1935 im Blick, KdF „entbehrt jeder kulturellen Grundlage. Die Veranstaltungen halten sich auf dem Niveau der Dorfbierfeste kleinbäuerlicher Gastwirtschaften.“⁴²² Von einer Zukunftsbedeutung der KdF-Reisen für einen in den 1950er Jahren zaghaft entstehenden Massentourismus kann nicht gesprochen werden. Der Jahresumsatz des größten damaligen Tourismusunternehmens, des Mitteleuropäischen Reisebüros, lag 1938 bei 250 Millionen RM gegenüber 90 Millionen RM des KdF-Amtes „Reisen, Wandern, Urlaub“. Überdies ist der banale Umstand hervorzuheben, dass es sich bei den KdF-Fahrten um Veranstaltungen für Einzelreisende handelte. Trotz größter Bemühungen waren Pläne für Familienfahrten, auch aus Kostengründen, zu den Akten gelegt worden.⁴²³ Hasso Spode resümierte daher, dass die Arbeitsfront mit der Herstellung eines volksgemeinschaftlichen Wir-Gefühls zweifelsohne gescheitert sei, sondern nur die „Illusion sozialen Aufstiegs“ bedient habe. Während bei Kriegsbeginn KdF-Dampfer zu Truppentransportern umgebaut wurden, ihre Gästehäuser zu Lazaretten, die Ferienanlagen zu Genesungsheimen, florierender kommerzieller Tourismus weiterhin. Dass das einst als „eins der größten sozialistischen Werke des deutschen Volkes“ propagierte KdF-Amt künftig der Truppenbetreuung diene,⁴²⁴ zeigt unmissverständlich die realen Ziele des NS-Regimes auf: Statt „Herstellung einer Volksgemeinschaft“ eine Kette von Eroberungs- und Vernichtungskriegen, die dem propagandistischen Spuk ein drastisches Ende bereiteten. Es versteht sich, dass mit Aufnahme kriegerischer Maßnahmen des Regimes sämtliche Urlaubsbedingungen durch eine Kriegswirtschaftsverordnung aufgekündigt werden konnten, so etwa am 4. September 1939.⁴²⁵

Ein internationaler Vergleich zeigt im Übrigen, dass der Massentourismus im nationalsozialistischen Deutschland keineswegs führend war. Weniger als

422 Evans, Diktatur S. 574.

423 Siehe auch Schaufuß, Thomas: Die politische Rolle des FDGB-Feriedienstes in der DDR. Sozialtourismus im SED-Staat, Berlin 2011, S. 66 ff.

424 Spode, Massentourismus, S. 306.

425 Siehe die Dokumente 185, 200 und 228 in: Mason (Hg.): Arbeiterklasse, aus denen hervorgeht, dass die Vorschriften über den Urlaub mit Wirkung vom 15.1.1940 vorläufig wieder in Kraft traten.

15 Prozent aller Deutschen, aber fast 40 Prozent aller Briten unternahmen 1938 eine Urlaubsreise. In Großbritannien gehörte ein einwöchiger Urlaub in einem Seebad bereits zu den Gewohnheiten von Angestellten und Facharbeitern, sogar von angelernten Arbeitern. Diese Möglichkeiten basierten auf zahlreichen kleinbürgerlich und proletarisch geprägten Sparvereinen, „die das Sparen für eine einwöchige Urlaubsreise in den unteren Gesellschaftsschichten institutionell verankerten“.⁴²⁶

426 Kopper, Die Reise, S. 1.

XII. Willkür statt Strategie

In seinem Werk „Volksgenossen und Gemeinschaftsfremde“, das von den Vertretern der „Volksgemeinschaft“-These gern zitiert wird, hat Detlev Peukert 1982 zwar eingeräumt, „Volksgemeinschaft“ sei ein Schlüsselbegriff der nationalsozialistischen Gesellschaftspolitik gewesen, doch im selben Gedankengang charakterisiert er die Propagierung von „Volksgemeinschaft“ als „Fassadenkunst“.⁴²⁷ Er konstatiert eine tiefe Kluft zwischen Volksgemeinschaftspropaganda und Alltagswirklichkeit. Was vor der Machtübertragung als vage Zielutopie gelten durfte, habe nach 1933 seine „ganze Hohlheit und Inhaltsleere“ offenbart, und zwar erkennbar in allen Bevölkerungsschichten. Nur aufwändige Kampagnen in kürzeren Intervallen hätten noch gemeinschaftliche „Rauschzustände“ hervorrufen können. Das sei Goebbels deutlich geworden, weshalb er in den Massenmedien, speziell im Unterhaltungsfilm, eine unpolitische Sphäre angeboten habe. Peukert hält fest, dass der Nationalsozialismus ohne jede kulturelle Vision dastand; entweder gebärdeten sich die NS-Kader destruktiv oder parasitär.⁴²⁸ Zwar habe der Nationalsozialismus nicht die Realität der Industriegesellschaft außer Kraft setzen können, aber er habe immerhin ihre klare Wahrnehmung behindern und die Selbstorganisation der Betroffenen weitgehend verhindern können. Das Gerede von der „Volksgemeinschaft“ habe die realen Widersprüche eher noch ungewollt verschärft: „Den Feiertagsreden von der ‚Volksgemeinschaft‘“ stand daher der beengte Alltag der Bevölkerung entgegen, die sich in zahllosen kritischen Äußerungen, der so genannten „Volksopposition“, artikulierte.⁴²⁹ So waren die NS-Propagandisten seit Mitte der 1930er Jahre von der versprochenen Volksgemeinschaft weiter entfernt denn je. Dieses Leitbild, so Peukert, konnte sich fernerhin eigentlich nur noch in inneren und äußeren Feinderklärungen als der repressiven Kehrseite der „Normalisierung“ entfalten. Die Erläuterungen Peukerts zur rassebiologisch behaupteten Unterscheidung verdienen in diesem Zusammenhang besondere Beachtung. Sie sei durch die terroristische Ahndung alles abweichenden Sozialverhaltens „dehnbar gemacht“ worden, so dass die Gesetze des KZ-Staates sukzessive auf die Gesamtgesellschaft ausdehnt werden

427 Peukert, Volksgenossen, S. 221 f.

428 Ebenda, S. 223.

429 Ebenda, S. 293-295.

konnten. So habe sich der Terror - bei zunehmender gleichzeitiger äußerer Aggressivität - vom Rand der Gesellschaft in ihr Zentrum hineingefressen: „Diese kumulative Radikalisierung des NS-Systems erfolgte nicht nach einem detailliert vorbestimmten Stufenplan, sondern in zunehmend brutaler werdenden akuten Reaktionen auf die jeweiligen inneren Widersprüche der Gesellschaft und die unüberwindbaren äußeren Grenzen des Regimes.“⁴³⁰

Es ist unschwer erkennbar, worin sich Peukerts Thematisierung von „Volksgemeinschaft“ von den Apologeten einer mechanischen „Herstellung der Volksgemeinschaft“ durch deren binäre Methoden von „Inklusion“ und „Exklusion“ unterscheidet: Er hält fest an der triftigen Unterscheidung von Propaganda und Wirklichkeit, er sieht, anstelle von „Verheißungen“, eine sich vergrößemde Kluft zwischen utopischen Versprechen und grauem Alltag der Bevölkerung, er sieht, angesichts des völligen Scheiterns von Neuordnungskonzeptionen, ein Ausweichen auf repressive Strategien der Vereinnahmung über immer neue Feinderklärungen, und er beurteilt die daraus resultierende kumulative Radikalisierung des NS-Systems nicht als Vollzug eines kalkulierten Stufenplans, sondern als Reaktion auf akute innere Widersprüche des Regimes. Die in seiner Methodik aufscheinenden Prozeduren der Verzeitlichung der Quellen und der Berücksichtigung der dynamischen Konsequenzen der Flucht aus den inneren Widersprüchen des NS-Systems dürfen getrost als Beachtung historischer Fundamentalregeln betrachtet werden.

Darüber hinaus verdient die Formulierung Peukerts, die rassebiologisch behauptete Differenz sei „dehnbar gemacht“ und auf die Gesamtgesellschaft ausgeweitet worden, weitere Vertiefung. Ian Kershaw hat ja vielfach herausgearbeitet, dass sich gerade Hitler öffentlich in der Judenfrage zurückzuhalten pflegte und sich zwar in hasserfüllte Tiraden gegen das Judentum, die „westlichen Plutokratien“ oder den „jüdischen Bolschewismus“ steigerte, dabei aber recht abstrakt blieb und vorsichtig bemüht war, sich nicht mit den allgemein höchst unpopulären, pogromartigen antisemitischen Ausschreitungen in Verbindung bringen zu lassen.⁴³¹ Selbst nach der Pogromnacht vom November 1938 distanzierte sich Hitler bewusst von der offenen Gewaltanwendung gegen die Juden, obwohl er natürlich nach wie vor als Garant der antijüdischen Zielsetzungen des NS-Regimes galt. Schon bei den so genannten Nürnberger Gesetzen von 1935 hatte

430 Ebenda, S. 295.

431 Kershaw, Popularität, S. 39.

sich gezeigt, dass es keinen eindeutigen Kern von „Volksgemeinschaft“ geben konnte, zumal es zwar Rassisten zuhauf gab, aber keine „Rassen“. Weder genetisch noch „blutsmäßig“ ließ sich eine jüdische Abstammung „beweisen“, und es reicht ein Blick in die selbstgeschaffenen Probleme bei der Abfassung des „Reichsbürgergesetzes“, um an den Debatten über Voll-, Halb- oder Viertel-Juden und über Mischehen die heillose Verwirrung in Partei- und Ministeriumskreisen nachzuweisen.⁴³² Die Gültigkeit religiöser Zugehörigkeit als Kriterium für die Identifizierung der „Rasse“ bewies ihre Haltlosigkeit schon bei Konvertiten, Atheisten und Kindern aus Mischehen, so dass es nicht völlig verwundern kann, dass ein Hans Globke auf den Gedanken verfiel, die Juden anhand ihrer Namen zu identifizieren. Mit Wirkung vom 14. November 1935 waren die bürgerlichen Rechte von Juden aufgehoben und ihr Wahlrecht beseitigt. Nun wurden aber, in einem Akt der Ausweitung der Diskriminierungsgrenzen, auch jene jüdischen Beamten zwangspensioniert, die auch nach dem 7. April 1933 ihre Stellungen noch behalten konnten, weil sie Frontkämpfer des Weltkriegs gewesen waren.⁴³³

Von 1933 bis 1945 kämpften Strömungen im NS-Herrschaftssystem erbittert miteinander darum, wie weit „Mischlinge“ Teil der Mehrheitsgesellschaft sein durften.⁴³⁴ So mussten Amtsträger auch auf unteren Entscheidungsebenen darüber befinden, wer „inkludiert“ oder „exkludiert“ werden sollte. Daher wurde von einfachen „Volksgenossen“ oft situativ darüber befunden, wie sich die „Volksgemeinschaft“ zusammensetzen sollte; es kam zu simplen ad-hoc-Entscheidungen. Wie sollte mit „Halbjuden“ oder „Vierteljuden“ umgegangen werden, die sich bei der Erhaltung des Regimes verdient gemacht hatten, wie mit dem Staatssekretär des Luftfahrts-Ministeriums Erhard Milch, wie mit dem Abteilungsleiter im Reichsarbeitsministerium Dr. Werner Mansfeld, wie mit dem Krebsforscher Otto Warburg, wie mit dem Berliner Radiologie-Professor Henri Chaoul? Für diese Fälle gab es von Hitler oder Göring genehmigte Ausnahmen. So konsequent Hitler und seine Gefolgsleute gegenüber den sogenannten „Volljuden“ waren, so ambivalent war die Haltung gegenüber jüdischen „Mischlingen“. Vermutlich dürfte die Zahl aller von Hitler bewilligten Befreiungen sowohl im Zivildesektor

432 Friedländer, Saul: Das Dritte Reich und die Juden. Die Jahre der Verfolgung 1933-1939, 2. Aufl. München 1998, S. 164 ff.

433 Ebenda, S. 166.

434 Meyer, Beate: Erfüllte und erdachte „Volksgemeinschaft“. Erfahrungen „jüdischer Mischlinge“ zwischen Integration und Ausgrenzung. In: Bajohr/Wildt (Hg.): Volksgemeinschaft, S. 146-151.

als auch in der Wehrmacht die Zahl von 1.300 nicht überschritten haben.⁴³⁵ Das Schicksal einzelner Menschen hing oft von einer puren Laune des Diktators ab. Mit einem „rassischen Makel“ behaftete Filmschauspieler erfreuten sich des Wohlwollens von Reichsminister Goebbels, Theaterschauspieler wurden mitunter von Hermann Göring geschützt. Es waren aber fast immer keine „humanen“ Gesichtspunkte, die zur Bewilligung von Ausnahmen führten, sondern vorwiegend politische Rücksichten oder opportunistische Gründe. Das Reichssicherheitshauptamt (RSHA) suchte die Definition, wer Jude sei, außerhalb der Reichsgrenzen über die Festlegungen der Nürnberger Gesetze hinaus möglichst weit zu fassen.⁴³⁶ Bis in die Tötungsexzesse im eroberten „Ost-Raum“ hinein konnten vage Trennlinien ausgemacht werden, die den arbiträren Charakter von „Exklusionsvorgängen“ hervorhoben. Als der Massenmörder von Kamenez-Podolsk, der Höhere SS- und Polizeiführer Friedrich Jeckeln, am 26. Oktober 1941 nach Riga versetzt wurde, um dort weitere Tötungen vorzunehmen, ließ er am 29./30. November „aus Versehen“ auch die 1000 Berliner Juden erschießen, die eben mit einem Bahntransport eingetroffen waren.⁴³⁷ Der Transport enthielt aber eine Anzahl jüdischer Frontsoldaten mit Tapferkeitsauszeichnungen aus dem Ersten Weltkrieg, die in ein Sonderlager nach Theresienstadt hätten geschickt werden sollen. Als Himmler erfuhr, dass sie nach Riga transportiert worden waren, versuchte er ihre Liquidierung über ein Telefonat mit Heydrich zu verhindern, aber zu spät. Über die Missachtung von Anweisungen erobert, funkte er am 1. Dezember an Jeckeln: „Die Juden, die in das Gebiet Ostland umgesiedelt werden, sind nur nach den von mir beziehungsweise vom Reichssicherheitshauptamt in meinem Namen erteilten Richtlinien zu behandeln. Ich werde einseitige Akte und Verstöße bestrafen.“

Auch die Frage, ob man die Gesetze als „antijüdisch“ oder als solche gegen andere Nichtarier (als die Frage der unterworfenen slawischen Völker oder des Bundesgenossen Japan noch nicht akut waren) bezeichnen sollte, beschäftigte

435 Steiner, John M./Jobst Freiherr von Cornberg: Willkür in der Willkür. Hitler und die Befreiungen von den antisemitischen Nürnberger Gesetzen. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 46 (1998), S. 186 f.

436 Wildt, Michael. Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes, Hamburg 2002, S. 610.

437 Breitmann, Richard: Friedrich Jeckeln - Spezialist für die „Endlösung“ im Osten. In: Smelser, Ronald/Enrico Syring (Hg.): Die SS: Elite unter dem Totenkopf. 30 Lebensläufe, Paderborn, 2. Aufl. 2003, S. 270-272.

die Ministerialbürokratie in den Wirren des Gesetzgebungsprozesses. Es war bezeichnend, dass Hitler erklären ließ: „Nach dem Willen des Führers sind die Nürnberger Gesetze gerade nicht Maßnahmen, die den Rassenhass züchten und verewigen sollen, sondern solche, die den Beginn einer Befriedung der Beziehungen des deutschen und des jüdischen Volkes bedeuten.“⁴³⁸ Bezieht man freilich die Entstehungssituation des Gesetzes mit ein, als Hitler vor dem anstehenden Nürnberger Parteitag die Rolle der NSDAP aufwerten, die Unzufriedenheit in den unteren Rängen auf erkennbare Ziele umlenken wollte und daher die schon vorliegenden Vorarbeiten für die Judengesetzgebung zum Abschluss drängte, so zeigt sich der improvisierte Charakter der Maßnahmen des Regimes einmal mehr. Situationelle Rückkopplung und arbiträre Beliebigkeiten machten immer wieder deutlich, dass es, auch im vermeintlich harten Kern von „Ausgrenzung“, weder einen Masterplan gab noch eine klare personelle Zuordnung von Initiativen. Von einem durchgängigen Kalkül einer über „Exklusion“ hergestellten „Volksgemeinschaft“ kann nicht gesprochen werden, genauso wenig davon, dass antijüdische Maßnahmen und Pogrome zu einer „volksgemeinschaftlichen Mobilisierung“ der Deutschen geführt hätten. Das gilt für den Novemberpogrom von 1938 in besonderem Maße. Was den Ablauf von „Mobilisierungen“ angeht, so empfiehlt sich ein Blick in die Bochumer Dissertation von Dieter Obst, der die Mobilisierung der Täter aus den Partei- und SA-Lokalen am Abend des 9. November akribisch nachzeichnet und nachweist, wie sich diese Statusunsicherheit eines Joseph Goebbels im Wettlauf um die Gunst des „Führers“ als handlungsauslösender Anstoß auswirken konnte.⁴³⁹

Wie schon angedeutet, konnte das Kriterium „gemeinschaftsfremd“ überaus variabel eingesetzt werden.⁴⁴⁰ Als der frühere Krupp-Betriebsrat Fritz Johlitz als Gaubetriebszellenobmann am 18. April 1934 über den Reichssender Köln das für die NSBO beschämende Abschneiden bei den „Wahlen“ zu den Vertrauensräten zu kommentieren hatte, ging es nicht mehr um den Kampf gegen Gewerkschafter, Sozialdemokraten und Kommunisten, sondern um die alltägliche Verweigerung einer durch das Arbeitsordnungsgesetz fingierten „Gefolgschaft“.⁴⁴¹ Mit dem Euphemismus, man könne eine völlige Zustimmung ohnehin nicht erreichen,

438 Friedländer, Das Dritte Reich, S. 169.

439 Obst, Dieter: „Reichskristallnacht“. Ursachen und Verlauf des antisemitischen Pogroms vom November 1938, Frankfurt am Main - Bern - New York - Paris 1991.

440 Hachtmann, Wirtschaftsimperium, S. 15.

441 montan.dok BBA 13/1649.

„denn jeder Organismus wirft Schlacken ab“, versuchte er die NSBO-Niederlage zu bemänteln; oft hatte sich nämlich in den Großbetrieben in Rheinland und Westfalen nicht die vom Arbeitgeber und vom DAF-Obmann aufgestellte Liste der Erstplatzierten durchgesetzt, zumal es sich dabei zumeist um stramme Nationalsozialisten handelte, sondern deren Stellvertreter, die weniger Linientreue versprachen. Für die renitenten Wähler verschob Johlitz, für den der Wahlausgang auch ein persönliches Debakel bedeutete, die Grenze bedarfsmäßig um ein weiteres; das seien diejenigen, die an einem geordneten Staatswesen niemals ein Interesse bekunden werden, „das so genannte Untermenschentum“. Hier zeigte sich zudem einmal mehr, dass durch die bloße Leugnung der „Existenz divergierender Interessen“ diese nicht einfach verschwanden. Zudem häuften sich gerade im Ruhrgebiet die Fälle, wo sich Parteifunktionäre als „neue Bonzen“ hemmungslos bereicherten.

Am 21. Juni 1933 hatte Robert Ley, unter dem Eindruck seines desaströsen Auftretens auf der internationalen Arbeitskonferenz in Genf Anfang Juni, die eben noch kooperationswilligen Christgewerkschafter mit einem schäumenden Bannfluch belegt.⁴⁴² Er gab das Motto aus: „Es muss eine Generalsäuberung bis in die letzte Zelle und bis in den letzten Betriebsrat hinein durchgeführt werden.“ Nicht nur was rot war, auch was schwarz war, „wird nie den Nationalsozialismus begreifen und wird ewig sein Feind sein.“ Die Forderung: „Es muss entfernt werden, rücksichtslos und brutal, zum Wohl des Ganzen und zum Wohl des Volkes“, atmet wohl kaum den Geist der „Volksgemeinschaft“. Mit solchen Allüren konnte die Nazi-Elite allenfalls die eigenen Rabauken hinter sich scharen; gleichzeitig dienten solche Hasstiraden der Aufwertung der eigenen Stellung gegenüber dem „Führer“ wie auch der Selbstberauschung an der Macht, die im extrem konkurrenzorientierten polykratischen Herrschaftsgefüge nicht nur nach faktischer, sondern auch nach symbolischer Selbstbehauptung verlangte. Wirft man einen erneuten Blick auf die betrieblichen Auftritte nicht nur Robert Leys, sondern auch der anderen Amtsträger des Regimes, so überwiegen, anstelle gemeinschaftsbildender Rhetorik, die eindeutigen Drohgebärden. So hatte der Berliner Treuhänder der Arbeit, Johannes Engel, am 14. Februar 1934 vor Teilen der Osram-Belegschaft unmissverständlich gedroht, dass alle, die bei dem Projekt der Lohnstagnation nicht mitmachen wollten, „eben aus der Volksgemeinschaft

442 Milert/Tschirbs, Zerschlagung, S. 76-78.

im neuen Deutschland“ ausgeschlossen würden; „über diese Kreaturen gehen wir kaltblütig zur Tagesordnung über!“ Und auf derselben Versammlung hatte Robert Ley eine neue Gesellschaftsklasse erfunden: die Klasse der Anständigen und die Klasse der Unanständigen. „Bist du aber unanständig, dann stoßen wir dich aus unserem Volke aus [...]“. Was Hitlers Reden angeht, in denen in der Tat nach der Machtübertragung der „Volksgemeinschafts“-Topos fast keine Rolle mehr spielte, so blieben nach der Inszenierung vom 1. Mai 1933 und nach dem Gründungskongress der DAF am 10. Mai 1933 auch für alle, die nicht Claqueure waren, jene Formulierungen im Gedächtnis, in denen von rabiater Unduldsamkeit, von der Vernichtung des Marxismus, von Feinden des Volkes und von Unbarmherzigkeit die Rede war. Hitlers Devise lautete unentwegt, auch bei seiner Rede am 27. Oktober 1933 in Köln: „Die Parteien sind nicht geschlagen, sondern überwunden. Diejenigen, die guten Willens sind, wollen wir haben, diejenigen, die keinen Frieden wünschen, wollen wir beseitigen.“⁴⁴³

Folgerichtig kritisierte ein Gestapo-Lagebericht aus Stettin für den September 1935, dass das „menschliche“ Führerbild nicht in jeder Hinsicht überzeuge.⁴⁴⁴ Viele „Volksgenossen“ hätten nach dem Reichsparteitag gemeint, dass „von der bestimmten volksverbundenen und kameradschaftlichen Haltung des Führers“ oft nur wenig zu spüren sei. Der Bericht fährt fort: „Es herrsche hier und dort ein wenig volksnaher Befehlston, der mehr abstoße als anziehe“, und „wenn gerade der einfache Volksgenosse im Lande die Wärme vermisst, und stark das Herrische herausfühlt, dann regt sich in ihm eine Oppositionsstimmung, aber nicht gegen die Sache, sondern gegen die Person dessen, der es sagt [...]“. Ähnlich hatte Victor Klemperer am 28. Juli 1933 notiert: Hitler zeigte in einer Rede in der Wochenschau „in Ton und Gebärde geradezu ohnmächtige Wut“.⁴⁴⁵ Man muss daher von situationell entstehenden Ausgrenzungsmethoden sprechen, denen keine koordinierten Entscheidungsabläufe zu Grunde lagen. Es ging um Macht, um Brechung von Widerspruch, was gleichzeitig eine psychische Entgrenzung der verrohten Potentaten auslöste. So konnte selbstredend kein affektives Binnenklima von „Gemeinschaft“ zustande kommen.

443 Siehe Zeitgeschichtliche Beilage der Osrarn-Nachrichten 21.10.-20.11.1933, S. 9.

444 Kershaw, Popularität, S. 33, Anm. 26.

445 Klemperer, LTI, S. 43. Eine Datierung auf den 20. Juli findet sich in: Klemperer, Tagebücher, S. 43.

Zumindest gestreift werden sollte die im Dritten Reich, wie in den meisten Diktaturen, blühende Witzkultur.⁴⁴⁶ Sie ist ein weiterer Beleg dafür, dass man sich die Menschen nach 1933 nicht als „einfach codiert“ - oder, wie Ian Kershaw monierte, mit einfacher Identität ausgestattet - vorstellen muss. Gerade bedrückende Verhältnisse in Staat und Gesellschaft, in denen die Menschen unter Denunziationsgefahr stehen, bringen Flüsterwitze hervor, in denen der täglich erfahrbare Irrsinn für einen kurzen Moment in seiner ganzen Dürftigkeit enttarnt wird. Bei Witzen, die den Bereich der so genannten „biopolitischen“ Ausgrenzung betrafen, trug das selber makabre Züge. So verhöhnte folgender Witz die offizielle Willkür, einen philologischen Begriff in die Biologie zu übertragen: „Was ist ein Arier? Das Hinterteil von einem Proletarier.“

Besonders das eklatante Missverhältnis, das zwischen dem äußeren Erscheinungsbild der Parteiführer und dem als nordisch gefeierten Idealbild des Deutschen bestand, trug zu lebhafter Witzzirkulation bei: „Lieber Gott, mach mich blind, dass ich Goebbels arisch find!“

Und weiter, den Propagandaminister bei seinen eigenen Tiraden ernst nehmend: Göring und Goebbels gehen in der Schorfheide spazieren und begegnen einem Waldhüter. „Guten Tag“, sagt der Waldhüter. Das ist Goering peinlich, und er lässt den Mann des andern Tages kommen. „Warum haben Sie nicht mit ‚Heil Hitler‘ begrüßt?“ Darauf antwortet der Waldhüter: „Ich dachte, Sie wollten mit dem kleinen Juden ein Holzgeschäft machen, und das wollte ich Ihnen nicht vermasseln.“

Schließlich noch ein Witz, der die begrenzte Intelligenz prominenter Funktionäre karikierte: Hjalmar Schacht will Ley die Überlegenheit der jüdischen kaufmännischen Begabung beweisen. Sie betreten ein „arisches“ Geschäft, und Schacht verlangt eine Schachtel Streichhölzer. Als der Kaufmann sie bringt, schiebt Schacht sie auf und sagt: „Die kann ich nicht gebrauchen, ich muss eine haben, wo die Köpfe auf der anderen Seite sind.“ Der Kaufmann bedauert verdetzt, er führe keine andere Sorte. Man geht nun in ein jüdisches Geschäft, und Schacht stellt dort dieselbe Forderung. Ohne Zögern nimmt ihm der jüdische Verkäufer die Schachtel wieder ab und sagt: „Ich werde sehen, ob ich eine solche noch am Lager habe.“ Er kommt nach kurzer Zeit natürlich mit derselben

446 Gamm, Hans-Jochen: Der Flüsterwitz im Dritten Reich, München, 3. Aufl. 1984. Die Witze finden sich auf den Seiten 79, 94 f. und 96. Zur Funktion der Witzkultur siehe auch Evans, Diktatur, S. 131 f.

Schachtel, deren Inhalt er umgedreht hat, zurück und sagt: „Ich freue mich, daß ich Ihnen dienlich sein kann, es ist allerdings eine Spezialanfertigung und daher drei Pfennig teurer.“ Schacht zahlt und sagt vor der Tür zu Ley: „Nun, hatte ich nicht recht?“ Worauf Ley antwortet: „So? Das beweist doch nur, daß die Juden mehr Kapital haben und ihnen deshalb eine größere Lagerhaltung möglich ist.“

XIII. Die destruktive Dynamik des Regimes

Dass die Stabilität des Regimes nicht nur auf Terror oder Androhung von Terror basierte, steht gleichwohl außer Frage. In ihren Studien über das Saarland im Dritten Reich haben Gerhard Paul und Klaus-Michael Mallmann darauf hingewiesen, dass der Terror keineswegs flächendeckend erfahrbar gewesen sei.⁴⁴⁷ Sie berichten von Dörfern in den Landkreisen an der Peripherie, in denen die Existenz einer Geheimpolizei bestenfalls vom Hörensagen bekannt war. Festnahmen wurden dort durch die Gendarmerie vorgenommen. Dagegen gab es in Saarbrücken Stadtviertel, wo die Gestapo jedes Haus nahezu auf den Kopf stellte. Wichtig zudem die Erkenntnis, dass die Gewalt des Maßnahmenstaates sich nie gegen die Bevölkerung als Ganzes, auch nicht gegen die Arbeiterschaft als solche, sondern jeweils gegen abspaltbare, randständige Teile richtete, gegen ausgrenzbare soziale, politische, sexuelle und „rassische“ Minderheiten.⁴⁴⁸ So konnte vor dem Erfahrungshintergrund der Weltwirtschaftskrise ein rabiaten Vorgehen gegen vermeintliche „Schmarotzer“ auch in Arbeiterkreisen Anklang finden. Der „partialisierte Terror“, so die Autoren, konnte daher leichter auf Duldung und Akzeptanz zählen, so dass eine die verschiedenen Teilkulturen und Milieus überspannende Solidarisierung gegen die Herrschaftspraxis nicht zustande kam. Das konnte etwa bedeuten, dass die Meinungsführer in katholischen Milieus Aktionen gegen Kommunisten und Sozialdemokraten nicht besonders bedauerten. Auch das Vorgehen gegen Sekten ließ die anderen Konfessionsgemeinschaften kalt.

Von besonderem Interesse sind auch die Ausführungen über den seit 1938/39 feststellbaren „Prozess einer kumulativen Radikalisierung“, der immer weitere Personengruppen kriminalisierte und den Einsatz der Mittel gegen sie „totalitär entgrenzte“. Einen Teil seiner destruktiven Dynamik habe dieser Prozess aus den Strukturen der Gestapo-Basisorganisationen bezogen. Das sich erhöhende Maß eingeforderter Systemloyalität und die Feindbildexplosion seit Kriegsbeginn hätten die Überforderung gesteigert und die Hemmschwellen gegenüber terroristischen Praktiken gesenkt.

447 Mallmann, Klaus-Michael/Gerhard Paul: Herrschaft und Alltag. Ein Industrierevier im Dritten Reich. Widerstand und Verweigerung im Saarland 1935-1945, Band 2, Bonn 1991, S. 323.

448 Ebenda, S. 322 f.

In dem von Paul und Mallmann herausgegebenen Werk „Die Gestapo im Zweiten Weltkrieg“ dehnte Gerhard Paul seine Überlegungen auf die Gewaltexzesse in den letzten Kriegswochen an der „Heimatfront“ aus.⁴⁴⁹ Unter anderem zählt er als Ursachenfaktoren die entzivilisierenden Strukturen der Chaosgesellschaft der unmittelbaren Kriegsendphase auf, die sich barbarisch verschärfenden außergerichtlichen Strafbestimmungen sowie die entbürokratisierten und dezentralisierten Entscheidungsspielräume. So habe sich der Wunsch nach der Beseitigung von Zeugen für Verbrechen eingestellt, Panikgefühle, Perspektivlosigkeit und SS-Korpsgeist sowie innerliche Verrohung und Abstumpfung infolge des Krieges und des sicherheitspolizeilichen Einsatzes im Osten seien hinzuzurechnen. Angesichts der zunehmenden Zerstörung der Nachrichtenwege seien Initiative und Verantwortung ‚nach unten‘ delegiert worden. So seien die Bereitschaft zum Massaker befördert, letzte zivilisatorische Dämme niedergerissen und ein radikaler Selbstlauf des Gestapohandelns in Gang gesetzt worden. War der ‚Ostraum‘ das große Experimentierfeld des Terrors gewesen, so hatte er seit Herbst 1944 das ‚Altreich‘, das Zentrum, erreicht: Der Massenmord kulminierte vor der eigenen Haustür.

Unschwer lässt sich aus diesen Prozessen erschließen, dass auch von einer „Volksgemeinschaft im Kriege“ nicht gesprochen werden kann, die nach trennscharfen Kriterien von „Inklusion“ und „Exklusion“ gehandhabt worden wäre. Am Ende brachen alle Entgrenzungsdämme einer Gewalteskalation, die von Anfang an der Struktur der NS-Bewegung eingeschrieben war und die sie an die Stelle staatlicher Organisation gesetzt hatte. Nun war jeder „Systemfeind“, sogar der Täter selbst, der sich in die Welle autoaggressiver Selbstmorde einreihete.⁴⁵⁰

Vor diesem Hintergrund soll der Fokus auf zwei Arbeiten einer jungen Historikergeneration gelegt werden. Zum einen die Arbeit von Elisabeth Thalhoffer „Entgrenzung der Gewalt. Gestapo-Lager in der Endphase des Dritten Reiches“, und zum anderen Sven Keller „Volksgemeinschaft am Ende. Gesellschaft und

449 Paul, Gerhard: „Diese Erschießungen haben mich innerlich gar nicht mehr berührt.“ Die Kriegsendphasenverbrechen der Gestapo 1944/45. In: Paul, Gerhard/Klaus-Michael Mallmann (Hg.): Die Gestapo im Zweiten Weltkrieg. ‚Heimatfront‘ und besetztes Europa, Darmstadt 2000, S. 565 f.

450 Goeschel, Christian: Selbstmord im Dritten Reich, Berlin 2011.

Gewalt 1944/1945“.⁴⁵¹ Beide befassen sich mit den Ursachen der extremen Gewalteskalation an der so genannten „Heimatfront“.

In seinem Vorwort zu dem Buch von Elisabeth Thalhofer skizziert Rainer Hudemann unter dem Titel „Gewaltentgrenzung im Niedergang des Dritten Reiches“ die Gestapo-Lager, die die Autorin beleuchtete. Es waren die so genannten „Erweiterten Polizeigefängnisse“, die sich ab 1943 in der letzten Phase extremer innerer Radikalisierung des Regimes etablierten. Elisabeth Thalhofer erkennt hinter der eher verharmlosten Kennzeichnung, die auf ein Arbeitserziehungslager schließen lassen könnte, einen Untertyp des Gestapo-Lagers. An ihrem Untersuchungsfeld kann sie nachweisen, wie die Impulse aus den besetzten Gebieten ins ‚Altreich‘ zurückfluteten und Terror und Vernichtungskrieg reimportierten, „aufgeladen mit den mörderischen Erfahrungen des Vernichtungskrieges“.⁴⁵² Es seien besonders die schweren Niederlagen vor Moskau und in Stalingrad gewesen, die einen Radikalisierungsschub bewirkt hätten, der ins ‚Altreich‘ zurückstrahlte und somit auch das Reichsinnere ergriff. Für die Erweiterten Polizeigefängnisse galt eine gewisse Merkmallosigkeit. Weder Vorschriften für die Einrichtung der Lager noch ein eigenes Regelwerk für den Betrieb gab es.⁴⁵³ Daraus resultierten ein Höchstmaß an Flexibilität und eine extrem hohe Binnendynamik. „Alle Arten von Häftlingen“ konnten eingesperrt werden. Befehlswege wurden seit dem „Stalingradschock“ personalisiert und Verwaltungsstrukturen entpersonalisiert. Es entstanden rechtsfreie Räume auf der Basis organisierter Desorganisation. Das kam einer „Ermächtigung zur rechenschaftslosen Aktion vor Ort“ gleich, ein neues Maß an terroristischer Schrankenlosigkeit. Der Täter war kein Untertan. Thalhofer argumentiert hier plausibel mit Wolfgang Sofsky, dass das Lager ein freies Betätigungsfeld eröffnete, in dem der Täter ungestraft alle Fremd- und Selbstzwänge der Zivilisation abstreifen konnte: „Er tat mehr als er musste. Er tat, was er durfte, und er durfte alles.“⁴⁵⁴

451 Thalhofer, Elisabeth: *Entgrenzung der Gewalt. Gestapo-Lager in der Endphase des Dritten Reiches*, Paderborn - München - Wien - Zürich 2010, und Keller, Sven: *Volksgemeinschaft am Ende. Gesellschaft und Gewalt 1944/45*, München 2013.

452 Thalhofer, *Entgrenzung*, S. 346.

453 Ebenda, S. 347.

454 Vgl. Sofsky, Wolfgang: *Die Ordnung des Terrors: Das Konzentrationslager*, Frankfurt am Main 1997, S. 318.

Sven Keller hingegen geht in seiner Arbeit von einer - wenn auch in der Bindekraft deutlich nachlassenden - Nachwirkung von „Volksgemeinschaft“ aus.⁴⁵⁵ Die „ideologische Konstruktion der deutschen Kriegsgemeinschaft als ‚Volksgemeinschaft‘“ habe auch Auswirkungen auf die permanenten Krisenstrategien an der ‚Heimatfront‘ gehabt, zum Beispiel als Hemmnisse für eine konsequentere Mobilisierung von Ressourcen.⁴⁵⁶ Die Behauptung, Hitler habe die „Volksgemeinschaft“ bis zum Frühjahr 1945 hinein nicht gefährden wollen, trägt eher absurde Züge.⁴⁵⁷ Das „exkludierende Vorgehen“ gegen „Volks- und Rassefeinde“ habe in eine ideologisch induzierte, sinnlos scheinende, jedoch in sich konsequente Logik geführt, an deren Ende die letzte Kulmination des Völkermordes ebenso gestanden habe wie eine immer radikalere Gangart gegen „Volksgenossen“. Immerhin gesteht der Autor ein, dass mit man mit einer in den Frieden Jahren angeblich entfalteten „Volksgemeinschaft“ begrifflich kaum weiterkommen kann, so dass die Aggregatzustände von der „Wehrgemeinschaft“ oder „Totalisierung der Volksgemeinschaft“ bemüht werden müssen, bei denen die „Volksgenossen“ gar den Status von „Mitgliedern“ zugeschrieben bekommen.⁴⁵⁸ Es bleibt schwer verständlich, wie man bei alledem noch eine „Durchsetzung nationalsozialistischer Gesellschafts- und Ordnungsvorstellungen“ erkennen will. Wie man in dem Chaos sich auflösender Zuständigkeiten im Falle Himmlers und Bormanns noch davon sprechen kann, ihre Kompetenzbereiche hätten „in der Matrix der Volksgemeinschaftsideologie zentrale Schaltstellen“ besetzt, erschließt sich dem Leser nicht und wird auch nicht durch die Argumentation gedeckt.⁴⁵⁹ Auch bleibt die These nicht nachvollziehbar, „Himmler oblag traditionell die Sicherung der ‚Volksgemeinschaft‘ nach innen gegen alle, die dem Regime als ‚Volksschädlinge‘ und ‚Rassefeinde‘ galten“. Mit den in die Millionen gehenden Zahlen der Zwangs- und Fremdarbeiter befanden sich doch weit mehr Menschen im Reich als jemals zuvor, die als „Gemeinschaftsfremde“ zu zählen hätten.

Bezeichnenderweise werden von Keller wieder nur Verlautbarungen von NS-Führern zitiert, die den Weg für eine „mentale und willensmäßige ‚Aktivierung‘ der ‚Volksgenossen‘ durch die nationalsozialistische ‚Menschenführung‘“ bereitet

455 Keller, Volksgemeinschaft.

456 Ebenda, S. 62.

457 Ebenda, S. 66.

458 Ebenda, S. 66.

459 Ebenda, S. 68.

hätten.⁴⁶⁰ Aus Appellen, Verordnungen und Gesetzen in der Kriegsendphase eine „Volksgemeinschaft“ destillieren zu wollen, ohne auch nur einen Ansatz dafür zu liefern, ob dieses seit dem Frühjahr 1943 anschwellende Trommelfeuer von Durchhalteappellen und Drohungen bei der Bevölkerung eine Wirkung erzielte, eröffnet allenfalls Zugänge in eine Ideologiegeschichte des Nationalsozialismus. Die schon im Gebrauch eines hochideologischen NS-Begriffes im analytischen Quellengeschäft des Historikers angelegte Asymmetrie belässt auch hier einmal mehr die Frage nach der Wirksamkeit auf die Mentalität von „Volksgenossen“ im dunklen Kontinent vermeintlicher Faktizität. Es wird auch kein psychologisches, sozialpsychologisches oder psychoanalytisches Modell bemüht, um komplexe personale Identitäten und ihren „Umbau“ zu erklären.

Einen breiten „Rückzug aus der Volksgemeinschaft“ vermag der Autor erst in den letzten Kriegsmonaten zu erkennen, als sich die Gewichte „allenthalben hin zur exkludierenden Komponente, zu Kontrolle, Disziplinierung und Verfolgung verschoben“ hätten. Das bedeute aber nicht, so Keller, „dass das nationalsozialistische Gesellschaftsmodell an Bedeutung verloren hätte oder gar aufgehoben worden wäre, auch wenn seine Verheißungen immer weniger zur Integration beitragen konnten“.⁴⁶¹

Um seiner Darstellung eine ausgreifende inhaltliche Klammer zu geben, und wohl auch, um den einprägsamen Titel „Volksgemeinschaft am Ende“ zu rechtfertigen, greift Keller auf das angebliche Trauma von 1918 zurück; „ein neues 1918“ sollte um jeden Preis vermieden werden. Die „Heimatfront“ sollte der kämpfenden Truppe nicht noch einmal „den Dolch in den Rücken stoßen“.⁴⁶² An solchen Formulierungen muss die psychologisch geläufige Unterscheidung zwischen Motivation und Legitimation zerschellen.

460 Ebenda, S. 70 f. Ein Hinweis auf die mehr als 15.000 vollstreckten Todesurteile an deutschen Soldaten wegen Desertion oder Feigheit vor dem Feind (im Vergleich zu 450 auf Seiten der Briten) beweist nach Ulrich Herbert, dass der proklamierte Kampfeswillen der deutschen Truppen nun wahrlich nicht überschätzt werden darf; Herbert, Ulrich: Was haben die Nationalsozialisten aus dem Ersten Weltkrieg gelernt? In: Krumeich, Gerd (Hg.): Nationalsozialismus und Erster Weltkrieg, Essen 2010, S. 27.

461 Keller, Volksgemeinschaft, S. 74 f.

462 Ebenda, S. 65 und S. 419.

XIV. Komplizenschaft statt „Volksgemeinschaft“

Es muss sich der Eindruck einstellen, als habe sich bei vielen Arbeiten einer jüngeren Historikergeneration der historiographische Blick so verengt, dass es das Ziel eigener Forschungen sein könne, eine vorgefundene Groß-These zu verifizieren. Dabei geht die Fähigkeit abhanden, zu einem Urteil zu kommen, das zwischen dem in den Quellen hervortretenden Leben vergangener Epochen und dem Zeithorizont des Historikers vermittelt, der, in Kenntnis der Folgen geschichtlicher Situationen, eine adäquate Begrifflichkeit entfaltet. Ian Kershaw hatte 2011 darauf bestanden, dass der Begriff der „Volksgemeinschaft“ nicht einfach unkritisch akzeptiert und damit selbst zu einer Erklärung wird. In einem jüngst publizierten Aufsatz mit dem programmatischen Titel „Die Vergesellschaftung von ‚Volksgemeinschaft‘ in der sozialen Interaktion“ geht Daniel Mühlenfeld in der Tat in dieser Weise vor.⁴⁶³ Er beruft sich bezeichnenderweise auf das problematische Diktum von Norbert Frei: „Die Frage nach der Volksgemeinschaft führt zum Kern des Problems.“⁴⁶⁴ Dabei geht der Autor von einem „gesellschaftlich definierten Ideal des ‚Volksgenossen‘“ aus und unterstellt, das Rollenideal lasse sich leicht anhand des „NS-Schulungsbriefs“ oder des Zirkulars „Unser Wille und Weg“, herausgegeben von der Reichspropagandaleitung der NSDAP, rekonstruieren.⁴⁶⁵ Diese Quellen werden nicht als solche befragt: Weder Entstehung, Kontext, Adressat noch eine Datierung werden geklärt. Auch in der Tagespresse oder einer Kurzfilm-Serie lasse sich einschlägiges Material finden: „An dieser Stelle wird auf eine detaillierte Herleitung verzichtet: Vielmehr werden die entsprechenden Befunde als gegeben vorausgesetzt [...]“. Im Folgenden überwiegen Vokabeln wie der „volksgenossenschaftliche Wertekanon“, „volksgemeinschaftliche Verhaltensmaßstäbe“ und „die geltenden ‚volksgemeinschaftlichen‘ Konventionen“.⁴⁶⁶ An einer von Sebastian Haffner in seinem posthumen Werk „Geschichte eines Deutschen“ erzählten Episode will Mühlenfeld die „Rekonstruktion von Rollenbildern und Aktionsmustern“ exemplifizieren: „Dabei

463 Mühlenfeld, Daniel: Die Vergesellschaftung von „Volksgemeinschaft“ in der sozialen Interaktion. Handlungs- und rollentheoretische Überlegungen zu einer Gesellschaftsgeschichte des Nationalsozialismus. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 10/2013, S. 826-846.

464 Ebenda, S. 827.

465 Ebenda, S. 831 f.

466 Ebenda, S. 832 f.

spielt es kaum eine Rolle, ob es sich bei der beschriebenen Szene um eine reale oder vielleicht auch nur glänzend erfundene Begebenheit handelte⁴⁶⁷. Damit glaubt der Autor die von Historikern geäußerten Zweifel an der Authentizität von Haffners Erinnerungen beiseiteschieben zu können.⁴⁶⁸ In der Episode werden das Auftreten von SA-Rabauken in der Bibliothek des Berliner Kammergerichts am Vorabend des antijüdischen Boykotts und die Reaktionen von Bibliothekspersonal und -nutzern geschildert. Mehrfach wird den SA-Leuten der Status als Repräsentanten „der neuen, gewaltsam durchgesetzten nationalsozialistischen Gesellschaftsordnung“ zugesprochen,⁴⁶⁹ als hätte es in der gesamten Literatur über diese eigentliche Machtergreifungsphase nicht Hinweise zuhauf über den chaotischen und willkürlichen Verlauf der Exzesse selbsternannter Machthaber gegeben. Mit der Fiktion eines monolithischen „Normen- und Wertekanons des NS-Staates“⁴⁷⁰ muss die Signatur dieser Herrschaftsaneignung verfehlt werden. Hinzu kommt, dass weder in den zitierten autobiografischen Reflexionen Haffners noch in den Deutungen Mühlensfelds der Begriff der „Volksgemeinschaft“ im Folgenden auch nur einmal bemüht wird. Das stellt in der Tat einen Übergang zu einer Geschichtsbetrachtung dar, die sich von der Autorität der Quelle ebenso verabschiedet hat wie von einer reflektierten Begrifflichkeit. Wenn die Vetomacht der Quellen unterlaufen wird, werden offensichtlich auch Verfahren der Falsifikation vernachlässigt. Das erklärt ja teilweise auch die erstaunliche Zählebigkeit des Paradigmas im Forschungsdiskurs.

Wenn man den retrospektiv angelegten Überlegungen Haffners für unsere Problematik wirklich etwas abgewinnen möchte, dann wäre doch eher zu fragen, wie man als vormals unbescholtener Staatsbürger unmerklich zum Komplizen wird und mit den Wölfen heult. Auf einer Tagung des Potsdamer Zentrums für zeithistorische Forschung über „Die deutsche Gesellschaft im Nationalsozialismus“ im Oktober 2013 scheint sich diese Auffassung gegenüber dem „Volksgemeinschafts“-Theorem auch wieder Bahn gebrochen zu haben, wobei vor allem diskutiert wurde, warum sich die deutsche Gesellschaft so schwer aus der Komplizenschaft mit den Nazis löste.⁴⁷¹ Eine der Erklärungen lautete, dass

467 Ebenda, S. 836 f.

468 Köhler, Henning: Anmerkungen zu Haffner. In: FAZ, 16.8.2001, Nr. 189, S. 7.

469 Mühlensfeld, Vergesellschaftung, S. 841.

470 Ebenda, S. 843.

471 Krumbein, Jonas: Deutsche Gesellschaft im Nationalsozialismus. Arbeit, Beute und Hochgefühl. In: Der Tagesspiegel vom 7.10.2013.

etliche Deutsche von den Beutezügen im In- und Ausland profitierten. Offenbar wurde bei dieser Tagung nicht erneut wieder das „Volksgemeinschafts“-Theorem durchdekliniert, sondern gerade die zersetzenden Wirkungen des Regimes betont: „Hitlers Regime zerstörte die Moral“, meinte der Göttinger Historiker Bernd Weisbrod, und sein Konstanzer Kollege Sven Reichardt ergänzte: „Wer jemanden denunzierte, machte eine politische Aussage - und wurde belohnt“. Indem jeder seine Interessen verfolgte, stabilisierten die Deutschen das Dritte Reich. Unschwer ist zu erkennen, dass sich auf solchen Wegen, ganz unideologisch, die Anteile der deutschen Bevölkerung an den Verbrechen der Nationalsozialisten viel genauer und nachhaltiger bestimmen lassen. Die Praxis der Denunziationen hat auch Robert Gellately thematisiert.⁴⁷² Überspitzt gewiss seine These: „Das Liefern von Informationen an Polizei oder Partei gehörte zu den wichtigsten Beiträgen des staatsbürgerlichen Engagements im Dritten Reich.“ Dass hingegen alle Denunziationen „systemstützend“ waren und zum „Funktionieren der Hitlerdiktatur“ beitrugen, steht außer Zweifel, wenn man sich auch nicht Gellatelys Schlussfolgerungen für die Etablierung einer „Volksgemeinschaft“ anschließen mag.

Nach dem Duden bezeichnet „Komplizenschaft“ eine kriminelle Gemeinsamkeit, die sich in Zusammenarbeit und gegenseitiger Begünstigung ausdrückt. Jürgen Müller-Hohagen hat unter anderem herausgearbeitet, dass Komplizenschaft im Nationalsozialismus mit Absicht eingefordert, aber auch unbewusst gegeben werden konnte, wobei Verwirrung als ein wichtiges Medium, Einübung in selbstverleugnende Einfühlungsbereitschaft gegenüber den Tätern und die Identifikation mit der Macht eine große Rolle spielten.⁴⁷³ Der ethische Bereich müsse zuvor nachhaltig korrumpiert worden sein. Bei Pierre Bourdieu heißt es in anderem Zusammenhang: Es kommt zu einem „stillen Einverständnis“ zwischen den Beteiligten. „Die symbolische Gewalt richtet sich mittels der Zustimmung ein, die dem Herrschenden (folglich der Herrschaft) zu geben der Beherrschte gar nicht umhin kann.“⁴⁷⁴ Symbolische Gewalt, so Markus Rieger-Ladich in seinem Essay „Erzwungene Komplizenschaft“, bezeichnet mithin jene Praktiken, durch die die Beherrschten gleichsam beiläufig auf genau jene Formen der Rea-

472 Etwa in Gellately, Robert: Hingeschaut und weggesehen. Hitler und sein Volk, München 2004, S. 262 f.

473 Müller-Hohagen, Jürgen: Komplizenschaft über Generationen. In: Welzer, Harald (Hg.): Nationalsozialismus und Moderne, Tübingen 1993, S. 26-60.

474 Bourdieu, Pierre: Die männliche Herrschaft, Frankfurt am Main 2005, S. 66.

litätsverarbeitung verpflichtet werden, in denen die Interessen der privilegierten Gruppen zum Ausdruck kommen.⁴⁷⁵ Die Überwältigung komme dann ohne Gewaltandrohung und ohne den Einsatz psychischer Zwangsmittel aus. Ian Kershaw empfiehlt ebenfalls dringend, Komplizenschaft nicht durch die Zugehörigkeit zur „Volksgemeinschaft“ zu begründen; das Regime habe zu dieser Komplizenschaft verlockt und sie ausgenutzt.⁴⁷⁶

Elisabeth Thalhoffer hat die zerstörerische Dynamik hervorgehoben, die durch die Gleichzeitigkeit von allgegenwärtigen Terror und sozialer Komplizenschaft in der Endphase des Regimes entfacht wurde, ein Vorgang, der, statt das Herrschaftsgefüge zu stabilisieren, zu seiner Auflösung beitrug.⁴⁷⁷ Und Ludolf Herbst betonte 1996 „die sich allmählich entwickelnde Komplizenschaft zwischen der nationalsozialistischen Führung und weiten Teilen der Bevölkerung“.⁴⁷⁸ Zweifelsohne hat der Begriff der Komplizenschaft den unschätzbaren Vorteil, dass er Täter und Mittäter erkennbar verknüpft, und zwar bei einem real rekonstruierbaren Vorgang gegenseitiger Vorteilsnahme. Dass sich bei solchen Vorgängen ein möglicherweise lustvoll erlebtes Gefühl von Überlegenheit gegenüber dem vermeintlich Schwächeren einstellt, gehört wohl zu den unausweichlichen Erkenntnissen, die man nach der nationalsozialistischen Epoche für wahr halten muss. Der polnisch-englische Soziologe Zygmunt Bauman berichtete einmal, seine Ehefrau habe ihm die Schrecken der NS-Okkupation geschildert. Er habe das für ein Bild an der Wand gehalten, bis ihm klar geworden sei, dass es ein Fenster war, durch das man die Natur des Menschen erkennen konnte. Marcel Reich-Ranicki erinnerte sich, dass jeder Deutsche in Uniform in Warschau mit einem Juden machen konnte, was er wollte. Niemand verdarb den Deutschen das Vergnügen, niemand zog sie zur Verantwortung: „Es zeigte sich, wozu Menschen fähig sind, wenn ihnen unbegrenzte Macht über andere Menschen eingeräumt wird.“⁴⁷⁹ Wie Günther Anders einst formulierte: Das Böse sei die „Chance der unbestraften Unmenschlichkeit“. Jan Philipp Reemtsma hat in seinem großen

475 Rieger-Ladich, Markus: Erzwungene Komplizenschaft. Bruchstücke zu einer literarischen Ethnographie des Internats bei Tobias Wolff und Kazuo Jshiguro. In ZQF, 8. Jg., Heft 1/2007, S. 37.

476 Kershaw, Potenzial, S. 16.

477 Thalhoffer, Entgrenzung, S. 346.

478 Herbst, Ludolf: Das nationalsozialistische Deutschland 1933-1945. Die Entfesselung der Gewalt: Rassismus und Krieg. Frankfurt am Main 1996, S. 453.

479 Reich-Ranicki, Marcel: Mein Leben, München 2000, S. 186 f. Siehe auch Kundrus, Birthe: Der Holocaust. Die „Volksgemeinschaft“ als Verbrechensgemeinschaft? In: Thamer/Erpel (Hg.), Hitler, S. 130-135.

Buch über die Gewalt den Typus der autotelischen Gewalt beschrieben; das Ziel autotelischer Gewalt sei sie selbst, d.h. die Zerstörung eines anderen Körpers.⁴⁸⁰ Daher sei sie die Gewaltform, die am meisten verstöre, da sie „sich dem Verständnis, auch dem Erklären weitestgehend zu entziehen scheint“. Aber auch die autotelische Gewalt bedurfte der Legitimationsstrategien, und als eine dieser Strategien muss das „Volksgemeinschafts“-Schlagwort betrachtet werden, das die Nazi-Täter in erster Linie an sich selbst adressierten.

Ohne Zweifel mögen viele Täter, auch Produzenten von Ideologie, an die „Volksgemeinschaft“ geglaubt haben, zumal, in Ermangelung ethisch-moralischer Bindungen, ansonsten kein Rechtfertigungshorizont höherer Ordnung vorhanden gewesen wäre. Das hatte wohl auch der junge Hitler erkannt, als er beim Abfassen von „Mein Kampf“ dem Klassenkampf-Paradigma den Boden entziehen wollte. Wohl daher erscheint der „Volksgemeinschafts“-Topos dutzendfach im Zusammenhang mit einer „Zähmung“ der Gewerkschaftsbewegung. Eine, so Hitler, „nationalsozialistische Gewerkschaft“ habe den Missständen, „die in ihren letzten Folgeerscheinungen auf den nationalen Volkskörper destruktiv einwirken, die lebendige Kraft der Volksgemeinschaft“ entgegenzusetzen.⁴⁸¹ Beinahe möchte man von einer ungewollten Prophezeiung sprechen, wenn Hitler ausführte, man müsse „auf das schärfste Front machen gegen eine, vor allem in Unternehmerkreisen herrschende Auffassung, die unter Volksgemeinschaft die widerstandslose wirtschaftliche Auslieferung des Arbeitnehmers dem Arbeitgeber gegenüber versteht, und die in jedem Versuch der Wahrung selbst berechtigter wirtschaftlicher Existenz-Interessen des Arbeitnehmers einen Angriff auf die Volksgemeinschaft sehen will“.⁴⁸²

Wenn man einen Blick zurück auf die Industrialisierungsgeschichte in Deutschland wirft und dabei konstatiert, welche Wertsysteme sich in Auseinandersetzung mit den harten Arbeits- und Lebensbedingungen entfalteten, ja überhaupt erst konstituierten, dann erkennt man, wie leer das Firmament der nationalsozialistischen Weltorientierung war. Die Prinzipien der Solidarität wurden zerschlagen, christliche Gebote außer Kraft gesetzt, soziales Vertrauen unterminiert, moralanalogue Hemmungen mit Füßen getreten, Gewaltlosigkeit

480 Reemtsma, Jan Philipp: Vertrauen und Gewalt. Versuch über eine besondere Konstellation der Moderne, Hamburg 2008, S. 117.

481 Hitler, Adolf: Mein Kampf, 158.-159. Aufl., München 1935, S. 675 f.

482 Ebenda, S. 374.

als Prinzip verspottet, Ansätze zur Empathie-Bildung schon in der Erziehung zersetzt. Die wirklichen Ziele Hitlers und seiner Satrapen, die „Eroberung von Lebensraum“ und die Vernichtung des europäischen Judentums, waren für sich allein fürwahr keine gemeinschaftsbildenden Projektionen. So muss man den „Volksgemeinschafts“-Topos eher als Weltanschauungs-Surrogat verstehen, geeignet, um Hemmschwellen bei „Volksgenossen“ zu beseitigen, bestimmt aber vor allem dafür, dass die Nazis selber nicht die Fratzen von Gewalt und Hass im Spiegel wahrnehmen mussten. Eine Sinnvermittlung für Alltagskulturen, so Detlev Peukert, vermochte der Nationalsozialismus nicht anzubieten oder die Gesellschaft langfristig „nach seinem Bild zu gestalten“.⁴⁸³ Hannah Arendt hat in ihrem Werk „Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft“ schon früh darauf hingewiesen, dass der Begriff der „Volksgemeinschaft“ nach der Machtübernahme an propagandistische Bedeutung verlor, weil die Nationalsozialisten es nicht mehr für nötig hielten, „ihre Verachtung des deutschen Volkes (wie aller Völker als Völker) zu verbergen“.⁴⁸⁴

483 Peukert, Volksgenossen, S. 207.

484 Arendt, Hannah: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, Frankfurt am Main 1962, S. 534.

XV. Totalitäre Organisation, kollektive Regression und individuelle Identitätsbehauptung

In diesem Zusammenhang ist es sinnvoll, auf weitere Überlegungen Hannah Arendts in ihrem Werk über die beiden totalitären Groß-Systeme des 20. Jahrhunderts zurückzugreifen, die hinter dem künstlichen Vorhang volksgemeinschaftlicher Theoreme zu verschwinden drohen. Totalitäre Führer, so Arendt, sind keine Demagogen im gewöhnlichen Sinne, und sicher keine ‚charismatischen Führer‘ im Sinne Max Webers: „Was sie auszeichnet, ist die unbeirrbare Sicherheit, mit der sie sich aus bestehenden Ideologien die Elemente herausuchen, die sich für die Etablierung einer den Tatsachen entgegengesetzten, ganz und gar fiktiven Welt eignen.“⁴⁸⁵ Die fiktiven Elemente würden fortan von aller überprüfaren Erfahrung getrennt bleiben. Das geschehe dadurch, dass man Erfahrungselemente isoliere und verallgemeinere, also sie dem Bereich der Urteilskraft entziehe, um dann die so vom gesunden Menschenverstand unabhängig gewordene, aus ihrem allgemeinen Zusammenhang gerissene Erfahrung in das ihr logisch inhärente Extrem zu treiben. Dadurch werde eine Konsequenz und Stimmigkeit erreicht, mit der die wirkliche Welt und die menschlichen Erfahrungen nie und nimmer in Konkurrenz treten können: „Die Organisation der totalitären Bewegung entspricht aufs genaueste dieser in der Propaganda erreichten Stimmigkeit einer fiktiven Welt.“ Deshalb hielten totalitäre Führer hartnäckig an den Lügen, welche die Bewegung an die Macht gebracht haben, selbst dann fest, wenn ihre Absurdität voll erwiesen ist: „Sobald die Lügen der Propaganda sich in einer ‚lebendigen Organisation‘ verkörpert haben, können sie nicht mehr eliminiert werden, ohne das ganze Gebäude der Organisation selbst zu gefährden.“ Der Inhalt der Propaganda habe nichts mehr mit „Meinungen“ zu tun, über die man streiten könnte, sondern sie sei zu einem „unangreifbaren realen Element“ des täglichen Lebens der Bevölkerung geworden.⁴⁸⁶ Diese Propaganda verlasse sich niemals auf ihre Argumente, sondern „verwirkliche“ durch die „Gewalt der Organisation“, was sie behauptet. Totalitäre Propaganda könne nicht durch Gegenpropaganda widerlegt oder bekämpft werden: „Sie ist Teil der totalitären Welt und wird nur mit ihr zusammen vernichtet.“ Der Nazismus als Ideologie sei so vollständig in

485 Ebenda, S. 535 f.

486 Ebenda, S. 537 f.

der Organisation der Bewegung und des Reiches „realisiert“ worden, dass von seinem Inhalt als einem System bestimmter Doktrinen mit einer von der Realität unabhängigen geistigen Existenz nichts übrig geblieben war: „Die Zerstörung der Nazifiktion in der Wirklichkeit hinterließ buchstäblich nichts, nicht einmal den Fanatismus des Aberglaubens.“

Auch was das Problem der Glaubwürdigkeit der nationalsozialistischen Propaganda angeht, sind Hannah Arendts Überlegungen fruchtbar. Ein Beisammensein von Zynismus und Leichtgläubigkeit durchherrschte alle Ränge totalitärer Bewegungen; je höher der Rang sei, desto mehr überwiege in dieser Mischung der Zynismus.⁴⁸⁷ Alle Ränge, vom Sympathisierenden bis zum Führer, seien davon überzeugt, „daß Politik als solche im hergebrachten Sinne wesentlich ein Spiel des Betrügens“ sei. Die Leichtgläubigkeit der Sympathisierenden lasse sich alles einreden, während etwa die von den Parteimitgliedern durchschaute Friedensrhetorik des Reichskanzlers deren Vertrauen im Maßstab des durchschauten Betrugs wachsen lasse. Dabei gelte, mit einem Wort Konrad Heidens, für die parteiliche Binnenstruktur: „Der Nationalsozialist verachtet den gewöhnlichen Deutschen, der SA-Mann die anderen Nationalsozialisten und der SS-Mann den SA-Mann.“⁴⁸⁸ Schließlich verdient auch der Gedanke Arendts, dass ein Verlust an Substanz durchaus durch einen Gewinn an „Organisationsmacht“ aufgewogen werden kann, in diesem Zusammenhang Beachtung: „Schließlich ist unter totalitären Bedingungen die Frage von Erfolg und Misserfolg objektiv nicht mehr zu entscheiden, weil sie bis zum Moment der Katastrophe ausschließlich Sache einer durchorganisierten und terrorisierten Öffentlichkeit geworden ist. In einer fiktiven Welt gibt es gar keine Instanz, die Misserfolge als solche verbuchen könnte [...]“⁴⁸⁹ Eine ähnliche Auffassung vertrat 2007 Hans Mommsen, als er das Fehlen einer rationalen Programmatik bei den Nationalsozialisten konstatierte, an deren Stelle mehr oder minder utopische Endzeiterwartungen traten: „Folgerichtig mußten reale Interessengegensätze, die klare Optionen erforderten, überspielt oder schlicht geleugnet werden. Gleichzeitig verstärkt sich die schon in den zwanziger Jahren bei Hitler sichtbare Verweigerung der Realität. In diesem Klima konnte sich systemimmanente Opposition nicht formieren, konnten selbst Gegenpositionen grundsätzlicher Art nicht artikuliert werden [...]. Das bedeutete,

487 Ebenda, S. 566 f.

488 Ebenda, S. 567.

489 Ebenda, S. 573.

daß die in der Struktur der Bewegung angelegte ideologische Radikalisierung auf keinerlei wirksame institutionellen Widerlager traf, so daß Stabilisierungsfaktoren, die im Sinne der Systemtheorie hätten einwirken müssen, sich nicht entwickelten oder keinen Ansatzpunkt fanden.⁴⁹⁰

Man tut Adolf Hitler und den nationalsozialistischen Führungskadern gewiss zu viel Ehre an, wenn man die in ihren Führungskreisen und Publikationen verbreiteten „Lügen“, und damit ist die einfache Unvereinbarkeit von propagandistischen Schimären und den Elementen einer nicht-fiktiven Welt gemeint, für in deren eigenem Urteil „bare Münze“ hielte. Das gilt für die „Legende vom Dolchstoß“, für das angebliche „Trauma von 1918“, für die „Errichtung einer wahren Volksgemeinschaft“, für die Behauptung vom „unreinen Blut der Juden“, für die „jüdische Weltverschwörung“ und den „jüdischen Bolschewismus“ gleichermaßen. Dass diese Matrix eines delirösen Selbstbetrugs politische Konsequenzen hatte, steht zwar außer Frage. In den theoretischen Überlegungen Hannah Arendts über die „Lügen der fiktiven Welt“ freilich kommt es nicht darauf an, ob die NS-Führungseliten ihrem eigenen Wahn verbunden waren. Wichtiger ist vielmehr, dass sie durch die Macht der Organisation und Bürokratie eine unausweichliche faktische „Verbindlichkeit“ erhielten.

Es löst durchaus Erstaunen aus, dass die Vertreter „Volksgemeinschafts“-These den Kern ihres Phantoms, die „Herstellung der Volksgemeinschaft“, unbeleuchtet lassen. An der Schnittstelle zwischen propagandistischen sowie habituellen Einwirkungen aus der umgebenden Gesellschaft einerseits und der Psyche des Einzelnen andererseits, der sich nicht nur verbunden, sondern sogar „mobilisiert“ fühlen sollte, klafft eine beträchtliche theoretische Leerstelle. Diese weist etwa die Qualität der „black box“ in der Verhaltenspsychologie auf. Werner Bohleber hat sich 1998 aus psychoanalytischer Sicht mit den Triebbestrebungen auseinandergesetzt, die in rechten Ideologien auf den Fremden oder innere Minderheiten projiziert werden.⁴⁹¹ Je pathologischer die Gruppe und je prekärer das Gleichgewicht, desto heftiger werde die Abwehr und die Aggression und desto massiver falle die in Gruppen eintretende Regression der Entscheidungs- und

490 Mommsen, Hans: Martin Broszat und die Erforschung der NS-Zeit. In: Frei, Norbert (Hg.): Martin Broszat, der „Staat Hitlers“ und die Historisierung des Nationalsozialismus, Göttingen 2007, S. 19-30, hier: S. 22 f.

491 Bohleber, Werner: Die Volksgemeinschaft - lebensbekleidender Uterus und ausstoßende Gewalt. Zu den unbewußten Wurzeln rechtsextremer Phantasmen. In: Werkblatt: Zeitschrift für Psychoanalyse und Gesellschaftskritik, Bd. 40 (1998), H. 1, S. 83-105.

Kritikfähigkeit des Einzelnen aus. Individuelle Unterschiede spielen dann keine Rolle mehr, stattdessen trete eine enorme narzisstische Selbsterweiterung ein.⁴⁹²

Das Phantom eines reinen idealen und dem Einzelnen übergeordneten Ganzen als Objekt eines kollektiven Narzissmus befördere, so Bohleber, den Wahn einer Allmacht durch Verschmelzung mit der nationalen Gemeinschaft: „Aus ihm sind innergesellschaftliche Konflikte und Verteilungskämpfe weitgehend verschwunden.“⁴⁹³ Das sei nichts anderes als die „illusionäre Überwindung einer individuellen und abgetrennten Welt“. Die damit verknüpfte dynamische Gewalt gelte dem „Fremden“, der als „Störenfried“ definiert werde, den man aber gleichzeitig benötige, um diese Idealität psychodynamisch aufrecht zu erhalten: „Idealität und Terror sind auf diese Weise verschwistert.“ Damit ist aber auch angedeutet, dass „Volksgemeinschaft“ ein psychisches Problem der Nazi-Machthaber und ihrer Komplizen war. Die Beschwörung des Begriffs in der Phase des Aufstiegs des Nationalsozialismus an die Macht sollte die moralische Leere der Nazi-Elite kompensieren. Den Nationalsozialisten war dabei die Wirkung ihrer eigenen Parolen nach außen völlig gleichgültig. Folgerichtig brachten diese auch keine Vergemeinschaftungen hervor, sondern nur eine Kultur der Verunsicherung, der Apathie, des Misstrauens, der Denunziation, der Angst, des Hasses, der Willkür, der Gewalt. Bei den Machthabern hingegen schuf dieser Prozess ein Eintauchen in eine „synthetische Identität“, die den Zugang zu authentischen Erfahrungen ebenso verbaute wie die Einfühlung in andere Menschen.⁴⁹⁴ Es ist kaum notwendig zu betonen, dass solche Prozesse, wenn wir ihre psychoanalytische Dimension akzeptieren, unbewusst ablaufen und daher keineswegs einem Herrschaftskalkül zugänglich erscheinen.⁴⁹⁵

492 Ebenda, S. 94.

493 Ebenda, S. 102.

494 Ebenda, S. 103. Siehe auch Erdheim, Mario: Gesellschaftlich Unbewusstes, Macht und Herrschaft. In: *Psyche - Zeitschrift für Psychoanalyse und ihre Anwendungen* 67 (2013), S. 1023-1050, und Brunner, Markus/Jan Lohl/Rolf Pohl /Sebastian Winter (Hg.): *Volksgemeinschaft, Tätergemeinschaft und Antisemitismus. Beiträge zur psychoanalytischen Sozialpsychologie des Nationalsozialismus und seiner Nachwirkungen*, Gießen 2011.

495 Anregend zum schwierigen Verhältnis von Geschichte und Psychoanalyse Straub, Jürgen: *Psychoanalyse, Geschichte und Geschichtswissenschaft. Eine Einführung in systematischer Absicht*. In: Rösen, Jörn/Jürgen Straub (Hg.): *Die dunkle Spur der Vergangenheit. Psychoanalytische Zugänge zum Geschichtsbewußtsein. Erinnerung, Geschichte, Identität 2*, Frankfurt am Main 1998, S. 12-32. Weiterführend auch neuerdings Brockhaus, Gudrun (Hg.): *Attraktion der NS-Bewegung*, Essen 2014.

Ein schweifender Blick auf neu erschlossene Quellen soll noch einmal die Fruchtbarkeit eines Verfahrens andeuten, das nicht schon durch die Auswahl der Quellen-Grundlage im Zirkel seiner Vorannahmen verbleibt. In den „Lageberichten Rheinischer Gestapostellen“ für 1934 wird ein ungeschminktes Bild der sozialen und mentalen Gegebenheiten dargelegt.⁴⁹⁶ So berichtete der Regierungspräsident von Aachen am 5. März 1934 an das Gestapa in Berlin: „Die früher teilweise sehr radikalen Belegschaften der Gruben des Wurmreviers werden von den Betriebsratsvorsitzenden, Betriebsausschüssen und Steigern heute als gesäubert angesehen.“ Die Belegschaften hätten sich damit abgefunden, „dass die früheren Zustände für immer der Vergangenheit angehören. Das gälte auch für die aus dem Konzentrationslager Entlassenen“.⁴⁹⁷ Die Staatspolizeistelle Düsseldorf meldete am 5. August 1934 nach Berlin, dass eine neue Welle von Kritik an untergeordneten Führern entstehe.⁴⁹⁸ Die vom „Führer“ an der SA-Spitze durchgeführte „Säuberung“ ließ die Klagen über „weitere nicht sachgemäße Amtsführung und Lebenshaltung“ der Führer und Unterführer von Parteiorganisation, HJ, NSBO und DAF nicht verstummen. Der Bericht vom 5. August 1934 aus Koblenz hält fest: „Nach wie vor hört man Klagen aus der Bevölkerung darüber, daß Parteigenossen und Unterführer sich anderen Volksgenossen gegenüber als unantastbare und unfehlbare Machthaber aufspielen und in der Öffentlichkeit durch unschickliches und unflätiges Benehmen ihre Person glauben in den Vordergrund schieben zu müssen. Sehr unangenehm empfunden wird von der Bevölkerung auch die bei vielen Parteiangehörigen zu beobachtende Postenjägerei und der Drang nach bequemer Versorgung. [...] Für diese unterschiedliche Behandlung der Parteiangehörigen gegenüber den übrigen Volksgenossen hat der Volksmund das Wort geprägt: ‚Wir haben heute Parteigenossen und Volksgenossen.‘“⁴⁹⁹ Die Gestapostelle in Trier konstatierte für den August 1934: „Bei der Betrachtung der Stimmung in den einzelnen Kreisen der Bevölkerung fällt immer noch auf, dass diese in den Kreisen der Intelligenz und des Bürgertums wohl am wenigsten gut ist.“⁵⁰⁰

496 Lageberichte Rheinischer Gestapostellen. Band I: 1934, bearb. von Anselm Faust, Bernd-A. Rusinek und Burkhard Dietz, Düsseldorf 2012.

497 Ebenda, S. 116.

498 Ebenda, S. 178.

499 Ebenda, S. 272.

500 Ebenda, S. 339.

Anfang Oktober wurde aus Düsseldorf gemeldet: „Die Deutsche Arbeitsfront hat ebenfalls im Berichtsmonat an kritischer Gegnerschaft gewonnen.“⁵⁰¹ Über Kriegsvorbereitung und Rüstung seien insgeheim von Mund zu Mund die unglaublichsten Gerüchte im Umlauf.⁵⁰² Besonders breiten Raum nahm in diesem wie in nahezu allen übrigen Berichten „die wenig freundliche, sondern in vielen Fällen offen gegnerische“ Einstellung des katholischen Klerus und der katholischen Bevölkerung ein: „Auf die Dauer müssen derartige Einwirkungen, die längst System angenommen haben, seelisch zersetzend wirken. In besonderen Schulungszirkeln und literarischen Spezialerzeugnissen wird der Klerus für den Kampf gegen die nationalsozialistische Weltanschauung vorbereitet.“⁵⁰³ Aus Aachen wurde gemeldet, dass die Stimmung ebenfalls gedrückt sei, der „deutsche Gruß“ verhältnismäßig selten angewendet werde und der Besuch von NS-Veranstaltungen ebenso zu wünschen übrig lasse wie der Ertrag von Sammlungen.⁵⁰⁴ Und die Staatspolizeistelle Köln berichtete am 1. Oktober 1934, dass „viele Volksgenossen in die Bewegung kein Vertrauen setzen oder mehr setzen, allerdings auch äußerlich Gleichgültigkeit zeigen“.⁵⁰⁵ Die „gegnerischen Gruppen agitieren auch mit dem Hinweis, dass der nationalsozialistische Staat zwar die Volksgemeinschaft predige, selbst aber schrankenlose Korruption verkörpere. Überall werde der Eigennutz vor den Gemeinnutz gestellt“.⁵⁰⁶ Vor einer weiteren Verschlechterung des Lebensstandards der Arbeiter wird gewarnt, „denn nur so könne der Opfersinn des deutschen Arbeiters erhalten und den notorischen Miesmachern der Wind aus den Segeln genommen werden“.⁵⁰⁷ Unzufrieden sei die Arbeiterschaft vor allem auch mit der betrieblichen Situation. „Es wird vor allem viel über das Antreibersystem und darüber geklagt, dass mancher Unternehmer in allzu krasser Form den Herr-im-Hause-Standpunkt in schroffer kapitalistischer Weise vertritt.“ Es werde zudem behauptet, dass die Unternehmer als Führer der Betriebe die ihnen eingeräumte Macht ohne jedes soziale Verständnis zu ihren Vorteilen ausnutzen: „Die als Vertreter der Belegschaft gewählten Vertrauensleute werden von den Arbeitern nur als Marionetten der Kapitalisten betrachtet.“

501 Ebenda, S. 353.

502 Ebenda, S. 355.

503 Ebenda, S. 373.

504 Ebenda, S. 392.

505 Ebenda, S. 410 f.

506 Ebenda, S. 412.

507 Ebenda, S. 413 f.

Als geradezu paradigmatisches Dokument kann man den Bericht aus Düsseldorf vom 5. November 1934 lesen. Auch hier wieder heftige Kritik an der Partei und ihren Organen, über „Ungeeignetheit oder arrogantes Wesen der Unterführer“ oder die Lebenshaltung einzelner Kreise, die „geradezu an herausfordernden Luxus“ grenze.⁵⁰⁸ Im Übrigen finde die NS-Frauenschaft „in wachsendem Maße Ablehnung“.⁵⁰⁹ In weiten Kreisen regiere die Furcht, „mit der Saarabstimmung könne der Ausbruch eines Krieges verbunden sein“, und über die deutsche Ausrüstung werde viel geredet, man könne „fast von einer beginnenden Kriegspsychose sprechen“.⁵¹⁰ Abseits einer denkbaren politischen Propaganda aber sieht der Berichterstatter grundsätzliche Strukturen aufscheinen, die, anders als ein imaginäres „Konzept der Volksgemeinschaft“, die Wirklichkeit im nationalsozialistischen Deutschland beschreiben helfen.⁵¹¹ Man mache sich nämlich in einem lebhaften Austausch von Ansichten und Meinungen gleichsam innerlich Luft. „Da dieser Gedankenaustausch nur von Mund zu Mund, nur insgeheim, im kleinsten Kreise und dazu noch in der bekannten, durch Zeichen und Bewegungen unterstützten und unterstrichenen Flüstersprache vor sich geht, ist er kaum restlos zu übersehen und zu verfolgen.“ Diese „stille Unterhaltung“ sei in ständiger Zunahme begriffen und geeignet, zu einer Art „gesprochener Zeitung“ zu werden. Alle Kreise und Schichten der Bevölkerung seien im gleichen Maße an dieser Verbreitung von Meinungen beteiligt: „Richtet diese sich aus Klugheit oder Angst nur in den seltensten Fällen offen gegen Staat und Partei oder die in der Presse enthaltenen Verlautbarungen und Ansichten, so läuft sie doch in der überwiegenden Mehrheit hierzu parallel, gleichsam als eine besondere, private Meinung weiter und stetig wachsender Kreise. Auf diese Weise sind gleichsam 2 Anschauungen vorhanden, eine offizielle und eine inoffizielle, die getrennt voneinander, ohne sich zu berühren oder zu schneiden, nebeneinander herlaufen. Vielfach wird dabei eine bewußte ungläubige und scharf betonte Ablehnung aller amtlichen Propaganda laut. [...] Neben harten aber sachlichen kritischen Urteilen mehren sich auch solche zynischer oder spöttischer Art, die sich mehr oder weniger auf sämtliche örtlichen Vorgänge politischer oder wirtschaftlicher Art erstreckt.“ Will man denn, auf der Basis dieses Berichts, ein überindividuelles

508 Ebenda, S. 461 f.

509 Ebenda, S. 462.

510 Ebenda, S. 461.

511 Ebenda.

Netz von Mentalitäten über die Bevölkerung der Rheinprovinzen spannen, so entspinnt sich ein Wortfeld von Apathie, Lethargie, Misstrauen, Hoffnungslosigkeit, Zweifeln, Ängstlichkeit, Unsicherheit und Besorgnissen.⁵¹² Der Zukunftshorizont ist, nach den Erkenntnissen dieser in solchen Angelegenheiten gewiss unideologischen Geheimpolitisten, nicht von „Verheißungen“ auf eine bessere Zukunft bestirnt, sondern von einer hoffnungslosen Düsternis überschattet. Wenig verwunderlich, dass die Begrüßungsformeln der Menschen mit „Guten Tag“ und „Auf Wiedersehen“ längst die oktroyierte Dominanz des „Heil Hitler!“ verdrängt hatten.

Wenden wir uns in ähnlicher Weise einem anderen Quellentypus zu, und zwar für die Monate vor der Entfesselung des Zweiten Weltkriegs. In den „streng vertraulichen“ Sozialpolitischen Berichten, die das Reichsarbeitsministerium auf der Basis der Berichte der Reichstreuhand der Arbeit vierteljährlich an die Reichskanzlei zu senden pflegte, hieß es üblicherweise: „Der Auszug behandelt die sozialpolitische Lage, ferner Wünsche und Stimmungen der Schaffenden, die wahrzunehmen waren. Der mit den Berichten der Reichstreuhand verfolgte Zweck macht es unvermeidbar, daß in ihnen die kritische Betrachtung vorherrscht, daß also vor allem auf Mißstände eingegangen wird. Anders würde den zuständigen Stellen keine Gelegenheit gegeben werden können, solche Mißstände abzustellen.“⁵¹³ Und in der Tat zeigte der Begleitbericht zu dem Schreiben von Ministerialdirektor Dr. Werner Mansfeld vom 3. März 1939 über das vierte Quartal 1938 das völlige Chaos in der Lohnpolitik des Regimes, bei der man von „einer gerechten Relation der Löhne zueinander“ kaum noch irgendwo sprechen könne. Besorgnisse über „steigende Krankheitsziffern der Gefolgschaftsmitglieder“ seien angezeigt, desgleichen über die „Lockerung der Arbeitsdisziplin“: „Auch in der chemischen Industrie sind Bummelschichten in steigendem Maße festzustellen. Die deswegen verhängten Gefängnisstrafen haben jedoch zu einer wesentlichen Verbesserung der Arbeitsmoral in diesem Gewerbebezug beigetragen.“ Das antagonistische Verhältnis zwischen der DAF und den „Bestrebungen des Staates“ wird beklagt. Durch Landflucht habe sich der Arbeitermangel in der Landwirtschaft ständig verschärft: „Der Arbeitstag des Bauern,

512 Ebenda, S. 460. Der Lagebericht der Gestapostelle Aachen für den Dezember 1934 vermeldete: „Immer hört man, dass eine straffe, einheitliche Staats-Führung vermisst werde und auch die personelle Säuberung nicht in dem erwarteten Masse durchgeführt worden sei.“ Ebenda, S. 623.

513 Sozialpolitische Berichte. BAArch, R 43 II/528.

vor allem der Bäuerin, hat vielfach die Grenze des Erträglichen gefunden.“ Im Bezirk Cham wurde ein Propagandaleiter für Milchleistungsprüfung am Reden gehindert; die Bauern erklärten, man brauche die Prüfung nicht und solle lieber Arbeitskräfte schicken. Und im Bericht über das erste Januar-Quartal 1939 heißt es alarmierend: „Allgemein wird über ein Sinken der Arbeitsmoral geklagt. Die Neigung zur Widersetzlichkeit und zu schlechter Erledigung der Arbeiten besonders bei jugendlichen Gefolgschaftsmitgliedern wächst.“⁵¹⁴ Bedenkt man, dass das Regime durch Dienstpflichtverordnungen vom Juni 1938 und Februar 1939 die Arbeiter zwangsverpflichtet hatte, zeigt sich unmissverständlich, dass in der deutschen Wirtschaft nicht einmal Spuren einer „Volksgemeinschaft“ wahrgenommen werden konnten. Die Erreichung der Vollbeschäftigung seit 1936 schuf eine neue Beweglichkeit auf dem Arbeitsmarkt, die, in der Sprache der Machthaber, dem „Eigennutz“ folgte, tatsächlich aber interessenpolitisch plausiblen Motiven entsprang und das Klima der Gängelung durch Propaganda und Kontrolle der NS-Organisationen wenigstens für kurze Zeit außer Kraft setzte. An so genannte „Verheißungen“ glaubten nicht einmal die mit den realen „Volksgenossen“ konfrontierten Arbeitsbehörden. Hinter der Maske der „Volksgemeinschaft“ lauerte zu offensichtlich die ungezügelte Machtpolitik.

514 Ebenda.

XVI. Ein Abgesang

In seinem Eröffnungsvortrag der Vierten Internationalen Konferenz zur Holocaustforschung in Berlin am 27. Januar 2013 hat Norbert Frei unter dem Titel „Die nationalsozialistische ‚Volksgemeinschaft‘ als Terror und Traum“ einen merkwürdigen Abgesang auf das von ihm selbst initiierte „Volksgemeinschafts“-Paradigma angestimmt.⁵¹⁵ Das Tagungsprogramm, so Frei, zeige, wie breit die Forschung mit dem Begriff der „Volksgemeinschaft“ inzwischen arbeite: „Plötzlich begreift man, dass es diese Fokussierung auf die ‚Volksgemeinschaft‘ war, die der NS-Forschung im letzten Jahrzehnt neuen Auftrieb gegeben hat.“⁵¹⁶ Die erste Generation empirischer Zeitgeschichtsforscher habe in den 1950er Jahren die Frage nach der „Volksgemeinschaft“ fast vollständig ausgeblendet, für Frei ein „vorwissenschaftlicher Ausgangspunkt“.⁵¹⁷ Warum gerade in der Rhetorik des Ungefähren eine fruchtbare Wende in der Geschichtswissenschaft auszumachen sei, muss dem Hörer/Leser freilich verschlossen bleiben: „Denn als Traum- oder Wunschvorstellung faszinierte der Gedanke der ‚Volksgemeinschaft‘ längst vor 1933 viele, für viele wurde dieser Traum nach 1933 dann auch Wirklichkeit, jedenfalls phasen- und ansatzweise.“⁵¹⁸ „Volksgemeinschaft“ als „Appell an den Gemeinsinn, den man in der Stunde der Not beschwört“, als „Idee, die Trost verheißt“, als „Verkörperung von Selbstbewusstsein und Stärke“ - solche Konnotationen in den Köpfen von immer mehr Menschen zu verankern: „das war die Leistung der Hitler-Bewegung.“⁵¹⁹ Wie solche Assoziationen das nun folgende Selbstzitat: „Die Frage nach der ‚Volksgemeinschaft‘ führt zum Kern des Problems.“⁵²⁰ beglaubigen sollen, ist nicht ersichtlich, und das wurde dem Redner wohl auch bewusst, als er die Kritik von Ian Kershaw aus dem Jahr 2011 an „Potenzial und Grenzen eines neuen Forschungskonzepts“ gerade mit Kershaws Hauptargument, ein Quellenbegriff eigne sich nur schwerlich als Er-

515 Frei, Norbert: Die nationalsozialistische Volksgemeinschaft als Terror und Traum. Eröffnungsvortrag von: Volksgemeinschaft - Ausgrenzungsgemeinschaft. Die Radikalisierung Deutschlands ab 1933. 4. Internationale Konferenz zur Holocaustforschung 27.-29.1.2013 in Berlin, ddb forum berlin, S. 1-16.

516 Ebenda, S. 2.

517 Ebenda.

518 Ebenda, S. 6.

519 Ebenda.

520 Ebenda, S. 8.

klärungsmodell, zurückwies.⁵²¹ Schließlich zog sich Frei auf die Position zurück: „Überhaupt meine ich, wir sollten die Funktionalität der ‚Volksgemeinschaft‘ nicht überzeichnen.“⁵²² Wie soll man da Freis Eingangsbemerkung verstehen, über die Geschichte des Dritten Reiches könne man heute kaum noch sprechen, ohne dass nicht zugleich die Rede auf die „Volksgemeinschaft“ komme; „unseren Studierenden, so schwer sie sich mit dem Vokabular der Quellen sonst manchmal tun, geht er flüssig über die Lippen“.

Wenig Plausibilität kommt der These Freis zu: „Belege für diese affektive Bindungskraft sind naturgemäß nicht ganz leicht zu erschließen; was dazu in den Lageberichten der Behörden zu finden ist - von den Gendarmerieposten über die Landratsämter bis in die Innenministerien - unterliegt noch dem Verdacht der Schönfärberei.“⁵²³ Dabei hat die Forschung über die Stimmung in der Bevölkerung aus derlei Berichten gerade die Schwierigkeiten des Regimes herauslesen können, eine Akzeptanz oder ausgeprägte Sympathie für die täglich erfahrbaren Maßnahmen der unteren und mittleren Amtsträger zu bewirken. Die Häufung negativer Urteile war ja der Grund dafür, die Berichterstattung auszusetzen.

Mit einer gewissen Spannung konnte man der Veröffentlichung von „Volksgemeinschaft“ als soziale Praxis. Neue Forschungen zur NS-Gesellschaft vor Ort“ im Jahr 2013 entgegen sehen.⁵²⁴ Sollte sich in überschaubaren lokalen, regionalen oder anderen geschlossenen Lebenswelten das „Volksgemeinschafts“-Paradigma bestätigen lassen? Nun, davon kann schon in der Einführung des von Dietmar von Reeken und Malte Thießen herausgegebenen Bandes keine Rede sein. So räumen die Herausgeber ein: „Eine soziale Wirkung des Gemeinschaftsversprechens erscheint umso fraglicher, weil sich das Leitmotiv von der ‚Volksgemeinschaft‘ durch seine außerordentliche Vieldeutigkeit - um nicht zu sagen: Vagheit - auszeichnete.“⁵²⁵ Der „Volksgemeinschaft“ wird lediglich noch die Rolle eines „Suggestionkörpers“ zugestanden, der vielfältige Möglichkeiten zur „privaten Aneignung und Umsetzung“⁵²⁶ geboten habe: „Insofern finden wir im ‚Dritten Reich‘ tatsächlich keine einheitliche ‚Volksgemeinschaft‘, allerdings viele ‚Volks-

521 Ebenda, S. 7 f.

522 Ebenda, S. 13.

523 Ebenda, S. 11.

524 von Reeken, Dietmar/Malte Thießen (Hg.): ‚Volksgemeinschaft‘ als soziale Praxis. Neue Forschungen zur NS-Gesellschaft vor Ort, Paderborn-München- Wien-Zürich 2013.

525 Ebenda, S. 20.

526 Ebenda, S. 22.

gemeinschaften‘, mit denen vor Ort soziale Ordnungen ausgehandelt wurden.⁵²⁷ Zweifelsohne stellt dieses Ausweichen in eine Pluralität von ‚Volksgemeinschaft‘ eine bloße Rückzugsposition für ein strittiges Paradigma dar, zumal eingestanden wird, dass eine ‚Formatierung‘ der Gesellschaft nicht stattgefunden habe. Schon die Quellen-Zitate des Beitrages von Habbo Knoch sprechen daher auch eine eindeutige Sprache, so dass der Autor die zunehmende Ausbreitung des Begriffs der ‚Gleichgültigkeit‘ in den Stimmungsberichten über die gesellschaftliche Wirklichkeit konstatiert.⁵²⁸ Knoch betont völlig zu Recht, dass die mangelnde Festlegung des ‚Volksgemeinschafts‘-Begriffs die Voraussetzung war, ‚um Ausgrenzungshandeln und Gewaltenergien im Namen der ‚Volksgemeinschaft‘ freizusetzen‘; mit einem von ihm zitierten Wort von Kathrin Kollmeier: In seiner gewollten Diffusität diene der Begriff als ‚Figur verschleiender Legitimation‘. Knochs Befund ist eindeutig: ‚Statt eine ‚Volksgemeinschaft‘ zu schaffen, trug der Begriff zur Erosion von moralischen und rechtlichen Beschränkungen und damit von gesellschaftlichen Bindungen bei.‘⁵²⁹

In einem ambivalenten Beitrag kommt Armin Nolzen im Wesentlichen über die Behauptung nicht hinaus: ‚Wie die neuere NS-Forschung gezeigt hat, wurde ‚Volksgemeinschaft‘ nach 1933 zu einem Zentralbegriff des Nationalsozialismus, der sowohl in Interaktionen als auch in Organisationen und Funktionssystemen in kontinuierlichem Gebrauch war. Durch das permanente Kommunizieren dieses Schlagworts beziehungsweise des damit verbundenen semantischen Feldes ergab sich eine zunehmende Selbstbindung an dieses Konzept, die eine beispiellose soziale Dynamik hervorrief.‘⁵³⁰ Gleichzeitig beharrt Nolzen darauf, der Begriff sei ‚alles andere als arbiträr‘ verwendet worden.⁵³¹ Letztlich kommt er aber um eine Kritik der bisherigen Forschungsverwendung des Begriffs nicht herum. Es müsse die historiografische Herangehensweise an ‚Volksgemeinschaft‘ selbst auf den Prüfstand gestellt werden: ‚Die NS-Forschung nähert sich diesem Thema entweder auf idealtypisch-essenzialistische oder auf praxeologische Weise.‘⁵³²

527 Ebenda, S. 26.

528 Knoch, Habbo: Gemeinschaften im Nationalsozialismus vor Ort. In: von Reeken/Thießen (Hg.): ‚Volksgemeinschaft‘, S. 37-50, hier: S. 37.

529 Ebenda, S. 49.

530 Nolzen, Armin: Nationalsozialismus und ‚Volksgemeinschaft‘. Plädoyer für eine operative Semantik. In: von Reeken/Thießen (Hg.): ‚Volksgemeinschaft‘, S. 61.

531 Ebenda.

532 Ebenda, S. 62

Für letzteren Ansatz sei es bezeichnend, dass er das voraussetzt, „was eigentlich zu erklären wäre“. Für die künftige, diesem Ansatz verpflichtete Vorgehensweise sei es unabdingbar, „dass die Forschung immer den Moment des jeweiligen Verwendungszusammenhangs im Blick behalten muss“. Eine „operative Semantik“, wie Nolzen das nennt, sei gefragt, „die sich eben nicht nur auf Worte und Begriffe konzentriert, sondern den Kontext ihrer Manifestationen als integralen Bestandteil der Analyse mitführt“.⁵³³ Und, um die Schraube des Präventiösen noch eine Windung weiter zu drehen: „Ein operatives Verständnis von historischer Semantik sollte daher die sachliche Bedeutung von Aussagen oder Wortfeldern mit dem Moment ihres Vorkommens und mit ihren unmittelbaren Funktionen korrelieren, also Sach-, Zeit- und Sozialdimension in ein zirkuläres Verhältnis bringen.“⁵³⁴ Wenn wir bei den Einlassungen Nolzens das Gefühl haben, einer Wende in der Zeitgeschichts-Forschung beizuwohnen, dann ist das nichts anderes als eine Rückbesinnung auf bewährte Methoden der Quelleninterpretation. Das sollte freilich mit einer erhöhten Skepsis gegenüber der Verwendung von Begriffen, die aus den nomothetischen Wissenschaften entlehnt wurden, verbunden sein.

Auch Michael Wildt gibt im selben Band endlich die Losung aus: „Wenn von ‚Volksgemeinschaft‘ die Rede ist, muss man nach Armin Nolzen also sorgfältig unterscheiden, wer wann mit wem kommuniziert und was in der konkreten historischen Situation mit dem Begriff gemeint war.“⁵³⁵ Indem Wildt erneut die Luhmannsche Differenz Inklusion/Exklusion bemüht, verkennt er indes deren in den Sozialwissenschaften äußerst kontrovers diskutierte Dimensionen.⁵³⁶ So bleibt unter Exklusion hier wohl nicht mehr als der Ausschluss aus der Gesamtgesellschaft zu verstehen, also eine umgangssprachliche Form der völligen Ausgrenzung. Einen solchen Extremtypus sieht aber Luhmanns Theorie gerade nicht vor.⁵³⁷ So beharrt Wildt auf einem auch durch ihn selber eingeleiteten „epistemologischen Perspektivwechsel“.⁵³⁸ Seine Resistenz gegenüber den erfahrenen erheblichen Einsprüchen gegen das „Volksgemeinschafts“-Theorem wird von

533 Ebenda, S. 62 f.

534 Ebenda, S. 63.

535 Wildt, Michael: ‚Volksgemeinschaft‘ . Eine Zwischenbilanz. In: von Reeken/Thießen (Hg.), ‚Volksgemeinschaft‘, S. 355-369.

536 Ebenda, S. 362 ff.

537 Farzin, Sina: Inklusion/Exklusion. Entwicklungen und Probleme einer systemtheoretischen Unterscheidung, Bielefeld 2006.

538 Wildt, ‚Volksgemeinschaft‘ . Eine Zwischenbilanz, S. 369.

ihm kurzerhand psychologisiert: „Mitunter mögen Erregungen auch damit zu tun gehabt haben, dass manch Altvorderer seine in langjährigen Auseinandersetzungen erkämpfte Deutungshoheit zur Geschichte des Nationalsozialismus durch aufmüpfige Frischlinge gefährdet sah und entsprechend scharf polemisierte.“⁵³⁹ Für den „Perspektivwechsel“ sieht er daher eine fruchtbare Zukunft: „Mit dieser Öffnung werden Forschungen zu einer neuen Gesellschaftsgeschichte des Nationalsozialismus möglich, die vielleicht zu einem späteren Zeitpunkt über den Begriff selbst hinauswachsen werden, aber mit der ‚Volksgemeinschaft‘ ihren Ausgang genommen haben.“⁵⁴⁰

Im Mai 2014 gaben Martina Steber und Bernhard Gotto einen Sammelband mit dem Titel „Visions of Community in Nazi Germany. Social Engineering & Private Lives“ heraus, der die auf einer Londoner Tagung des „German Historical Institute“ (GHIL) und des „Instituts für Zeitgeschichte“ München-Berlin vom März 2010 „German Society in the Nazi Era. Volksgemeinschaft between Ideological Projection and Social Practice“ vorgelegten und hernach überarbeiteten Papiere versammelte.⁵⁴¹ In einem Vorwort betonen die Direktoren der veranstaltenden Institute: „It comes as no surprise, then, that the concept is highly controversial and antagonizes the international community of historians of Nazi Germany considerably.“⁵⁴² Bezeichnenderweise geht das Vorwort von zwei „Briefstellern“ aus den Jahren 1937 und 1941 aus, Fibeln „des schriftlichen Verkehrs für jedermann“, die die Bedeutung des Arbeiters für die „Volksgemeinschaft“ betonten. Daraus wird geschlossen: „It was a key term which covered up the authoritarian and burocratic nature of Nazi rule and functioned as a tool to exclude and exterminate all those who were not considered part of beneficial to it.“⁵⁴³ Merkwürdig mutet der Bezug auf den früh verstorbenen Timothy Mason und sein Werk „Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft“ an. Mason hatte auf einer Tagung des GHIL 1979 bekanntlich die Bezeichnungen „Intentionalisten“ und „Funktionalisten“ für zwei historische Lager eingeführt. Für die Verwendung des Begriffs „Volksgemeinschaft“ als analytische Kategorie wäre er wohl

539 Ebenda, S. 355.

540 Ebenda, S. 369.

541 Steber, Martina/Bernhard Gotto (Hg.): Visions of Community in Nazi Germany. Social Engineering and Private Lives, Oxford 2014.

542 Ebenda, S. V.

543 Ebenda.

kaum zu gewinnen gewesen, zumal sein Gesamtwerk über Nazi-Deutschland ja gerade unter dem Leitstern der Klassengesellschaft steht.

In der Einleitung der Herausgeber Steber und Gotto⁵⁴⁴ spielt das Cover-Foto eine nicht unbedeutende Rolle: „The propaganda picture of a young couple’s private moment depicted on the cover of this book – the couple sunbathing on the beach with swastika bunting above them waving cheerfully in the wind – told Germans more about the envisioned Volksgemeinschaft than any picture of ecstatic masses at the Hitler rallies did.“⁵⁴⁵ Das Foto wird im Sinne eines „Volksgemeinschafts“-Konzepts vereinnahmt. Es fehlen aber Angaben über den Fotografen, über Aspekte der Aufnahmetechnik, über die Provenienz, den Zeitpunkt und den Kontext, kurz: all das, was, u. a. nach der Kritik an der ersten Wehrmachtausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung durch Vertreter der historischen Zunft und nach dem sogenannten „pictorial turn“, als Maßstab an eine Fotografie als historische Quelle anzulegen ist. Der von den Herausgebern gemachte Gebrauch des Nazi-Propagandafotos ist schlicht bedeutungsleer, ja irreführend.

In einer Nachzeichnung der Genesis des Begriffs „Volksgemeinschaft“ in der neueren NS-Forschung und mit Bezug auf einige Facetten der abgedruckten Beiträge sehen sie im Begriff der „Volksgemeinschaft“ besonders für die Arbeiter ein verlockendes Versprechen für sozialen Aufstieg: „But the attractiveness of the promise to contemporaries should not be underestimated: Volksgemeinschaft really did appear to offer them a chance to free themselves from the confining restrictions of an industrial class society.“⁵⁴⁶ Die bis in den sprachlichen Duktus des Ungefähren hinein repetierten Standardthesen des „Volksgemeinschafts“-Paradigmas aus dem letzten Jahrzehnt sollen durch Passagen aus Wehlers „Gesellschaftsgeschichte“ beglaubigt werden, in denen der Autor seine Auffassung von einer „Volksgemeinschaft“ entfaltet, die „mehr als ein Mythos“ gewesen sei.

Während Wehler in den Referenz-Passagen seines Werks den „Aufbruch und die Politisierung der jungen Generationen“ und die „auffällige Energie der neuen Eliten“ betont, aber auch, wohl im Anschluss an die Arbeiten Martin Broszats, den rapiden Zerfall der christlich-humanistisch- aufklärerischen Normenwelt und

544 Steber, Martina/Bernhard Gotto: *Volksgemeinschaft. Writing the Social History of the Nazi Regime*, a. a. O., S. 1-25.

545 Ebenda, S. 3.

546 Ebenda.

des „moralischen Wächteramts“ konstatiert,⁵⁴⁷ findet man im weiteren Einleitungstext die Thesen über eine generelle Infragestellung der Weimarer Republik und über das „Volksgemeinschafts-Konzept“ wiederholt: „During the Weimar Republic the world seemed to have been turned upside down; society seemed to be frighteningly fragmented; values were put in question, and, it was believed, hallowed ‚German‘ norms and practices were being suppressed.“⁵⁴⁸ Dem nationalsozialistischen Werthorizont wird dagegen bescheinigt: „By contrast, the National Socialist Volksgemeinschaft concept offered unequivocal clarity and the chance of commitment.“ Es wird, wie üblich, über Menschen, nicht von Menschen gesprochen: „When people took part in the timeless, existential utopia the National Socialists offered, when they gave it their total conviction, it seemed they could transcend individual existence.“ In solch kryptischen Formulierungen wird die NS-Weltanschauung eher gespiegelt als durchdrungen. Die Menschen im Dritten Reich hatten angeblich den Eindruck, „that the bright future promised by Volksgemeinschaft was just around the corner.“⁵⁴⁹

Schließlich müssen die beiden Autoren eingestehen, dass die zentralen Rätsel für die Historiker bestehen bleiben: „why the omnipresent Volksgemeinschaft concept was and is, even today, so hard to grasp; and how the social utopia could unfold such an absorbing and destructive power, which ended in mass murder and total destruction.“⁵⁵⁰ Insgesamt ist bei den beiden Autoren der Anspruch zu erkennen, „a new social history“ zu schreiben, „shaped by the premises of cultural turn“. Dieser methodologische Ansatz sei „more interested in the full variety of individual actions than in class positions, [...] understanding political acts in terms of social practice“.⁵⁵¹

Tatsächlich enthält der Sammelband mehrheitlich höchst differenzierte Auseinandersetzungen mit solchen Thesen. Schon der erste Essay ist die englische Fassung des äußerst kritischen Standpunktes von Ian Kershaw, der 2011 bereits auf Deutsch erschienen ist.⁵⁵² In „Echoes of the Volksgemeinschaft“ konstatiert Ulrich Herbert die Hegemonie von „‘national community‘ concepts“ in den

547 Wehler, *Gesellschaftsgeschichte*, S. 684-690.

548 Steber/Gotto, *Volksgemeinschaft*, S. 23 f.

549 Ebenda, S. 25.

550 Ebenda.

551 Ebenda, S. 15.

552 Kershaw, Ian: *Volksgemeinschaft*. Potential and limitations of the Concept. In: Steber/Gotto, *Visions*, S. 29-42.

1930er Jahren in ganz Europa.⁵⁵³ In der Form eines radikalisierten „gesunden Volksempfindens“ hätte sich Volksgemeinschaft in Deutschland bemerkenswert erfolgreich behauptet, solange es von wirtschaftlichen und militärischen Erfolgen begleitet wurde.⁵⁵⁴ Von der nationalen Begeisterung des Sommers 1940 wandelte sich die Stimmung der Bevölkerung spätestens 1942 indes in Apathie und die Sorge um das eigene Überleben.⁵⁵⁵ Den Zerfall sozialen und nationalen Zusammenhalts sieht Herbert schon mit der Machtergreifung der Nazis forciert, zumal Korruption, persönliche Beziehungen, Opportunismus, Karrierismus und Postenjägerei offenkundig wurden.⁵⁵⁶ Der Schwarzmarkt dominierte seit 1942. Die Atomisierung der menschlichen Beziehungen und ein darwinistischer Überlebenskampf hätten zum Kriegsende eine wölfische Gesellschaft hervorgebracht. Besonders interessant und fruchtbar sind Herberts Ausführungen über die Dominanz einer Populärkultur, die von Deutschland, aber ebenso von Frankreich und Großbritannien aus den Vereinigten Staaten übernommen wurde.⁵⁵⁷ Hier hätten sich, über Grenzen hinweg, die Gesetze des Marktes und des Individualismus durchgesetzt. Das sei wohl kaum mit einer isolierten Nationalkultur auf der Basis einer deutschen Volksgemeinschaft zu vereinbaren. Spätestens in der Gesellschaft der Bundesrepublik sei deutlich geworden, dass die Kultur der Modernität - Jazzmusik, Charlie Chaplin und die Emanzipation der Frauen - sich durchgesetzt hätte. Schnell hätten die Westdeutschen die kapitalistische Demokratie akzeptiert. In dieser Perspektive erscheinen, so Herbert, die nationalen Entwicklungspfade weniger bedeutsam.

Lutz Raphael stellt in seiner Auseinandersetzung mit der „nationalsozialistischen Weltanschauung“ klar,⁵⁵⁸ dass, gänzlich anders als in der Sowjetunion mit dem Korpus der marxistisch-leninistischen Orthodoxie, während der Nazi-Herrschaft keinerlei klare Regeln, folglich kein ideologisch konsistentes Konzept existiert habe.⁵⁵⁹ Das dokumentierte, so ist hier zu ergänzen, nicht zuletzt das brüchige Ansehen des vermeintlichen Chef-Ideologen Alfred Rosenberg in der

553 Herbert, Ulrich: Echoes of the *Volksgemeinschaft*. In: Steber/Gotto, Visions, S. 60-69.

554 Ebenda, S. 61.

555 Ebenda, S. 62.

556 Ebenda, S. 65.

557 Ebenda, S. 67.

558 Raphael, Lutz: Pluralities of National Socialist Ideology: New Perspectives on the Production and Diffusion of National Socialist *Weltanschauung*. In: Steber/Gotto, Visions, S. 73-86.

559 Ebenda, S. 76 f.

Führungselite der Nazis. Es habe „Elemente“ von Weltanschauung gegeben, die aber nicht über den Status von Slogans wie Volksgemeinschaft, Lebensraum, Reich, Führer und Rasse hinausgekommen seien. So sei es die populistische Mobilisierung von bloßen Vorurteilen gewesen, die die Basis für die Ergreifung der politischen Macht gebildet hätte.⁵⁶⁰

Auch Armin Nolzen beharrt in seinem Beitrag nicht mehr auf einer gesellschaftsformatierenden Kraft von „Volksgemeinschaft“.⁵⁶¹ Vor 1933 sei diese Formel für die NSDAP eher von geringerer Bedeutung gewesen.⁵⁶² Sogar Goebbels habe kaum von „Volksgemeinschaft“ gesprochen, und auch Hitler habe die Verwendung der „Volksgemeinschafts“-Parole von spezifischen regionalen oder lokalen Zielgruppen abhängig gemacht, zumal auch andere Parteien sich dieser Formel bedient hätten.⁵⁶³

Während Andreas Wirsching noch um eine Rettung des Forschungsansatzes bemüht ist - durch eine problematische Synthese von „Propaganda“ und „sozialer Praxis“ -,⁵⁶⁴ besteht Nicole Kramer darauf, dass man die Kohäsion der Nazi-Gesellschaft nicht überschätzen dürfe: „If we did that, we would be returning to the concepts of totalitarianism in a history-from-below perspective.“⁵⁶⁵

In seinem Beitrag über „Handlungsgemeinschaft“ hat auch Frank Bajohr offenbar Abschied von der „Volksgemeinschafts“-These genommen,⁵⁶⁶ wenn er etwa betont, dass „social action was not necessarily the result of ideological convictions“.⁵⁶⁷ An drei luzide vorgestellten Beispielen von anfangs eher unmerklicher Komplizenschaft kann er freilich auch den Begriff der „Gemeinschaft“ für die Beschreibung gesellschaftlicher Strukturen im Dritten Reich nicht mehr retten, handelte es sich doch um drei völlig unverknüpfte Ereignissequenzen. Detlef Schmiechen-Ackermann gesteht schließlich ein, dass sich die neueren Forschungsansätze das „Volksgemeinschafts“-Paradigma als entschieden zu ver-

560 Ebenda, S. 79.

561 Nolzen, Armin: The NSDAP's Operational Codes after 1933. In: Steber/Gotto, *Visions*, S. 87-100.

562 Ebenda, S. 88 f.

563 Ebenda, S. 89.

564 Wirsching, Andreas: *Volksgemeinschaft* and the Illusions of ‚Normality‘ from the 1920s to the 1940s. In: Steber/Gotto, *Visions*, S. 149-156.

565 Kramer, Nicole: *Volksgenossinnen* on the German Home Front. An Insight into Nazi Wartime Society. In: Steber/Gotto, *Visions*, S. 171-186. Das Zitat findet sich auf S. 186.

566 Bajohr, Frank: ‚Community of Action‘ and Diversity of Attitudes: Reflections on Mechanisms of Social Integration in National Socialist Germany, 1933-1945. In: Steber/Gotto, *Visions*, S. 187-199.

567 Ebenda, S. 196.

einfach erwiesen hätten, um die Nazi-Versuche einer mentalen Integration zu erklären.⁵⁶⁸

In seiner Auseinandersetzung mit der militärischen Elite hält Johannes Hürter fest, dass die militärischen Wertvorstellungen ohne jeden Bezug zu „Volksgemeinschaft“ geblieben seien.⁵⁶⁹ Die zentralen Transformationsprozesse unter den Generälen könnten durch das „Volksgemeinschafts“-Paradigma nicht angemessen erfasst werden: „Elevating this propaganda formula to the rank of an explanatory heuristic concept does not really contribute any new knowledge to our understanding of the history of the German military elite.“⁵⁷⁰ Und Richard Bessel schließlich weist die These von der gemeinschaftsbildenden Wirkung von Exklusion in der Endphase des Krieges entschieden zurück:⁵⁷¹ „but hostility towards foreigners was not the same thing as solidarity among Germans.“⁵⁷² So sei die „Volksgemeinschaft“ zu einer „Kampfgemeinschaft“ mutiert, die sich durch Gewalt und Krieg ausgedrückt habe. Es sei, wie Detlev Peukert schon vor mehr als drei Jahrzehnten erkannt habe, eine atomisierte Gesellschaft übrig geblieben. Bessel fragt abschließend völlig zu Recht, ob „Volksgemeinschaft“ nicht viel mehr eine Schönwetter-Projektion und bloße Propaganda gewesen sei.⁵⁷³

Im Juli-Heft 2014 der „Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte“ schließlich erhielten Martina Steber und Bernhard Gotto erneut die Gelegenheit, ihr „Modell“ von „Volksgemeinschaft“ als analytische Kategorie zu entfalten.⁵⁷⁴ Angesichts der Beiträge in dem von ihnen herausgegebenen Sammelband und vor allem vor dem Hintergrund der Kommentare von Moritz Föllmer und Peter Longerich zur Aufsatz-Publikation erscheint das Fazit der Autoren zur Debatte nicht nachvollziehbar: „Ein Ergebnis dieser Diskussionen und der empirischen Forschungen der letzten Jahre lautet, dass der Begriff der Volksgemeinschaft ein geeignetes Instrument darstellt, um den soziokulturellen Wandel während der NS-Diktatur zu analysieren.“⁵⁷⁵ Auch die Schlussfolgerung ist nicht plausibel, dass der

568 Schmiechen-Ackermann, Detlef: Social Control and the Making of the *Volksgemeinschaft*. In: Steber/Gotto, Visions, S. 240-253.

569 Hürter, Johannes: The Military Elite and *Volksgemeinschaft*. In: Steber/Gotto, Visions, S. 257-269.
570 Ebenda, S. 269.

571 Bessel, Richard: The End of the *Volksgemeinschaft*. In: Steber/Gotto, Visions, S. 281-294.

572 Ebenda, s. 285.

573 Ebenda, S. 294.

574 Steber, Martina/Bernhard Gotto: *Volksgemeinschaft* im NS-Regime: Wandlungen, Wirkungen und Aneignungen eines Zukunftsversprechens. In: VfZ, 62. Jg. (2014), H. 3, S. 433-445.

575 Ebenda, S. 435.

„Volksgemeinschafts“-Begriff „eine integrierende Perspektive für die Gesellschaftsgeschichte des nationalsozialistischen Deutschland“ biete.⁵⁷⁶ In der Behauptung: „Volksgemeinschaft brachte die projektierte nationalsozialistische Gesellschaftsordnung auf den Begriff“⁵⁷⁷ schlagen sich lediglich Schwächen älterer Ansätze nieder, die den verstreut geäußerten Propaganda-Begriff in den Rang eines Ideals, eines Konzeptes, gar einer Utopie erhoben. Das gilt auch für die angeblich doppelte Überbietung der Gegenwart durch den „Volksgemeinschafts“-Begriff: „Er verhieß Erneuerung, Läuterung und ‚Heil‘ in einer fernerer Zukunft als Belohnung für Leistung und Hingabe im Hier und Jetzt.“⁵⁷⁸ Auch die von den Vertretern der „Volksgemeinschafts“-These eingenommene Retrospektive auf die Weimarer Republik in der NS-typischen Verengung wird unkritisch reproduziert: „Während in der Weimarer Republik die Welt auf dem Kopf zu stehen und anstelle der ersehnten Einheit nur Zersplitterung zu herrschen schien, man klare Wertorientierungen in Frage gestellt und vorgeblich ‚deutsche‘ Normen und Praktiken zurückgedrängt glaubte, versprach die nationalsozialistische Volksgemeinschaft Eindeutigkeit und Verbindlichkeit.“⁵⁷⁹

In ihrem behutsam differenzierenden Kommentar zum Essay von Steber und Gotto weist Elizabeth Harvey vor allem auf die nach wie vor bestehende Gefahr hin, „dass am Beginn der Forschungsarbeit nicht die offene Frage nach der Volksgemeinschaft steht, sondern die Annahme ihrer Existenz.“⁵⁸⁰ Während Steber und Gotto dem Propaganda-Foto auf ihrem Sammelband vom eng umschlungenen Pärchen unter flatternden Hakenkreuz-Fähnchen weiterhin einen geradezu naiven Status zuordnen – „Das Bild steht für die Verheißung, die vielen Volksgemeinschaft bedeutete“ –, zeigt Elizabeth Harvey teilweise völlig konträr angelegte Bedeutungsvarianten auf.⁵⁸¹

Moritz Föllmer schließlich sieht den „Volksgemeinschafts“-Ansatz kritisch als „eine Art konzeptionelles Dach“ an, „unter dem sich diejenigen Historikerinnen und Historiker versammeln, die ein hohes Maß an Zustimmung zum und

576 Ebenda, S. 436.

577 Ebenda, S. 439.

578 Ebenda, S. 440.

579 Ebenda, S. 442.

580 Harvey, Elizabeth: Eine Utopie mit tödlichen Ausschlussklauseln. In: VfZ, 62. Jg. (2014), H.3, S. 445-452, hier: S. 446.

581 Ebenda, S. 451 f.

Partizipation am ‚Dritten Reich‘ betonen⁵⁸². Er sieht zu Recht die Gefahr einer neuen Konventionalität des ‚Leitkonzepts‘: „Was gehört eigentlich nicht mehr unter dieses Dach, und welche Befunde wären überhaupt noch in der Lage, seine Plausibilität in Zweifel zu ziehen?“⁵⁸³ Hinter dieser Formulierung steht wohl der Einwand, die Thesen des ‚Volksgemeinschafts‘-Konzepts seien so allgemein, dass sie nur schwerlich dem Verfahren einer Falsifizierung zugänglich wären.

Noch entschiedener fällt die Kritik von Peter Longerich aus.⁵⁸⁴ Dem angeblichen Inklusions-Mechanismus bei der ‚Herstellung von Volksgemeinschaft‘ attestiert er, nicht nur weitgehend willkürlich, sondern „häufig auch rein situativ“ gehandhabt worden zu sein.⁵⁸⁵ Seine Bedenken gegen die analytische Verwendung des ‚Volksgemeinschafts‘-Begriffs kulminieren in der Feststellung: „Es handelt sich um einen ubiquitären zeitgenössischen Begriff, der sich einer präzisen Definition entzieht, einen Allerweltsbegriff also, der nach fast allen Seiten anschlussfähig erscheint [...]“⁵⁸⁶ Longerich stellt auch die dringende Frage nach der Differenz von ‚Gemeinschaft‘ und ‚Gesellschaft‘, die in der Rhetorik der ‚Volksgemeinschafts‘-Theorie aufgegeben wurde.⁵⁸⁷ Er wirft eindringlich das Problem der Beschreibbarkeit einer Gesellschaft auf, die sich permanent veränderte: „Wie ist sie greifbar, wenn sich ihre einzelnen Glieder nicht kollektiv organisieren können? Wie kann man sie rekonstruieren, wenn eine öffentliche Kommunikation und Selbstreflexion über den Zustand dieser Gesellschaft außerhalb der offiziellen Kanäle nicht möglich ist, ja sogar die Sprache, in der diese ‚Gesellschaft‘ zeitgenössisch beschrieben wird, rigiden Sprachregelungen und Propagandakonstrukten unterliegt [...]“⁵⁸⁸ Longerich fordert daher eine entschiedene Kurskorrektur ein: „[...] wenn die realen sozialen Veränderungsprozesse vor allem durch politische Entscheidungen mit ihren weitreichenden Folgen hervorgerufen wurden, wenn diese sozialen Veränderungen in der Analyse erst einmal einer propagandistisch und ideologisch aufgeladenen Sprache entkleidet werden müssen – dann wird meines Erachtens deutlich, dass die Geschichte der

582 Föllmer, Moritz: Volksgemeinschaft zwischen Bedeutungsvielfalt und Homogenitätsanspruch. In: VfZ, 62. Jg. (2014), H. 3, S. 452-459, hier: S. 452.

583 Ebenda, S. 455.

584 Longerich, Peter: Gemach – bis zum Praxistest. In: VfZ, 62. Jg. (2014), H. 3, S. 459-462.

585 Ebenda, S. 459.

586 Ebenda, S. 460.

587 Ebenda, S. 460 f.

588 Ebenda, S. 461.

Gesellschaft unter dem Nationalsozialismus nur in sehr enger Anbindung an die politische Geschichte dieses Systems geschrieben werden kann“.⁵⁸⁹

Eine Beschäftigung mit der Sozial- und Mentalitätsgeschichte des Dritten Reiches hat sich daher dringend wieder aus dem Bann der propagandistischen Phraseologie des Regimes zu lösen und zu bewährten quellenkritischen Methoden des Fachs zurückzukehren. Damit muss eine Abkehr von einer Deduktionslogik verbunden sein, die sich bedenklich weit in der NS-Forschung ausgebreitet hat. Geschichtswissenschaftliche Paradigmenwechsel können nicht einfach durch die Ausrufung einer „kulturgeschichtlichen Wende“ eingeleitet werden. Weder ist eine neue plausible fachspezifische Methodologie als Herangehensweise an einen schon gesicherten Quellen-Korpus erkennbar, noch hat die „Volksgemeinschafts“-Richtung unseren Blick auf neu erschlossene Quellen gelenkt. Die Suche nach geeigneten Quellen erfordert weit mehr Mühe und Energie, als für den Zugriff auf Reden, Broschüren, Verlautbarungen des NS-Regimes oder Erinnerungen von BDM-Führerinnen erforderlich ist.

Als Friedrich Meinecke 1946 auf die „deutsche Katastrophe“ zurückblickte,⁵⁹⁰ hat er unter anderem als Erklärung in Erwägung gezogen, „daß in Hitlers Wesen und Wirken trotz dessen engster Verknüpfung mit dem deutschen Leben seiner Zeit etwa ganz Singuläres, uns Fremdes und schwer Begreifliches, jedenfalls sehr Exzentrisches lag [...]“. Dass in einem „Pendelschlag der Forschung“, wie Jürgen Kocka kürzlich in einer Podiumsdiskussion andeutete, nun die Teilhabe des ganz gewöhnlichen Deutschen am Weg in den Krieg und die Judenverfolgung plausibel erscheinen soll, dass die deutsche Bevölkerung über das „Konstrukt der Volksgemeinschaft“ zu einer „Tätergemeinschaft“ verschmolzen sein soll, hat vor einem an den Quellen geschärften Urteil keinen Bestand. Hinter solchen Großthesen steckt nicht nur eine Verwischung von Verantwortlichkeiten für den alltäglichen Terror und die ausufernden Verbrechen, sondern sogar ihre gigantische Umverteilung. Fast meint man einer Serie von Schauprozessen beizuwohnen, bei denen die Beweismittel dürftig sind, die Beschuldigten schweigen und die gewünschten Ergebnisse von vornherein feststehen.

Es sei daran erinnert, dass in der Hochzeit des Münchener Instituts für Zeitgeschichte dessen historische Recherchen zu strafrechtlich relevanten Gutachten

589 Ebenda, S. 462.

590 Meinecke, Friedrich: Die deutsche Katastrophe. Betrachtungen und Erinnerungen, 5. Auflage, Wiesbaden 1955, S. 89 f.

bei Kriminalprozessen taugten, gleichzeitig aber auch den geschichtlichen Kenntnisstand enorm erweiterten. Wem könnte, so muss man wohl ironisch fragen, mit den Ausführungen der „Volksgemeinschafts“-Theoretiker der Prozess gemacht werden? Herbert Jäger hat 1968 aus Anlass der NS-Prozesse ausgeführt: „Der Erkenntniswert solcher Prozesse – wie überhaupt jeder strafrechtlich-kriminologischer Betrachtung historischer Vorgänge- scheint mir gerade darin zu bestehen, dass sie Geschichte individualisieren, d.h. jenen Punkt markieren, in dem sich die Weltgeschichte mit einer persönlichen Lebensgeschichte trifft und historische und individuelle Kausalität, Zeitgeschichte und Kriminologie zu einer Einheit verschmelzen. Auf diese Weise tragen die Prozesse dazu bei, die optische Täuschung, es handele sich bei solchen Verbrechen um ein transpersonales Geschehen, in das der einzelne nur als bedeutungsloses Partikel hineingerissen wurde, rückgängig zu machen und die individuelle Verantwortlichkeit für Teilvorgänge zu identifizieren.“⁵⁹¹

In diesem Zusammenhang ist auch die These von Timothy Mason in Betracht zu ziehen, dass die Geschichtswissenschaft vor allem „dank der Pedanterie der Gestapo“ verlässliche Einblicke in die Mentalität der deutschen Bevölkerung während des NS-Regimes gewonnen hat.⁵⁹² Und es muss als eine dauerhafte Mahnung verstanden werden, was er 1981 nach jahrelangen intensiven Quellenrecherchen in deutschen Archiven formulierte: „Die Entrechtung der Arbeiterklasse durch den Nationalsozialismus schloß auch ihre Entrechtung vor der Geschichte ein: Ihr wurde weitestgehend die Möglichkeit genommen, ihre Erfahrungen, ihre Lage, ihr Bewußtsein für die Zukunft selbst zu dokumentieren. Die Diktatur isolierte sie sowohl von ihrer eigenen Zukunft als auch von uns.“

Daher verbieten sich für Historiker auch bloße Spekulationen darüber, ob die während des Dritten Reiches forcierte Politik der „Verheißungen“ in den 1950er Jahren in Erfüllung gegangen und von der Bevölkerung der Bundesrepublik auch

591 Jäger, Herbert: Strafrecht und nationalsozialistische Gewaltverbrechen. In: Kritische Justiz 2/1968, S. 144 ff. Zum Verhältnis juristischer und historischer Vergangenheitsbewältigung vgl. auch Rückerl, Adalbert: NS-Verbrechen vor Gericht. Versuch einer Vergangenheitsbewältigung, Heidelberg 1982.

592 Mason, Arbeiteropposition, S. 313.

so verbucht worden sei.⁵⁹³ Ebenso wichtig erscheint es, rückblickend, auch die Erbschaften und Kontinuitäten der Weimarer Moderne, insbesondere der Sozialstaatlichkeit, wieder in ihre historischen Rechte zu setzen.⁵⁹⁴ Die westdeutsche (und zunächst auch die ostdeutsche) Demokratie-Bewegung in den sich neu konstituierenden Betriebsräten und Gewerkschaften nach 1945 jedenfalls hat an die fortschrittlichen Weimarer Traditionen des Arbeitsrechts angeknüpft und damit zeitlich vor Parteien und Parlamenten den Grundstein für einen Neuanfang in der politischen Kultur Nachkriegsdeutschlands gelegt.⁵⁹⁵ Nachdem nachweislich sämtliche realen Volksprodukte der rivalisierenden NS-Stäbe gescheitert sind, soll ausgerechnet dem propagandistischen „Konstrukt der Volksgemeinschaft“ von Weimar über den Nationalsozialismus in die Frühgeschichte der BRD eine Erfolgsgeschichte nachgewiesen werden. Abschließend ist vielmehr zu fragen, warum sich seit dem Zusammenbruch der Ostblock-Ökonomie in den 1980er Jahren Fragestellungen und Untersuchungen beinahe verflüchtigt haben, die historische Gesellschaften unter klassengesellschaftlichen Fragestellungen, unter Einbeziehung von deren Folgen für eine Arbeiterorganisations-Geschichte, thematisieren. Unter dem Palimpsest der „Volksgemeinschaft“ warten ganz andere Erzählungen auf ihre Aktualisierung.

593 Viel interessanter hingegen könnten Überlegungen sein, über einen Vergleich von DAF und Freiem Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB) Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den beiden „Pseudogewerkschaften“ aufzuklären, was in den Bereichen „Freizeitgestaltung“ und „Sozialtourismus“ zu Einsichten führen könnte. Siehe dazu Hachtmann, Rüdiger: Überlegungen zur Vergleichbarkeit von Deutscher Arbeitsfront und Freiem Deutschen Gewerkschaftsbund. In: Heydemann, Günther/Heinrich Oberreuter (Hg.): Diktaturen in Deutschland – Vergleichsausspekte. Strukturen, Institutionen und Verhaltensweisen, Berlin 2003, S. 366-395.

594 Vgl. auch das beeindruckende Plädoyer für die Weimarer Sozialstaatlichkeit und ihre demokratische Verwurzelung bei Tim B. Müller: Nach dem Ersten Weltkrieg. Lebensversuche moderner Demokratien, Hamburg 2014, und ders.: Krieg und Demokratisierung. Für eine andere Geschichte Europas nach 1918. In: Mittelweg 36, 23. Jg., August/September 2014, S. 30-52.

595 Siehe dazu u. a. Milert/Tschirbs, Demokratie, S. 327 ff.

Literaturverzeichnis

- Aly, Götz: Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus, Frankfurt am Main 2005.
- Buchheim, Christoph: Der Mythos vom „Wohlleben“. Der Lebensstandard der deutschen Zivilbevölkerung im Zweiten Weltkrieg. In: VfZ, 58. Jg. (2010), S. 299-328.
- Arendt, Hannah: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, Frankfurt am Main 1962.
- Bajohr, Frank/Michael Wildt (Hg.): Volksgemeinschaft. Neue Forschungen zur Gesellschaft des Nationalsozialismus, Frankfurt am Main 2009.
- Bajohr, Frank/Michael Wildt: Einleitung. In: Dies.(Hg.): Volksgemeinschaft. Neue Forschungen zur Gesellschaft des Nationalsozialismus, Frankfurt am Main 2009, S. 7-23.
- Bajohr, Frank: Dynamik und Disparität. Die nationalsozialistische Rüstungsmobilisierung und die „Volksgemeinschaft“. In: Bajohr, Frank/Michael Wildt (Hg.): Volksgemeinschaft. Neue Forschungen zur Gesellschaft des Nationalsozialismus, Frankfurt am Main 2009. S. 78-93.
- Bajohr, Frank: ‚Volksgemeinschaft‘ von außen betrachtet. Gemeinschaftsutopien und soziale Praxis in Berichten ausländischer Diplomaten und des sozialdemokratischen Exils 1933-45. In: von Reeken, Dietmar/Malte Thießen (Hg.): ‚Volksgemeinschaft‘ als soziale Praxis. Neue Forschungen zur NS-Gesellschaft vor Ort, Paderborn-München, Wien-Zürich 2013, S. 79-95.
- Bajohr, Frank: ‚Community of Action‘ and Diversity of Attitudes. Reflections on Mechanisms of Social Integration in National Socialist Germany, 1933-1945. In: Steber/Gotto, Visions, S. 187-199.
- Bauman, Zygmunt: Moderne und Ambivalenz. Das Ende der Eindeutigkeit, Frankfurt am Main 1995.
- Bavaj, Ricardo: Die Ambivalenz der Moderne im Nationalsozialismus. Eine Bilanz der Forschung, München 2003.
- Beier, Gerhard: Willi Richter. Ein Leben für die soziale Neuordnung, Köln 1978.
- Bessel, Richard: Eine ‚Volksgemeinschaft‘ der Gewalt. In: Schmiechen-Ackermann, Detlef (Hg.): ‚Volksgemeinschaft‘: Mythos, wirkungsmächtige soziale Verheißung oder soziale Realität im ‚Dritten Reich‘? Zwischenbilanz einer kontroversen Debatte, Paderborn-München-Wien-Zürich 2012, S. 357-360.
- Bessel, Richard: The End of the *Volksgemeinschaft*. In: Steber/Gotto, Visions, S. 281-294.
- Bitzegeio, Ursula/Anja Kruke/Meik Woyke (Hg.): Solidargemeinschaft und Erinnerungskultur im 20. Jahrhundert. Beiträge zu Gewerkschaften, Nationalsozialismus und Erinnerungspolitik, Bonn 2009.
- Blaschke, Anette: Die Reichserntedankfeste vor Ort. Auf der „Hinterbühne“ einer nationalsozialistischen Masseninszenierung. In: von Reeken, Dietmar /Malte Thießen(Hg.):

- ‚Volksgemeinschaft‘ als soziale Praxis. Neue Forschungen zur NS-Gesellschaft vor Ort, Paderborn-München-Wien-Zürich 2013, S. 125-141.
- Boberach, Heinz (Hg.): Meldungen aus dem Reich 1938-1945. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS, Band 1 ff., Herrsching 1984.
- Bohleber, Werner: Die Volksgemeinschaft - lebensbekleidender Uterus und ausstoßende Gewalt. Zu den unbewußten Wurzeln rechtsextremer Phantasmen. In: Werkblatt: Zeitschrift für Psychoanalyse und Gesellschaftskritik, Bd. 40 (1998), H. 1, S. 83-105.
- Bourdieu, Pierre: Praktische Vernunft. Zur Theorie des Handelns, Frankfurt am Main 1998.
- Bourdieu, Pierre: Die männliche Herrschaft, Frankfurt am Main 2005.
- Breitmann, Richard: Friedrich Jeckeln - Spezialist für die „Endlösung“ im Osten. In: Smelser, Ronald / Enrico Syring (Hg.): Die SS: Elite unter dem Totenkopf. 30 Lebensläufe, Paderborn, 2. Aufl. 2003, S. 267-275.
- Brockhaus, Gudrun (Hg.): Attraktion der NS-Bewegung, Essen 2014.
- Broszat, Martin: Soziale Motivation und Führer-Bindung des Nationalsozialismus. In: VfZ 18 (1970), S. 392-409.
- Broszat, Martin: Der Staat Hitlers. Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Verfassung, München, 2. Aufl. 1971.
- Broszat, Martin: Die Machtergreifung. Der Aufstieg der NSDAP und die Zerstörung der Weimarer Republik, München 1984.
- Bruendel, Steffen: Volksgemeinschaft oder Volksstaat. Die „Ideen von 1914“ und die Neuordnung Deutschlands im Ersten Weltkrieg, Berlin 2003
- Bruendel, Steffen: Die Geburt der „Volksgemeinschaft“ aus dem „Geist von 1914“. Entstehung und Wandel eines „sozialistischen“ Gesellschaftsentwurfs. In: Zeitgeschichte - online, Mai 2004, S. 1-26.
- Brüning, Heinrich: Memoiren 1918-1934, Stuttgart 1970.
- Brunner, Markus/Jan Lohl/Rolf Pohl/Sebastian Winter (Hg.): Volksgemeinschaft, Tätergemeinschaft und Antisemitismus. Beiträge zur psychoanalytischen Sozialpsychologie des Nationalsozialismus und seiner Nachwirkungen, Gießen 2011.
- Dahrendorf, Ralf: Soziale Klassen und Klassenkonflikt in der industriellen Gesellschaft, Stuttgart 1957.
- Dahrendorf, Gesellschaft und Freiheit. Zur soziologischen Analyse der Gegenwart, München 1962.
- Danyel, Jürgen/Jan-Holger Kirsch/Martin Sabrow (Hg.): 50 Klassiker der Zeitgeschichte, Göttingen 2007.
- Die Tagebücher von Joseph Goebbels, hrsg. von Elke Fröhlich, Teil I Aufzeichnungen 1923-1941, Band 2/III, Oktober 1932-März 1934, München 2006.
- Domarus, Max (Hg.): Hitler. Reden und Proklamationen 1932-1945. Band I: Triumph. Erster Halbband 1932-1934, Wiesbaden 1973.
- Dube, Christian: Religiöse Sprache in Reden Adolf Hitlers. Analysiert an Hand ausgewählter Reden aus den Jahren 1933-1945, Kiel 2004.

- Eckert, Rainer: Arbeiter in der preußischen Provinz. Rheinprovinz, Schlesien und Pommern 1933 bis 1939 im Vergleich, Frankfurt am Main - Berlin - Bern - New York - Paris - Wien 1997.
- Erdheim, Mario: Gesellschaftlich Unbewusstes, Macht und Herrschaft. In: *Psyche - Zeitschrift für Psychoanalyse und ihre Anwendungen* 67 (2013), S. 1023-1050.
- Erpel, Simone: Die deutsche Gesellschaft und Hitler. In: Thamer, Hans-Ulrich/Simone Erpel (Hg.): *Hitler und die Deutschen. Volksgemeinschaft und Verbrechen*, Dresden 2010, S. 211.
- Evans, Richard J.: *Das Dritte Reich. Band I: Aufstieg*, München 2004.
- Evans, Richard: *Das Dritte Reich. Bd. II/1 und 2: Diktatur*, München 2010.
- Farzin, Sina: *Inklusion / Exklusion. Entwicklungen und Probleme einer systemtheoretischen Unterscheidung*, Bielefeld 2006.
- Faust, Anselm: Die Lageberichte der rheinischen Gestapostellen 1934-1936. Historische Bedeutung und wissenschaftlicher Quellenwert. In: *Geschichte im Westen*, Jg. 27 (2012), S. 125-139.
- Föllmer, Moritz: Volksgemeinschaft zwischen Bedeutungsvielfalt und Homogenitätsanspruch. In: *VfZ*, 62. Jg. (2014), H. 3, S. 452-459.
- Frei, Norbert: *Der Führerstaat. Nationalsozialistische Herrschaft 1933 bis 1945*, München 1987.
- Frei, Norbert: *Volksgemeinschaft. Erfahrungsgeschichte und Lebenswirklichkeit der Hitlerzeit* (1999). In: Ders.: *1945 und wir. Das Dritte Reich im Bewußtsein der Deutschen*, München 2005, S. 107-128.
- Frei, Norbert: *Epochenjahr 1933. Der 30. Januar entschwindet dem historischen Bewußtsein*. In: Ders.: *1945 und wir. Das Dritte Reich im Bewußtsein der Deutschen*, München 2005, S. 83-96.
- Frei, Norbert: *Die nationalsozialistische Volksgemeinschaft als Terror und Traum. Eröffnungsvortrag von: Volksgemeinschaft - Ausgrenzungsgemeinschaft. Die Radikalisierung Deutschlands ab 1933. 4. Internationale Konferenz zur Holocaustforschung 27.-29.1.2013 in Berlin*, ddb forum berlin, S. 1-16.
- Frese, Matthias: *Betriebspolitik im „Dritten Reich“. Deutsche Arbeitsfront, Unternehmer und Staatsbürokratie in der westdeutschen Großindustrie 1933-1939*, Paderborn 1991.
- Friedländer, Saul: *Das Dritte Reich und die Juden. Die Jahre der Verfolgung 1933-1939*, 2. Aufl. München 1998.
- Gailus, Manfred/Armin Nolzen: *Zerstrittene „Volksgemeinschaft“. Glaube, Konfession und Religion im Nationalsozialismus*, Göttingen 2011.
- Gamm, Hans-Jochen: *Der Flüsterwitz im Dritten Reich*, München, 3. Aufl. 1984.
- Gellately, Robert: *Hingeschaut und weggesehen. Hitler und sein Volk*, München 2004.
- Goebbels Reden 1932-1939, Bd. 1, München 1971
- Goeschel, Christian: *Selbstmord im Dritten Reich*, Berlin 2011.

- Goetz, Norbert: Die nationalsozialistische Volksgemeinschaft im synchronen und diachronen Vergleich. In: Schmiechen-Ackermann, Detlef (Hg.): ‚Volksgemeinschaft‘: Mythos, wirkungsmächtige soziale Verheißung oder soziale Realität im ‚Dritten Reich‘? Zwischenbilanz einer kontroversen Debatte, Paderborn-München-Wien-Zürich 2012, S. 55-67.
- Grebing, Helga: Zu viel ‚Volksgemeinschaft‘ erklärt zu wenig. Anmerkungen zum Thema ‚Arbeiter im ‚Dritten Reich‘“. In: Bitzegeio, Ursula/Anja Kruke/Meik Woyke (Hg.): Solidargemeinschaft und Erinnerungskultur im 20. Jahrhundert. Beiträge zu Gewerkschaften, Nationalsozialismus und Erinnerungspolitik, Bonn 2009, S. 481-488.
- Gregor, Neil: Das Schweigen nach 1945 und die Spuren der ‚Volksgemeinschaft‘: Zu den Grenzen eines Forschungskonzepts. In: von Reeken, Dietmar/Malte Thießen (Hg.): ‚Volksgemeinschaft‘ als soziale Praxis. Neue Forschungen zur NS-Gesellschaft vor Ort, Paderborn-München-Wien-Zürich 2013, S. 341-352.
- Gregor, Neil: Stern und Hakenkreuz. Daimler-Benz im Dritten Reich, Berlin 1997.
- Hachtmann, Rüdiger: Industriearbeit im ‚Dritten Reich‘. Untersuchungen zu den Lohn- und Arbeitsbedingungen in Deutschland 1933-1945, Göttingen 1989.
- Hachtmann, Rüdiger: Überlegungen zur Vergleichbarkeit von Deutscher Arbeitsfront und Freiem Deutschen Gewerkschaftsbund. In: Heydemann, Günther/Heinrich Oberreuter (Hg.): Diktaturen in Deutschland – Vergleichsaspekte. Strukturen, Institutionen und Verhaltensweisen, Berlin 2003, S. 366-395.
- Hachtmann, Rüdiger: Chaos und Ineffizienz in der Deutschen Arbeitsfront. Ein Evaluierungsbericht aus dem Jahre 1936. In: VfZ 53 Jg. (2005), S. 43-78.
- Hachtmann, Rüdiger: Das Wirtschaftsimperium der Deutschen Arbeitsfront 1933-1945, Göttingen 2012.
- Hachtmann, Rüdiger: ‚Volksgemeinschaftliche Dienstleister‘? Anmerkungen zu Selbstverständnis und Funktion der Deutschen Arbeitsfront und der NS-Gemeinschaft ‚Kraft durch Freude‘. In: Schmiechen-Ackermann, Detlef (Hg.): ‚Volksgemeinschaft‘: Mythos, wirkungsmächtige soziale Verheißung oder soziale Realität im ‚Dritten Reich‘? Zwischenbilanz einer kontroversen Debatte, Paderborn-München-Wien-Zürich 2012, S. 111-131.
- Hachtmann, Rüdiger: Vom ‚Geist der Volksgemeinschaft durchpulst‘. www.zeitgeschichte-online.de. 31.12.2013, S. 1-19.
- Hacke, Jens: ‚Volksgemeinschaft der Gleichgesinnten‘. Liberale Faschismusanalysen und die Wurzeln der Totalitarismustheorie. In: Mittelweg 36, 23. Jg. August/September 2014, S. 53-73.
- Haffner, Sebastian: Von Bismarck zu Hitler. Ein Rückblick, München 1989.
- Haffner, Sebastian: Geschichte eines Deutschen. Die Erinnerungen 1914-1933, Stuttgart-München, 9. Aufl. 2001.

- Handschuhmacher, Thomas: „Volksgemeinschaft“ als Gegenstand sozialer Praktiken. Eine Untersuchung am Beispiel der NSDAP-Ortsgruppe Lohmar. In: Geschichte im Westen, Jg. 28 (2013), S. 91-117.
- Hardtwig, Wolfgang: Volksgemeinschaft im Übergang. Von der Demokratie zum rassistischen Führerstaat. In: Lehnert, Detlef: Gemeinschaftsdenken in Europa. Das Gesellschaftskonzept „Volksheim“ im Vergleich 1900-1938, Köln-Weimar-Wien 2013, S. 227-253.
- Harvey, Elizabeth: Weibliche Gemeinschaft als ‚Volksgemeinschaft‘: Vergnügen, Konformität und Zwang. In: Schmiechen-Ackermann, Detlef (Hg.): ‚Volksgemeinschaft‘: Mythos, wirkungsmächtige soziale Verheißung oder soziale Realität im ‚Dritten Reich‘? Zwischenbilanz einer kontroversen Debatte, Paderborn-München-Wien-Zürich 2012, S. 249-264.
- Harvey, Elizabeth: Eine Utopie mit tödlichen Ausschlussklauseln. In: VfZ, 62. Jg. (2014), H.3, S. 445-452.
- Hentschel, Volker: Geschichte der deutschen Sozialpolitik (1880-1980). Soziale Sicherung und kollektives Arbeitsrecht, Frankfurt am Main 1983.
- Herbert, Ulrich: Zur Entwicklung der Ruhrarbeiterschaft 1930 bis 1960 aus erfahrungsgeschichtlicher Perspektive. In: Niethammer, Lutz/Alexander von Plato (Hg.): „Wir kriegen jetzt andere Zeiten.“ Auf der Suche nach der Erfahrung des Volkes in nachfaschistischen Ländern. Lebensgeschichte im Ruhrgebiet 1930 bis 1960, Band 3, Berlin - Bonn 1985, S. 19-52.
- Herbert, Ulrich: Arbeiterschaft im „Dritten Reich“. Zwischenbilanz und offene Fragen. In: GG, 15. Jg. (1989), H. 3, S. 320-360.
- Herbert, Ulrich: Was haben die Nationalsozialisten aus dem Ersten Weltkrieg gelernt? In: Gerd Krumeich (Hg.): Nationalsozialismus und Erster Weltkrieg, Essen 2010, S. 21-32.
- Herbert, Ulrich: Echoes of the *Volksgemeinschaft*. In: Steber/Gotto, Visions, S. 60-69.
- Herbert, Ulrich: Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, München 2014.
- Herbst, Ludolf: Das nationalsozialistische Deutschland 1933-1945. Die Entfesselung der Gewalt: Rassismus und Krieg, Frankfurt am Main 1996.
- Herbst, Ludolf: Hitlers Charisma. Die Erfindung eines deutschen Messias, Frankfurt am Main 2010.
- Herbst, Ludolf: Nicht Charisma, sondern Terror. Der Propagandafassade entsprach keine Wirklichkeit. In: FAZ, 20.7.2011, Nr. 166.
- Heuel, Eberhard: Der umworbene Stand. Die ideologische Integration der Arbeiter im Nationalsozialismus 1933-1935, Frankfurt-New York 1989.
- Hitler, Adolf: Mein Kampf, 158.-159. Aufl., München 1935
- Hürter, Johannes: The Military Elite and *Volksgemeinschaft*. In: Steber/Gotto, Visions, S. 257-269.

- Hüttenberger, Peter: Die Gauleiter. Studien zum Wandel des Machtgefüges in der NSDAP, Stuttgart 1969.
- Jäger, Herbert: Strafrecht und nationalsozialistische Gewaltverbrechen. In: Kritische Justiz 2/1968, S. 143-157.
- Keitz, Christine: Die Anfänge des modernen Massentourismus in der Weimarer Republik. In: AfS 33 (1993), S. 179-209.
- Keller, Sven: Volksgemeinschaft am Ende. Gesellschaft und Gewalt 1944/45, München 2013.
- Kershaw, Ian: Hitlers Popularität. Mythos und Realität im Dritten Reich. In: Mommsen, Hans/ Susanne Willems (Hg.): Herrschaftsalltag im Dritten Reich. Studien und Texte, Düsseldorf 1988, S. 24-96.
- Kershaw, Ian: Hitler 1889-1936, Stuttgart, 2. Aufl. 1998.
- Kershaw, Ian: Soziale Motivation und Führer-Bindung im Staat Hitlers: In: Frei, Norbert (Hg.): Martin Broszat, der „Staat Hitlers“ und die Historisierung des Nationalsozialismus, Göttingen 2007, S. 76-84.
- Kershaw, Ian: „Volksgemeinschaft“. Potenzial und Grenzen eines neuen Forschungskonzepts. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 1/2011, S. 1-17.
- Kershaw, Ian: *Volksgemeinschaft*. Potential and limitations of the concept. In: Steber/Gotto, Visions, S. 29-42.
- Klemperer, Victor: Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten. Tagebücher 1933-1941, 3. Auflage Berlin 1995.
- Klemperer, Victor: LTI. Notizbuch eines Philologen, 24., völlig neu bearbeitete Auflage. Nach der Ausgabe letzter Hand herausgegeben und kommentiert von Elke Fröhlich, Stuttgart 2010.
- Klöss, Erhard (Hg.): Reden des Führers. Politik und Propaganda Adolf Hitlers, München 1967.
- Knoch, Habbo: Gemeinschaften im Nationalsozialismus vor Ort. In: von Reeken, Dietmar/ Malte Thießen(Hg.): ‚Volksgemeinschaft‘ als soziale Praxis. Neue Forschungen zur NS-Gesellschaft vor Ort, Paderborn-München, Wien-Zürich 2013, S. 37-50.
- Kocka, Jürgen: Klassengesellschaft im Krieg. Deutsche Sozialgeschichte 1914-1918, Göttingen, 2. Aufl. 1978.
- Köhler, Henning: Anmerkungen zu Haffner. In: FAZ, 16.8.2001, Nr. 189, S. 7.
- König, Wolfgang: Volkswagen, Volksempfänger, Volksgemeinschaft. „Volkprodukte“ im Dritten Reich. Vom Scheitern einer nationalsozialistischen Konsumgesellschaft, Paderborn 2004.
- Kopper, Christopher: Die Reise als Ware. Die Bedeutung der Pauschalreise für den deutschen Massentourismus nach 1945. Zeithistorische Forschungen.de. Zeitgeschichte online 4 (2007), H. 1 u. 2.
- Koselleck, Reinhart: XIV. Abschnitt des Artikels „Volk, Nation, Nationalismus, Masse“. In: Otto Brunner/Werner Conze/Reinhart Koselleck (Hg.): Geschichtliche Grund-

- begriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Band 7, Stuttgart 1978.
- Koselleck, Reinhart: Begriffsgeschichten. Studien zur Semantik und Pragmatik der politischen und sozialen Sprache, Frankfurt am Main 2006.
- Kramer, Nicole: Volksgenossinnen an der Heimatfront. Mobilisierung, Verhalten, Erinnerung, Göttingen 2011.
- Kramer, Nicole: Volksgenossinnen on the German Home Front. An Insight into Nazi Wartime Society. In: Steber/Gotto, Visions, S. 171-186.
- Kranig, Andreas: Lockung und Zwang. Zur Arbeitsverfassung im Dritten Reich, Stuttgart 1982.
- Kranig, Andreas: Arbeitnehmer, Arbeitsbeziehungen und Sozialpolitik unter dem Nationalsozialismus. In: Bracher, Karl Dietrich/Manfred Funke/Hans-Adolf Jacobsen (Hg.): Deutschland 1933-1945. Neue Studien zur nationalsozialistischen Herrschaft, Düsseldorf 1992, S. 135-152.
- Kundrus, Birthe: Der Holocaust. Die „Volksgemeinschaft“ als Verbrechensgemeinschaft? In: Thamer, Hans-Ulrich/Simone Erpel (Hg.): Hitler und die Deutschen. Volksgemeinschaft und Verbrechen, Dresden 2010. S. 130-135.
- Lageberichte Rheinischer Gestapostellen. Band I: 1934, bearb. von Anselm Faust, Bernd-A. Rusinek und Burkhard Dietz, Düsseldorf 2012.
- Ley, Robert: Durchbruch der sozialen Ehre. Reden und Gedanken für das schaffende Deutschland, 8. Aufl. München 1939.
- Longerich, Peter: Nationalsozialistische Propaganda. In: Bracher, Karl Dietrich/Manfred Funke /Hans-Adolf Jacobsen (Hg.): Deutschland 1933-1945. Neue Studien zur nationalsozialistischen Herrschaft, Düsseldorf 1992, S. 291-314.
- Longerich, Peter: Gemach – bis zum Praxistest. In: VfZ, 62. Jg. (2014), H. 3, S. 459-462.
- Lütke, Alf: ‚Ehre der Arbeit‘. Industriearbeiter und die Macht der Symbole. Zur Reichweite symbolischer Orientierungen im Nationalsozialismus. In: Ders.: Eigensinn. Fabrikalltag, Arbeitererfahrungen und Politik vom Kaiserreich bis in den Faschismus, Hamburg 1993, S. 283-350.
- Lütke, Alf: Herrschaft als soziale Praxis. Historische und sozialanthropologische Studien, Göttingen 1991.
- Mai, Gunther: Arbeiterschaft zwischen Sozialismus, Nationalismus und Nationalsozialismus. Wider gängige Stereotype. In: Backes, Uwe/Eckhard Jesse/Rainer Zitelmann (Hg.): Die Schatten der Vergangenheit. Impulse zur Historisierung des Nationalsozialismus, Frankfurt am Main–Berlin 1990, S. 195-217.
- Mallmann, Klaus-Michael/Gerhard Paul: Herrschaft und Alltag. Ein Industrieviertel im Dritten Reich. Widerstand und Verweigerung im Saarland 1935-1945, Band 2, Bonn 1991.
- Maschke, Walter: Die Urlaubsregelung für die Jugendlichen. In: Die Arbeit. 8. Jg. (1931), Heft 9, S. 718-723.

- Mason, Timothy W.: Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft. Dokumente und Materialien zur deutschen Arbeiterpolitik 1936-1939, Opladen 1975.
- Mason, Timothy W.: Sozialpolitik im Dritten Reich. Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft, Opladen 1977.
- Mason, Timothy W.: Arbeiteropposition im nationalsozialistischen Deutschland. In: Peukert, Detlev/Jürgen Reulecke (Hg.): Die Reihen fast geschlossen, Wuppertal 1981, S. 293-313.
- Meinecke, Friedrich: Die deutsche Katastrophe. Betrachtungen und Erinnerungen, 5. Auflage, Wiesbaden 1955.
- Meyer, Beate: Erfüllte und erdachte „Volksgemeinschaft“. Erfahrungen „jüdischer Mischlinge“ zwischen Integration und Ausgrenzung. In: Bajohr, Frank/Michael Wildt (Hg.): Volksgemeinschaft. Neue Forschungen zur Gesellschaft des Nationalsozialismus, Frankfurt am Main 2009, S. 144-164.
- Meyhoff, Andreas: Blohm & Voss im „Dritten Reich“. Eine Hamburger Großwerft zwischen Geschäft und Politik, Hamburg 2001.
- Michalka, Wolfgang (Hg.): Das Dritte Reich. Dokumente zur Innen- und Außenpolitik. Band 1: „Volksgemeinschaft“ und Großmachtspolitik 1933-1939, München 1985.
- Milert, Werner/Rudolf Tschirbs: Die andere Demokratie. Betriebliche Interessenvertretung in Deutschland, 1848 bis 2008, Essen 2012.
- Milert, Werner/Rudolf Tschirbs: Zerschlagung der Mitbestimmung 1933. Das Ende der ersten deutschen Betriebsdemokratie, Düsseldorf 2013.
- Möding, Nori: „Ich muss irgendwo engagiert sein - Fragen Sie mich bloß nicht, warum!“ Überlegungen zu Sozialisationserfahrungen von Mädchen in NS-Organisationen. In: Niethammer/von Plato (Hg.), Zeiten, S. 19-52.
- Mommsen, Hans: Zur Verschränkung traditioneller und faschistischer Führungsgruppen in Deutschland beim Übergang von der Bewegungs- zur Systemphase. In: Schieder, Wolfgang (Hg.): Faschismus als soziale Bewegung, Hamburg 1976, S. 157-181.
- Mommsen, Hans/Susanne Willems (Hg.): Herrschaftsalltag im Dritten Reich. Studien und Texte, Düsseldorf 1988
- Mommsen, Hans: Einleitung. In: Mommsen, Hans/Susanne Willems (Hg.): Herrschaftsalltag im Dritten Reich. Studien und Texte, Düsseldorf 1988, S. 9-23.
- Mommsen, Hans/Dieter Obst: Die Reaktion der deutschen Bevölkerung auf die Verfolgung der Juden 1933-1943. In: Mommsen, Hans/Susanne Willems (Hg.): Herrschaftsalltag im Dritten Reich. Studien und Texte, Düsseldorf 1988, S. 374-485.
- Mommsen, Hans: Die verspielte Freiheit. Der Weg der Republik von Weimar in den Untergang 1918 bis 1933, Berlin 1989.
- Mommsen, Hans: Martin Broszat und die Erforschung der NS-Zeit. In: Frei, Norbert (Hg.): Martin Broszat, der „Staat Hitlers“ und die Historisierung des Nationalsozialismus, Göttingen 2007, S. 19-30.

- Mommsen, Hans: Forschungskontroversen zum Nationalsozialismus. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 14-15/2007, S. 14-21.
- Mommsen, Hans: Amoklauf der „Volksgemeinschaft“? Kritische Anmerkungen zu Michael Wildts Grundkurs zur Geschichte des Nationalsozialismus. In: Neue Politische Literatur, Jg. 53 (2008) I, S. 15-20.
- Mommsen, Hans: Der Mythos der Volksgemeinschaft. Die Auflösung der bürgerlichen Nation. In: Ders.: Zur Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert. Demokratie, Diktatur, Widerstand, München 2010, S. 162-174
- Mommsen, Hans: Der Verlust der moralischen Dimension im nationalsozialistischen Gewaltsystem. In: Ders.: Zur Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert. Demokratie, Diktatur, Widerstand, München 2010, S. 177-192.
- Mommsen, Hans: Zerstörung der Politik und Amoklauf des NS-Regimes. Politikverständnis und kumulative Radikalisierung. In: Thamer, Hans-Ulrich/Simone Erpel (Hg.): Hitler und die Deutschen. Volksgemeinschaft und Verbrechen, Dresden 2010, S. 68-73.
- Mommsen, Hans: Hitler und der Mythos der Volksgemeinschaft. Zur Auflösung der bürgerlichen Nation. In: Diner, Dan/Gideon Reuveni/ Yfaat Weiss (Hg.): Deutsche Zeiten. Geschichte und Lebenswelt. Festschrift zur Emeritierung von Moshe Zimmermann, Göttingen 2012, S. 132-140.
- Morsch, Günter: Arbeit und Brot. Studien zu Lage, Stimmung, Einstellung und Verhalten der deutschen Arbeiterschaft 1933-1936/37, Frankfurt am Main - Berlin - Bern - New York - Paris - Wien 1993.
- Mühlenfeld, Daniel: Die Vergesellschaftung von „Volksgemeinschaft“ in der sozialen Interaktion. Handlungs- und rollentheoretische Überlegungen zu einer Gesellschaftsgeschichte des Nationalsozialismus. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 10/2013, S. 826-846.
- Müller, Tim B.: Nach dem Ersten Weltkrieg. Lebensversuche moderner Demokratien, Hamburg 2014.
- Müller, Tim B.: Krieg und Demokratisierung. Für eine andere Geschichte Europas nach 1918. In: Mittelweg 36, 23. Jg., August/September 2014, S. 30-52.
- Müller-Hohagen, Jürgen: Komplizenschaft über Generationen. In: Harald Welzer (Hg.): Nationalsozialismus und Moderne, Tübingen 1993, S. 26-60.
- Müller-Jentsch, Walther: Soziologie der industriellen Beziehungen. Eine Einführung, 2. Aufl. Frankfurt am Main 1997.
- Nagel, Anne C.: Hitlers Bildungsreformer. Das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung 1934-1945, Frankfurt am Main 2012.
- Neebe, Reinhard: Großindustrie, Staat und NSDAP 1930-1933. Paul Silverberg und der Reichsverband der Deutschen Industrie in der Krise der Weimarer Republik, Göttingen 1981.
- Neumann, Franz: Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933-1944, Köln - Frankfurt am Main 1977.

- Niemann, Hans-Werner: ‚Volksgemeinschaft‘ als Konsumgemeinschaft? In: Schmiechen-Ackermann, Detlef (Hg.): ‚Volksgemeinschaft‘: Mythos, wirkungsmächtige soziale Verheißung oder soziale Realität im ‚Dritten Reich‘? Zwischenbilanz einer kontroversen Debatte, Paderborn-München-Wien-Zürich 2012, S. 87-109.
- Niethammer, Lutz (Hg.): „Die Jahre weiß man nicht, wo man die heute hinsetzen soll.“ Faschismus-Erfahrungen im Ruhrgebiet. Lebensgeschichte und Sozialkultur im Ruhrgebiet 1930 bis 1960, Band 1, Berlin - Bonn 1983.
- Niethammer, Lutz/Alexander von Plato (Hg.): „Wir kriegen jetzt andere Zeiten.“ Auf der Suche nach der Erfahrung des Volkes in nachfaschistischen Ländern. Lebensgeschichte im Ruhrgebiet 1930 bis 1960, Band 3, Berlin - Bonn 1985.
- Nolzen, Armin: „Totaler Antisemitismus“. Die Gewalt der NSDAP gegen die Juden, 1933-1938/39. In: Schmiechen-Ackermann, Detlef (Hg.): ‚Volksgemeinschaft‘: Mythos, wirkungsmächtige soziale Verheißung oder soziale Realität im ‚Dritten Reich‘? Zwischenbilanz einer kontroversen Debatte, Paderborn-München-Wien-Zürich 2012, S. 179-198.
- Nolzen, Armin: Nationalsozialismus und ‚Volksgemeinschaft‘. Plädoyer für eine operative Semantik. In: von Reeken, Dietmar/Malte Thießen (Hg.): ‚Volksgemeinschaft‘ als soziale Praxis. Neue Forschungen zur NS-Gesellschaft vor Ort, Paderborn-München, Wien-Zürich 2013, S. 51-63.
- Nolzen, Armin: The NSDAP’s Operational Codes after 1933. In: Steber/Gotto, Visions, S. 87-100.
- Obst, Dieter: „Reichskristallnacht“. Ursachen und Verlauf des antisemitischen Pogroms vom November 1938, Frankfurt am Main - Bern - New York - Paris 1991.
- Osram-Nachrichten, 16. Jg. (1934), Nr. 2 u. 3.
- Pauer-Studer, Herlinde/Julian Fink (Hg.): Rechtfertigungen des Unrechts. Das Rechtsdenken im Nationalsozialismus in Originaltexten, Berlin 2014.
- Paul, Gerhard: „Diese Erschießungen haben mich innerlich gar nicht mehr berührt.“ Die Kriegsendphasenverbrechen der Gestapo 1944/45. In: Paul, Gerhard/Klaus-Michael Mallmann(Hg.): Die Gestapo im Zweiten Weltkrieg. ‚Heimatfront‘ und besetztes Europa, Darmstadt 2000, S. 543-568.
- Peukert, Detlev: Edelweißpiraten, Meuten, Swing. Jugendsubkulturen im Dritten Reich. In: Huck, Gerhard: Sozialgeschichte der Freizeit. Untersuchungen zum Wandel der Alltagskultur in Deutschland, Wuppertal 1980, S. 307-327.
- Peukert, Detlev: Volksgenossen und Gemeinschaftsfremde. Anpassung, Ausmerze und Aufbegehren unter dem Nationalsozialismus, Köln 1982.
- Peukert, Detlev J. K./Frank Bajohr: Spuren des Widerstands. Die Bergarbeiterbewegung im Dritten Reich und im Exil, München 1987.
- Plumpe, Werner: Betriebliche Mitbestimmung in der Weimarer Republik. Fallstudien zum Ruhrbergbau und zur Chemischen Industrie, München 1999.

- Pohl, Rolf: Das Konstrukt ‚Volksgemeinschaft‘ als Mittel zur Erzeugung von Massenloyalität im Nationalsozialismus. In: Schmiechen-Ackermann, Detlef (Hg.): ‚Volksgemeinschaft‘: Mythos, wirkungsmächtige soziale Verheißung oder soziale Realität im ‚Dritten Reich‘? Zwischenbilanz einer kontroversen Debatte, Paderborn-München-Wien-Zürich 2012, S. 69-84.
- Preller, Ludwig: Sozialpolitik in der Weimarer Republik (1949), Düsseldorf 1978.
- Prinz, Michael: Der Nationalsozialismus - Eine „Braune Revolution“? In: Hettling, Manfred (Hg.): Revolution in Deutschland? 1789-1989. Sieben Beiträge, Göttingen 1991, S. S. 70-89.
- Przigoda, Stefan: Unternehmensverbände im Ruhrbergbau. Zur Geschichte von Bergbauverein und Zechenverband 1858-1933, Bochum 2002.
- Raphael, Lutz: Pluralities of National Socialist Ideology. New Perspectives on the Production and Diffusion of National Socialist *Weltanschauung*. In: Steber/Gotto, Visions, S. 73-86.
- Reemtsma, Jan Philipp: Vertrauen und Gewalt. Versuch über eine besondere Konstellation der Moderne, Hamburg 2008.
- Reich-Ranicki, Marcel: Mein Leben, München 2000,
- Reidegeld, Eckart: Staatliche Sozialpolitik in Deutschland. Band II: Sozialpolitik in Demokratie und Diktatur 1919-1945, Wiesbaden 2006.
- Rieger-Ladich, Markus: Erzwungene Komplizenschaft. Bruchstücke zu einer literarischen Ethnographie des Internats bei Tobias Wolff und Kazuo Jshiguro. In ZQF, 8. Jg., Heft 1/2007, S. 33-49.
- Rückerl, Adalbert: NS-Verbrechen vor Gericht. Versuch einer Vergangenheitsbewältigung, Heidelberg 1982.
- Sachse, Carola: Freizeit zwischen Betrieb und Volksgemeinschaft. Betriebliche Freizeitpolitik im Nationalsozialismus. In: AfS 33 (1993), S. 305-328.
- Schäfer, Hans Dieter: Das gespaltene Bewußtsein. Vom Dritten Reich bis zu den langen Fünfziger Jahren, Göttingen 2009.
- Schaufuß, Thomas : Die politische Rolle des FDGB-Ferendienstes in der DDR. Sozialtourismus im SED-Staat, Berlin 2011.
- Schmiechen-Ackermann, Detlef (Hg.): ‚Volksgemeinschaft‘: Mythos, wirkungsmächtige soziale Verheißung oder soziale Realität im ‚Dritten Reich‘? Zwischenbilanz einer kontroversen Debatte, Paderborn-München-Wien-Zürich 2012.
- Schmiechen-Ackermann, Detlef: Einführung. In: Ders.: ‚Volksgemeinschaft‘: Mythos, wirkungsmächtige soziale Verheißung oder soziale Realität im ‚Dritten Reich‘? Zwischenbilanz einer kontroversen Debatte, Paderborn-München-Wien-Zürich 2012, S. 13-53.
- Schmiechen-Ackermann, Detlef: Social Control and the Making of the *Volksgemeinschaft*. In: Steber/Gotto, Visions, S. 240-253.

- Schneider, Michael: Unterm Hakenkreuz. Arbeiter und Arbeiterbewegung 1933 bis 1939. Bonn 1999.
- Schoenbaum, David: Die braune Revolution. Eine Sozialgeschichte des Dritten Reiches, Köln etc. 1968.
- Schwarz, S.: Der Fortschritt des Urlaubsgedankens. In: Betriebsräte-Zeitschrift für die Funktionäre der Metallindustrie. 8. Jg. (1927), Nr. 17, S. 535-538, und Nr. 18, S. 570-572.
- Siegel, Tilla: Rationalisierung statt Klassenkampf. Zur Rolle der Deutschen Arbeitsfront in der nationalsozialistischen Ordnung der Arbeit. In: Mommsen, Hans/Susanne Willems (Hg.): Herrschaftsalltag im Dritten Reich. Studien und Texte, Düsseldorf 1988, S. 97-224.
- Smelser, Ronald: Robert Ley. Hitlers Mann an der „Arbeitsfront“. Eine Biographie, Paderborn 1989.
- Sofsky, Wolfgang: Die Ordnung des Terrors: Das Konzentrationslager, Frankfurt am Main 1997.
- Spode, Hasso: „Der deutsche Arbeiter reist.“ Massentourismus im Dritten Reich. In: Huck, Gerhard (Hg.): Sozialgeschichte der Freizeit. Untersuchungen zum Wandel der Alltagskultur in Deutschland, Wuppertal 1980, S. 281-306.
- Spode, Hasso: Arbeiterurlaub im Dritten Reich. In: Sachse, Carola/Tilla Siegel/Hasso Spode/Wolfgang Spohn: Angst, Belohnung, Zucht und Ordnung. Herrschaftsmechanismen im Nationalsozialismus, Opladen 1982, S. 275-328.
- Steber, Martina/Bernhard Gotto (Hg.): Visions of Community in Nazi Germany. Social Engineering and Private Lives, Oxford 2014.
- Steber, Martina/Bernhard Gotto: *Volksgemeinschaft*. Writing the Social History of the Nazi Regime. A.a.O., S. 1-25.
- Steber, Martina/Bernhard Gotto: Volksgemeinschaft im NS-Regime: Wandlungen, Wirkungen und Aneignungen eines Zukunftsversprechens. In: VfZ, 62. Jg. (2014), H. 3, S. 433-445.
- Steinbach, Peter: Wilhelm Leuschner. In: Brakelmann, Günter/Manfred Keller (Hg.): Der 20. Juli 1944 und das Erbe des deutschen Widerstandes, Münster 2005, S. 105-116.
- Steiner, John M./Jobst Freiherr von Cornberg: Willkür in der Willkür. Hitler und die Befreiungen von den antisemitischen Nürnberger Gesetzen. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 46 (1998), S. 143-187.
- Stiasny, Philipp: Vom Himmel hoch. Adolf Hitler und die „Volksgemeinschaft“ in „Triumph des Willens“. In: Thamer, Hans-Ulrich/Simone Erpel (Hg.): Hitler und die Deutschen. Volksgemeinschaft und Verbrechen, Dresden 2010, S. 82-88.
- Stolleis, Michael: Gemeinschaft und Volksgemeinschaft. Zur juristischen Terminologie im Nationalsozialismus. In: VfZ, 20. Jg. (1972), H. 1, S. 16-38.
- Stöver, Bernd: Volksgemeinschaft im Dritten Reich. Die Konsensbereitschaft der Deutschen aus der Sicht sozialistischer Exilberichte, Düsseldorf 1993.

- Stöver, Bernd (Hg.): Berichte über die Lage in Deutschland. Die Lagemeldungen der Gruppe Neu Beginnen aus dem Dritten Reich 1933-1936. Nr. 1, Dezember 1933 (abgeschl. Ende November), Bonn 1996.
- Straßer, Gregor: Reichstagsrede am 10. Mai 1932. Reichstag, 62. Sitzung, S. 2510-2521.
- Straub, Jürgen: Psychoanalyse, Geschichte und Geschichtswissenschaft. Eine Einführung in systematischer Absicht. In: Rösen, Jörn/Jürgen Straub (Hg.): Die dunkle Spur der Vergangenheit. Psychoanalytische Zugänge zum Geschichtsbewußtsein. Erinnerung, Geschichte, Identität 2, Frankfurt am Main 1998, S. 12-32.
- Süß, Dietmar/Winfried Süß: „Volksgemeinschaft“ und Vernichtungskrieg. Gesellschaft im nationalsozialistischen Deutschland. In: Dies.: Das „Dritte Reich“. Eine Einführung, München 2008, S. 79-100.
- Süß, Peter: „Ist Hitler nicht ein famoser Kerl?“ Graetz. Eine Familie und ihr Unternehmen vom Kaiserreich zur Bundesrepublik., Paderborn-München-Wien-Zürich 2003.
- Tarifvertrag für das Deutsche Lithographie- und Steindruckgewerbe. Gültig ab 1. Juni 1924, Berlin 1924.
- Tenfelde, Klaus/Heinrich Volkmann: Einführung. In: Streik. Zur Geschichte des Arbeitskampfes in Deutschland während der Industrialisierung, München 1981, S. 9-30.
- Thalhofer, Elisabeth: Entgrenzung der Gewalt. Gestapo-Lager in der Endphase des Dritten Reiches, Paderborn - München - Wien - Zürich 2010.
- Thamer, Hans-Ulrich: Verführung und Gewalt. Deutschland 1933-1945, Berlin 1986.
- Thamer, Hans-Ulrich: Nation als Volksgemeinschaft. Völkische Vorstellungen, Nationalsozialismus und Gemeinschaftsideologie. In: Gauger, Jörg-Dieter/Klaus Weigelt: Soziales Denken in Deutschland zwischen Tradition und Innovation, Bonn 1990, S. 112-128.
- Thamer, Hans-Ulrich/Simone Erpel (Hg.): Hitler und die Deutschen. Volksgemeinschaft und Verbrechen, Dresden 2010.
- Thamer, Hans-Ulrich: Die Inszenierung von Macht. Hitlers Herrschaft und ihre Präsentation im Museum. In: Thamer, Hans-Ulrich/Simone Erpel (Hg.): Hitler und die Deutschen. Volksgemeinschaft und Verbrechen, Dresden 2010. S. 17-22.
- Thamer, Hans-Ulrich: Die Widersprüche der ‚Volksgemeinschaft‘ in den späten Kriegsjahren. In: Schmiechen-Ackermann, Detlef (Hg.): ‚Volksgemeinschaft‘: Mythos, wirkungsmächtige soziale Verheißung oder soziale Realität im ‚Dritten Reich‘? Zwischenbilanz einer kontroversen Debatte, Paderborn-München-Wien-Zürich 2012. S. 289-300.
- Thießen, Malte: Schöne Zeiten? Erinnerungen an die „Volksgemeinschaft“ nach 1945. In: Bajohr, Frank/Michael Wildt (Hg.): Volksgemeinschaft. Neue Forschungen zur Gesellschaft des Nationalsozialismus, Frankfurt am Main 2009.S. 165-187.
- Thießen, Malte: Erinnerungen an die ‚Volksgemeinschaft‘. Integration und Exklusion im kommunalen und kommunikativen Gedächtnis. In: Schmiechen-Ackermann, Detlef (Hg.): ‚Volksgemeinschaft‘: Mythos, wirkungsmächtige soziale Verheißung oder

- soziale Realität im ‚Dritten Reich‘? Zwischenbilanz einer kontroversen Debatte, Paderborn-München-Wien-Zürich 2012, S. 319-334.
- Tönnies, Ferdinand: *Gemeinschaft und Gesellschaft*, Berlin 1887.
- Tooze, Adam: *Ökonomie der Zerstörung. Zur Geschichte der Wirtschaft im Nationalsozialismus*, München 2007.
- Torp, Claudius: *Besser als in Weimar? Spielräume des Konsums im Nationalsozialismus*. In: Kundrus, Birthe / Sybille Steinbacher (Hg.): *Kontinuitäten und Diskontinuitäten. Der Nationalsozialismus in der Geschichte des 20. Jahrhunderts*, Göttingen 2013, S. 73-93.
- Tosstorff, Reiner: *Wilhelm Leuschner gegen Robert Ley. Ablehnung der Nazi-Diktatur durch die Internationale Arbeitskonferenz 1933 in Genf, Bad Homburg 2007*.
- Tschirbs, Rudolf: *Konfrontation statt Kooperation. Die wirtschafts- und tarifpolitische Strategie des Ruhrbergbaus von der Rationalisierung bis zur Weltwirtschaftskrise*. In: Schmidt, Gustav (Hg.): *Bergbau in Großbritannien und im Ruhrgebiet. Studien zur vergleichenden Geschichte des Bergbaus 1850-1930*, Bochum 1985, S. 220-249.
- Tschirbs, Rudolf: *Tarifpolitik im Ruhrbergbau 1918-1933*, Berlin-New York 1986.
- Turner, Henry Ashby jr.: *Faschismus und Kapitalismus in Deutschland. Studien zum Verhältnis zwischen Nationalsozialismus und Wirtschaft*, Göttingen 1972.
- Turner, Henry A.: *Hitlers Weg zur Macht. Der Januar 1933*, München 1997.
- Ueberschär, Gerd R./Winfried Vogel: *Dienen und Verdienen. Hitlers Geschenke an seine Eliten*, Frankfurt am Main, 2. Aufl. 1999.
- Urban, Markus: *Die inszenierte Utopie. Zur Konstruktion von Gemeinschaft auf den Reichsparteitag der NSDAP*. In: Schmiechen-Ackermann, Detlef (Hg.): *‚Volksgemeinschaft‘: Mythos, wirkungsmächtige soziale Verheißung oder soziale Realität im ‚Dritten Reich‘? Zwischenbilanz einer kontroversen Debatte*, Paderborn-München-Wien-Zürich 2012, S. 135-157.
- Voges, Michael: *Klassenkampf in der ‚Betriebsgemeinschaft‘. Die ‚Deutschland-Berichte‘ der Sopade (1934-1940) als Quelle zum Widerstand der Industriearbeiter im Dritten Reich*. In: *AfS* 1981, S. 329-383.
- von Reeken, Dietmar/Malte Thießen (Hg.): *‚Volksgemeinschaft‘ als soziale Praxis. Neue Forschungen zur NS-Gesellschaft vor Ort*, Paderborn-München-Wien-Zürich 2013.
- von Reeken, Dietmar/Malte Thießen: *‚Volksgemeinschaft‘ als soziale Praxis? Perspektiven und Potentiale neuer Forschungen vor Ort*. In: Dies. (Hg.): *‚Volksgemeinschaft‘ als soziale Praxis. Neue Forschungen zur NS-Gesellschaft vor Ort*, Paderborn-München, Wien-Zürich 2013, S. 11-33.
- Wagner, Johannes Volker: *Hakenkreuz über Bochum. Machtergreifung und nationalsozialistischer Alltag in einer Revierstadt*, 3. Auflage, Essen 1993.
- Weber, Petra: *Gescheiterte Sozialpartnerschaft – Gefährdete Republik? Industrielle Beziehungen, Arbeitskämpfe und der Sozialstaat. Deutschland und Frankreich im Vergleich (1918-1933/39)*, München 2010.

- Wehler, Hans-Ulrich: Zum Verhältnis von Geschichtswissenschaft und Psychoanalyse. In: Ders. (Hg.): Geschichte und Psychoanalyse, Köln 1971, S. 9-30.
- Wehler, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Vierter Band. Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914-1949, München 2003.
- Weisbrod, Bernd: Schwerindustrie in der Weimarer Republik. Interessenpolitik zwischen Stabilisierung und Krise, Wuppertal 1978.
- Weisbrod, Bernd: Die Befreiung von den „Tariffesseln“. Deflationspolitik als Krisenstrategie der Unternehmer in der Ära Brüning. In: GG 11 (1985), S. 295-325.
- Weiß, Hermann: Ideologie der Freizeit im Dritten Reich. Die NS-Gemeinschaft ‚Kraft durch Freude‘. In: AfS 33, 1993, S. 289-303.
- Wendt, Hans: Der Tag der Nationalen Arbeit- die Feier des 1. Mai 1933, Berlin 1933.
- Werner, Wolfgang Franz: „Bleib übrig!“ Deutsche Arbeiter in der nationalsozialistischen Kriegswirtschaft, Düsseldorf 1983.
- Wildt, Michael: Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes, Hamburg 2002.
- Wildt, Michael: Charisma und Volksgemeinschaft. In: www.zeithistorische-forschungen.de, I/2004, S. 1-5.
- Wildt, Michael: Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung. Gewalt gegen Juden in der deutschen Provinz, Hamburg 2007.
- Wildt, Michael: Geschichte des Nationalsozialismus, Göttingen 2008.
- Wildt, Michael: Die Ungleichheit des Volkes. „Volksgemeinschaft“ in der politischen Kommunikation der Weimarer Republik. In: Bajohr, Frank/Michael Wildt (Hg.): Volksgemeinschaft. Neue Forschungen zur Gesellschaft des Nationalsozialismus, Frankfurt am Main 2009, S. 24-40.
- Wildt, Michael: „Volksgemeinschaft“ als Selbstermächtigung. Soziale Praxis und Gewalt. In: Thamer, Hans-Ulrich/Simone Erpel (Hg.): Hitler und die Deutschen. Volksgemeinschaft und Verbrechen, Dresden 2010, S. 90-93.
- Wildt, Michael: Die Epochenäsur 1989/90 und die NS-Historiographie. In: www.zeitgeschichte-online.de 3/2012, S. 1-14.
- Wildt, Michael: Nationalsozialismus: Aufstieg und Herrschaft. Informationen zur politischen Bildung 314, Bonn (2012).
- Wildt, Michael: „Volksgemeinschaft“. Eine Antwort auf Ian Kershaw. In: www.zeithistorische-forschungen.de, 3/2012, S. 1-9.
- Wildt, Michael: ‚Volksgemeinschaft‘. Eine Zwischenbilanz. In: von Reeken, Dietmar/Malte Thießen(Hg.): ‚Volksgemeinschaft‘ als soziale Praxis. Neue Forschungen zur NS-Gesellschaft vor Ort, Paderborn-München-Wien-Zürich 2013, S. 355-369.
- Wildt, Michael: Die ‚Volksgemeinschaft‘ als Verheißung. Themenjahr 2013. Zerstörte Vielfalt. www.Berlin.de (2013).
- Wildt, Michael/Christoph Kreuzmüller (Hg.), Berlin 1933-1945, Berlin 2013.

- Winkler, Heinrich August: Vom Mythos der Volksgemeinschaft. In: AFS 17 (1977), S. 484-490.
- Winkler, Heinrich August: Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933, Berlin-Bonn 1987.
- Wirsching, Andreas: Vom „Lehrstück Weimar“ zum Lehrstück Holocaust? In: Aus Politik und Zeitgeschichte 1-3/2012, S. 9-14.
- Wirsching, Andreas: *Volksgemeinschaft* and the Illusions of ‚Normality‘ from the 1920s to the 1940s. In: Steber/Gotto, Visions, S. 149-156.
- Wisotzky, Klaus: Der Ruhrbergbau im Dritten Reich, Düsseldorf 1983.
- Zelnhefer, Siegfried: Die Reichsparteitage der NSDAP in Nürnberg, Nürnberg 2002.
- Zimmermann, Clemens: Landkino im Nationalsozialismus. In: AFS 41, 2001, S. 231-243.
- Zimmermann, Michael: Ausbruchshoffnungen. Junge Bergleute in den dreißiger Jahren. In: Niethammer, Lutz (Hg.): „Die Jahre weiß man nicht, wo man die heute hinsetzen soll.“ Faschismus-Erfahrungen im Ruhrgebiet. Lebensgeschichte und Sozialkultur im Ruhrgebiet 1930 bis 1960, Band 1, Berlin - Bonn 1983. S. 93-132.

Hans-Böckler-Stiftung

Die Hans-Böckler-Stiftung ist das Mitbestimmungs-, Forschungs- und Studienförderungswerk des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Gegründet wurde sie 1977 aus der Stiftung Mitbestimmung und der Hans-Böckler-Gesellschaft. Die Stiftung wirbt für Mitbestimmung als Gestaltungsprinzip einer demokratischen Gesellschaft und setzt sich dafür ein, die Möglichkeiten der Mitbestimmung zu erweitern.

Mitbestimmungsförderung und -beratung

Die Stiftung informiert und berät Mitglieder von Betriebs- und Personalräten sowie Vertreterinnen und Vertreter von Beschäftigten in Aufsichtsräten. Diese können sich mit Fragen zu Wirtschaft und Recht, Personal- und Sozialwesen, zu Aus- und Weiterbildung an die Stiftung wenden.

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI)

Das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung forscht zu Themen, die für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von Bedeutung sind. Globalisierung, Beschäftigung und institutioneller Wandel, Arbeit, Verteilung und soziale Sicherung sowie Arbeitsbeziehungen und Tarifpolitik sind die Schwerpunkte. Das WSI-Tarifarchiv bietet umfangreiche Dokumentationen und fundierte Auswertungen zu allen Aspekten der Tarifpolitik.

Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK)

Das Ziel des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung ist es, gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge zu erforschen und für die wirtschaftspolitische Beratung einzusetzen. Daneben stellt das IMK auf der Basis seiner Forschungs- und Beratungsarbeiten regelmäßig Konjunkturprognosen vor.

Forschungsförderung

Die Forschungsförderung finanziert und koordiniert wissenschaftliche Vorhaben zu sechs Themenschwerpunkten: Erwerbsarbeit im Wandel, Strukturwandel – Innovationen und Beschäftigung, Mitbestimmung im Wandel, Zukunft des Sozialstaates/Sozialpolitik, Bildung für und in der Arbeitswelt sowie Geschichte der Gewerkschaften.

Studienförderung

Als zweitgrößtes Studienförderungswerk der Bundesrepublik trägt die Stiftung dazu bei, soziale Ungleichheit im Bildungswesen zu überwinden. Sie fördert gewerkschaftlich und gesellschaftspolitisch engagierte Studierende und Promovierende mit Stipendien, Bildungsangeboten und der Vermittlung von Praktika. Insbesondere unterstützt sie Absolventinnen und Absolventen des zweiten Bildungsweges.

Öffentlichkeitsarbeit


Mit dem 14tägig erscheinenden Infodienst „Böckler Impuls“ begleitet die Stiftung die aktuellen politischen Debatten in den Themenfeldern Arbeit, Wirtschaft und Soziales. Das Magazin „Mitbestimmung“ und die „WSI-Mitteilungen“ informieren monatlich über Themen aus Arbeitswelt und Wissenschaft.

Mit der Homepage www.boeckler.de bietet die Stiftung einen schnellen Zugang zu ihren Veranstaltungen, Publikationen, Beratungsangeboten und Forschungsergebnissen.

Hans-Böckler-Stiftung

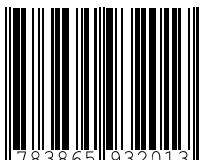
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf

Telefon: 02 11/77 78-0
Telefax: 02 11/77 78-225



Die deutsche Geschichtsschreibung über die nationalsozialistische Zeit hat sich seit mehr als zehn Jahren einem fragwürdigen Erklärungsansatz verschrieben. Dabei gehen führende Vertreter der universitären Forschung davon aus, dass ältere Ansätze den Gewalt- und Repressionscharakter des Regimes gegenüber der Bevölkerung überbetont hätten. Um aber eine angeblich breite Zustimmung und hohe Integrationsbereitschaft der Deutschen zu erklären, gelte es, den Faktor ‚Volksgemeinschaft‘ ins Zentrum der Untersuchungen zu stellen. Die beträchtlichen sozialen Bindekräfte beim Funktionieren des NS-Regimes müssten einbezogen werden. Dabei wird dem problematischen, religiös fundierten Begriff der ‚Verheißung‘ eine Schlüsselrolle zugewiesen.

Dagegen setzt die vorliegende Studie die realen klassengesellschaftlichen Strukturen in ihre Rechte. Dabei werden die Schwierigkeiten aufgezeigt, mit denen die abhängig Beschäftigten nach der gewaltsamen Zerschlagung von Gewerkschaften, Betriebsräten, Kommunikationsmedien und Milieus zu kämpfen hatten, um ihre Interessen zu wahren. Hinter dem Schleier volksgemeinschaftlicher Phrasen, die allenfalls der Selbstaffirmation der Machthaber dienten, vollzog sich eine bedrückende Ausbeutungspolitik, die erst nach Erreichen der Vollbeschäftigung seit 1936 individuell erkämpfte Lohnaufbesserungen zuließ. Eine „Betriebsgemeinschaft“ blieb aber ein Fremdwort, vielmehr nahmen Oppositionshaltungen in Form von Abwanderungen, Bummeleien, Fehlzeiten, Krankmeldungen und Aufsässigkeiten bis in den Krieg hinein zu.



9 783865 932013

ISBN 978-3-86593-201-3

€ 18,00